

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2019

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 9 KomHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen 6

1.	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.....	6
2.	Beteiligungsbericht 2019	6
2.1	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	7
2.2	Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht	7
2.3	Erfüllung des öffentlichen Zwecks	7
2.4	Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften	8
2.5	Sonstiges	8
3.	Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	8
4.	Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	9
5.	Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2019	13

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts 14

1.	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR.....	14
2.	RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	17
3.	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA).....	21
4.	Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	26
5.	Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	34
6.	Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	39
6.1	Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern	39
6.2	Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	56
6.2.1	Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	56
6.2.2	Liebfrauenhof Schleiden GmbH	61
6.2.3	KKM Gebäudedienste GmbH	64
6.2.4	VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	66
7.	Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	69
8.	Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) / e-regio GmbH & Co. KG	84
8.1	Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH / e-regio GmbH & Co. KG, Konzern und e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	84

8.2	Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) / e-regio GmbH & Co. KG (e-regio)	103
8.2.1	Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	104
8.2.2	KEV Energie GmbH (bis 30.09.2019)	107
8.2.3	LOGOEnergie GmbH	110
8.2.4	Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH	112
8.2.5	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	115
8.2.6	ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH	117
8.2.7	Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	119
8.2.8	Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	121
8.2.9	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	123
8.2.10	Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	126
8.2.11	Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	128
8.2.12	BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	130
8.2.13	EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH	133
8.2.14	EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG	135
8.2.15	EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG	137

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH).....138

9.1	Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)	138
9.2	Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)	138

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....144

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.....151

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.154

13. Vogelsang IP gGmbH160

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....168

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) – künftig: Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH).....183

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts.....188

1. d-NRW AöR188

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)189

3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)196

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden206

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz).....207

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)210

3. Zweckverband Kronenburger See	218
4. Zweckverband Naturpark Rheinland	219
5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	222
6. Zweckverband Region Aachen	232
7. Erftverband	236
8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	237
9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	238
Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2020	240
1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen	240
2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	240

Teil A – Grundlagen

1. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Nach § 53 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise, soweit in der KrO NRW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Kommune abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

2. Beteiligungsbericht 2019

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher selbstständiger Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW ist eine Kommune von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat am 11.09.2020 entschieden, von § 116a Absatz 1 GO NRW Gebrauch zu machen (D 88/2020). Sofern eine Kommune von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist gemäß § 117 GO NRW ein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht 2019 informiert über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen des Kreises Euskirchen. Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2020 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2019. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2019 aus.

2.1 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche Beteiligungen des Kreises Euskirchen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises gibt, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden.

Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Euskirchen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Euskirchen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht ermöglicht damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Euskirchen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Euskirchen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Euskirchen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Euskirchen unmittelbar von dem beteiligten Unternehmen alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

2.2 Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes sind § 117 GO NRW und § 53 KomHVO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches,
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Kommune,
5. die Zeile der Beteiligungen und
6. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

2.3 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Jedes Handeln der öffentlichen Hand, darunter das der Kommunen, muss sich an einem öffentlichen Zweck legitimieren, da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist.

Normiert ist dieser Grundsatz unter anderem in § 107 GO NRW. Daher ist es nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben.

Eine öffentliche Verwaltung finanziert sich grundsätzlich aus öffentlichen Abgaben und nicht durch die Teilnahme am Wettbewerb. Eine zulässige kommunalwirtschaftliche Betätigung kann daher stets nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Was ein solch öffentlicher Zweck sein kann, ist so vielfältig wie der örtliche kommunale Zuständigkeitsbereich, den das Grundgesetz als „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Artikel 28 Absatz

2 GG) und die Verfassung Nordrhein-Westfalen mit der Formulierung „die alleinigen Träger öffentlicher Verwaltung“ (Artikel 78 Absatz 2 Verf. NRW) umreißt. Für die inhaltliche Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffs „öffentlicher Zweck“ ist zuvorderst die Zielsetzung des kommunalen Handelns maßgeblich.

2.4 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

2.5 Sonstiges

Der Beteiligungsbericht dient u.a. der Information der Einwohnerinnen und Einwohnern. Er ist auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter <https://www.kreis-euskirchen.de/> abrufbar.

Zugleich ist der Beteiligungsbericht gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 9 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) Anlage zum Haushaltsplan.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts vom 06.12.2016 änderte der Landtag NRW das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG); die Änderung ist am 15. Dezember 2016 in Kraft getreten.

Die Neuregelung umfasste unter anderem Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung (§ 12 LGG), nach denen bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen bzw. vertreten sein sollen.

Gemäß § 12 Abs. 6 LGG ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dieser Berichtspflicht wird im Beteiligungsbericht des Kreises nachgekommen.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) und § 117 GO NRW finden sich im Beteiligungsbericht in den Teilen B bis D zu jeder Beteiligung wie folgt wieder:

1. die Beteiligungsverhältnisse	Gliederungspunkt A
2. die Ziele der Beteiligung	Gliederungspunkt B
3. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Gliederungspunkt C
4. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche	Gliederungspunkt F
5. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereichs	Gliederungspunkt F
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Gliederungspunkt D
<u>freiwillige Angaben:</u>	
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Gliederungspunkt E
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Gliederungspunkt G
9. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Gliederungspunkt H

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der e-regio GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH

- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
- RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkeyll Verwaltungs-GmbH
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkeyll GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG
- Propan Rheingas GmbH & Co. KG
- Sauber Energie GmbH & Co. KG

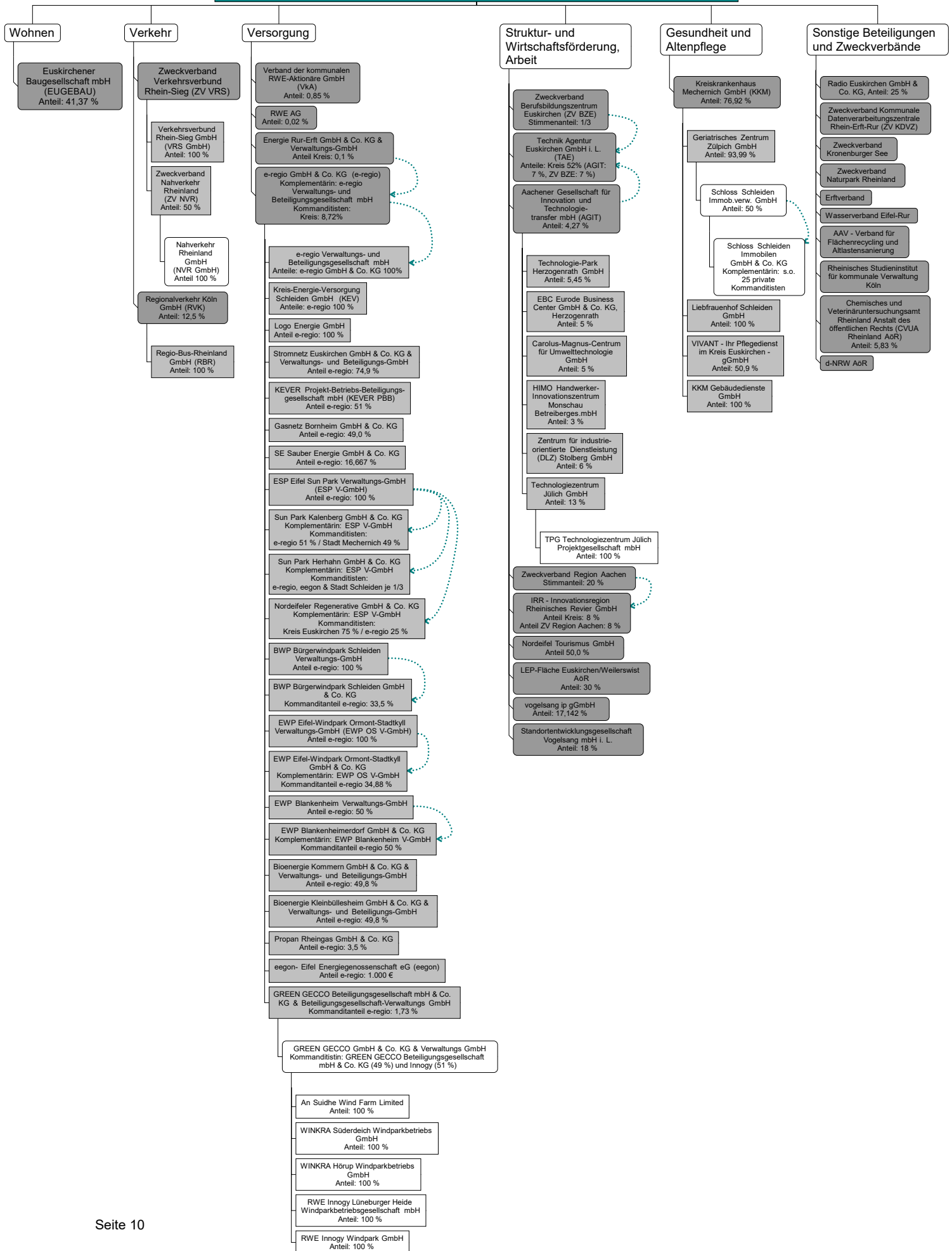
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2019. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 30.11.2020 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

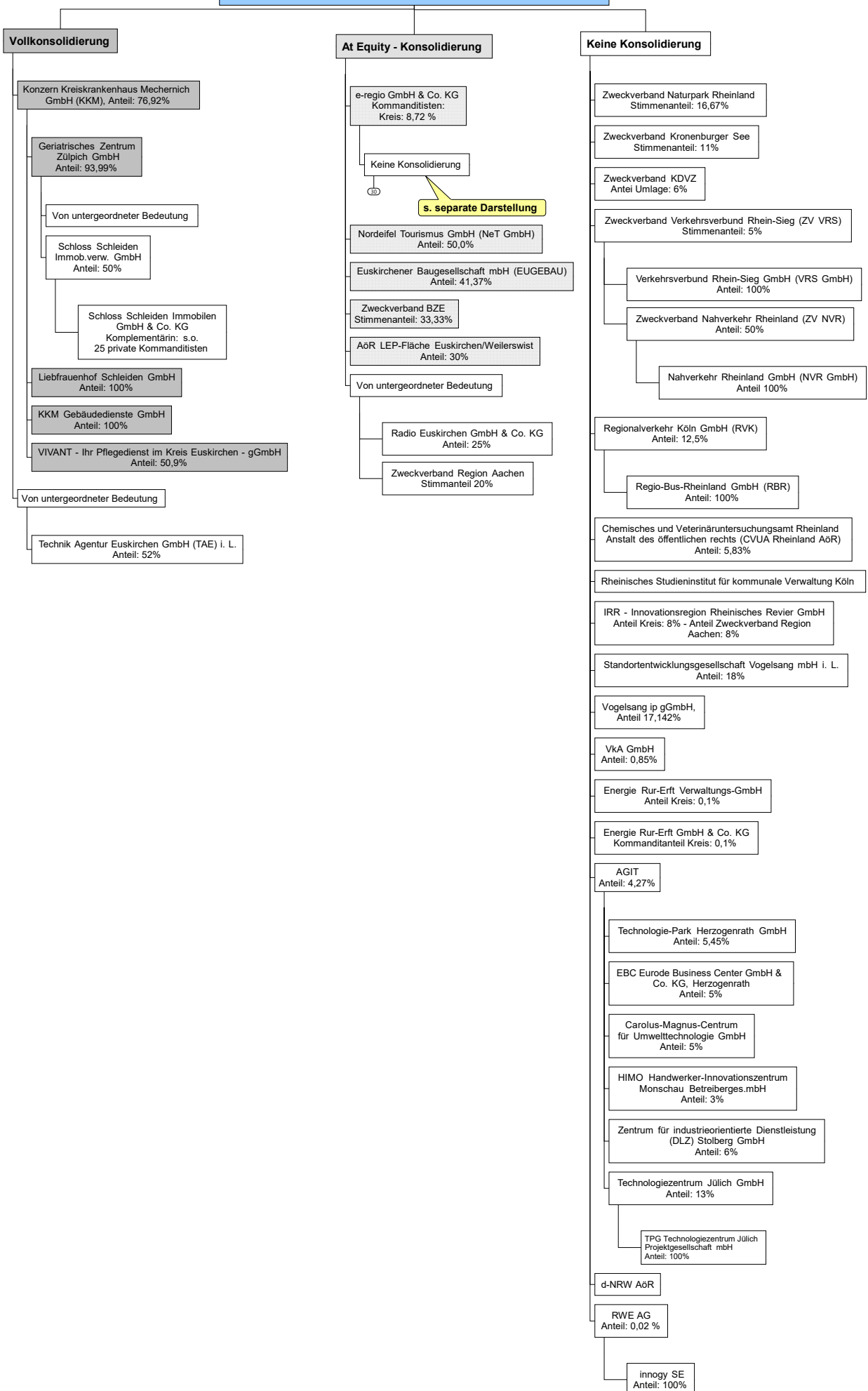
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

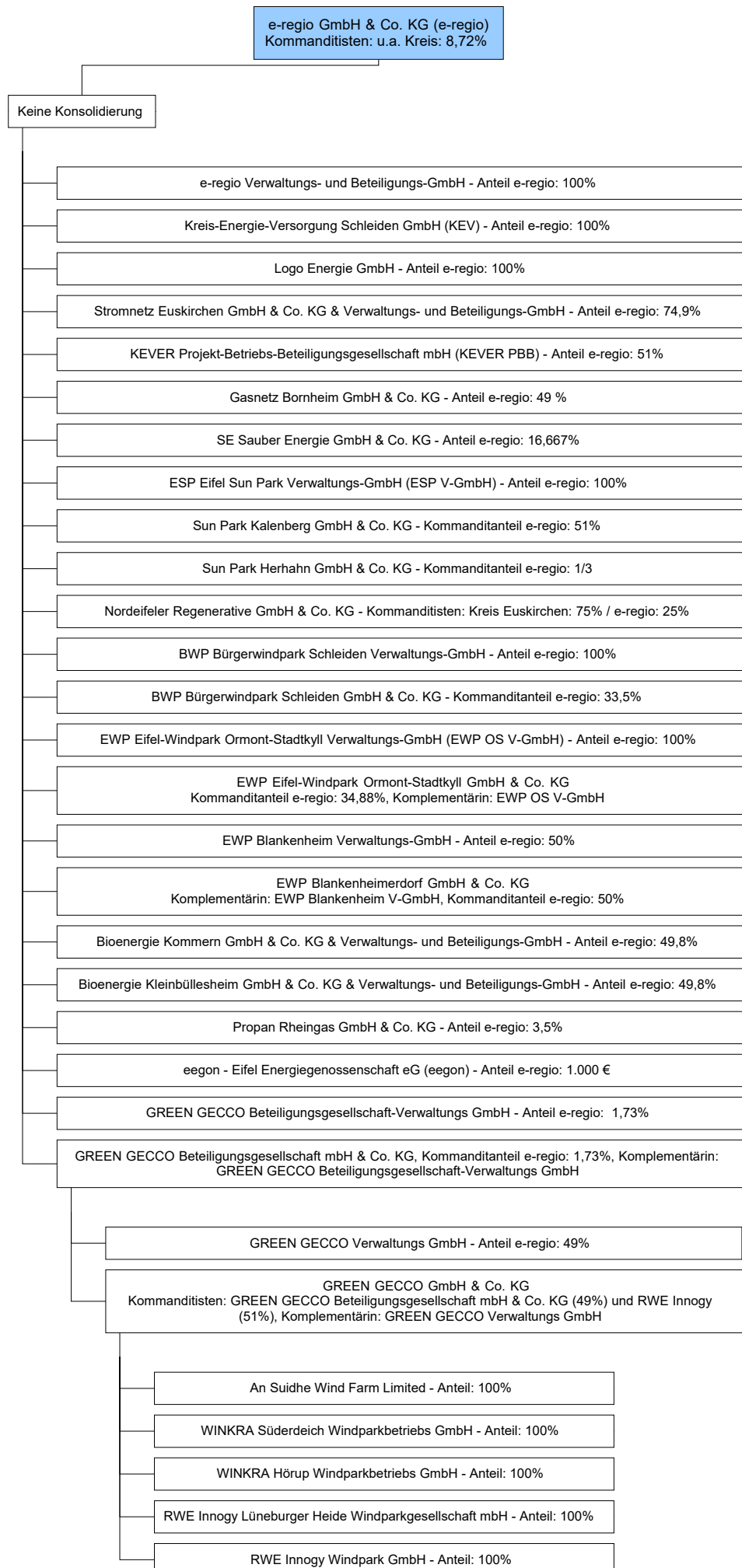
- Seite 10: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2019
- Seite 11: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 51 KomHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2019



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2019





5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2019

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 10.04.2019

- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** wie folgt zugestimmt: 1. bisheriges ordentliches Mitglied Emmanuel Kunz – neues ordentliches Mitglied Andreas Schulte und 2. bisheriges ordentliches Mitglied Michael Höllmann – neues ordentliches Mitglied Markus Ramers (A 178/2019).
- Der Kreistag hat vor Ablauf der Wahlzeit des amtierenden Verwaltungsrates der **LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR** in 2019 für die verbleibende Wahlperiode als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Günter Weber (CDU) und Michael Höllmann sowie als dessen Stellvertreter Manfred Poth (AV), Karsten Stickeler (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Verwaltungsrat wurde Günter Weber (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt. Gleichzeitig wurde für die verbleibende Wahlperiode in den Projektbeirat der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Karsten Stickeler (CDU) und Michael Höllmann (SPD) sowie als dessen Vertreter Manfred Poth (AV), Günter Weber (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Projektbeirat wurden Karsten Stickeler (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt (V 530/2019).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 10.07.2019

- Der Kreistag hat beschlossen, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der **e-regio GmbH & Co. KG** (Arbeitstitel vormals: „OneCo GmbH & Co. KG“) durch 2 Personen vertreten werden soll. Für die Dauer der Wahlzeit wurden als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR) und Thilo Waasem (SPD) sowie als Stellvertreter Ingo Hessenius (GBL I) und Dr. Markus Milz (FDP) gewählt. Von den ordentlichen Mitgliedern wurde Thilo Waasem (SPD) zum Stimmführer und Günter Rosenke (LR) zum stellvertretenden Stimmführer gewählt. Im Aufsichtsrat der e-regio GmbH & Co. KG wird der Kreis für die Dauer der Wahlperiode durch Johannes Esser (CDU) vertreten (V 547/2019).
- Der Kreistag hat der Beteiligung der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** (ENE) an der „**EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG**“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € (bis zu 50%) zugestimmt. Die prozentuale Beteiligung kann sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt von weiteren Kommanditisten zur „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenfalls von der Zustimmung erfasst ist eine etwaige spätere Veräußerung von Kommanditanteilen der ENE an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten bis auf eine bei der ENE verbleibende Sockelkommanditeinlage in Höhe von 360 T€. Der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ENE) an der „**EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG**“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 400.000 € (bis zu 50 %) und der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG an der persönlich haftenden Gesellschafterin der beiden vorgenannten Betreiber-Gesellschaften, der „**EWP Verwaltungs-GmbH**“ [Arbeitstitel], mit einem Stammkapital von bis zu 12.500 €, was einer prozentualen Beteiligung von 50 % entspricht, wurde ebenfalls zugestimmt (V548/2019).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 09.10.2019

- Auf Basis des Antrags der FDP-Kreistagsfraktion (A 165/2018) hat der Kreistag hinsichtlich der Belastungen des **BZE** für Dienstleistungen Dritter am 09.10.2019 beschlossen, den Landrat zu beauftragen, weitere Gespräche mit der FH Aachen zur Zukunft des Standortes am BZE zu führen. Ziel soll die Schaffung von kurzfristiger Planungssicherheit für das BZE sein. Dies impliziert auch das mögliche Herbeiführen einer Kündigung des Mietverhältnisses durch die FH Aachen. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, nach adäquaten Partnerschaften Ausschau zu halten, die eine Ausdehnung eines Studienangebotes im ländlichen Raum und ggfls. auch Ansiedlungsmöglichkeiten für Start-ups ermöglichen (A 165/2018).
- Der Kreistag hat die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) in der aktuellsten Fassung der als Anlage der Beschlussvorlage beigefügten Synopse dargestellten Version vom 03.05.2019 zustimmend zur Kenntnis genommen und hat die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) zur entsprechenden Beschlussfassung ermächtigt. Der Zuschuss an die zukünftige ZRR GmbH beträgt somit ab dem Jahr 2020 bis zu 60.000 € jährlich und wird ab dem Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt (V 585/2019).

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts

1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage. Zum 31.12.2019 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	30.693,74 €	4,97 %
Rhein-Erft-Kreis	86.399,47 €	13,99 %
Landschaftsverband Rheinland	53.420,69 €	8,65 %
Oberbergischer Kreis	41.377,87 €	6,70 %
Rheinisch Bergischer Kreis	47.368,40 €	7,67 %
Rhein-Sieg-Kreis	100.665,57 €	16,30 %
Stadt Bonn	65.895,81 €	10,67 %
Stadt Köln	191.758,65 €	31,05 %
Gesamtsumme	617.580,20 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die rechtlich vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Gesellschafterbeiträge erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis Euskirchen</u>				
Verlustausgleich	010 11133	37.971 €	59.264 €	62.415 €
Aus- und Fortbildung	vd.	107.932 €	61.436 €	34.640 €
<u>Vogelsang IP gGmbH</u>				
Fortbildung		0 €	320 €	0 €
<u>Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH</u>				
Fortbildung		0 €	207 €	0 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

Es handelt sich beim Rheinischen Studieninstitut um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied</u>	
Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Institutsausschuss

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Ingo Hessenius	GBL I	Rolf Kastenholz	AbtL 10
2. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Institutsausschuss zu entnehmen.

c) Institutsvorsteher

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller, Stadt Köln, vertreten durch Patricia Florack

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in den Institutsausschuss entsandt:

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Ingo Hessenius	GBL I	Rolf Kastenholz	AbtL 10
2. George Tulbure	CDU	Manfred Steffen	CDU

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.697	0	0	7.697
Sachanlagen	39.548	47.549	62.882	-8.001
	47.245	47.549	62.882	-304
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	700.982	1.237.867	575.986	-536.884
Liquide Mittel	1.487.417	559.189	1.627.481	928.228
	2.188.400	1.797.056	2.203.468	391.344
Summe Aktiva	2.235.645	1.844.605	2.266.350	391.040
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	617.580	617.580	617.580	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	617.580	617.580	617.580	0
B Rückstellungen	870.198	1.076.436	1.460.586	-206.238
C Verbindlichkeiten	737.866	127.559	143.544	610.307
D Rechnungsabgrenzungsposten	10.000	23.030	44.640	-13.030
Summe Passiva	2.235.645	1.844.605	2.266.350	391.040

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.177.761	2.601.019	2.275.303	576.743
2	Sonstige betriebliche Erträge	186.308	151.427	20.070	34.881
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.607.788	1.549.903	1.951.984	57.885
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.617	116.174	84.217	-112.557
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.604.172	1.433.730	1.867.767	170.442
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	699.395	637.051	514.030	62.344
a)	Löhne und Gehälter	542.612	488.078	396.362	54.534
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	156.783	148.973	117.667	7.810
5	Abschreibungen	59.952	54.065	30.046	5.887
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.562.668	1.296.447	936.631	266.222
7	Ergebnis nach Steuern	-565.735	-785.021	-1.137.318	219.285
8	Sonstige Steuern	98	0	0	98
9	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-565.833	-785.021	-1.137.318	219.187

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	14	13	11	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr

./.

2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

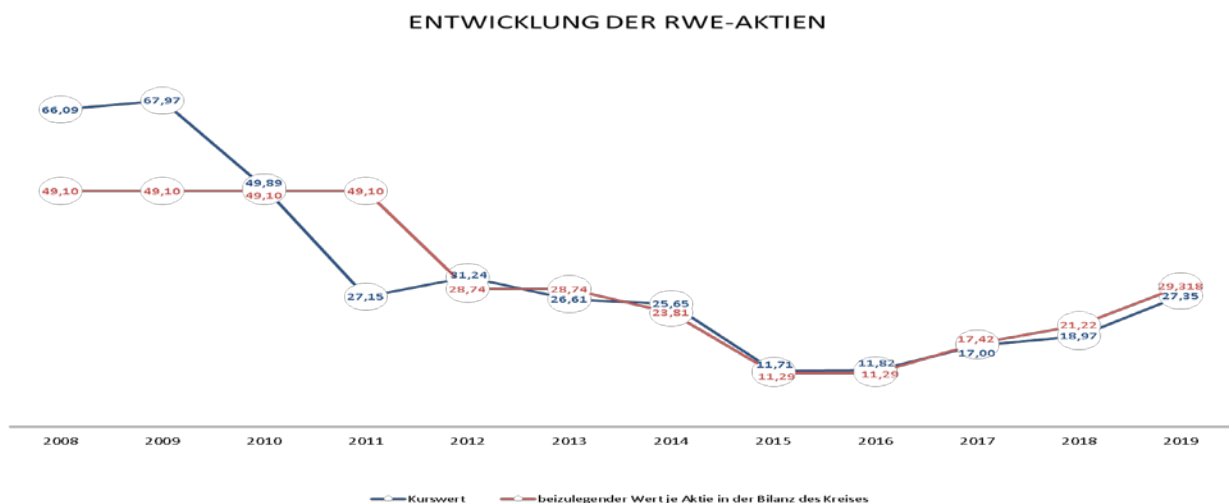
Internet: <https://www.group.rwe/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.333.681 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	8.734.666.319 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	8.736.000.000 €	100,00 %

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert betrug 4.608.035 €.

Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2012, 2014 und 2015 erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen gem. § 35 Abs. 5 GemHVO aufgrund von Wertminderungen, welche als dauerhaft eingestuft wurden, bis auf einen Kurswert von 11,285 € je Aktie. Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2017 bis 2019 stellte sich heraus, dass die Gründe für die Wertminderung nicht mehr in vollem Umfange bestehen, so dass Zuschreibungen auf die zum Abschlussstichtag beizulegenden Werte gem. § 35 Abs. 8 GemHVO bzw. § 36 Abs. 9 KomHVO erfolgen konnten. Zum 31.12.2019 erfolgte die Zuschreibung auf den Kurswert von 29,318 € je Aktie. Der beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 2.751.494,30 € wider.



B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Der RWE-Konzern war seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgte durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01.04.2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE“ und ab September als „innogy SE“ – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens: Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Flexibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Durch die Reorganisation ist RWE ein Energieversorger mit vier Standbeinen geworden:

- Braunkohle & Kernenergie
- Europäische Stromerzeugung
- Energiehandel
- innogy-Beteiligung

Die drei erstgenannten Tätigkeitsfelder bilden das operative Kerngeschäft. Dagegen hat innogy den Status einer Finanzbeteiligung. Eine Grundlagenvereinbarung garantierte der neuen Konzerngesellschaft, dass sie unternehmerisch eigenständig agieren kann und die RWE AG ihren Einfluss als Mehrheitseigentümerin ausschließlich über die gesetzlichen Organe Aufsichtsrat und Hauptversammlung ausübt. Auch über ihre Strategie bestimmt innogy selbst.

E.ON und RWE haben sich in einer im März 2018 getroffenen Vereinbarung auf einen umfassenden Tausch von Geschäftsaktivitäten und Beteiligungen verständigt. Geplant war, dass E.ON die RWE Finanzbeteiligung an innogy in Höhe von 76,8 % erwirbt, während RWE nahezu das gesamte Erneuerbare-Energien-Geschäft von E.ON und innogy übernimmt. Des Weiteren erhält RWE eine 16,7 %-Beteiligung an E.ON, die Minderheitsanteile der E.ON Tochter PreussenElektra an den RWE Kernkraftwerken Grundremmingen (25 %) und Emsland (12,5 %), das Gasspeichergeschäft von innogy sowie den 37,9 %-Anteil von innogy am österreichischen Energieversorger Kelag. Im Rahmen der Transaktion leistete RWE zudem eine Einmalzahlung in Höhe von 1,5 Mrd. € an E.ON. Die Geschäftsaktivitäten und Beteiligungen sollten mit ökonomischer Rückwirkung zum 01.01.2018 übertragen werden. Im September 2019 haben RWE und E.ON wesentliche Teile des vereinbarten Tauschgeschäfts abgeschlossen. Nach Übernahme der 76,8 %-Beteiligung an der innogy durch E.ON führte diese eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen durch. Die rd. 440 Mio. neu geschaffene Aktien wurden an RWE ausgegeben, wodurch diese zunächst mit 16,7 % an E.ON beteiligt war. Durch Aktienverkäufe wurde der RWE-Anteil auf 15 % reduziert.

Der RWE-Konzern wird nunmehr in die fünf folgenden Segmente untergliedert:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| • Braunkohle & Kernenergie | (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung) |
| • Europäische Stromerzeugung | (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung) |
| • Energiehandel | (ehemals: Trading / Gas Midstream) |
| • Fortgeführte innogy-Aktivitäten | |
| • Übernommene E.ON-Aktivitäten | |

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Finanzbeziehung zu	Produkt /	2019	2018	2017
<u>Kreis Euskirchen</u>	Kostenträger			
Dividende (nach Steuern)	010 11114	55.299 €	118.497 €	0 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Bei der RWE AG handelt es sich um eine Gesellschaft, die nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) fällt.

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im **Beirat des RWE Konzerns** und im **Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG:** Landrat Günter Rosenke

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:

Grundvergütung: 3.000 €/Jahr

Sitzungsgeld: 1.000 €/Sitzung

Auslagenersatzpauschale: 100 €/Sitzung

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode erneut Herrn Dirk Jahr (CDU) in die Hauptversammlung der RWE AG entsandt.

Am 18.08.2020 hat die RWE AG eine Kapitalerhöhung um 2 Mrd. € durchgeführt und hierbei 61,5 Mio. neue Aktien im Wert zu je 32,55 €/Aktie herausgegeben.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	20.628	25.166	24.901	-4.538
	20.628	25.166	24.901	-4.538
B Umlaufvermögen				
Vorräte	485	1.906	1.212	-1.421
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.287	4.145	5.311	12.142
Liquide Mittel	2.444	2.958	2.739	-514
	19.216	9.009	9.262	10.207
C Rechnungsabgrenzungsposten	2	3	5	-1
D Aktive latente Steuern	0	0	0	0
Summe Aktiva	39.846	34.178	34.168	5.668
Passiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.574	1.574	1.574	0
Kapitalrücklage	2.385	2.385	2.385	0
Gewinnrücklagen	1.287	1.265	1.223	22
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	492	430	922	62
	5.738	5.654	6.104	84
B Rückstellungen	2.237	2.700	2.368	-463
C Verbindlichkeiten	31.871	25.824	25.696	6.047
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Passiva	39.846	34.178	34.168	5.668

RWE AG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	1.758	1.091	2.268	667
2	Zinsergebnis	31	-391	-339	422
3	Sonstige betriebliche Erträge	108	86	236	22
4	Personalaufwand	63	51	35	12
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.595	262	546	1.333
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-275	1	172	-276
7	Ergebnis nach Steuern	514	472	1.412	42
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	514	472	1.412	42
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-22	-42	-490	20
10	Bilanzgewinn	492	430	922	62

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	19.792	17.748	19.106	umgerechnet in Vollzeitstellen

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Stromerzeugung	153,2	176,0	202,2	Mrd. kWh
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien	614.745	614.745	614.745	in Tsd. Stück
Ergebnis	13,82 €	0,54 €	3,09 €	je Aktie
Dividende	0,80 €	0,70 €	1,50 €	je Stammaktie

3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Vka)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter (Stand 30.06.2019)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
45 Städte/Gemeinden/Kreise 3 kommunale Verbände 20 weitere Gesellschafter	100,627,20 €	78,72 %
Eigene Anteile	26.111,83 €	20,43 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis Euskirchen				
Gesellschafterzuschuss	010 11114	2.168 €	1.897 €	1.626 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Verwaltungsrat
- c) Geschäftsführung

Es handelt sich bei der Gesellschaft Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist. Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, auf die Beachtung der Zeile des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 0,00 %

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Landrat a.D. Peter Ottmann, Nettetal

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2018/19 betrugen insgesamt 109.075,27 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 54.133,69 € auf Herrn Gerlach und 54.941,58 € auf Herrn Ottmann.

nachrichtlich:

In der Gesellschafterversammlung am 24.11.2020 erfolgte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages. Gegenstand der Gesellschaft ist nun die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode Herrn Bernd Müller (CDU) in die Gesellschafterversammlung entsandt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Werte zum	30.06.2019	30.06.2018	30.06.2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.702	2.190	0	-488
Finanzanlagen	165.415	162.602	162.602	2.813
	167.118	164.792	162.602	2.325
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.866	9.052	8.646	814
Liquide Mittel	12.104	61.854	148.177	-49.750
	21.970	70.906	156.823	-48.936
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.455	2.455	2.380	0
Summe Aktiva	191.543	238.154	321.805	-46.610
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Eigene Anteile	-26.112	-20.426	-14.183	-5.686
Kapitalrücklage	2.084.659	1.871.907	1.701.416	212.752
Gewinnrücklagen	400.000	400.000	400.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.446.414	-2.159.885	-1.917.363	-286.530
	139.955	219.419	297.692	-79.463
B Rückstellungen	11.850	9.450	14.000	2.400
C Verbindlichkeiten	39.738	9.285	10.113	30.453
Summe Passiva	191.543	238.154	321.805	-46.610

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2018 bis 30.06.2019	01.07.2017 bis 30.06.2018	01.07.2016 bis 30.06.2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	3.513	4.500	0	-987
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	250.432	198.865	175.562	51.567
a)	Löhne und Gehälter	188.646	185.665	164.615	2.982
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	61.786	13.200	10.947	48.586
3	Abschreibungen	488	341	417	147
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.430	65.416	63.132	-6.986
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	19.808	17.600	16.720	2.208
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-500	0	39	-500
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-286.530	-242.522	-222.352	-44.008
8	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.159.885	-1.917.363	-1.707.308	-242.522
9	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	12.297	0
10	Bilanzverlust	-2.446.414	-2.159.885	-1.917.363	-286.530

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018/2019

„1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Aufgabe der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energie-wirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen - auch gegenüber dem RWE-Konzern - sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufga-ben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer siche-ren und preiswerten Versorgung von Energie.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Ver-sorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträ-ger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, dem RWE, anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft einge-stellt werden, ausgeglichen.

Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen. Ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen führt dies in der Folge zu einer sukzessiven Verminderung des Eigenkapitals und zu einer Belastung der Liquidität der Gesell-schaft. Darüber und über mögliche Konsequenzen wurde in den Sitzungen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung am 29.11.2018 und 02.05.2019 intensiv diskutiert.

Aufgrund des Ausscheidens von weiteren Gesellschaftern hält der Vka mittlerweile Geschäftsanteile in Höhe von 26.111,83 €. Dadurch entfallen insgesamt 52.223,66 € an Vor- bzw. Nachschüssen. Es wur-den deshalb verschiedene Varianten der Verbesserung der Finanzierung diskutiert. Da die Übertragung dieser Geschäftsanteile auf einen oder mehrere Gesellschafter bzw. auf neue Gesellschafter wenig aussichtsreich erscheint, wurden auch die Einziehung der vom Vka gehaltenen Geschäftsanteile mit der Folge einer Wertberichtigung aller übrigen Geschäftsanteile oder die Verteilung des nach der Ein-ziehung der Vorschüsse in Höhe von 200 % des jeweiligen Geschäftsanteiles verbleibenden Defizits erörtert.

Da sämtliche diskutierten Lösungen im Ergebnis zu einer finanziellen Mehrbelastung der verbleibenden Gesellschafter führen würden, wurden erneut die Gespräche mit dem Schwesterverband Vka RWE Westfalen mit Sitz in Dortmund intensiviert. Auch der Vka RWE Westfalen bleibt von Gesellschafter-verlusten nicht verschont. Trotz der unterschiedlichen Finanzierungswege ist es deshalb einvernehmli-ches Ziel, die beiden Verbände mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juli 2021 zusammenzuführen. In-folge der zu erzielenden Synergieeffekte wird dann von einer deutlichen Kostensenkung ausgegangen. Angesichts der vielversprechenden Verhandlungen soll deshalb eine Bereinigung der Geschäftsanteile zunächst verschoben werden. Die Defizite sollen vielmehr durch den Verkauf von Allianz-Aktien aus-geglichen werden. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wird der Gesellschafterversammlung im November 2019 vorgelegt werden.

Eine weitere nicht unerhebliche Zahlungsverpflichtung resultiert aus der Prüfung der Rentenversicherung. Erstmals wird nun der Vka als Arbeitgeber zu Zahlungen hälftiger Rentenbeiträge für die Geschäftsführer für die vergangenen 4 Jahre und auch für die Zukunft verpflichtet. Gegen den Bescheid wurde zunächst Widerspruch eingelegt. Die Erfolgsaussichten von Rechtsmitteln werden geprüft. Da der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat, belasten die laufenden Beitrags- und Ratenzahlungen für die vergangenen Jahre die Liquidität der Gesellschaft entsprechend.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Reduzierung der Guthaben bei Kreditinstituten um 50 T€ auf der Aktivseite sowie die Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um 33 T€ bei gleichzeitiger Verminderung des Eigenkapitals um 80 T€ auf der Passivseite. Diese Veränderungen sind im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass der Jahresfehlbetrag von 287 T€ nicht durch die Nachschüsse der Gesellschafter von 213 T€ ausgeglichen werden konnte.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen Aktien einer Versicherungsgesellschaft. Um auch nach Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen optimal vertreten zu können, wurden im Berichtszeitraum 500 E.ON SE Namensaktien erworben. Zur Finanzierung wurden im Gegenzug 23 Allianz-Aktien verkauft. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens beläuft sich zum 30. Juni 2019 auf 165.415,20 €.

Der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten verminderte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 49.750,21 € auf 12.104,02 €.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2019 auf 139.955,37 € (30. Juni 2018: 219.418,64 €). Es wurde durch eine Zuzahlung der Gesellschafter i. H. v. 212.752 € (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 73,1 % (30. Juni 2018: 92,1 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2018/2019 ein Jahresfehlbetrag von 286.529,63 €, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2018/19 weitere eigene Geschäftsanteile in Höhe von 5.685,64 € von bisherigen Gesellschaftern zurückerworben. Der Rückerwerb erfolgte zum Nominalwert der Anteile.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 44.008,02 € auf 286.529,63 €.

Hauptursächlich für diese Ergebnisverschlechterung war eine im Januar 2019 durchgeführte Sozialversicherungsprüfung, wonach Rentenversicherungsbeiträge für die Jahre 2015 bis 2018 in Höhe von insgesamt € 43.173,52 nachgefordert wurden.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen 19.808,00 € (2017/18: 17.600,00 €) und resultieren aus Dividendenzahlungen einer Versicherungsgesellschaft sowie der E.ON SE. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018/19 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip.

Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt.

Ebenso wie in 2018 hat die RWE AG auch in 2019 wieder eine Dividende für 2018 gezahlt. Wie vom RWE Vorstand prognostiziert, betrug die Dividende für 2018 pro Aktie 0,70 €. Auch die Prognose für die kommenden Jahre ist positiv. Der Vorstand strebt für 2019 einen Betrag von 0,80 €/Aktie an. Damit würde wieder Stabilität einkehren, sowohl was die Dividende betrifft als auch den Kurs. Das gilt insbesondere nach der Ankündigung der Neuaufstellung von RWE und E.ON, die von den Kapitalmärkten überwiegend positiv aufgenommen wurde und auch durch eine positive Kursentwicklung zum Ausdruck kommt.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, haben im Geschäftsjahr 2018/2019 insgesamt sieben Gesellschafter ihre

Anteile an die Gesellschaft verkauft. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung stuft die Geschäftsführung es als potentielles Risiko ein, dass weitere Gesellschafter sich zur Veräußerung ihrer RWE-Aktien entschließen und damit ihre Anteile an den Vka abgeben.

Durch das Ausscheiden weiterer Gesellschafter würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft verschlechtern. Die von der Gesellschafterversammlung eingerichtete Arbeitsgruppe hat grundsätzliche Strukturfragen im Zusammenhang mit einer dauerhaft auskömmlichen Finanzierung erörtert. Im Vordergrund stand die Frage des Zusammenhaltes der Aktien in der kommunalen Familie sowie die Akquise neuer Gesellschafter, z. B. aus dem Kreis der RW Holding Aktionäre. Die sich aus den beabsichtigten Transaktionen zwischen RWE und E.ON ergebenden Veränderungen in den Unternehmensstrukturen und die daraus erwachsenden Konsequenzen für den Vka waren ebenfalls Gegenstand der Arbeit der Arbeitsgruppe. Als Ergebnis wurden in den Gesellschafterversammlungen vom 29. November 2018 und 2. Mai 2019 die Einziehung der vom Vka gehaltenen Geschäftsanteile mit der Folge der Wertberichtigung aller übrigen Geschäftsanteile, der Verkauf der vom Vka gehaltenen Geschäftsanteile an bestehende oder neue Gesellschafter, der Ausgleich des nach Einziehung der Vorschüsse verbleibenden Defizits durch die Gesellschafter oder der Verkauf von Allianz-Aktien den Gesellschaftern. Bis auf den Verkauf der Allianz-Aktien hätten die drei anderen Varianten eine finanzielle Mehrbelastung der verbleibenden Gesellschafter zur Folge.

Vor diesem Hintergrund wurden die Gespräche mit dem Vka RWE Westfalen über eine Fusion der beiden Verbände wieder intensiviert. Trotz der unterschiedlichen Finanzierungswege ist es Ziel, beide Verbände mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juli 2021 zusammenzuführen und so zu einer deutlichen Kostensenkung infolge der zu erzielenden Synergien zu erreichen.

Chancen werden weiterhin darin gesehen, dass - erst recht nach der Auflösung der RW Holding AG - die Geschäftsführung des Vka die Interessen der kommunalen RWE-Aktionäre auch zukünftig bestmöglich vertritt und unterstützt. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken.

Über regelmäßige Meetings sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter regelmäßig über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert.

Weitere positive Aspekte und damit Chancen werden in der bereits erwähnten Neuaufstellung von RWE und E.ON gesehen. Nach wie vor sind die Kommunen größter Aktionär bei RWE und begleiten somit einen großen Teil der Energiewende. Aufgrund des Übergangs des Netzgeschäftes auf den E.ON Konzern sind die Kommunen in Zukunft Partner dieses neu aufgestellten Unternehmens. Um hier die Interessen unserer Gesellschafter wirksam zu vertreten, sind frühzeitig Gespräche mit den Verantwortlichen von E.ON aufgenommen worden, um die wichtige Rolle der Kommunen in der Energieversorgung noch einmal zu verdeutlichen. Ziel ist, ähnliche Partnerschaftsstrukturen wie bei RWE bzw. innogy einzurichten. Um die kommunalen Interessen auch bei der Hauptversammlung des Unternehmens wirksam vertreten zu können, wurden 500 Namensaktien der E.ON erworben.

Auch hier wird die Bedeutung des Fortbestandes des Verbandes deutlich.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen.

5. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter bzw. durch Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen werden. Auch für das Geschäftsjahr 2019/20 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der – bereinigt um den Sondereffekt der Nachzahlung der Rentenbeiträge für die Geschäftsführer – moderat über dem Niveau des Geschäftsjahres 2018/19 liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die sonstigen Kosten des Geschäftsapparates werden sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2018/19 im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung bewegen.

Wesentliche Kostensenkungen durch Synergieeffekte bei einem Zusammenschluss mit dem Schwesterverband Vka RWE Westfalen werden angestrebt. Hierzu werden die bereits begonnen Gespräche intensiviert und zielgerichtet fortgeführt.“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	4	3	3	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
./.				

4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070 €	0,08 %
Stadt Zülpich	6.210 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530 €	0,10 %
Eigene Anteile	3.450 €	0,13 %
2 private Gesellschafter	1.610 €	0,06 %
Summe	2.610.500 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4 % der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis Euskirchen</u>				
Dividende (nach Steuern)	010 11114	109.076 €	109.076 €	109.076 €
Sonstige Gebühren	vd.	12.616 €	17.267 €	11.077 €
<u>LEP AöR</u>				
Buchhaltung		2.210 €	2.060 €	2.140 €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Gas- und Stromlieferungen		577.426 €	645.314 €	672.775 €
Sonstiges		2.448 €	250 €	9.662 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

Es handelt sich bei der Euskirchener Baugesellschaft mbH um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Michael Höllmann

SPD

Stellvertretendes Mitglied:

Hans-Erhard Schneider CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|----------------------|------------|
| 1. Hans-Josef Engels | CDU |
| 2. Bernd Kolvenbach | CDU |
| 3. Norbert Häger | SPD |
| 4. Ellen Mende | B 90/Grüne |

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen in 2019 17.809,70 €.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 8,3 %.

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen in 2019 125.158,25 €.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Rudi Mießeler

CDU

Stellvertretendes Mitglied:

Dominik Schmitz

CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Markus Ramers

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|----------------------------|------------|
| 1. Bernd Kolvenbach | CDU |
| 2. Silvia Gertrud Wallraff | CDU |
| 3. Fabian Köster-Schmücker | SPD |
| 4. Ellen Mende | B 90/Grüne |

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	33.167	28.126	40.350	5.041
Sachanlagen	70.057.491	65.376.038	63.194.701	4.681.453
Finanzanlagen	14.687	14.744	14.766	-57
	70.105.345	65.418.908	63.249.817	4.686.437
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.341.206	2.576.435	2.556.839	-235.230
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	365.077	470.769	411.501	-105.692
Liquide Mittel	1.086.148	1.887.496	2.330.974	-801.348
	3.792.431	4.934.701	5.299.314	-1.142.270
C Rechnungsabgrenzungsposten	60.655	41.220	34.980	19.435
Summe Aktiva	73.958.431	70.394.829	68.584.110	3.563.602
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-3.450	-3.450	0
Gewinnrücklagen	12.837.434	12.741.793	12.485.656	95.640
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	385.192	408.486	568.983	-23.294
	15.829.676	15.757.330	15.661.689	72.346
B Rückstellungen	144.628	172.591	342.450	-27.963
C Verbindlichkeiten	56.573.880	52.993.193	51.874.233	3.580.687
D Rechnungsabgrenzungsposten	1.410.247	1.471.715	705.738	-61.468
Summe Passiva	73.958.431	70.394.829	68.584.110	3.563.602

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.306.975	9.062.657	9.021.433	244.318
2	Bestandsveränderungen	-221.888	-3.665	-94.079	-218.222
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	157.069	0	0	157.069
4	Sonstige betriebliche Erträge	260.590	372.848	207.680	-112.258
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	4.226.519	4.483.241	4.296.972	-256.721
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.226.519	4.483.241	4.296.972	-256.721
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.561.609	1.547.015	1.433.237	14.594
a)	Löhne und Gehälter	1.218.880	1.218.010	1.126.645	870
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	342.728	329.005	306.592	13.723
7	Abschreibungen	1.674.374	1.637.097	1.408.054	37.277
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	599.588	483.239	407.483	116.350
9	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen	10	10	10	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.725	188.713	144.079	-164.988
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	800.143	818.027	831.523	-17.884
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.182	-10.332	82.026	25.514
13	Ergebnis nach Steuern	649.065	662.275	819.829	-13.210
14	Sonstige Steuern	263.873	253.789	250.846	10.084
15	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	385.192	408.486	568.983	-23.294

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener Baugesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember

2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Die Gesellschaft firmierte bis zum 27. Januar 2016 unter dem Namen Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 28. Januar 2016 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben – der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung – nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und des Aufsichtsrates geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Seit Herbst 2018 hat sich die Weltwirtschaft weiter abgekühlt und der internationale Warenhandel ist rückläufig. Der Welthandel schrumpfte im Jahr 2019 um 0,8%. Ein großer Anteil hat dabei die Zoll- und Handelspolitik der USA. Dieser Protektionismus wird auch im Jahr 2020 negative Auswirkungen auf den Welthandel haben. Trotz dieses Rückgangs des Handelsvolumens profitieren private Haushalte von kräftigeren Lohnzuwächsen und der guten Arbeitsmarktlage. Weiterhin ist seit spätestens März 2020 zu befürchten, dass die COVID-19-Pandemie, die Weltwirtschaft, die Wirtschaft des Euroraums und die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2020 in eine Rezession führen wird.

Über das gesamte Jahr 2019 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum um 1,2%. Damit hat sich die eher verhaltene Expansion des Vorjahres in 2019 fortgesetzt.

Alles in allem dürfte die Finanzpolitik im Euroraum im laufenden und im kommenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet sein und im Jahr 2021 wohl in etwa neutral sein.

Die strukturellen Primärsalden, die um Konjunkturerfekte, Einmaleffekte und Zinsausgaben bereinigt sind, dürften in einer Reihe von Ländern sinken, besonders deutlich in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr.

Damit ist die Wirtschaftsleistung Deutschlands in 2019 weiter zurückgegangen. Da die Auslastung aber immer noch über dem langjährigen Durchschnitt ist, konnte bis zum Beginn der COVID-19-Pandemie von keiner Konjunkturkrise gesprochen werden. Es ist zu erwarten, dass die COVID-19-Pandemie die deutsche Wirtschaft in 2020 in eine tiefe Rezession führen wird.

(Quellen: VdW Rheinland Westfalen Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Lage und zur Branchenentwicklung 2019; eurostat der Europäischen Kommission, Veröffentlichungen, Pressemitteilung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden im Jahr 2019 rund 1.092 Wohnungen erstellt (Vorjahr: 1.045), das sind 4,5 % mehr als in 2018. Weiterhin wurden im Jahr 2019 für 1.010 Wohnungen Baugenehmigungen beantragt (Vorjahr: 1.036). (Quelle Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen IT.NRW).

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise und der Corona-Pandemie sind für den Kreis Euskirchen immer noch nicht absehbar. (Siehe hierzu Statistische Berichte des Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2018 bis 2040/2060“).

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein „Vermietermarkt“. Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten

Im Jahr 2019 wurde mit dem Bau von 4 öffentlich geförderten Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 58 Wohnungen begonnen. Die beiden Gebäude mit 32 Wohneinheiten in der Elbinger Straße 16-18, Euskirchen werden ab Juli 2020 den Mieterinnen und Mietern übergeben. Das Mehrfamilienhaus mit 18 Wohnungen in der Rohmedrägerstraße 9-9a in Ertstadt wird im Oktober 2020 fertiggestellt. Mit der Fertigstellung des Mehrfamilienhauses mit 8 Wohnungen in der Niederberger Straße 33 in Weilerswist wird Ende 2020 gerechnet.

Des Weiteren wird im öffentlich geförderten Wohnungsbau Anfang 2020 mit dem Bau von 8 Wohnungen in den Herrenbenden 28, Euskirchen, begonnen. Die Bezugsfertigkeit ist im Jahr 2021 geplant.

In Planung sind zudem der öffentlich geförderte Neubau von 24 Wohnungen mit Gemeinschaftsräumen in der Urftseestraße 26 in Schleiden-Gemünd und von 25 Wohnungen mit einem Gemeinschaftsraum in der Elbinger Straße 12-14 in Euskirchen.

Zudem sollen 9 freifinanzierte Mietwohnungen auf dem Grundstück Weiße Erde 10 in Euskirchen entstehen.

Instandhaltung / Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2019 betrugen TEUR 1.902 (Vorjahr TEUR 2.199).

Modernisierung

Aktivierete Aufwendungen für die Modernisierungen beliefen sich auf TEUR 1.237 (Vorjahr TEUR 1.141). Die in 2017 begonnene Modernisierung des Hauses Appelsgarten 6 in Euskirchen wurde Mitte 2019 abgeschlossen. Damit ist die Modernisierung des Quartieres Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit insgesamt elf Häusern abgeschlossen.

Die Ende 2018 begonnene Modernisierung des Hauses Am Marienpütz 12 in Euskirchen wird voraussichtlich Mitte 2020 abgeschlossen.

Die in 2019 begonnene Modernisierung der Häuser Carl-Schurz-Straße 2-6 ist bis auf Restarbeiten Ende 2019 abgeschlossen worden.

Zudem wurde mit der Modernisierung der Häuser Unitasstraße 139 Ende 2019 und Hochstraße 42 Anfang 2020 begonnen. Beide Gebäude liegen in der Euskirchener Kernstadt.

Bauträgergeschäft

In 2019 wurde kein Bauträgergeschäft begonnen oder umgesetzt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2019 insgesamt 1.470 Wohnungen, 15 gewerbliche Einheiten, 396 Garagen und 654 Einstellplätze. Von den Wohnungen waren 916 freifinanziert, die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung.

Die Abgänge im Immobilienvermögen in 2019 resultieren aus dem Verkauf des Einfamilienhauses mit Einstellplatz in der Dechant-Boßhammer-Straße 12 in Euskirchen-Kreuzweingarten und einer Garage in der Hörselfgauer Straße in Euskirchen.

Fremdverwaltung

Ende 2019 verwaltete die Gesellschaft 280 Wohnungen, 2 gewerbliche Einheiten und 32 Garagen sowie 180 Stellplätze für Dritte.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft in 2019 für die beiden Wohnungseigentümergeinschaften in Euskirchen Charleviller Platz 1 mit 24 Wohnungen sowie 17 Garagen und Thüringer Straße 11a mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über neun baureife Grundstücke mit 9.098 qm, ein Grundstück mit 998 qm im Zustand der Erschließung, sechs Ackerlandflächen mit 51.640 qm, zwei Gartenparzellen von 663 qm sowie eine Freifläche von 247 qm.

Außerdem wird das Gelände rund um den Alten Schlachthof in der Ertstraße in Euskirchen voraussichtlich die Bebauung mit mehreren Mehrfamilienhäusern ermöglichen. Die Grundfläche beträgt 9.479 qm. Für diese Entwicklung ist der Rückbau eines Teils des denkmalgeschützten Schlachthofgebäudes und die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes erforderlich.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresüberschuss von 385 TEUR (Vorjahr: 408 TEUR) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2019 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.237	1.938	299
- Bauträgertätigkeit	-79	-16	-63
- Betreuungstätigkeit	74	89	-15
- Sonstigem	76	74	2
	2.308	2.085	223
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	2.021	2.091	70
Betriebsergebnis	287	-6	293
Ergebnis der Finanzrechnung	24	189	-165
Ergebnis der neutralen Rechnung	89	215	-126
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15	-10	-25
Jahresergebnis	385	408	-23

Die Mietausfälle von TEUR 298 betragen 3,2 % (Vorjahr: 3,0 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,9 % (Vorjahr: 2,0 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2019.

Der Anstieg des Deckungsbeitrages aus der Hausbewirtschaftung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus gestiegenen Sollmieten und gesunkenen Instandhaltungskosten. Der negative Deckungsbeitrag aus der Bauträgertätigkeit entstand durch die Abrechnung der Erschließungskosten von in früheren Jahren verkauften Grundstücken. Weiterhin entwickelte sich der Deckungsbeitrag aus der Betreuungstätigkeit rückläufig aufgrund von niedrigeren Erlösen aus der Verwaltungstätigkeit.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2020 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2019 um TEUR 3.564 auf TEUR 73.958 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen in erheblichem Maß Eigenkapital und für die Neubautätigkeiten überwiegend Fremdkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 94,8 % (Vorjahr: 92,9 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (nach Dividende) 21,0 % (Vorjahr: 21,9 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs.1

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 385 (Vorjahr: TEUR 408), die Eigenkapitalquote (nach Dividende) mit 21,0 % (Vorjahr: 21,9 %), die Gesamtkapitalrentabilität mit 1,62 % (Vorjahr: 1,73 %) und der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 4.331 (Vorjahr: TEUR 2.353).

Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegebenen Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren größtenteils erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses wurde leicht unterschritten. Einhergehend mit dem geringeren Jahresergebnis und der höheren Bilanzsumme ist die Gesamtkapitalrentabilität unter das Vorjahresniveau gesunken. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen und entspricht der Prognose. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvaluierungen. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Diese Entwicklung ist auf die Abnahme der Unfertigen Leistungen, der sonstigen Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit sowie der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind 2019 die Fluktuationsquote mit 8,2 % (Vorjahr 9,1 %) und die Leerstandsquote mit 1,9 % (Vorjahr 2,0 %).

Die Leerstandsquote liegt mit 1,9 % unter dem Vorjahresniveau. Die Fluktuationsquote ist auf 8,2 % gesunken und liegt somit unterhalb des Vorjahresniveaus.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes mit eigener Mietbautätigkeit, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Überschreitung der Plankosten durch Baukostensteigerungen bei Neubauten und Modernisierungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Von 2009 bis 2019 erhöhte sich die bewirtschaftete Wohn- und Nutzfläche der Gesellschaft von 86.113 m² auf 101.114 m². Dieses Wachstum von mehr als 17 % geht grundsätzlich mit dem Risiko künftiger Leerstände einher. Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH von der Gesellschaft beauftragt, eine Wohnungsbedarfsprognose und ein Handlungskonzept für den öffentlich geförderten Wohnungsbau jeweils für die Kreisstadt Euskirchen bis zum Jahr 2040 zu erarbeiten. Bis zum Jahr 2040 weist das Handlungskonzept einen Wohnungsbedarf im Mehrfamilienhausbau von rund 1.600 Wohnungen aus. Der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen wird für die nächsten 10 Jahre auf 400 geschätzt. Die Bestandszuwächse der Gesellschaft und das damit verbundene expansive Neubauprogramm erscheinen aufgrund des testierten Wohnungsbedarfes des Handlungskonzeptes als nunmehr richtig. Weitere Neubauprojekte können unter Berücksichtigung der Eigenkapitalquote der Gesellschaft folgen.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierefrei zu erstellen.

Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Elbinger Straße.

Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Prognosebericht

Nach den Erkenntnissen bis zur Aufstellung des Lageberichtes haben sich durch die Coronakrise keine gravierenden negativen Auswirkungen ergeben. Daher gehen wir davon aus, das Jahresergebnis 2020 nach dem aktuellen Wirtschaftsplan von TEUR 358 erreichen zu können. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren wie Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote, Leerstandsquote und Gesamtkapitalrentabilität dem Niveau des Jahres 2019 entsprechen. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2019 in Höhe von 21,0 % (Vorjahr: 21,9 %) wird in 2020 voraussichtlich sinken. Grund hierfür sind die Investitionen in Neubauten und die Modernisierung des Gebäudebestandes. Diese Planung erfolgt aufgrund § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. § 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zuge der Umsetzung des § 108 Abs. 3 GO NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 27. August 2020

Die Geschäftsführung:
(Knuth)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	24	23	22	insgesamt
	6	6	4	davon Teilzeitkräfte und Auszubildende

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Wohnungseinheiten	1.470	1.471	1.426	Anzahl
Gewerbeeinheit	15	15	15	Anzahl
Garagen/Einstellplätze	1.050	1.052	1.001	Anzahl
Wohn- und Nutzfläche	101.114	101.206	99.066	m ²
Fluktuationsquote	8,2	9,1	6,8	%
Leerstandsquote	1,9	2,0	1,8	%

5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

B) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner – insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017	
<u>Kreis Euskirchen</u>					
Gewinnausschüttung	010 11114	10.993 €	28.357 €	4.036 €	nach Steuern
Sonstiges	vd.	20 €	0 €	0 €	

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Es handelt sich bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG um ein Unternehmen, welches mehrheitlich privatrechtlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist, so dass die Gesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG fällt.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied

Dominik Schmitz

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Emmanuel Kunz

SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Dietmar Henkel, Leichlingen, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

1. Wolfgang Andres

Stabsstelle 12

2. Stefanie Seidler

SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Veranstaltergemeinschaft zu entnehmen.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in die Veranstaltergemeinschaft entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied

Rolf Jaeck

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Stefan Guhlke

CDU

b) Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

1. Wolfgang Andres

Stabsstelle 12

2. Silvia Gertrud Wallraff

CDU

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.493	1.354	1.991	5.139
Sachanlagen	28.679	35.991	42.374	-7.312
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	60.736	62.910	69.930	-2.173
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.215.338	1.247.097	1.315.451	-31.759
Liquide Mittel	15	102	158	-87
	1.215.353	1.247.199	1.315.609	-31.846
C Rechnungsabgrenzungsposten	901	0	0	901
Summe Aktiva	1.276.990	1.310.108	1.385.539	-33.118
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	488.708	488.708	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	0
	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
B Rückstellungen	44.740	59.194	47.470	-14.454
C Verbindlichkeiten	232.250	250.915	338.069	-18.664
Summe Passiva	1.276.990	1.310.108	1.385.539	-33.118

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	3	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	301	1.616	4.041	-1.315
Liquide Mittel	11.527	10.340	11.342	1.188
	11.829	11.956	15.383	-127
B Rechnungsabgrenzungsposten	0	600	0	-600
Summe Aktiva	11.829	12.556	15.383	-727
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	2.023	3.233	6.728	-1.210
B Verbindlichkeiten	9.806	9.323	8.655	482
Summe Passiva	11.829	12.556	15.383	-727

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	835.851	813.227	958.311	22.623
2	Sonstige betriebliche Erträge	5.929	27.082	3.678	-21.153
3	Materialaufwand	71	1.543	1.589	-1.472
4	Personalaufwand	0	0	16.462	
5	Abschreibungen	15.392	15.075	17.084	317
6		796.776	773.348	788.244	23.429
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.229	6.243	3.988	-3.013
	davon an verbundene Unternehmen	2.907	5.405	3.685	-2.498
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.267	4.997	19.554	-3.730
9	Ergebnis nach Steuern	25.045	39.104	115.068	-14.059
10	Sonstige Steuern	-44	81	216	-125
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	25.089	39.023	114.852	-13.934
12	Gutschrift auf Verlustsonderkonten der	0	0	0	
13	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	25.089	39.023	114.852	-13.934
14	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	369.450	374.478	364.979	-5.028
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.641	1.244	925	1.396
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	119.505	100.025	93.572	19.481
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	119.505	100.025	93.572	19.481
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	236.750	257.120	257.156	-20.370
a)	Löhne und Gehälter	194.858	212.433	213.862	-17.575
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	41.892	44.688	43.294	-2.795
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.951	17.534	14.050	-2.583
6	Ergebnis nach Steuern	884	1.043	1.125	-159
7	Sonstige Steuern	884	1.043	1.125	-159
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland stagniert im Jahr 2019 insgesamt auf Vorjahresniveau. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzverlust von -1,4 % aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um 0,6%. Die Internetwerbeumsätze sinken zum Vorjahr um -2,5 %. Die Gattung Radio erzielte 2019 bei den Brutto-werbeerlösen ein Umsatzwachstum von +1,6 %.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 25 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 39 um TEUR 14 unterschritten (-35,7 %). Geplant waren TEUR 39.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 23 (+2,8 %) auf TEUR 836 gestiegen. Hiervon entfallen TEUR 536 (TEUR +50 bzw. +10,2 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen sowie nationalen Werbeumsätze und TEUR 285 (TEUR -29 bzw. -9,1 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogramzulieferers Radio NRW GmbH.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 797 um +3,0 % (TEUR +23) höher als im Vorjahr.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2019 ein Eigenkapital (inkl. Kapitalrücklage) von TEUR 1.000 aus.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2020 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 30.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 507 enthalten. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 326 im Plan enthalten.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden. Die Märkte werden aber zunehmend enger. Beispielsweise der Möbelmarkt konzentriert sich immer stärker.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzenden Hörer-Reichweiten aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrissen führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme. Aber die Erlös-Prognosen für die nationalen Hörfunkumsätze sind kurz- und mittelfristig rückläufig.

Risiken für die Umsatzentwicklung in 2020 resultieren aus der Ausbreitung des Corona Virus bzw. aus den von Bund und Land beschlossenen Gegenmaßnahmen. Sollten die Maßnahmen über einen Zeitraum von mehreren Monaten gelten, könnten Umsatzrückgänge im Lokalgeschäft um bis zu 10 %, national um bis zu 5 % eintreten.

Für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 sieht die Geschäftsführung keine weiteren besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden. Die vorbeschriebenen rückläufigen Erlöse könnten aber perspektivisch problematisch werden.

Euskirchen, 20. März 2020

Geschäftsführung“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
./.				

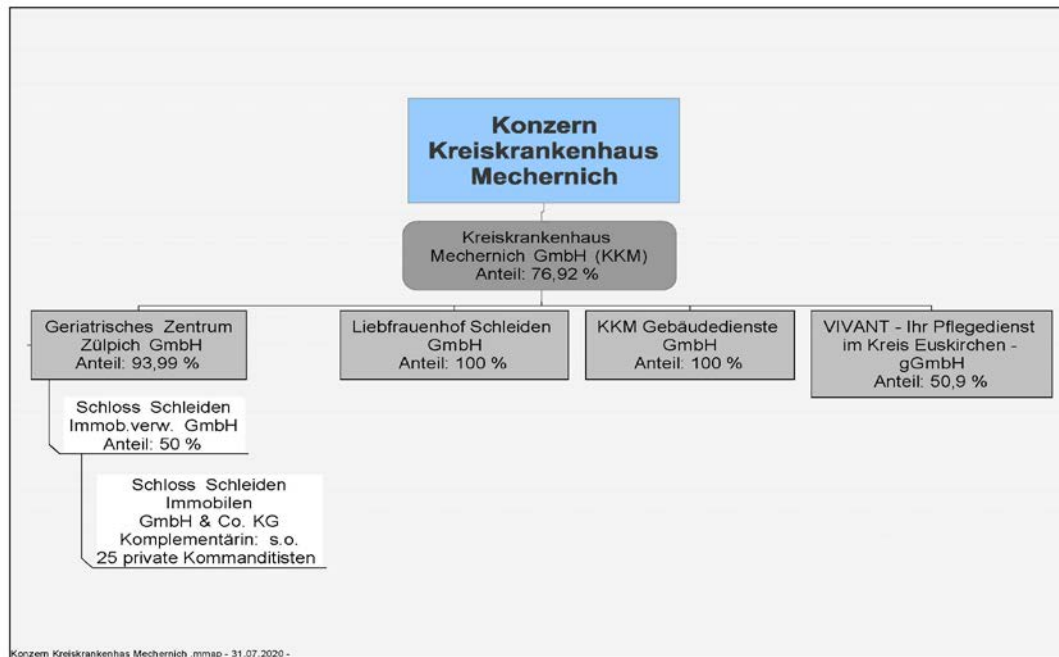
H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
./.				

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkhm.de/>



6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern

A) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500 €	23,08 %
Summe	665.000 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind die Finanz- und Leistungsfähigkeiten des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich mit dem Kreis und den weiteren Beteiligungsgesellschaften des Kreises dargestellt:

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis Euskirchen</u>				
<u>Erträge</u>				
Krankentransport	020 12701	179.225 €	134.292 €	60.032 €
Erst. Versorgungsbezüge	010 11133	147.195 €	141.730 €	140.000 €
Abfallbeseitigung	110 53701	53.369 €	42.859 €	42.570 €
Sonstiges	vd.	7.294 €	8.229 €	12.261 €
<u>Aufwendungen</u>				
Pflegeleistungen	vd.	2.152.393 €	2.132.607 €	2.021.586 €
Notarztgestellung	020 12701	808.465 €	776.946 €	758.648 €
Zuschüsse	vd.	166.985 €	229.826 €	233.314 €
Sonstiges	vd.	54.304 €	68.167 €	70.533 €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Strom- und Gasbezug		1.305.146 €	748.295 €	736.784 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

Die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes in § 6 des Gesellschaftsvertrages führt dazu, dass bei wesentlichen Gremien die Besetzung mit einem Mindestanteil von 40 % zu erfolgen hat.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

- | | |
|------------------------------------|------------|
| 1. Günter Rosenke | Landrat |
| 2. Rita Gerdemann | CDU |
| 3. Rudi Mießeler | CDU |
| 4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer) | CDU |
| 5. Leo Wolter | CDU |
| 6. Heinrich Hettmer | SPD |
| 7. Hans Schmitz (stv. Stimmführer) | SPD |
| 8. Dr. Manfred Wolter | skB/FDP |
| 9. Nathalie Konias | B 90/Grüne |
| 10. Dr. Klaus-Peter Jeck | AfD |

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Aufwandsentschädigung 2019</u>
1. Günter Rosenke	Landrat	900 €
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU	2.400 €
3. Günther Schulz	CDU	1.200 €
4. Ute Stolz	CDU	1.200 €
5. Karl Vermöhlen	SPD	1.200 €
6. Wolfgang Heller	SPD	1.200 €
7. Hans Reiff	FDP	1.200 €
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne	1.200 €

<u>Stellvertretende Mitglieder (gebundene Vertretung)</u>		<u>Aufwandsentschädigung 2019</u>
1. Manfred Poth	AV	300 €
2. Dirk Jahr	CDU	0 €
3. Ursula Beul	CDU	0 €
4. Dr. Sabine Dirhold	CDU	0 €
5. Heinrich Hettmer	SPD	0 €
6. Andreas Schulte	SPD	0 €
7. Frederik Schorn	FDP	0 €
8. Angela Kalnins	B 90/Grüne	0 €

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 18,2 %.

c) Geschäftsführung

<u>Mitglieder der Geschäftsführung</u>	<u>Bezüge 2019</u>
Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik	240,2 T€
Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen	231,0 T€

Aufgrund der Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung nimmt der Geschäftsführer „Finanzen“ die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH verbundenen Unternehmen wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 02.01. bzw. zum 01.07.2020 wurden die Herren Martin Milde bzw. Thorsten Schütze zu weiteren gesamtvertretungsberechtigten Geschäftsführern bestellt. Zum 30.06.2020 wurde Herr Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Verwaltungsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliche Mitglieder:

1. Markus Ramers	Landrat
2. Rudi Mießeler (Stimmführer)	CDU
3. Jochen Kupp (stv. Stimmführer)	CDU
4. Leo Wolter	CDU
5. Fabian Köster-Schmücker	SPD
6. Hans Schmitz	SPD
7. Lydia Uschmann	SPD
8. Peter Schallenberg	B90/Grüne
9. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
10. Dr. Klaus Jeck	AfD

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder:

1. Markus Ramers	Landrat
2. Ute Stolz	CDU
3. Rolf Jaeck	CDU
4. Karsten Stickeler	CDU
5. Karl Vermöhlen	SPD
6. Wolfgang Heller	SPD
7. Peter Schallenberg	B90/Grüne
8. Dirk van Meenen	FDP

Stellvertretende Mitglieder:

Manfred Poth	AV
Dirk Jahr	CDU
Birgit Braun-Näger	CDU
Hans-Erhard Schneider	CDU
Fabian Köster-Schmücker	SPD
Hans Schmitz	SPD
Myriam Kemp	B 90/Grüne
Frederik Schorn	FDP

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Bilanz -				
				Veränderung
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Berichtsjahr
Aktiva	€	€	€	zu Vorjahr
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	228.529	175.015	189.715	53.514
Sachanlagen	53.184.037	53.384.218	52.951.473	-200.181
Finanzanlagen	5.625.805	5.625.805	5.655.805	0
	59.038.370	59.185.038	58.796.993	-146.667
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.849.558	2.866.437	2.193.542	-16.879
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.662.470	24.623.483	20.336.192	1.038.987
Liquide Mittel	6.147.239	9.105.383	10.076.653	-2.958.144
	34.659.267	36.595.303	32.606.388	-1.936.036
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	134.727	157.473	68.999	-22.745
Summe Aktiva	97.322.439	99.427.888	94.962.453	-2.105.449
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	20.575.638	19.955.493	18.830.699	620.146
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	716.660	620.146	1.124.794	96.515
	30.044.589	29.327.929	28.707.783	716.660
B Sonderposten	19.676.943	19.462.364	18.714.969	214.579
C Rückstellungen	17.339.600	16.867.494	15.732.390	472.106
D Verbindlichkeiten	29.209.962	32.805.977	30.816.224	-3.596.015
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	542.048	577.831	639.174	-35.783
F Rechnungsabgrenzungsposten	509.298	386.294	351.913	123.004
Summe Passiva	97.322.439	99.427.888	94.962.453	-2.105.449

Konzern Kreiskrankenhaus Meckernich - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	247.491	210.332	273.952	37.159
Sachanlagen	71.539.630	70.002.401	69.121.106	1.537.229
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	71.805.925	70.231.538	69.413.862	1.574.388
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.901.264	2.911.844	2.240.719	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.647.947	25.603.235	21.441.406	44.711
Liquide Mittel	7.421.457	11.527.433	13.994.649	-4.105.976
	35.970.668	40.042.512	37.676.774	-4.071.845
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	437.633	499.271	402.726	-61.638
Summe Aktiva	111.704.301	114.263.395	110.983.436	-2.559.094
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.305.451	4.305.451	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	24.133.141	22.077.413	20.633.758	2.055.728
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	476.867	476.867	1.501.518	0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.938.191	1.743.148	1.563.531	195.042
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.073.576	2.055.728	1.443.655	-982.152
	36.374.922	35.106.303	33.895.608	1.268.618
B Sonderposten	19.678.366	19.464.021	18.716.860	214.345
C Rückstellungen	19.224.628	18.564.152	17.347.976	660.476
D Verbindlichkeiten	35.228.146	40.049.378	39.900.378	-4.821.232
E Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung	542.048	577.831	639.174	-35.783
F Rechnungsabgrenzungsposten	656.191	501.710	483.441	154.481
Summe Passiva	111.704.301	114.263.395	110.983.436	-2.559.094

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	103.506.815	98.320.010	95.321.062	5.186.805
2	Bestandsveränderungen	-187.300	474.500	-399.900	-661.800
3	Sonstige betriebliche Erträge	5.276.582	4.356.190	4.856.913	920.392
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	24.531.377	23.508.554	23.744.654	1.022.823
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.509.233	12.103.370	11.821.112	405.864
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.022.144	11.405.184	11.923.542	616.960
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	66.959.195	63.628.558	61.576.036	3.330.637
a)	Löhne und Gehälter	54.117.065	51.384.289	49.935.594	2.732.776
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.842.130	12.244.268	11.640.442	597.861
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.602.739	2.609.123	3.741.635	-6.384
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.688.989	2.643.035	3.580.434	45.954
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	35.783	61.343	61.343	-25.560
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.763.123	2.758.949	3.884.121	4.174
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	170.063	207.211	215.742	-37.149
11	Abschreibungen	4.621.115	4.651.211	5.479.970	-30.096
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.704.207	12.588.682	10.615.729	1.115.525
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.072	14.926	23.062	145
	davon aus verbundenen Unternehmen	7.323	4	855	7.319
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	418.433	469.490	483.104	-51.057
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.795	16.585	30.414	4.209
16	Ergebnis nach Steuern	750.373	649.887	1.154.778	100.486
17	Sonstige Steuern	33.712	29.741	29.985	3.971
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	716.660	620.146	1.124.794	96.515

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	124.218.295	117.569.881	115.430.291	6.648.414,02
2	Bestandsveränderungen	-187.300	474.500	-399.900	-661.800,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	7.213.299	7.191.646	4.690.330	21.653,24
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	25.759.639	24.745.066	25.061.554	1.014.572,30
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.748.482	13.261.213	12.981.904	487.268,53
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.011.157	11.483.853	12.079.650	527.303,77
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	83.488.373	78.648.889	75.668.959	4.839.484,45
a)	Löhne und Gehälter	67.328.479	63.417.202	61.403.366	3.911.277,47
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.159.894	15.231.687	14.265.592	928.206,98
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.602.739	2.609.123	3.741.635	-6.384,20
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.689.223	2.704.612	3.642.011	-15.388,67
8	Erträge aus Einstellung Ausgleichposten für Darlehnsförderung	35.783	0	0	35.783,00
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.763.123	2.758.949	3.884.121	4.173,71
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	170.063	207.211	215.742	-37.148,71
11	Abschreibungen	5.322.582	5.297.886	6.154.435	24.696,14
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.090.335	15.795.921	13.590.265	1.294.413,58
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.077	15.471	28.112	-7.393,75
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	630.656	796.043	845.520	-165.387,08
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.602	33.684	41.869	2.917,28
16	Ergebnis nach Steuern	1.318.744	2.281.582	1.670.014	-998.621,03
17	Sonstige Steuern	50.126	46.236	46.354	3.889,31
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.268.618	2.235.346	1.623.660	-1.002.510,34
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-195.042	-179.618	-180.005	-15.424,46
20	Konzerngewinn	1.073.576	2.055.728	1.443.655	-987.085,88

Lagebericht des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2019

„1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Mit Ausnahme der KKM Gebäude-dienste GmbH sind die Unternehmen des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gemeinnützig tätig.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit den im Folgenden dargestellten Konzerngesellschaften. Gesellschafter der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind der Kreis Euskirchen (76,9%) und die Stadt Zülpich (23,1%). Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist zugleich Trägergesellschaft der Krankenhäuser Mechernich und Schleiden, die im Jahr 2019 durchgängig mit 523 Betten / Plätzen im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen geführt wurden. In Trägerschaft der Muttergesellschaft befinden sich zudem das Sozialpädiatrische Zentrum Mechernich, der Ambulante Kinderpflegedienst ‚Eifelkids‘ und die Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit 75 Ausbildungsplätzen.

An folgenden Konzerngesellschaften hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Anteile:

An der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist sie mit einem Anteil von 93,99 % am Stammkapital beteiligt; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Zudem betreibt die Gesellschaft das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 27,6 TEUR beträgt. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden

Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt. Bezüglich der mittelbaren Beteiligung in Höhe von 50 % wurde das Wahlrecht des § 310 HGB (quotale Einbeziehung) nicht ausgeübt. Auf die Einbeziehung nach der Equity-Methode wurde wegen der untergeordneten Bedeutung der Gesellschaft für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns gemäß § 311 Abs. 2 HGB verzichtet.

An der ursprünglich mit dem Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gegründeten Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit dem 01. Januar 2015 100% des Stammkapitals in Höhe von 100 TEUR. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich und zum Liebfrauenhof in Schleiden sowie auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich.

Gegenstand der KKM Gebäudedienste GmbH, als 100 %iger Tochtergesellschaft mit einem Stammkapital von 25 TEUR, ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wird im Folgenden nicht weiter auf die Gesellschaft eingegangen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ging mit seinem Jahresgutachten 2019/2020 noch davon aus, dass sich das bundesdeutsche Bruttoinlandsprodukt trotz abschwächender Konjunktur in der Mittelfristprojektion 2018/2024 jahresdurchschnittlich um 1,3% positiv entwickeln würde. Angesichts der erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist aktuell davon auszugehen, dass die Weltwirtschaft und auch die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2020 deutlich schrumpfen werden. In seinem Sondergutachten vom 30. März 2020 sieht der Sachverständigenrat in Abhängigkeit davon, wie lange und in welchem Ausmaß die einschränkenden Maßnahmen anhalten und wie schnell es im Rahmen einer Normalisierungsstrategie wieder zu einer Erholung der Konjunktur kommt, Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts von bis zu -5,4%.

Für die beitragsfinanzierten Leistungsbereiche der bundesdeutschen Sozialsysteme stellen sich rückläufige Konjunkturerwartungen grundsätzlich problematisch dar, wenn steigenden demografischen und gesellschaftlichen Leistungsanforderungen stagnierende oder real sogar sinkende Beitragsvolumina gegenüberstehen. In der Folge steigt die Gefahr, dass sich der bereits seit Jahrzehnten bestehende Ökonomisierungsdruck mit der Grundproblematik einer sich weiter erhöhenden Arbeitsverdichtung fortsetzt.

Die für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** lassen sich für 2019 wie folgt beschreiben:

Die im DRG-System problematische Finanzierungssituation der ca. 1.950 Akutkrankenhäuser in Deutschland hat sich auch im Jahr 2019 nicht verbessert. Weiterhin werden die über die Anstiege der Landesbasisfallwerte hinausgehenden Tarfkostensteigerungen (linear und strukturell) und Personalkostensteigerungen aufgrund zusätzlicher Anforderungen an Qualifikation oder Qualität nicht vollständig refinanziert. Damit werden die Krankenhäuser einem Wirtschaftlichkeitsdruck ausgesetzt, der über zusätzliche Arbeitsverdichtung (Fallzahlenanstieg) oder Personalabbau ausgeglichen werden muss. Eine Anforderung, die sich vor dem Hintergrund der auch im Krankenhausbereich zunehmenden Problematik der Fachkräftegewinnung kontraproduktiv darstellt. Nach zwischenzeitlich durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Eckzahlen 2018 ist des Weiteren festzustellen, dass sich die in bundesdeutschen Krankenhäusern versorgte Zahl der Patienten seit 2016 nach vielen Jahren des Anstiegs rückläufig darstellt. Die Fallzahl reduzierte sich von 19,532 Mio. in 2016 auf 19,425 Mio. Fälle (-0,6%) in 2018. Die durchschnittliche Verweildauer lag dabei im Vergleich zum Jahr 2016 (7,3 Tage) bei 7,2 Tagen, die durchschnittliche Auslastung der Planbetten sank von 77,9 % in 2016 auf 77,1 % in 2018 (Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.)).

Zu den oft schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen kommt ein enormer Investitionsbedarf, der durch die Mittelbereitstellungen der Länder nicht finanziert werden kann. Die Konsequenz ist ein kontinuierlich wachsender Investitionsstau, der durch eigenmittelfinanzierte Investitionen allenfalls abgemildert werden kann.

Problematisch stellt sich auch der Anstieg bürokratischer Anforderungen im Krankenhausbereich dar. Neben stetig steigenden Dokumentationsanforderungen ist dies insbesondere auch an den fortwährend ansteigenden Prüfquoten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen festzumachen.

Zur Bewältigung der dargestellten Herausforderungen fordern die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG e. V.) und die Landeskrankenhausgesellschaften mit dem Pakt für eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung einen konstruktiven Dialog unter politischer Federführung der Länder (Krankenhausplanung), damit Versorgungsstrukturen aktiv und verantwortungsvoll weiterentwickelt werden können. Selbstverständlich sind dabei auch Fragen einer Strukturbereinigung zu beachten.

Kostenträger und zum Teil auch die Politik fokussieren in Ihren Zielsetzungen zur Weiterentwicklung von Krankenhausstrukturen aber oft einseitig und undifferenziert auf den Aspekt des Kapazitätsabbaus. Leider stehen dabei oftmals Initiativen im Mittelpunkt, die auf eine restriktive Regulierung, eine undifferenzierte, medizinisch nicht validierte Ausweitung von Qualitäts- und Strukturanforderungen und auf zusätzliche Restriktionen der Krankenhausfinanzierung abzielen.

Auf die unzureichende Finanzierung von Krankenhausleistungen hat der Bundesgesetzgeber mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz vom 11. Dezember 2018 (PpSG) reagiert, mit dem die Finanzierung von Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen verbessert werden soll. Dazu werden die Pflegepersonalkosten ab dem Jahr 2020 aus dem DRG-Budget ausgegliedert und über gesonderte Vergütungen hausindividuell vergütet. Verbesserungen resultieren ab dem Jahr 2019 im Rahmen der Finanzierung der Ausbildungsvergütungen, die zukünftig im ersten Jahr der Ausbildung vollständig refinanziert werden. Negativ wird sich die anteilige Streichung des bisher gewährten „Pflegezuschlags“ ab 2020 auswirken, den die Bundesregierung ebenfalls mit dem PpSG als Gegenfinanzierungsmaßnahme vorsieht. Wie sich der Gesamtsaldo aus den vorstehend genannten Einzelpunkten darstellen wird, ist aktuell nicht absehbar.

Noch auf Initiative der Vorgänger-Bundesregierung ist mit § 1371 SGB V die Rechtsgrundlage zur Schaffung einer Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) geschaffen worden. Auf dieser Grundlage sind mit Wirkung ab dem 01.01.2019 Pflegepersonaluntergrenzen für definierte pflegensensitive Bereiche sicherzustellen.

Mit Vorlage des durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW beauftragten Gutachtens „Krankenhauslandschaft Nordrhein-Westfalen“ am 12. September 2019 hat Gesundheitsminister Laumann „die größte Reform der Krankenhauslandschaft Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten“ angekündigt. Verbunden mit dem Ziel einer differenzierten, leistungsbezogenen Versorgungsplanung soll die im Rahmen der Krankenhausplanungsrunde 2015 mit der Aufgabe der Teilgebieteplanung umgesetzte Öffnung durch eine differenzierte Planung von Leistungsgebieten und Leistungsgruppen ersetzt werden.

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:

Der Pflegemarkt ist weiterhin ein Wachstumsmarkt. Gemäß aktuellen Angaben des Landesbetriebes Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) wird sich die Zahl der über 65-jährigen im Kreis Euskirchen von derzeit ca. 42 Tausend auf ca. 60 Tausend Menschen im Jahr 2040 erhöhen. Dies entspricht einem Anstieg um über 40 Prozent. Der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung im Kreis Euskirchen steigt damit von aktuell ca. 22%- auf über 31 %-Punkte.

Um den mit dem demografischen Wandel verbundenen Anstieg der Nachfrage nach Altenpflegeleistungen aufzufangen, zielten die zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen der vergangenen Jahre insbesondere auf die Stärkung des ambulanten Sektors. Aber auch für den stationären Bereich ist eine Zunahme der Leistungsnachfrage festzustellen.

Neben demographischen Effekten führt auch die mit dem Pflegestärkungsgesetz II verbundene Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes zu dem Anstieg. Mit der Neudefinition der Pflegebedürftigkeit wurde die Behandlung von körperlichen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen gleichgestellt und somit der Kreis der Leistungsbezugsberechtigten erweitert.

Um den Bedarf nach zusätzlichen Altenpflegeleistungen zu decken, werden insbesondere auch zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt. Der Bundesgesetzgeber hatte vor diesem Hintergrund im Jahr 2018 u.a. das Pflegepersonalstärkungsgesetz initiiert, um Personalengpässe in der Pflege zu verringern und die Versorgung der Alten- und Krankenpflege nachhaltig zu verbessern. In der stationären Altenpflege sollten mit dem Gesetz 13.000 neue Stellen geschaffen werden. Dazu erhalten die Altenpflegeeinrichtungen ab dem 01.01.2019 einen Personalzuschlag, der unmittelbar über die Krankenkassen refinanziert wird. Die Personalzuschläge gelten auch für die Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Für im Konzernverbund betriebene Altenpflegeeinrichtungen resultierten aus dem Pflegepersonalstärkungsgesetz in Abhängigkeit von der Einrichtungsgröße zusätzliche Finanzierungen von 0,5 VK bis 1,5 VK. Des Weiteren umfassen die Reforminhalte die Förderung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie von digitalen Anwendungen zur Entlastung des Pflegepersonals.

Landesweit problematisch stellt sich ab 2019 eine gemäß § 12 Abs. 6 der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW) geänderte Berechnung der im Investitionskostenentgelt für stationäre Einrichtungen anererkennungsfähigen Aufwendungen dar. Wurde

bislang von einer durchschnittlich angenommenen Belegung von 90 % ausgegangen, werden seit 2019 die durchschnittlich belegten Plätze der letzten drei Kalenderjahre zugrunde gelegt.

Branchenübergreifend stellt sich die Findung qualifizierten Personals, insbesondere in den Bereichen Pflege und Medizin zunehmend schwieriger dar.

Für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

b) Geschäftsverlauf

In der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat sich die Zahl der stationären Krankenhausfälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 24.199 in 2018 auf 24.684 in 2019 erhöht (+485; +2,0%). Die durchschnittliche Verweildauer stellt sich mit 6,24 Tagen gegenüber 6,45 Tagen im Vorjahr leicht reduziert (-0,21 Tage; -3,3%) dar. Im Ergebnis liegt auch die Auslastung der insgesamt 523 Planbetten /-plätze mit 81,1% in 2019 unterhalb der Vorjahresauslastung (82,4 %), aber im Bundesvergleich weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Die Zahl der Case-Mix-Punkte ist trotz der gestiegenen Fallzahl von 23.350 Punkten im Jahr 2018 auf 23.228 Punkte im Jahr 2019 leicht rückläufig (-0,5%). Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 0,940 in 2018 auf 0,925 in 2019 zurückgegangen. Neben Veränderungen in der Leistungsstruktur ist dieser Rückgang auch auf steigende MDK-Prüf- und Kürzungsquoten zurückzuführen.

Die Entgeltvereinbarung 2019 nach § 11 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) konnte im Februar 2020 geschlossen und mit Wirkung ab dem 01.05.2020 umgesetzt werden.

Nach planmäßigem Abschluss der Baumaßnahmen wurde der Erweiterungsbau der geriatrischen Rehabilitationsklinik der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** mit Wirkung zum 01. Juli 2019 in Betrieb genommen. Die Investitionen des Erweiterungsbaus betrugen im Geschäftsjahr 2019 2.137 T€. Ein unter dem Gebäude liegendes Parkdeck konnte erst Anfang 2020 fertig gestellt werden und wurde zum 31. Dezember 2019 noch unter den Anlagen im Bau ausgewiesen. Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues erhöhte sich die Platzzahl von bisher 40 auf 62 Rehabilitationsplätze. Die Inanspruchnahme der zusätzlichen Rehabilitationsplätze erfolgte schneller als in der für das Jahr 2019 erstellten vorsichtigen Planungsrechnung vorgesehen, so dass die Vollausslastung der Einrichtung schon im Oktober 2019 erreicht werden konnte. Insgesamt betrug die Auslastung im Jahresdurchschnitt 2019 94,8 % nach 99,1 % im Jahr 2018. Für die solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Zülrich mit 13 Plätzen konnte das Belegungsniveau mit durchschnittlich 10,6 belegten Plätzen gegenüber dem Vorjahr (10,2 Plätze) leicht verbessert werden. Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich liegt bei 64,4 Plätzen (99 %) und damit weiterhin auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung waren 21,8 Plätze (99 %) ausgelastet. Die insgesamt 65 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2019 durchschnittlich zu 93,4 % (60,7 Wohnungen) belegt. Damit liegt der Auslastungsgrad um 1,2 %-Punkte über dem Vorjahreswert (92,2 %).

Beide Pflegeheime der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** konnten auch im Jahr 2019 wiederum die den Entgeltkalkulationen zugrunde gelegte Soll-Auslastung von 98 % überschreiten. Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden (102 Soll-Plätze) lag 2019 mit 101,0 Plätzen, die des Brabenderstifts in Zülrich (61 Soll-Plätze) mit 60,5 Plätzen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung und Inanspruchnahme der **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist - wie in den Vorjahren - auf hohem Niveau weiterhin positiv und ansteigend. Im Berichtsjahr konnte die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstationen gegenüber dem Vorjahr wiederum erhöht werden (+225 Fälle). Mit Ausnahme der Sozialstation Schleiden, für die insbesondere infolge personeller Gründe ein leichter Fallzahlrückgang zu verzeichnen war, stieg die Fallzahl in allen Sozialstationen und dabei insbesondere in der Sozialstation Mechernich an. Dem Gesamtanstieg liegen 141 Fälle im SGB V-Bereich und 84 Fälle im SGB XI-Bereich zugrunde. Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen beträgt im Berichtsjahr 93,9 % (32,9 Plätze) und ist damit gegenüber dem Vorjahr mit 32,1 belegten Plätzen um 0,8 Plätze gestiegen.

Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH weiterhin zufriedenstellend dar.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Wirtschaftsjahr 2019 ein Jahresergebnis von 717 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 620 TEUR). Das Planergebnis in Höhe von 688 TEUR konnte damit im Jahr 2019 erreicht, aber nicht wesentlich überschritten werden.

Der Jahresfehlbetrag für das Krankenhaus Schleiden stellt sich mit 191 TEUR im Vorjahresvergleich (194 TEUR) nur leicht verbessert dar. Auch das Ergebnis für den Krankenhausstandort Mechernich konnte gegenüber dem Vorjahr (892 TEUR) mit 908 TEUR nur geringfügig übertroffen werden. In dem Ergebnis sind wie in den Vorjahren Verlustübernahmen für das von der Geriatrisches Zentrum Zülrich

GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich (75 TEUR) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 96 TEUR enthalten.

Ertragszunahmen in Höhe von 5.435 TEUR (+5,3%) stehen um 3.331 TEUR gestiegene Personalaufwendungen (+5,2%) und um 2.130 TEUR erhöhte Sachaufwendungen (+5,9%) gegenüber.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungsaufwendungen aus eigenmittelfinanzierten Investitionen beträgt der Liquiditätsgewinn der Gesellschaft 2.822 TEUR. Vor diesem Hintergrund ist die Ertragslage weiterhin als positiv zu bezeichnen.

Für die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wurde im Geschäftsjahr 2019 nach einem Vorjahresgewinn von 141 TEUR ein Jahresüberschuss in Höhe von 202 TEUR erwirtschaftet. Damit stellt sich das Jahresergebnis deutlich besser dar, als der für 2019 prognostizierte Fehlbetrag von -90 TEUR. Maßgeblich für diese Entwicklung war insbesondere der positive Belegungsverlauf im Rahmen der Inbetriebnahme der Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik in Zülpich. Positive Jahresergebnisse konnten in den Leistungsbereichen Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen und Vermietungen mit + 390 TEUR erreicht werden. Aus dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof resultierte im Geschäftsjahr 2019 ein Jahresfehlbetrag (./. 26 TEUR). Auch im Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich ergab sich ein Verlust von ./.162 TEUR, der wie im Vorjahr mit 75 TEUR durch Zuschüsse der Konzernmutter abgemildert wurde.

Im Geschäftsjahr 2019 resultierte in der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ein Jahresfehlbetrag von 55 TEUR nach einem Jahresüberschuss in Höhe von 62 TEUR im Vorjahr. Damit wurde die Prognose für das Jahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von 79 TEUR leicht übertroffen. Ursächlich hierfür ist, dass die Auslastungen beider Einrichtungen über der für das Jahr 2019 kalkulierten Auslastung von 98 % lagen. Ein erheblicher Teil der Ergebnisverschlechterung (ca. - 65 TEUR) ist auf die Umstellung des Berechnungsverfahrens für die Investitionskostenentgelte (s. Abschnitt 2 a)) zurückzuführen.

Die Investitionskostenentgelte reduzierten sich für den Liebfrauenhof Schleiden um - 5,4% und für das Brabenderstift um -5,6%.

Die **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte wiederum einen Jahresüberschuss erwirtschaften. Er beträgt 372 TEUR nach 349 TEUR im Vorjahr. Die Prognose für das Jahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 194 TEUR wurde insbesondere aufgrund eines unerwartet hohen Anstiegs der Leistungsanspruchnahme übertroffen. Zudem konnte der für Fahrtzeiten erforderliche Personaleinsatz infolge einer optimierten Routenplanung und der KFZ-Aufwand im Rahmen der planmäßigen Rückgabe von Leasingfahrzeugen reduziert werden. Alle Sozialstationen erzielten positive Jahresergebnisse; dabei konnten die Standorte Mechernich und Zülpich ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr nochmals verbessern. Auch alle Tagespflegeeinrichtungen erzielten positive Jahresergebnisse mit einem Gesamtüberschuss von 32 TEUR, der gegenüber dem Vorjahr (35 TEUR) allerdings leicht zurückging.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 1.074 TEUR nach 2.056 TEUR in 2018 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2019 Gewinnanteile in Höhe von 195 TEUR (Vorjahr: 180 TEUR) zugewiesen. Im Konzerngewinn 2018 war mit 1.025 TEUR ein Sondereffekt aus der Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags aus der Entkonsolidierung der St. Antonius Schleiden gGmbH i. L. enthalten. Unter Herausrechnung dieses Einmaleffektes betrug der Konzerngewinn 2018 1.031 TEUR, so dass sich der Konzerngewinn 2019 mit 1.074 TEUR in vergleichbarer Höhe darstellt. Insgesamt konnte das prognostizierte Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2019 wiederum leicht überschritten werden.

Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträge konnte um 6,0 Mio. Euro (+4,8%) auf 131,2 Mio. Euro gesteigert werden. Der Gesamtanstieg entfällt dabei im Wesentlichen auf die Leistungsbereiche Altenpflege, Altenwohnungen und Geriatrische Rehabilitation (+1.519 TEUR; +6,7%) und die Erlöse aus Krankenhausleistungen (+3.762 TEUR; +4,5%) sowie aus einer Zunahme der Umsatzerlöse nach § 277 HGB (+1.537 TEUR; +42,9%), die im Wesentlichen auf Ausgleichsbeträge nach KHEntgG für frühere Geschäftsjahre entfällt. Die Erlöse aus Bestandveränderungen reduzierten sich demgegenüber erheblich (-662 TEUR) infolge einer Abnahme des Bestandes an teillfertigen Leistungen (aus DRG-Fallpauschalen).

Die Personalkosten erhöhten sich um 6,2% (4.839 TEUR) auf 83.488 TEUR und entsprechen damit einem Anteil von 64,9 % der Gesamtleistung (Vj: 64,5%). Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl, u. a. aus der Inbetriebnahme der Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.

Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 87 TEUR (Vj. 80 TEUR) belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert. Das Eigenkapital erhöhte sich insgesamt um 1.269 TEUR (+ 3,6 %) auf 36.375 TEUR. Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.074 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 195 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile. Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 30.045 TEUR (82,6 %) auf die Konzernmutter. Die Konzerneigenkapitalquote stellt sich mit 32,6 % infolge der Erhöhung des Eigenkapitals um 3,6% und einer zum Bilanzstichtag 2019 verkürzten Bilanz oberhalb der Quote per 31.12.2018 (30,7%) dar.

Die Konzern-Bilanzsumme verringerte sich um 2.559 TEUR (-2,2 %) von 114.263 TEUR auf 111.704 TEUR. Auf der Aktivseite steht dem Anstieg des Anlagevermögens um 1.574 TEUR insbesondere die infolge fortgesetzter Bautätigkeit resultierende Abnahme des Finanzmittelfonds um 4.106 TEUR von 11.527 TEUR auf 7.421 TEUR gegenüber. Auf der Passivseite resultiert die Bilanzverkürzung aus der Abnahme der Verbindlichkeiten (-4.821 TEUR), der das gestiegene Eigenkapital (1.269 TEUR) und die Zunahme der Rückstellungen (+660 TEUR) gegenüber stehen.

Zum Abbau der Verbindlichkeiten trugen planmäßige Darlehenstilgungen (-2.380 TEUR) und die Verminderung von Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausentgeltgesetz (-2.359 TEUR) bei. Der Anstieg der Rückstellungen ist auf Zunahmen der Rückstellungen zur Abgrenzung von Abrechnungsrisiken (+1.315 TEUR), aus Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern (+773 TEUR) und zur Erfüllung von Verpflichtungen aus ausstehenden Rechnungen (+382 TEUR) zurückzuführen. Rückläufig stellen sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (-830 TEUR) und für Pensionsverpflichtungen (-876 TEUR) dar.

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 7.421 TEUR (31.12.2018: 11.527 TEUR). Der Rückgang (- 4.106 TEUR) resultiert im Wesentlichen aus Mittelabflüssen im Rahmen von Investitionstätigkeiten. Dem Finanzmittelbestand stehen Ausgabeverpflichtungen im Bereich von Baumaßnahmen sowie im Rückstellungsbereich gegenüber. Es bestanden zu jeder Zeit ausreichend finanzielle Mittel, um den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2019 folgende Baumaßnahmen fertig gestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- In seiner Sitzung am 30. Juni 2017 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH die Sanierung und den Umbau der vorhandenen zentralen OP-Einheit mit zukünftig zwei OP-Sälen, einer zentralen Patienteneinschleusung, entsprechenden Lagerräumlichkeiten und der Anbindung an den neuen OP-Trakt beschlossen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio. EUR, wovon 0,5 Mio. EUR auf die OP-Ausstattung entfallen. Die Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts erfolgte Ende 2019. Der für das erste Quartal 2020 geplante Beginn für den dritten Bauabschnitt wurde ebenso wie weitergehende Planungen zur Sanierung der OP-Säle 6 und 7 infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie zunächst bis auf Weiteres verschoben.
- Für das Krankenhaus Schleiden ist bereits im Jahr 2014 beschlossen worden, das Erdgeschoss mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. EUR neu zu gestalten. Die Maßnahme hat sich unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstreckt. Bis auf geringfügige Restarbeiten erfolgte der Abschluss der Maßnahme im 1. Quartal 2020.
- Das am Krankenhausstandort Schleiden befindliche, bereits langjährig an die Lebenshilfe H.P.Z GmbH, Bürvenich, vermietete Wohnheim soll in Eigenregie nach den Bedürfnissen der Lebenshilfe und den Vorschriften des Wohn- und Teilhabegesetzes umgebaut und weiterhin langfristig an die Lebenshilfe vermietet werden. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 29.06.2018. Die Bauplanungen laufen in Abstimmung mit der Lebenshilfe und dem Landschaftsverband Rheinland. Da mit dem Umbau eine Reduzierung der Wohnheimplätze von bisher 48 auf 24 Plätze verbunden sein wird, muss die Lebenshilfe vor Umbaubeginn einen Ersatzneubau für 24 Bewohner am Standort Schleiden-Gemünd errichten. Mit dem Beginn der Baumaßnahme am Krankenhausstandort Schleiden wird aktuell nicht vor dem Jahr 2023 gerechnet.
- Zur Erweiterung des Ausbildungsangebotes der Schule für Pflegeberufe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH von aktuell 75 auf perspektivisch 120 Ausbildungsplätze hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 14. Juni 2019 beschlossen, dass dritte Obergeschoss des Hauses C im Krankenhaus Mechernich auszubauen. Die damit verbundenen Investitionskosten betragen einschließlich der energetischen Sanierung des Gebäudeteils 1.899 TEUR. Mit dem Ausbau wurde

planmäßig im ersten Quartal 2020 begonnen. Die Baumaßnahmen sollen bis zum Oktober 2020 abgeschlossen werden.

- In seiner Sitzung am 13. September 2019 hat der Verwaltungsrat die Sanierung der Zentralküche im Krankenhaus Mechernich mit einem Kostenvolumen in Höhe von 2,0 Mio. Euro beschlossen. Der Baubeginn erfolgte planmäßig Anfang 2020. Die Maßnahme soll bis zum Ende des Jahres 2020 abgeschlossen werden. Vor dem Hintergrund der mit der Corona-Pandemie verbundenen hohen wirtschaftlichen Unsicherheit wurden Teile der Baumaßnahme mit einem Kostenvolumen von ca. 300 TEUR bis auf weiteres zurückgestellt.
- Mit der Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH um 22 auf insgesamt 62 Behandlungsplätze ist Mitte 2017 begonnen worden. Die Baumaßnahmen konnten im Juni 2019 mit einem Kostenvolumen von 3,47 Mio. EUR abgeschlossen und die Klinikerweiterung mit Wirkung ab dem 01.07.2019 in Betrieb genommen werden. Die mit der Baumaßnahme verbundene Schaffung von 34 Parkplätzen erfolgte Anfang 2020.

Personal

In 2019 wurden 1.717 (Vorjahr: 1.694) Mitarbeiter in den Diensten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizintechnischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 71,1 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Diensten.

Im Konzern werden insgesamt 110 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Altenpflege und im Rahmen der OTA-Ausbildung (Operations-Technische Assistenz) vorgehalten. Mit der Ausbildung besteht ein wichtiges und effektives Instrument, um dem Fachkräftemangel in den genannten Ausbildungsbereichen entgegen zu wirken.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risiko- und Chancenbericht

Weltweit kritisch stellen sich aktuell die Auswirkungen der Corona-Pandemie dar. Zur Eindämmung der Pandemie wurden, beginnend mit Beschlüssen der Bundes- und Landesregierungen, ab dem 13. März 2020 zahlreiche Maßnahmen in die Umsetzung gebracht, die das öffentliche Leben im Land Nordrhein-Westfalen drastisch einschränken. Weitgehende Kontaktsperrungen, Reisebeschränkungen und Vorgaben zur Einschränkung des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens haben das Ziel, die weitere Ausbreitung des Corona-Virus so weit wie möglich zu verzögern. Dadurch soll die Zahl der gleichzeitig Erkrankten so gering wie möglich gehalten und Zeit gewonnen werden, um weitere Vorbereitungen für Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Menschen, zur Erhöhung von Behandlungskapazitäten, insbesondere von Intensiv- und Beatmungsbetten in Krankenhäusern und zur Entwicklung antiviraler Medikamente und von Impfstoffen zu ermöglichen.

Auch für die Einrichtungen des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultieren aus den Einschränkungen weitreichende Folgen, die zum einen die betrieblichen Abläufe und zum anderen den Leistungs- und Finanzbereich der Gesellschaft betreffen.

Im Bereich der betrieblichen Abläufe wurden zusätzliche Infektionsschutzmaßnahmen für Patienten, für Bewohner, Kunden und für die Mitarbeiter der Einrichtungen etabliert. Auf der Grundlage ministerieller Erlasse und der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (CoronaSchVO) vom 22. März 2020 wurden Besuchsverbote ausgesprochen; sämtliche öffentliche Veranstaltungen in den Einrichtungen wurden abgesagt. Planbare Aufnahmen, Eingriffe und Operationen waren durch die Krankenhäuser mit dem Ziel der Schaffung insbesondere von Intensivbehandlungs- und Beatmungskapazitäten zu verschieben.

Beginnend mit der Fassung der CoronaSchVO vom 22. März 2020 in der Fassung vom 01. Mai 2020 werden Lockerungsschritte (u.a. Wiederaufnahme der Versorgung elektiver Fälle und Lockerung des strikten Besuchsverbots) auch für die Einrichtungen des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH vorgegeben. Wie sich die Gesamtentwicklung darstellen wird, ist insbesondere vom Erfolg der zahlreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie abhängig.

Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz, das mit Wirkung zum 28. März 2020 in Kraft getreten ist, wurden zwischenzeitlich gesetzliche Ausgleichsregelungen zur Finanzierung coronabedingter Mehrkosten und zum Ausgleich von Erlösausfällen durch Minderauslastung beschlossen und in die Umsetzung gebracht. Zentrale Zielsetzung der Ausgleichsmaßnahmen ist laut politischer Zusage des Bundesgesundheitsministers, dass die Leistungsanbieter im Gesundheits- und Pflegebereich „nicht ins Defizit geraten“ und so leistungsfähig bleiben.

Unabhängig von den aktuell aus der Corona-Pandemie resultierenden hohen Unsicherheiten wird für das Krankenhaus Schleiden erwartet, dass sich die zum 01. Januar 2016 umgesetzte Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die damit einhergehende Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit weiterhin positiv auswirken wird. Durch die krankenhausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses mit 523 Betten kann zum einen den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 im Bereich der dort abgeleiteten Strukturvorgaben besser begegnet werden.

Zum Anderen können durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhausstandorte zumindest teilweise für das Krankenhaus Schleiden aufgehoben und so konkurrenzfähigere Strukturen geschaffen werden.

Da sich die, für die Gesundheits- und Pflegebranche zunehmend kritische Entwicklung einer nicht ausreichenden Fachkräftegewinnung auch für die Einrichtungen des Unternehmensverbundes problematisch darstellt, ist dieser Entwicklung weiterhin durch zahlreiche geplante und bereits umgesetzte Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung entgegen zu wirken. Die Maßnahmen beziehen sich auf eine bessere Personalausstattung (z. B. Schaffung eines so genannten Flexpool in der Pflege, Nutzung des Pflegestellenförderprogramms im Krankenhausbereich), den Ausbau monetärer Anreize (z. B. Zulagen für kurzfristiges Einspringen), die Schaffung von Fort- und Weiterbildungsangeboten (z. B. Anschaffung von Simulations- und Trainingspuppen, Durchführung von interdisziplinären Trainingstagen) und die Verbesserung der Personalbindung durch Maßnahmen im Bereich der Mitarbeiterführung (z. B. Durchführung Führungskräfte-Akademie für Fachärzte, 360° Führungskräftefeedback, individuelle Coaching-Maßnahmen). Zur Verbesserung der Ausbildungssituation in der Pflege wird die Schule für Pflegeberufe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH perspektivisch bis zum Jahr 2022 durch die Etablierung weiterer Ausbildungskurse von derzeit 75 auf bis zu 120 Plätze erweitert. Der erste zusätzliche Ausbildungskurs konnte planmäßig bereits mit Wirkung ab dem 01. April 2020 etabliert werden.

Soweit Fachkräfte nicht in ausreichender Anzahl bereit stehen, droht die Gefahr von Leistungseinschränkungen, da Versorgungskapazitäten nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Im Krankenhausbereich drohen bei der Unterschreitung von Pflegepersonaluntergrenzen nach der PpUGV Sanktionen in Form von Vergütungsabschlägen.

Finanzielle Belastungen resultieren im Krankenhausbereich aus der weiterhin nicht ausreichenden Bereitstellung von Fördermitteln durch das Land NRW nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW (KHGG NRW) für bereits in der Vergangenheit durchgeführte Bau- und Investitionsmaßnahmen (Erneuerung der Zentralsterilisation, des OP-Neu- und -umbaus, Schaffung der Räumlichkeiten der Zentralen Notaufnahme) und für zukünftig dringend erforderliche Investitionsmaßnahmen. Die zur Krankenhausförderung vorgesehenen Haushaltsmittel des Landes stagnieren - trotz steigender Investitionsanforderungen an die Krankenhäuser - seit Jahren auf einem deutlich zu niedrigen Niveau.

Im Rahmen der Krankenhausförderung durch das Land Nordrhein-Westfalen wird ein Teil der landesweiten Fördersumme über Einzelfördermaßnahmen gemäß § 21a Krankenhausgestaltungsgesetz NRW bewilligt. Förderschwerpunkt des Jahres 2020 ist die Schaffung neuer Ausbildungsplätze nach § 2 Nr. 1a Krankenhausfinanzierungsgesetz für den Pflege- sowie zahlreiche weitere Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen. Für die Erweiterung der Schule für Pflegeberufe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH wurde auf der Grundlage des Förderauftrages der Bezirksregierung Köln vom 20. März 2020 ein Förderantrag in Höhe von 918 TEUR gestellt. Ob bzw. in welcher Höhe eine Bewilligung erfolgt, wird voraussichtlich bis Sommer 2020 durch das MAGS NRW entschieden.

Mit dem Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) vom 19. April 2018 zum gestuften System von Notfallstrukturen werden Mindestvoraussetzungen geregelt, die zu einer Einstufung der bundesdeutschen Krankenhäuser in ein vierstufiges Notfallsystem führen:

1. Basisnotfallversorgung (Stufe I)
2. Erweiterte Notfallversorgung (Stufe II)
3. Umfassende Notfallversorgung (Stufe III)
4. Nichtteilnahme an der Notfallversorgung

Krankenhäuser, die als „nicht an der Notfallversorgung teilnehmend“ eingestuft werden, müssen Abschläge gegen sich gelten lassen. Die Krankenhäuser, die einer Versorgungsstufe zugeordnet werden, erhalten - gestaffelt nach den Stufen - Zuschläge.

Für das Krankenhaus Mechernich konnte im Rahmen der im Jahr 2020 für das Jahr 2019 geschlossenen Entgeltvereinbarung nach § 11 KHEntgG die Einstufung in die Stufe II (Erweiterte Notfallversorgung) umgesetzt werden. Nach positivem Abschluss des Krankenhausplanungsverfahrens zur Anerkennung des sechsten, im Rahmen der Einstufung in die Basisnotfallversorgung notwendigen Intensivbettes im Krankenhaus Schleiden mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 06. Dezember 2019 liegen auch für das Krankenhaus Schleiden alle Einstufungsvoraussetzungen vor. Dennoch konnte die Einstufung für 2019 nicht vereinbart werden, da die Krankenkassen landesweit die Auffassung vertreten, dass zur Weiterverlegung von Notfallpatienten auf dem Luftweg unter Nutzung eines bodengebundenen Zwischentransports ein Hubschrauberlandeplatz in räumlicher Nähe gegeben sein muss und eine Landemöglichkeit allein nicht ausreicht.

Mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 07. Mai 2020 wurden die Krankenhäuser als Spezialversorger nach § 26 des G-BA-Beschlusses vom 19. April 2018 zugelassen, mit der Folge, dass unabhängig vom Ergebnis des Einstufungsverfahrens für das Krankenhaus Schleiden keine Abschlagspflicht eintreten kann.

Die langjährig problematische Entwicklung der MDK-Prüf- und Kürzungsquote, die im Jahr 2019 für die Krankenhäuser Mechernich und Schleiden oberhalb von 30% der Abrechnungsfälle lag und zu erheblichen Erlöseinbußen führte, ist für das Jahr 2020 durch die gesetzgeberische Kürzung über das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz auf maximal 5% der Abrechnungsfälle deutlich entschärft worden. Voraussichtlich ab dem Jahr 2021 werden die Prüfquoten aber wieder erhöht werden, so dass das Thema der umfassenden Leistungsdokumentation weiterhin eine hohe Bedeutung für die Abrechnungssicherheit hat.

Die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im **Altenpflegesektor**, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II bewirken gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, während für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH und die Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen eher Risiken resultieren könnten. Neben den aus der Neuordnung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten bereits für das Jahr 2019 resultierenden negativen Entgeltauswirkungen ist mit dem Auslaufen der bisherigen Bestandsschutzregelung für Mietmodelle mit Wirkung zum 31.12.2020 das Risiko einer weiteren Erlösreduzierung verbunden. Mit dem Entwurf der Siebten Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Alten- und Pflegegesetz NRW (APG DVO NRW) ist zwar vorgesehen, dass der Bestandsschutz grundsätzlich fortbesteht. Dies aber nur dann, wenn der Einrichtungsträger nach Verhandlungen mit dem Vermieter nachweisen kann, dass die refinanzierte Miete nicht ausreicht, die Vermieterkosten zu decken. Soweit entsprechende Verhandlungen mit dem Vermieter nicht geführt werden können, sehen die im Entwurf vorliegenden Regelungen die Möglichkeit vor, eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen mit dem Ziel, die bisher zum Stichtag 1.2.2014 anerkannte Miete fortzuführen. Ggf. über Wertsicherungsklauseln resultierende Mietsteigerungen würden hierbei nicht anerkannt. Für Folgejahre ab dem Jahr 2021 bleibt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen der Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH und der Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH tatsächlich ergeben werden.

Darüber hinaus können sich mögliche Rückerstattungsbeträge aus dem Pflegestärkungsgesetz II negativ auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen auswirken. Dies gilt nach wie vor auch für die nicht vollständige Gegenfinanzierung der Personalkostensteigerungen durch die adäquate Erhöhung der Leistungsvergütung.

Wirtschaftliche Risiken können sich auch durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime in der Region ergeben. Durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Altenpflegeheime wird es generell schwieriger, frei werdende Altenpflegeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu besetzen. Für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH besteht mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen sowie zum anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den so genannten „Billiglöhnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme im SGB-XI-Bereich führen können.

b) Prognosebericht

Für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH stellte sich die Entwicklung der Krankenhausleistungen in den ersten beiden Monaten 2020 planmäßig dar. Die DRG-Vorjahresfallzahl konnte um 26 Fälle leicht überschritten werden. Unter Berücksichtigung der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind die Leistungen per 30. April 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum aber deutlich rückläufig.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit erhalten die Krankenhäuser bundesweit Ausgleichszahlungen nach dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz. Zentrale Ausgleichsmechanismen sind tagesbezogene Ausgleichszahlungen (560 EUR) für die Freihaltung von Krankenhausbetten zur Versorgung von COVID-19-Patienten und fallbezogene Pauschalen (50 EUR) zur Finanzierung COVID bedingter Mehrkosten. Zur Sicherung einer ausreichenden Liquidität der Krankenhäuser sind die gesetzlichen Krankenkassen zudem verpflichtet, Rechnungen innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Rechnungseingang auszugleichen. Zur weiteren Liquiditätsunterstützung wurde der Pflegeentgeltwert, der seit 2020 zur Abrechnung des auszugliedernden Pflegebudgets zu Grunde zu legen ist, mit Wirkung ab dem 01. April 2020 von 146,55 EUR auf 185,00 EUR erhöht.

Mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Intensiv- und Beatmungskapazitäten sollen zugelassene Krankenhäuser zudem für jedes bis zum 30. September 2020 aufgestellte Intensivbett einen Förderbetrag in Höhe von 50 TEUR aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds erhalten. Des Weiteren fördert das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines Soforthilfeprogramms die Anschaffung von Beatmungsgeräten mit einer Gerätepauschale von 50 TEUR. In diesem Zusammenhang sind die Krankenhäuser Mechernich und Schleiden in der Lage, die Intensivkapazitäten von aktuell 28 auf 51 Behandlungsplätze aufzustocken. Zudem wurden zusätzliche Beatmungsgeräte verbindlich bestellt. Entsprechende Förderanträge wurden gegenüber dem zuständigen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS NRW) gestellt.

In welchem Umfang eine Förderung erfolgen wird, ist landesweit noch offen, soll aber kurzfristig bekannt gegeben werden.

Hinsichtlich der Liquiditätssicherung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind die vorstehend dargestellten Maßnahmen aktuell wirksam. Insbesondere die Verkürzung der Zahlfrist für die gesetzlichen Krankenkassen trägt zur besseren Liquiditätsausstattung bei. Die ertragswirksamen Ausgleichszahlungen (560 EUR-Freihaltungspauschale, 50 EUR-Mehrkostenpauschale) werden nach aktuellen Erkenntnissen jedoch nicht ausreichen, die Erlösausfälle und die Corona bedingten Mehrkosten vollständig zu refinanzieren. Problematisch stellen sich hierbei insbesondere die mit der Bettenfreihaltung verbundenen Erlösausfälle im Bereich der Wahlleistungen und der Leistungen der Nebenbetriebe und die mit dem Aufbau einer COVID-19 sicheren Behandlungsorganisation verbundenen Mehrkosten (insbesondere für Schutzmaßnahmen von Patienten und Mitarbeitern) dar, die mit den bestehenden Ausgleichszahlungen nicht sicher aufgefangen werden.

Im Rahmen der im Dezember 2019 beschlossenen Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 wurde für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ein Jahresüberschuss in Höhe von 535 TEUR geplant. Vor dem Hintergrund der mit der Corona-Pandemie verbundenen hohen Unsicherheiten erscheint unter Bezugnahme auf die politische Zusage des Bundesgesundheitsministers, dass infolge der Corona-Pandemie „kein Krankenhaus ins Defizit gerät“, für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH allenfalls ein ausgeglichenes Jahresergebnis möglich zu sein. Dies setzt allerdings voraus, dass die ertragswirksamen Ausgleichsmaßnahmen insgesamt so gestaltet werden, dass Corona bedingte Ergebnisbeeinträchtigungen im Wesentlichen ausgeglichen werden und so negative Ergebnisse vermieden werden können. Entscheidend wird es dabei sein, wie die im Rahmen der „Normalisierungsprozesse“ der nächsten Monate (und Jahre?) für die Vorhaltung einer COVID-19 sicheren Behandlungsorganisation zusätzlich entstehenden Aufwendungen im Personal- und Sachkostenbereich „dauerhaft“ über Ausgleichszahlungen berücksichtigt werden. Eine Refinanzierung dieser Zusatzkosten ist im bestehenden DRG-Fallpauschalensystem nicht möglich.

Für die weiteren Konzernunternehmen ist Folgendes festzuhalten:

Auch die wirtschaftlichen Gesamtergebnisse der Tochtergesellschaften können vor dem Hintergrund der mit der Corona-Pandemie verbundenen hohen Unsicherheiten nicht sicher abgeschätzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Tochtergesellschaften ist im Jahr 2020 und den Folgejahren ebenfalls maßgeblich von der Entwicklung der Corona-Pandemie und der Auskömmlichkeit der gesetzlichen Ausgleichsleistungen, die auch den Einrichtungen im Bereich der Pflege- und Rehabilitationsleistungen auf der Grundlage des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes gewährt werden, abhängig. Deutlich ist aber, dass auch die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie negativ beeinflusst wird und die Wirtschaftsplanergebnisse (Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH: Jahresüberschuss 46 TEUR; Liebfrauenhof Schleiden GmbH: Jahresüberschuss 8 TEUR; Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH: Jahresüberschuss 222 TEUR) nicht erreichbar scheinen. Selbst wenn sich die aktuell positive Entwicklung der Neuinfektionsrate fortsetzt und es in der Folge gelingt, die Auslastungen der Einrichtungen bis zum Jahresende kontinuierlich wieder hochzufahren, ist für die Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH und die Liebfrauenhof Schleiden GmbH von negativen Jahresergebnissen und für die Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von deutlich verminderten Überschusserwartungen auszugehen.

Zusammenfassend ist sowohl für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH festzuhalten:

Die COVID-19-Infektionsraten stellen sich aktuell im bundesweiten Trend niedrig dar. Soweit sich dieser Trend fortsetzt, können mehr und mehr Lebensbereiche zur „Normalität“, zum Alltag zurückkehren. Solange es aber nicht gelingt, ein wirksames COVID-19-Medikament oder einen Impfstoff zu entwickeln, müssen die Krankenhäuser zur Vorhaltung einer COVID-19 sicheren Behandlungsorganisation erhebliche, mit Mehrkosten und Erlösausfällen verbundene Zusatz- und Vorhalteleistungen erbringen. Auch für die Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen und weiteren Leistungsbereiche der Einrichtungen des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind Leistungseinschränkungen und in der Folge Corona bedingte Erlösausfälle und Mehrkosten zu erwarten. Soweit die Erlösausfälle und Mehrkosten im erforderlichen Rahmen refinanziert werden, gehen wir für den Unternehmensverbund Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH insgesamt allenfalls von einem ausgeglichenen Konzernergebnis aus. Sollten die Ausgleichszahlungen, die infolge der Corona-Pandemie resultierenden Mehrkosten und Erlösausfälle nicht auffangen, ist für die Jahre 2020 und in Abhängigkeit der zeitlichen Aus- und Nachwirkung der Corona-Pandemie auch für die Folgejahre mit deutlich negativen Jahresergebnissen zu rechnen. Dies ist insbesondere dann zu erwarten, wenn die Ausgleichszahlungen nach dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz nicht über den 30. September 2020 verlängert werden. Bestandsgefährdende Ausmaße werden dabei aktuell nicht gesehen.

Mechernich, 20. Mai 2020

gez. Hermann Gemke

gez. Manfred Herrmann

gez. Martin Milde“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
KKM GmbH	1.162,5	1.155	1.125	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKM Konzern	1.717	1.689	1.659	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Planbetten / -plätze	523	523	523	
davon:				
vollstationäre Betten	513	513	513	
Tagesklinik Geriatrie	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	25.115	24.846	24.795	inkl. Jahresüberliegerfälle und Asylbewerber
Casemixpunkte	23.228	23.350	24.985	Bewertungsrelationspunkte (BWR), inkl. Asylbewerber
Casemixindex	0,925	0,940	0,967	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	81,10 %	82,40 %	82,4 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	6,24	6,45	6,45	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

6.2.1 Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000 €	6,01 %
Summe	5.704.000 €	100,00 %

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Züllich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
21 private Kommanditisten, insgesamt:	1.333.845,02 €	100,00 %
Summe	1.333.845,02 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2019

B) Ziele der Beteiligungen

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis sind unter Ziffer 6.1 dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung der KKM GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH

a) Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM: | Josef Reidt |
| 2. Erster stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM: | BM Ulf Hürtgen |
| 3. Zweite stv. Vorsitzende des Verwaltungsrates KKM: | Ute Stolz |
| 4. Landrat des Kreises Euskirchen: | LR Günter Rosenke |
| 5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: | André Heinrichs |

Die Höhe der Beiratsbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf 9,5 T€.

b) Geschäftsführung

Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Die Höhe der Geschäftsführerbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf 10,8 T€.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

a) Geschäftsführung

Dipl. Ing. Joachim Stiller
Hermann Gemke

Die Vergütung je Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2019 3.068 €.

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

a) Geschäftsführung

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH
--

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Geschäftsführung zu entnehmen.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 01.07.2020 wurden Herr Martin Milde und Herr Thorsten Schütze als Geschäftsführer der Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen.

Herr Martin Milde wurde mit Wirkung zum 01.07.2021 zum weiteren Geschäftsführer der Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	987	6.818	44.295	-5.831
Sachanlagen	18.325.861	16.577.122	16.121.369	1.748.739
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	18.340.653	16.597.745	16.179.469	1.742.908
B Umlaufvermögen				
Vorräte	35.900	30.000	30.000	5.900
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	793.627	585.445	676.045	208.182
Liquide Mittel	277.748	1.444.991	2.592.079	-1.167.243
	1.107.275	2.060.437	3.298.124	-953.161
C Rechnungsabgrenzungsposten	226.232	273.770	323.455	-47.538
Summe Aktiva	19.674.160	18.931.952	19.801.048	742.209
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.313.121	1.172.000	906.572	141.121
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	202.494	141.121	265.428	61.373
	7.219.614	7.017.121	6.876.000	202.494
B Rückstellungen	691.569	653.285	564.656	38.284
C Verbindlichkeiten	11.658.236	11.159.314	12.247.788	498.922
D Rechnungsabgrenzungsposten	104.740	102.232	112.604	2.508
Summe Passiva	19.674.160	18.931.952	19.801.048	742.209

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	11.887.987	10.829.584	10.686.861	1.058.403
2	Sonstige betriebliche Erträge	98.922	146.424	65.967	-47.502
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.413.555	2.324.781	2.270.076	88.774
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	821.226	751.311	743.218	69.915
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.592.329	1.573.470	1.526.859	18.859
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.204.107	5.355.175	5.048.007	848.931
a)	Löhne und Gehälter	4.944.507	4.265.338	3.958.088	679.168
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.259.600	1.089.837	1.089.919	169.763
5	Abschreibungen	674.449	621.654	652.779	52.795
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.232.574	2.164.407	2.097.471	68.167
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	213	45	843	168
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	163	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	247.133	356.104	407.099	-108.971
	davon an verbundene Unternehmen	42.649	38.770	38.299	3.879
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	215.304	153.931	278.239	61.373
11	Sonstige Steuern	12.811	12.811	12.811	
12	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	202.494	141.121	265.428	61.373

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51.374	49.937	49.591	1.437
Liquide Mittel	1.454	1.947	1.131	-493
	52.828	51.884	50.721	945
Summe Aktiva	52.828	51.884	50.721	945
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	21.922	20.759	19.597	1.163
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.163	1.163	1.162	-0
	50.695	49.532	48.369	1.163
B Rückstellungen	1.717	1.935	1.936	-218
C Verbindlichkeiten	416	416	416	0
Summe Passiva	52.828	51.884	50.721	945

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	14.057	13.966	14.415	91
2	Personalaufwand, davon:	11.243	11.252	11.214	-9
a)	Löhne und Gehälter	8.536	8.536	8.536	
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.707	2.716	2.678	-9
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.814	2.714	3.212	100
4	Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	217	218	0
6	Ergebnis nach Steuern	1.163	1.163	1.162	
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.163	1.163	1.162	0

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	3.690.340	3.881.313	4.072.286	-190.973
	3.690.341	3.881.314	4.072.287	-190.973
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.895	20.679	16.309	-5.784
Liquide Mittel	41.467	29.836	28.243	11.630
	56.362	50.515	44.552	5.847
Summe Aktiva	3.746.703	3.931.829	4.116.840	-185.126
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-643.959	-629.391	-611.005	-14.568
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.333.845	1.348.414	1.366.799	-14.568
B Rückstellungen	7.600	7.600	7.600	0
C Verbindlichkeiten	2.405.258	2.575.816	2.742.441	-170.558
Summe Passiva	3.746.703	3.931.829	4.116.840	-185.126

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	510.875	514.816	524.666	-3.941
2	Abschreibungen	190.973	190.973	191.021	
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	102.133	103.915	98.696	-1.782
4	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.997	92.973	98.739	-5.976
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
5	Ergebnis nach Steuern	130.772	126.955	136.210	3.817
6	Sonstige Steuern	17.240	17.240	17.240	-0
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	113.531	109.715	118.970	3.817
8	Gutschrift auf Kapitalkonto	-113.531	-109.715	-118.970	-3.817
9	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
GZZ	155	148	147	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
Schloß Schleiden Immobilien	3	3		

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Geriatrische Reha	62	40	40	Bettenzahl – Inbetriebnahme Erweiterungsbau zum 01.07.2019
Auslastung	94,8 %	99,1 %	99,1 %	
Kurzzeitpflege GZZ	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	81,5 %	78,5 %	80,0 %	
Dauer-/ Kurzzeitpflege Barbarahof	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	99,1 %	99,7 %	99,7 %	
Betreutes Wohnen	65	65	65	durchschnittlicher Wohnungsbe-
stand				
Auslastung	93,4 %	92,2 %	93,9 %	

6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000 €	100,00 %
Summe	100.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligungen

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis sind unter Ziffer 6.1 dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

Aufgrund der überarbeiteten Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
 Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhielten die Geschäftsführer im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 01.07.2020 wurden Herr Martin Milde und Herr Thorsten Schütze zu weiteren Geschäftsführern bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2.142	4.284	-2.142
Sachanlagen	1.423	1.657	1.891	-234
	1.423	3.799	6.175	-2.376
B Umlaufvermögen				
Vorräte	15.806	15.407	17.177	399
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.073.547	1.969.303	1.731.047	104.244
Liquide Mittel	373.356	394.264	550.222	-20.909
	2.462.709	2.378.975	2.298.446	83.734
C Rechnungsabgrenzungsposten	18.124	5.191	1.928	12.933
Summe Aktiva	2.482.256	2.387.965	2.306.549	94.291
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.437.707	1.375.554	1.299.746	62.153
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-54.951	62.153	75.808	-117.105
	1.483.826	1.538.777	1.476.624	-54.951
B Sonderposten	1.423	1.657	1.891	-234
C Rückstellungen	577.270	510.266	475.304	67.004
D Verbindlichkeiten	377.585	324.080	333.807	53.504
E Rechnungsabgrenzungsposten	42.153	13.184	18.923	28.969
Summe Passiva	2.482.256	2.387.965	2.306.549	94.291

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.824.904	8.653.723	8.366.912	171.181
2	Sonstige betriebliche Erträge	311.691	206.245	119.555	105.446
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.257.812	1.296.245	1.340.853	-38.433
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	517.192	508.477	513.783	8.714
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	740.620	787.768	827.070	-47.148
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.361.359	5.006.979	4.560.113	354.380
a)	Löhne und Gehälter	4.235.110	3.956.984	3.590.875	278.126
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.126.249	1.049.995	969.238	76.254
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234	234	234	
6	Abschreibungen	2.376	2.376	2.376	
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.580.737	2.502.496	2.525.537	78.241
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.027	18.898	19.622	-871
	davon aus verbundenen Unternehmen	18.022	18.898	19.615	-876
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.524	8.851	1.636	-1.327
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-54.951	62.153	75.808	-117.105
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-54.951	62.153	75.808	-117.105

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	147	148	145,75	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Bettenzahl	163,0	163,0	163,0	
davon				
Liebfrauenhof	102,0	102,0	102,0	
Brabenderstift	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad	99,1 %	100,6 %	98,8 %	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon:				
Liebfrauenhof	99,0 %	100,9 %	99,7 %	
Brabenderstift	99,2 %	100,1 %	100,1 %	

6.2.3 KKM Gebäudedienste GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligungen

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der v.g. mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechnich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis sind unter Ziffer 6.1 dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

Aufgrund der überarbeiteten Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	166.463	160.544	154.235	5.918
Liquide Mittel	178.029	131.889	177.655	46.140
	344.491	292.433	331.890	52.058
Summe Aktiva	344.491	292.433	331.890	52.058
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	127.573	95.606	79.606	31.967
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.994	31.967	16.000	26
	184.567	152.573	120.606	31.994
B Rückstellungen	50.737	35.822	37.716	14.915
C Verbindlichkeiten	109.187	104.037	173.568	5.149
Summe Passiva	344.491	292.433	331.890	52.058

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.969.965	1.878.235	1.787.216	91.730
2	Sonstige betriebliche Erträge	8.839	534	3.130	8.304
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.669.771	1.576.062	1.508.806	93.710
a)	Löhne und Gehälter	1.349.328	1.287.219	1.227.643	62.109
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	320.444	288.843	281.163	31.601
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	261.230	253.641	253.624	7.589
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	460	
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.807	17.099	11.456	-1.292
7	Ergebnis nach Steuern	31.995	31.967	16.000	
8	Sonstige Steuern	1	0	0	1
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	31.994	31.967	16.000	26

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
KKM Gebäude GmbH	117	113	110	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

./.

6.2.4 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Krankenhaus Mechernich GmbH	12.750 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Summe	25.050 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligungen

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Krankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis sind unter Ziffer 6.1 dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

Aufgrund der überarbeiteten Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Krankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

b) Geschäftsführung

Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 01.07.2020 wurden Herr Martin Milde und Herr Thorsten Schütze zu weiteren Geschäftsführern bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.975	26.357	35.658	-8.382
Sachanlagen	28.309	39.404	46.373	-11.095
	46.284	65.761	82.031	-19.477
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.386.909	2.899.311	2.547.395	487.597
Liquide Mittel	445.086	450.905	598.039	-5.819
	3.831.994	3.350.216	3.145.434	481.778
C Rechnungsabgrenzungsposten	58.550	62.837	8.344	-4.288
Summe Aktiva	3.936.828	3.478.814	3.235.809	458.014
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.665.048	2.316.524	1.982.435	348.525
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	372.422	348.525	334.089	23.897
	3.063.130	2.690.708	2.342.184	372.422
B Rückstellungen	565.452	290.821	534.630	274.631
C Verbindlichkeiten	308.246	497.285	358.996	-189.039
Summe Passiva	3.936.828	3.478.814	3.235.809	458.014

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	5.422.936	5.163.401	4.972.297	259.535
2	Sonstige betriebliche Erträge	262.506	311.992	188.986	-49.486
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	742.544	743.295	683.873	-751
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	178.372	175.368	165.543	3.004
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	564.172	567.927	518.330	-3.755
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.293.941	3.082.115	2.964.707	211.826
a)	Löhne und Gehälter	2.682.469	2.523.371	2.441.612	159.098
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	611.472	558.745	523.095	52.727
5	Abschreibungen	24.642	22.645	19.310	1.997
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.265.491	1.294.713	1.181.991	-29.222
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.415	19.952	26.506	-2.538
	davon aus verbundenen Unternehmen	17.304	19.869	26.407	-2.564
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	215	369	260	-153
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	376.023	352.209	337.648	23.814
10	Sonstige Steuern	3.602	3.684	3.559	-83
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	372.422	348.525	334.089	23.897

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	134	131	129,75	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Abrechnungsfälle SGB V	404	393	386	durchschnittliche Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	299	292	298	durchschnittliche Zahl pro Monat
Tagepflegeplätze gesamt	35	35	35	Mechernich, Schleiden und Zülpich
Auslastung Tagespflege- einrichtungen gesamt	93,9 %	91,8 %	89,6 %	

7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Stadt Köln	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Hürth AöR	89.480 €	2,50 %
Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH (SVE)	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Brühl GmbH	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Wesseling GmbH	89.480 €	2,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Kreis	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,

B) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die Finanzierung von Verkehrsleistungen, die auf der Grundlage einer Direktvergabe erbracht werden, richtet sich ausschließlich nach Maßgabe des entsprechenden öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Finanzbeziehung zu	Produkt /		2019	2018	2017	
<u>Kreis Euskirchen</u>	Kostenträger					
<u>Erträge</u>						
Gewinnausschüttung*	120 54702	460.065 €	396.900 €	663.750 €	ohne Steuern	
Sonstiges		0 €	47.934 €	0 €		
<u>Aufwendungen</u>						
ÖDA	120 54702	7.445.428 €	5.780.491 €	5.506.857 €		
Schulträgerleistung	vd.	803.218 €	851.757 €	840.999 €		
Ausbildungsverkehrs-						Weiterleitung
Pauschale	120 54701	694.028 €	651.508 €	718.937 €		Landesmittel
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>						
Strom/Gas u. Außenwerbung		42.104 €	0 €	3.000 €		
<u>Nordeifel Tourismus GmbH</u>						
Miete/Nebenkosten		29.105 €	29.272 €	28.805 €		
Sonstiges		8.587 €	11.768 €	7.012 €		
<u>Zweckverband VRS</u>						
Mindererlösausgleich		252.236 €	263.713 €	189.189 €		

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der e-regio GmbH & Co. KG (vormals Energie Nordeifel GmbH & Co. KG) (Nr. 8.1) nachgewiesen

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter)
- c) Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 23 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Hans Schmitz (SPD)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 20 T€.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 8,33 %

c) Geschäftsführung

Eugen Puderbach

Gesamtbezüge 2019

236 T€

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Bernd Kolvenbach (CDU)

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Ordentliches Mitglied

Achim Blindert (GBL V)

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Regionalverkehr Köln GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	840.799	717.029	240.175	123.771
Sachanlagen	46.918.797	37.474.508	29.865.174	9.444.290
Finanzanlagen	228.646	237.071	236.601	-8.425
	47.988.243	38.428.607	30.341.950	9.559.635
B Umlaufvermögen				
Vorräte	133.161	133.969	139.010	-808
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.673.853	7.954.792	7.048.579	1.719.061
Liquide Mittel	5.522.184	14.590.812	11.371.090	-9.068.628
	15.329.198	22.679.573	18.558.679	-7.350.376
C Rechnungsabgrenzungsposten	119.036	83.275	80.934	35.761
Summe Aktiva	63.436.476	61.191.456	48.981.563	2.245.020
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	6.109.696	5.698.753	6.510.207	410.942
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	-529.294	1.816.177	1.121.964	-2.345.471
	9.512.152	11.446.681	11.563.922	-1.934.528
B Sonderposten	2.932.594	1.899.469	2.749.146	1.033.126
C Rückstellungen	6.230.463	6.689.219	7.688.532	-458.756
D Verbindlichkeiten	44.353.732	40.701.102	26.480.525	3.652.630
E Rechnungsabgrenzungsposten	407.535	454.987	499.438	-47.451
Summe Passiva	63.436.476	61.191.456	48.981.563	2.245.020

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	840.801	717.031	240.177	123.771
Sachanlagen	46.919.354	37.475.318	29.866.320	9.444.035
Finanzanlagen	1.646	10.071	9.601	-8.425
	47.761.801	38.202.420	30.116.098	9.559.381
B Umlaufvermögen				
Vorräte	133.161	133.969	139.010	-808
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.725.755	8.016.042	7.104.851	1.709.713
Liquide Mittel	5.739.390	14.904.164	11.542.246	-9.164.774
	15.598.307	23.054.175	18.786.107	-7.455.869
C Rechnungsabgrenzungsposten	119.036	84.525	82.478	34.511
Summe Aktiva	63.479.144	61.341.121	48.984.683	2.138.023
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	6.106.824	5.695.882	6.507.336	410.942
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	-512.202	1.833.269	1.139.056	-2.345.471
	9.526.847	11.461.375	11.578.616	-1.934.528
B Sonderposten	2.932.594	1.899.469	2.749.146	1.033.126
C Rückstellungen	6.836.503	7.618.415	8.504.909	-781.911
D Verbindlichkeiten	43.775.664	39.906.875	25.652.573	3.868.788
E Rechnungsabgrenzungsposten	407.535	454.987	499.438	-47.451
Summe Passiva	63.479.144	61.341.121	48.984.683	2.138.023

Regionalverkehr Köln GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	48.235.306	72.357.069	70.164.240	-24.121.763
2	Sonstige betriebliche Erträge	26.850.753	20.257.431	20.497.660	6.593.322
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	44.198.097	58.875.957	54.761.169	-14.677.860
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.432.949	6.539.142	5.661.410	-1.106.194
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	38.765.149	52.336.815	49.099.759	-13.571.666
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	19.225.657	18.642.824	19.018.259	582.833
a)	Löhne und Gehälter	15.966.062	15.508.988	15.709.279	457.074
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.259.595	3.133.835	3.308.979	125.759
5	Abschreibungen	4.663.395	5.511.885	7.235.371	-848.490
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.249.487	8.578.103	8.607.122	-328.615
7	Erträge aus Gewinnabführung	28.459	19.358	25.464	9.101
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	461.228	514.605	2.259.348	-53.377
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-1.683.347	510.485	-1.193.905	-2.193.832
11	Sonstige Steuern	27.017	27.815	26.235	-798
12	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-1.710.364	482.670	-1.220.140	-2.193.034
13	Gewinnvortrag	316.177	-278.036	1.837.265	594.213
14	Entnahme aus Kapitalrücklage	864.893	504.839	504.839	360.054
15	Bilanzgewinn	-529.294	709.474	1.121.964	-1.238.767

Konzern Regionalverkehr Köln - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	45.847.214	69.964.874	68.036.384	-24.117.660
2	Sonstige betriebliche Erträge	26.932.995	20.359.516	20.575.928	6.573.479
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	24.407.428	38.307.014	36.154.747	-13.899.586
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.389.300	6.489.142	5.612.949	-1.099.842
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.018.128	31.817.871	30.541.798	-12.799.743
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	36.552.297	36.711.513	35.355.147	-159.216
a)	Löhne und Gehälter	30.262.602	30.558.777	29.314.977	-296.175
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.289.696	6.152.737	6.040.170	136.959
5	Abschreibungen	4.663.649	5.512.221	7.235.770	-848.572
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.378.625	8.765.040	8.790.550	-386.415
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	461.228	517.789	2.269.842	-56.561
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	-1.683.019	510.813	-1.193.745	
10	Sonstige Steuern	27.345	28.143	26.395	-798
11	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-1.710.364	482.670	-1.220.140	-2.193.034

Lagebericht und Konzern-Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 „Branchenbezogene Rahmenbedingungen“

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war in den letzten Jahren zum einen dadurch geprägt, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger, den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen getroffen haben. Zudem befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem Veränderungsprozess, der durch zunehmende ökologische Ansprüche, Ausbau von neuen Bedienformen und Verknüpfung von Mobilitätsträgern geprägt ist.

Es ist von der grundsätzlichen Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste auszugehen, indem sie sich zwischen der Finanzierung durch öffentliche Dienstleistungsaufträge oder durch allgemeine Vorschriften entscheiden können. Es steht also im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Die drei Aufgabenträger Rhein-Sieg-Kreis, Kreis Euskirchen und Rheinisch-Bergischer Kreis haben für die Gestaltung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen und ihrer Finanzierung den Weg der Direktvergabe Öffentlicher Dienstleistungsaufträge an die RVK gewählt.

Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EUVO 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit vorgenommen. Wesentlich hierzu waren die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EUVO 1370/2007. Die erfolgte Schärfung der Kontrolle der RVK durch die Gesellschafter und die Instrumente der Abrechnung der Verkehrsleistungen sind auch im Hinblick auf die von den Gesellschaftern gewünschte Steuerung der RVK sinnvoll und notwendig.

Zwischenzeitlich sind Öffentliche Dienstleistungsaufträge des Rhein-Sieg-Kreises, des Kreises Euskirchen und des Rheinisch-Bergischen Kreises erarbeitet worden.

Die gegen die Vorabkennzeichnung für einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK angestrebten Nachprüfungsverfahren mündeten nach erster Instanz (Vergabekammer Rheinland), sofortiger Beschwerde und Vorlage durch Beschluss des Vergabesenats des OLG Düsseldorf am 03. Mai 2017 an den europäischen Gerichtshof zunächst in einem Urteil des EUGH vom 21. März 2019, welches in erheblichen Umfang Rechtssicherheit geschaffen hat.

Demnach richtet sich die Vergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags, welcher ein Dienstleistungsauftrag im Sinne der Vergaberichtlinien der EU ist, nach diesen Vergaberichtlinien. Die in diesen Vergaberichtlinien vorgesehene Möglichkeit der sogenannten Inhouse-Vergabe eröffnet den Gesellschaftern der RVK - unter Rückgriff auf ihre Gesellschafterstellung und die gemeinsam ausgeübte Kontrolle über die RVK - die direkte und ausschreibungsfreie Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen an die RVK.

Die zwischenzeitlich erfolgte Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur Divergenzvorlage vom 12. November 2019 führte zu einer weiteren Verbesserung der Rechtssicherheit. Der BGH hat entschieden, dass der in Art. 5 Abs. 1 Satz 2 VO 1370/2007 angeordnete Vorrang des allgemeinen Vergaberechts auch Direktvergaben erfasst, die nicht durch den Abschluss eines Vertrags, sondern durch einen anderen rechtsverbindlichen Akt erfolgen, etwa durch Gesellschafterbeschluss oder durch gesellschaftsrechtliche Weisung. Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007 gelte ausschließlich für Dienstleistungskonzessionen. Der Vorrang des allgemeinen Vergaberechts gelte auch für ÖDA, die nicht in der Form eines (zivilrechtlichen) Vertrags, sondern durch anderen rechtsverbindlichen Akt erfolgen, sofern es sich nicht um eine Dienstleistungskonzession handelt. Demnach wäre eine Vergabe i. S. d. Vergaberechts auch - neben zivilrechtlichen Verträgen - eine Gesellschafterweisung oder ein Bescheid/Verwaltungsakt.

Im Nachprüfungsverfahren, den Kreis Euskirchen und den Rheinisch-Bergischen Kreis betreffend, hat das OLG Düsseldorf am 4. März 2020 die Beschlüsse der Vergabekammer aufgehoben und die Nachprüfungsanträge zurückgewiesen. Die Vergaben richten sich nach dem Vergaberecht und den Inhouse-Voraussetzungen. Dafür, dass die Inhouse-Voraussetzungen vorliegend anwendbar sind, führt der Senat ganz wesentlich das Fehlen einer Dienstleistungskonzession an. Die für eine Inhouse-Vergabe erforderliche gemeinsame Kontrolle liege vor. Es genüge hierfür in jedem Fall die gemeinsame Kontrolle mit den übrigen RVK-Gesellschaftern nach der „allgemeinen“ Stimmrechtsregelung des Gesellschaftsvertrags. Auch das Wesentlichkeitskriterium der Inhouse-Vergabe sei erfüllt.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass die Direktvergaben der Öffentlichen Dienstleistungsaufträge an die RVK durch den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Kreis Euskirchen zulässig sind.

Zum wieder aufgenommenen Nachprüfungsverfahren in Sachen RSK ist die mündliche Verhandlung auf den 1. Juli 2020 terminiert.

Aufgrund des Zeitlaufes bis zu den endgültigen Entscheidungen des OLG Düsseldorf fährt die RVK derzeit die Fahrleistungen im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischen Kreis und Kreis Euskirchen auf der Basis von Notmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 5 der VO 1370/2007 und einstweiligen Erlaubnissen nach PBefG.

Nach Umsetzung der Gesellschaftsvertragsänderungen zur Sicherung der durch die Stadtbusgesellschaften Euskirchen, Hürth, Brühl und Wesseling beauftragten Verkehre, ist zwischenzeitlich der Erwerb von Beteiligungen der vier Stadtbusgesellschaften/Stadtwerke in Höhe von je 2,5 % Anteilen an der RVK erfolgt. Bei den gegen die Direktvergabeabsichten der Städte Euskirchen, Brühl und Wesseling angestrebten Nachprüfungsverfahren, kam es zu Beschlüssen des OLG Düsseldorf.

Die Städte Euskirchen und Wesseling haben in den Verfahren 2/19, 26/17 und 27/17 vollumfänglich obsiegt. Das OLG Düsseldorf führt in seinen Beschlüssen aus, dass die von den Städten Euskirchen und Wesseling an ihre jeweiligen Verkehrsmanagementgesellschaften (Stadtverkehr Euskirchen

GmbH bzw. Stadtwerke Wesseling GmbH) beabsichtigten direkten Vergaben von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDAs) im Wege der Inhouse-Vergabe zulässig sind. Das OLG Düsseldorf stellt darüber hinaus im Rahmen der Beschlüsse fest, dass auch die nachgelagerte Inhouse-Vergabe der Stadtverkehr Euskirchen GmbH bzw. der Stadtwerke Wesseling GmbH an die RVK zur Erbringung der jeweils zugrunde liegenden Verkehrsleistungen mit den rechtlichen Anforderungen an das sog. Eigenenerbringungsgebot vereinbar ist.

Die beabsichtigten Vergaben in den Städten Euskirchen und Wesseling könnten somit ohne erneute Vorabkennzeichnung so wie vorgesehen umgesetzt werden.

Auch im Hinblick auf die Stadt Brühl macht das OLG Düsseldorf deutlich, dass es auch hier keine grundsätzlichen Bedenken gegen die angedachten Konstellation – die Stadt Brühl vergibt einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag direkt an die Stadtwerke Brühl GmbH, die wiederum die RVK im Wege der Inhouse-Vergabe mit der Erbringung der Fahrleistungen beauftragt – hat. Vor diesem Hintergrund kann auch in der Stadt Brühl die beabsichtigte Vorgehensweise nach Nachbesserungen grundsätzlich weiterverfolgt werden.

Unverändert betreibt die RVK Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen - direkte oder indirekte Gesellschafter der RVK - erbracht.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifräumen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrums entsprechen jedoch nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientiertes System. Insbesondere die zu erwartenden oder bereits eingetretenen demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein weitgehend nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel, allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“ seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Den sich verändernden Gegebenheiten des Nahverkehrsmarktes stellt sich die RVK durch umfangreiche Projekte.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen sind im Berichtsjahr 2019 im RVK-Konzern gesunken und umfassen insgesamt 19,87 Mio. Km (Vorjahr 27,55 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 92 % des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden, sowie das Betriebsergebnis. Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Geschäftsjahr 2019 ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt 2,85 % (+638 T€) auf insgesamt 23.040 T€. Bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen ist aufgrund des Wegfalls der Fahrleistungen im Rhein-Erft-Kreis ab dem 01. Januar 2019 ein Rückgang um 61,0 % (-25.959 T€) auf insgesamt 16.607 T€ zu verzeichnen. Das Betriebsergebnis ist negativ und es ergibt sich eine Minderung um 218,8 % (-2.251 T€) auf insgesamt -1.222 T€.

Die Veränderung bei den Kilometerleistungen beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG +9,50 % (+1.143 Tkm) auf insgesamt 13.168 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen -64,05 % (-8.818 Tkm) auf insgesamt 4.949 Tkm.

Eine Zunahme hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 62,67 % (+14 Tkm) gestiegen. Bei den TaxiBus-Leistungen ist ebenfalls ein Zugang zu verzeichnen. Dieser beträgt 3,57 % (+52 Tkm) und ist im Wesentlichen begründet durch eine gestiegene Nachfrage und eine Ausdehnung des vorhandenen Angebotes. Im Bereich der Verkehre nach der Freistellungsverordnung ist eine Minderung um 48,79 % (-47 Tkm) festzustellen. Leistungen im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG wurden mit um 25,25% verminderter Fahrleistung (-1 Tkm) erbracht.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK bei den jeweiligen Aufgabenträgern Gestaltungen des Busfahrleistungsangebots anregen, ggf. ergänzt durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus). Zudem werden zusätzliche Angebote zur Sicherstellung der Mobilität – wie z.B. E-Bike-Angebote – konzipiert bzw. umgesetzt. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des jeweiligen Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen

der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Ein Schwerpunkt der konzeptionellen und operativen Vorbereitungen lag in der Sicherstellung emissionsfreier Transportmittel, insbesondere der Brennstoffzellen-Hybridtechnik (Wasserstoffbusse). Die hierzu zwischenzeitlich erfolgten Förderbescheide in erheblicher Höhe wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2019 und werden im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 zum Aufbau einer umfassenden Flotte von Wasserstoffbussen nebst Infrastruktur genutzt.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2019 ist zwar durch Veränderungen geprägt, kann zusammenfassend aber als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene des Mutterunternehmens, in Sachanlagen und in einem Umfang von ca. 14.259 T€ getätigt worden.

Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 14.259 T€. Die Investitionen wurden überwiegend in den Bereichen Bio Erdgas-Busse (5.400 T€), Brennstoffzellen-Busse (4.177 T€), Tankstellen (1.881 T€), Kleinbusse (720 T€) und Bus-Ausstattung (457 T€) getätigt.

Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 9.165 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Minderung 9.069 T€. Die Minderung ist im Wesentlichen begründet durch erst im Folgejahr abgerufene Darlehensmittel für Investitionen des Berichtsjahres sowie der Vorfinanzierung von EU-Fördermitteln.

Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 2.138 T€ auf 63.479 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 2.245 T€ auf 63.436 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2019 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 15,73 % (Vorjahr 19,28 %). Beim Mutterunternehmen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 15,72 % (Vorjahr 9,31 %).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, durch Zuschüsse sowie aus Eigenmitteln und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung. Bei den bis zum Ende des Geschäftsjahres in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 4.351 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 28.812 T€. Dieser Schuldenstand betrifft nur das Mutterunternehmen.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung des Mutterunternehmens RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Berichtsjahr 2019 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2019	2018
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.805	6.588
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-14.245	-13.579
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.371	10.211
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-9.069	3.220
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14.591	11.371
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.522	14.591

Ertragslage

Das negative Betriebsergebnis 2019 in Höhe von rd. -1.222 T€ (Mutterunternehmen -1.251 T€) ist u. a. geprägt von der Umsetzung bzw. den Auswirkungen des Restrukturierungskonzeptes nach der Beendigung des Fahrleistungsauftrags für die REVG.

Im Vergleich mit den Planwerten für das Geschäftsjahr 2019 ergibt sich beim Betriebsergebnis eine Minderung in Höhe von 135,0 % (-702 T€). Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Planvergleich ein Rückgang um 3,84 % (-920 T€) zu verzeichnen, bei den Leistungen für andere Verkehrsunternehmen ergibt sich eine Minderung in Höhe von 4,01 % (-693 T€).

Im Finanzergebnis wird ein negativer Wert in Höhe von -461 T€ (Mutterunternehmen -433 T€) ausgewiesen. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen geprägt durch lfd. Zinszahlungen im Rahmen der bestehenden Investitionsdarlehen, sowie die Zahlung von Negativzinsen auf vorhandene Bankguthaben.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.710 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Eine Minderung in Höhe von insgesamt ca. 24.118 T€ auf 45.847 T€ ergibt sich im RVK-Konzern bei den Umsatzerlösen. Beim Mutterunternehmen beträgt die Minderung 24.122 T€ auf 48.235 T€ und ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen (aufgrund des Wegfalls der REVG-Fahrleistungen ab dem 01. Januar 2019).

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Steigerung zu verzeichnen (+2,9 %). Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ergibt sich ebenfalls eine Steigerung (+0,2 %). Beim freigestellten Schülerverkehr ist eine Minderung festzustellen (-10,3 %). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind im Vorjahresvergleich gesunken (-61,0 %).

Eine Steigerung um 54 T€ (+8,1 %) – nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen - ist bei den Abgeltungen nach SGB IX festzustellen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11 und des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.616 T€ (-3,58 %).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 15.272 T€ auf 74.002 T€ vermindert. Beim Mutterunternehmen ergibt sich eine Minderung um 15.304 T€ auf 76.337 T€. Grund für diese Entwicklung ist im Wesentlichen der Wegfall der Fahrleistungen im Rhein-Erft-Kreis und der damit gleichzeitig verbundene Rückgang variabler Aufwendungen.

Eine Minderung ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 159 T€. Beim Mutterunternehmen ist eine Zunahme um 583 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Minderung um insgesamt 36 Personen (RBR -51, RVK +15).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 13.900 T€ gesunken. Auf der Ebene des Mutterunternehmens ergibt sich eine Minderung in Höhe von 14.678 T€, welche im Wesentlichen durch entsprechende Rückgänge im Bereich der Auftragsunternehmerleistungen und des Die-seleinkaufs begründet ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 386 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 329 T€ gesunken.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 414 T€ (Vorjahr 415 T€) aufgewendet. Diese betreffen vollumfänglich die Muttergesellschaft.

Zinserträge konnten aufgrund der im Geschäftsjahr 2019 durchgängig zu zahlenden Negativzinsen nicht mehr erwirtschaftet werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Situation im Rhein-Erft-Kreis

Mit Ablauf des 31. Dezembers 2018 endete der Fahrleistungsvertrag mit der REVG.

Dieser Fahrleistungsauftrag machte zwar rd. ein Drittel des Gesamtleistungsvolumens der RVK aus, wobei von diesem Drittel aber nur rd. 45 % der Fahrleistungen von der RVK selbst mit eigenem Personal und eigenen Betriebsmitteln (Fahrzeuge, Betrieb, Wartung, Niederlassung) erbracht wurden. 55 % der Fahrleistungen im REK wurden durch von der RVK beauftragte Auftragsunternehmer aus dem Mittelstand des Rhein-Erft-Kreises und Umgebung erbracht und sind damit im wirtschaftlichen Ergebnis der REVG als durchlaufende Posten (bis auf einen Gewinnzuschlag) zu betrachten. Diese Auftragsunternehmerverträge wurden fristgerecht zum 31.12.2018 beendet. Der Effekt der Beendigung des Vertrags konnte bei der RVK auf nur 15 % des Gesamtvertragsvolumens der RVK beziffert werden.

Wie erwartet ist es im Fahrbetrieb aus diesem und folgenden Gründen nicht zu einem Personalüberhang gekommen

- deutlicher Unterbestand an Fahrpersonal im RVK-Konzern,
- Verpflichtungen, mindestens 50 + x% eigene Fahrleistungen in den „MOD/ÖDAKreisen“ Euskirchen, Rhein-Berg und Rhein-Sieg durch die RVK/RBR selbst erbringen zu müssen,
- erhebliche Fahrleistungssteigerungen für mehrere unserer Gesellschafter,
- eine um 2,5 % gestiegene Krankenquote

- sowie dem Umstand, dass auch außerhalb des Konzerns bei anderen Verkehrsunternehmen ein erheblicher Mangel an Fahrpersonal besteht.

In der Übergangsphase waren jedoch Effekte aus dem Abbau von Überstunden und zurückgestellten Urlaubstagen im Zusammenhang mit der Auftragsabwicklung Rhein-Erft zu verzeichnen.

Auch die Reduktion im Omnibusbestand der RVK fiel auf Grund der bereits angeführten erheblichen Fahrleistungssteigerungen und der notwendigen Leistungsumschichtungen von AU zu Regie im Kreis Euskirchen (50 + x% Verpflichtung) erheblich geringer aus. Zudem wurden die im Rhein-Erft-Kreis nicht mehr benötigten jüngeren Fahrzeuge im Fuhrpark integriert und dafür ältere Omnibusse auf anderen Niederlassungen ausgemustert.

Insofern bestand und besteht der Restrukturierungsbedarf im Wesentlichen nur für die Hauptverwaltung und betriebsnahe Verwaltungsdienste. Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer Restrukturierung auch nur für diese Bereiche.

Die REVG hat die RVK nach Kündigung des Fahrleistungsvertrages um die Erbringung von technischen Dienstleistungen für den Produktivbetrieb in erheblichem Umfang gebeten, wodurch die Remanenz-Kosten entsprechend entlastet werden konnten.

Die Unterzeichnung des Rahmenvertrages einschließlich der vorgesehenen Einzelleistungsverträge erfolgte nach Beschlussfassung in den Gremien am 21. Juni 2018 durch den Geschäftsführer der RVK. In diesem Rahmenvertrag sind nachstehende Einzelleistungsverträge vereinbart:

- HASTUS (Betriebsplanung) ab 01. September 2018
- PERDIS (Personaldisposition/Abrechnung) ab 01. September 2018
- Technischer Vertrieb ab 01. November 2018
- Statistik ab 01. Januar 2019
- Disposition AST ab 01. Juli 2018

Aus vorstehenden Verträgen werden jährlich rd. 1.200 T€ Umsatzerlöse erwartet. Im ersten Jahr 2019 kommen rd. 200 T€ für Umstellungsarbeiten hinzu. Sämtliche Verträge befinden sich im Zustand ordnungsgemäßer Vertragserfüllung gegenüber der REVG.

Die Erträge aus den Dienstleistungsverträgen mit der REVG fließen in den über einen Fünfjahreszeitraum entwickelten Restrukturierungsplan ein und sind gemeinsam mit weiteren Maßnahmen (z. B. Umsetzung der Organisationsuntersuchung) Teil der Restrukturierung. In dem von der Gesellschafterversammlung im Mai 2018 beschlossenen Restrukturierungsplan werden die Remanenz-Kosten über einen Fünfjahreszeitraum abgebaut.

Der Plan sieht die stufenweise Eliminierung der remanenten Kosten nach erfolgreicher Restrukturierung zum 31. Dezember 2023 vor. Dabei fallen auf der Basis des Jahresabschlusses 2017 anfängliche Remanenz-Kosten in Höhe von rd. 3.450 T€ für die Hauptverwaltung und die betriebsnahen Verwaltungsdienste an.

Die Abwicklung der Fahrleistungen für die REVG ist zum 31. Dezember 2018 vollzogen.

Beschäftigungsvertrag mit der RBR

Der Vertrag endete am 31. Dezember 2019, da zum 01. Januar 2020 die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die RVK überführt worden sind. Durch diese Maßnahme soll - im Hinblick auf den erfolgten Abschluss eines Konzerntarifvertrages - eine einheitliche Personalstruktur, auch mit der Zielsetzung der Reduzierung von Verwaltungsaufwand, geschaffen werden.

Die Geschäftstätigkeit der RBR wird sich in der Zukunft auch weiterhin auf mögliche Arbeitnehmerüberlassungen sowie zunehmend auf die Abwicklung von Projekten konzentrieren. Die Geschäftsführung geht insofern von einem Fortbestand der Gesellschaft aus.

Zukunftskonzepte und Projekte der RVK

Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und der Sicherstellung einer angemessenen Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2019 fortgeführt.

Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)“ als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM)“.

Sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie Aufwertung von Haltestellen, als auch verkehrliche Verbesserungen durch Taktverdichtungen und Ausweitung des Angebotes, insbesondere durch Taxibusverkehr, sind umgesetzt worden.

Darüber hinaus hat sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsam vom Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis ins Leben gerufenen Leader-Wettbewerb beteiligt. Im Projekt-raum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Fahrrad-Bus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die „Große Dhünn-Talsperre“ und die Talsperren des Wasserquintetts erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Nach einer nur halbjährigen Vorlaufzeit ist der Bergische

FahrradBus am 01. Juli 2017 sehr erfolgreich gestartet und hat im Jahr 2018 eine überaus positive zweite Erfolgsetappe absolviert. Für das Jahr 2019 wurden die Maßnahmen fortgesetzt.

Im Kreis Euskirchen ging bereits im Jahr 2017 der in enger Abstimmung mit der Nordeifeltouristik entwickelte Wanderbus (Linie 770) in Betrieb. Diese Linie verkehrt im Kreisgebiet entlang des populären Eifelsteiges und garantiert Wanderern so eine attraktive Möglichkeit, zum Anfang der Etappe zurückzukehren. Die Nutzerzahlen zeigen, dass sich diese Linie bereits seit Beginn einer großen Beliebtheit erfreut.

Zur Saison 2019 wurde die Fahrradbuslinie 771 von Dahlem nach Hellenthal eingeführt. Auf dieser Linie verkehren mit Fahrradanhängern ausgestattete Busse. Die Linie bietet Radfahrern eine gute Möglichkeit, die Einstiege in die Eifel-Höhen-Route oder den Kylltalradweg mit dem ÖPNV zu erreichen, oder wieder bequem zum Ausgangspunkt zurückzukehren.

Aufgrund der Corona-Pandemie und der hiermit verbundenen Einschränkungen im öffentlichen Leben wurde der Betrieb der oben genannten Freizeitverkehre zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung noch nicht wieder aufgenommen.

Mobilstationen

Der RBK hat sich im Förderwettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ des Landes NRW mit der Idee zur Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Mobilstationen beworben und den Zuschlag erhalten. Hierbei sollen bestehende ÖPNV-Knotenpunkte durch die Schaffung weiterer Mobilitätsangebote (Details siehe weiter unten) zu Mobilstationen ausgebaut werden. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird somit zu einer Pilotregion hierfür im Gebiet des Nahverkehrs Rheinland. Mit der Einrichtung neuer, umweltfreundlicher Mobilitätsangebote verfolgt das Fördervorhaben das Ziel, durch den Umstieg der Bürgerinnen und Bürger auf umweltfreundliche Verkehrsmittel Treibhausgasemissionen einzusparen und so einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz und zu einer lebenswerten Umwelt im Rheinisch-Bergischen Kreis und der umliegenden Region beizusteuern. Insgesamt sollen durch das Vorhaben geschätzt rund 25.000 Tonnen CO₂ im Durchführungszeitraum von drei Jahren eingespart werden. Das Projekt besteht aus folgenden Einzelmaßnahmen / Bausteinen:

- Aufbau von (digitalen) Informationsstelen
- Einrichtung einer Mitfahrbörse
- Errichtung von Mitfahrerbanken
- Errichtung von Fahrradboxen
- Schaffung von herkömmlichen Fahrradabstellanlagen
- Einrichtung eines kreisweiten Pedelec-Verleihsystems
- Einrichtung von E-Carsharing
- Schaffung neuer Park & Ride – Anlagen

Der RVK wurden im Rahmen des Kooperationsprojektes „Mobilstationen im Rheinisch-Bergischen Kreis - Das Bausteinsystem“ die beiden Maßnahmenbausteine

- Errichtung von Fahrradboxen
- Einrichtung eines kreisweiten Pedelec-Verleihsystems

zur Umsetzung zugeteilt. Insbesondere für die Einrichtung des kreisweiten Pedelec-Verleihsystems kann und wird die RVK in hohem Maße aus den Erfahrungen des Projekts RVK e-Bike im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis und Weilerswist profitieren. Zur Planung und Umsetzung dieser Bausteine wurde eine Personalstelle bei der RVK zur Förderung bewilligt und eingerichtet.

Projekte zur Reduzierung von Emissionen – Strategie „Null-Emission“

Projektumsetzung „Firmen-PKW mit alternativen Antriebsarten“

Fahrzeuge mit alternativen Antrieben (Batterieelektrisch oder Brennstoffzelle) werden weiterhin im Unternehmen eingesetzt. Sollte sich ein machbares Förderszenario darstellen, werden batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge nach Ablauf der Verträge gegen Brennstoffzellenfahrzeuge getauscht.

Energetische Sanierung der Niederlassungen

Die Niederlassungen Wermelskirchen und Meckenheim sind bereits energetisch saniert worden. Dazu wurde auf die Fassade eine dem Untergrund entsprechende Wärmeisolierung aufgebracht und verputzt. Ebenso wurden die Fenster erneuert und das Dachgeschoss isoliert. Dies ist ein weiterer Beitrag zur Erreichung der Umweltziele und es wird durch die Einsparung von Energie (Gas und Strom) auch eine Amortisation erreicht.

Projektumsetzung Wasserstoff - Brennstoffzellen-Hybridbusse

Um die angestrebten Klimaschutzziele des Unternehmens erreichen zu können, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich emissionsfreie bzw. klimaneutrale Fahrzeuge anzuschaffen. Parallel zu diesen Bemühungen soll die benötigte Infrastruktur aufgebaut sowie bereits bis 2030 eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Bereits seit 2011 setzt die RVK Brennstoffzellen-Hybridbusse ein. Gestartet ist das Projekt mit der Inbetriebnahme von zwei 18m Prototypen Brennstoffzellen-Fahrzeugen des Typs Phileas. Bei diesem

Projekt handelte es sich um ein fünf-jähriges Forschungs- und Demonstrationsprojekt, dass planmäßig Ende 2016 abgeschlossen wurde. Seit Mai 2014 werden zwei zusätzliche Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs Van Hool A330 FC von Van Hool in den Linienverkehren der Städte Hürth und Brühl eingesetzt. Hierbei handelt es sich um Vorserienfahrzeuge, die mit einem 10-Jahres Wartungsvertrag ausgestattet sind.

Im Zuge des EU-Förderprojekts JIVE konnte die RVK 2017 insgesamt 35 weitere Brennstoffzellen-Hybridbusse beim belgischen Hersteller Van Hool bestellen. Parallel werden zwei Wasserstofftankstellen auf den RVK-Betriebshöfen in Meckenheim und Wermelskirchen errichtet. Dieses Projekt wird neben der EU auch durch das BMVI im Zuge des NIP 2 Programms gefördert.

Die ersten zehn dieser 35 Busse wurden im Dezember 2019 ausgeliefert und werden seither sukzessive in den Linienverkehr in Hürth sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis integriert. Die weiteren 25 Busse aus dieser Bestellung werden im Mai/Juni 2020 erwartet, um dann zeitnah im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischen Kreis sowie Hürth zum Einsatz zu kommen.

Durch Förderungen aus dem JIVE 2 Programm, dem BMVI (NIP 2) und dem Land NRW konnte die RVK im März 2020 weitere 15 Brennstoffzellen-Busse in Bestellung geben. Im europäischen Ausschreibungsverfahren hat der polnische Hersteller Solaris den Zuschlag erhalten. Diese Fahrzeuge werden bis Ende 2021 ausgeliefert.

Somit baut die RVK derzeit Europas größte Brennstoffzellen-Busflotte auf – bzw. konnte dieser „Titel“ bereits mit dem Einsatz von 12 Bussen Aberdeen abgenommen werden (10 Busse).

Neben dem Aufbau der beiden betriebseigenen H2-Tankstellen in Meckenheim und Wermelskirchen (Fertigstellung derzeit für Mai/Juni 2020 geplant), kann die RVK ihre Busse an der H2-Tankstelle in Hürth, am Flughafen Köln/Bonn und Frechen betanken.

Die Erweiterung der Kapazität von vier auf max. 12 Busse der H2-Tankstelle der Stadtwerke Hürth ist mittlerweile abgeschlossen. Ebenso die Erweiterung der 700 bar PKW Tankstelle der H2Mobility am Flughafen Köln/Bonn um eine 350 bar Betankungsmöglichkeit für Busse. Als Back-Up für die H2-Tankstelle in Hürth kann eine weitere öffentliche Tankstelle der H2Mobility in Frechen genutzt werden. Auch hierbei handelt es sich um eine PKW Tankstelle, die um eine 350 bar Zapfsäule erweitert wurde. Entsprechend klein sind die Kapazitäten (max. zwei Busse pro Tag).

Somit verfügt die Region Köln über ein betriebsbereites Wasserstoff-Tankstellennetz für Nutzfahrzeuge (350 bar), dass europaweit einmalig ist.

Projektumsetzung (Bio-)Erdgasbusse

Das Projekt zum Einsatz von Bio-Erdgasbussen startete im August 2017 mit den ersten drei Bussen, welche seitdem als Nationalpark-Shuttle auf der Linie SB 82 zum Einsatz kommen. Sie werden auf dem Weg zwischen Einsatzort und Betriebshof in Kall betankt. Der Einsatz der Fahrzeuge erfolgt bisher störungsfrei.

Seit November 2019 ist die Erdgastankstelle auf der Niederlassung Kreis Euskirchen fertiggestellt. Ebenfalls seit diesem Zeitpunkt ersetzen 20 Erdgasbusse zur Ausmusterung anstehende alte Dieselsebusse und werden mit umweltfreundlichen Bio-Erdgas vor Ort betankt. Der Betrieb der Tankstelle und der Einsatz der Erdgasbusse verlaufen seither problemlos. Aktuell befinden sich insgesamt 15 weitere Erdgasbusse (9 KOM und 6 GOM) in der Ausschreibung. Somit werden bis Mitte 2021 insgesamt 35 Erdgasbusse auf der Niederlassung Kreis Euskirchen stationiert sein. Der Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen ist – aufgrund der Kapazität der Erdgastankstelle- die Möglichkeit eröffnet, den Stadtverkehr ebenfalls auf Erdgasbusse umzustellen.

Projekte zur Digitalisierung

Entsprechend den wachsenden Ansprüchen an den ÖPNV zur digitalen Vernetzung und der Nutzung der in digitalisierten Prozessen liegenden Effizienzsteigerungen wurde eine Vielzahl von Projekten begonnen. Es wurden im Jahr 2018 im Rahmen des BMVI Förderprogramms „Saubere Luft“ von der RVK acht Förderprojekte angestoßen, die über die Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ und den „Green-City“-Masterplänen der Städte Köln und Bonn abgedeckt sind. Hierbei handelte es sich um Projekte wie z.B. den Aufbau einer personenbesetzten RVK Leitstelle, umfangreiche Fahrgastinformationen in den Bussen der RVK, ein Betriebshofmanagementsystem oder eine Mobilitäts-App für die RVK, die den normalen Handy-Ticketverkauf unterstützt, Abo-Online, aber auch das geplante e-bike-Sharing oder die Onlinebestellung des Taxibusses. Alle Projekte haben das Ziel, den ÖPNV attraktiver zu machen um dem Individualverkehr eine umweltschonendere Alternative anbieten zu können. Alle Projekte wurden im Jahr 2019 begonnen und werden kontinuierlich vorangetrieben.

Umweltmanagement- und Energiemanagementsystem

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern. Seit 2011 hat die RVK ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Beauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet, transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Ebenfalls beinhaltet dies die ständige Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Somit wurden die Forderungen der europäischen Richtlinie der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes und des daraus entstandenen Bundesgesetzes (EDG-L) an allen Standorten (Hauptverwaltung, eigene bzw. angemietete Betriebshöfe, KundenCenter) bis zum Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die RVK hat nach externen Audits durch die TÜV Rheinland GmbH seit September 2016 ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001.

Fahrzeugpolitik

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse werden grundsätzlich nur noch mit alternativen Antrieben mit Wasserstoff- oder Bio-Erdgastechnologie ausgeschrieben, was die höchste Umweltnorm, aktuell die Schadstoffklasse Euro 6, überschreitet.

Seit dem Jahr 2010 reagiert die RVK kontinuierlich auf wechselnde Fahrgastnachfragen durch den Einsatz von Kleinbussen. Diese Fahrzeuge haben den Vorteil, dass hier Streckenabschnitte erreicht werden können, die auf Grund des Streckenprofils mit normalen Solowagen nicht erreicht werden können.

Seit dem Frühjahr 2019 werden zwei weitere Kleinbusse im Linienverkehr des Rhein-Sieg-Kreises eingesetzt. Weiterhin werden ab Mitte 2020 erstmalig zwei Erdgaskleinbusse in der Niederlassung Euskirchen in den Betrieb genommen. Durch das geringere Gewicht wird erheblich weniger Kraftstoff verbraucht. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz. Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Intermodale Mobilität

Die RVK versteht sich als regionaler Mobilitätsdienstleister. Dies beinhaltet, dass neben der möglichst emissionsarmen Gestaltung des Kernbetriebs auch ein besonderer Fokus auf dem Angebot weiterer Mobilitätsalternativen liegt. Im Jahr 2019 wurde hierzu im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis sowie der Gemeinde Weilerswist im Kreis Euskirchen ein interkommunales EBike-Verleihsystem installiert, das Fahrgästen an ÖPNV-Knotenpunkten rund um die Uhr zur Verfügung steht. Das Angebot wird nach erfolgreicher Erprobung bereits in 2020 auf den gesamten Rheinisch-Bergischen Kreis ausgeweitet. 2020 und 2021 soll auch der Kreis Euskirchen flächendeckend folgen. Daneben verläuft die Planung für On-Demand-Verkehre im RVK-Verkehrsgebiet intensiv, ebenso jene zur Umsetzung von Mobilstationen.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009, mit einer Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräume einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene und den naturgemäß negativen Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten mündete in gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Nach dem endgültigen Scheitern einer einstimmigen Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, kam es zwischenzeitlich zu Klageverfahren, die nach erstinstanzlichen Urteilen durch einige private Verkehrsunternehmen zur Berufung gebracht wurden.

Die weit überwiegende Anzahl der Verkehrsunternehmen im VRS, welche gleichzeitig den weit überwiegenden Anteil an den Einnahmeansprüchen innehaben, haben sich zwischenzeitlich auf einen Vergleich geeinigt. Die hieraus resultierenden gegenseitigen Ansprüche wurden abgewickelt.

Der Vergleich hat für die RVK zur Folge, dass die Abrechnungen der Jahre 2009 bis 2015 auf der Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 anerkannt werden. Infolgedessen hat sich der Tatbestand, der bei der RVK in Erwartung dieser Abrechnungen zu Rückstellungen geführt hat, verwirklicht.

Ein Klageverfahren gegen den Abschluss des Vergleichs führte zur Klageabweisung durch das OLG Düsseldorf. Die im Übrigen gegen die Ergebnisse der Verkehrserhebung geführten Verfahren wurden vom OLG Düsseldorf mit Urteil abgeschlossen gegen das private Busunternehmen Nichtzulassungsbeschwerde (der Revision) beim BGH eingereicht haben, die inzwischen durch den BGH zurückgewiesen worden ist.

Nunmehr strengen die privaten Busunternehmen eine sogenannte Restitutionsklage auf der Basis neuer Beweisdokumente, welche nunmehr aufgefunden worden seien, an. Insofern sind die Rechtsstreitigkeiten immer noch nicht abgeschlossen.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde bereits im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 für die Geschäftsjahre 2009 – 2015 in Höhe von jährlich rd. 1.080 T€ Euro berücksichtigt.

Zwischenzeitlich wurde eine neue Verkehrserhebung in Gang gesetzt, deren Ergebnisse jedoch noch nicht vorliegen.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f, 315d HGB

Mit Datum vom 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die aktuellen Mitglieder des Aufsichtsrates in der Regel bis zum Jahr 2020 bestellt sind. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu am 29. September 2015 eine Festlegung getroffen. In Anbetracht der nicht zu erwartenden Besetzung von Positionen der zweiten und dritten Führungsebene in der ersten Fristlaufzeit bis zum 30. Juni 2017 wurde festgestellt, dass keine Schaffung neuer Stellen der zweiten und dritten Führungsebene erfolgen wird, jedoch eine Zielgröße für den Fall von Neubesetzungen festgelegt wird. Diese Maßgabe galt auch für 2019.

Die Geschäftsführung hat eine Zielgröße von 30 % für die zweite und dritte Führungsebene festgelegt. Nach Ausscheiden eines Abteilungsleiters im Frühjahr 2019, ist die Neubesetzung dieser Stelle mit einer weiblichen Führungskraft erfolgt.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (Risiko- und Chancen-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.

Zu Entwicklungen und Handlungen im Hinblick auf die wesentlichen Risiken wird auf die entsprechenden Berichterstattungen in anderen Teilen des Lageberichtes verwiesen.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet, dies umfasst auch die aus anhängigen Rechtsverfahren resultierenden Chancen und Risiken. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Zum Ende des Berichtsjahres sind u. a. die nachfolgenden, wesentlichen Risiken Bestandteil des Risiko- und Chancen-Kataloges. Die Darstellung der Risiken erfolgt in der Reihenfolge einer abnehmenden Bedeutung für die Gesellschaft.

- Betrauungen und Fahrleistungsaufträge
- Verfügbarkeit von Personal am Arbeitsmarkt
- Veränderung des Rechtsrahmens und laufende Verfahren
- Ausfall von Auftragsunternehmern
- Entwicklung der Einkaufspreise von Treibstoffen

Den o. g. Risiken stehen u. a. die folgenden Chancen gegenüber

- Vermarktungsstrategien aller Dienstleistungen
- Etablierung neuer Geschäftsfelder im Bereich Mobilität
- Nutzung von Potenzialen im Bereich neuer technischer Anforderungen (insbes. Digitalisierung)

Herausforderung für die RVK wird es sein, in den o. g. Prozessen ihre Rolle als innovativer Verkehrsdienstleister zu finden und auch vermeintliche Gefahren als Chance wahr zu nehmen, um sich am Markt zu behaupten.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risiko- und Chancen-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Um die Bewertungssystematik und die Gesamtdarstellung des Risiko- und Chancen-Managements bei der RVK zu optimieren und zielführend auf veränderte Entwicklungen auszurichten, wurde das bisherige Bewertungssystem komplett überarbeitet und in die gängige SWOT-Systematik überführt.

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben erhebliche Auswirkungen auf Betrieb und wirtschaftliche Lage der RVK.

Betrieblich wurde – insbesondere auf die Einstellung des Schulbetriebs zwischen dem 18. März und dem 23. April 2020 und der danach schrittweisen Wiederaufnahme der Schulen – mit einer Angebotsreduzierung (Ferienfahrplan statt Schulfahrplan) und einem bis dato nicht vollständigen Wiederhochfahren des Fahrbetriebs reagiert. Hinzu kamen umfangreiche Maßnahmen zum Schutz des Fahrpersonals und der Fahrgäste (insbesondere sogenannte Spuckschutzwände für das Fahrpersonal).

Das zeitweise erlassene Verbot des Vordereinstiegs hat bei der RVK zu erheblichen Mindererlösen im Barverkauf von Tickets geführt. Hinzu kamen Rückgänge im Abo-Ticket-Erlös.

Die hiermit verbundenen notwendigen Steigerungen der durch die Aufgabenträger zu leistenden Ausgleichszahlungen können noch nicht beziffert werden.

Minderfahrleistungen führen zwar zu Einsparungen im Bereich der Betriebsstoffe und eingeschränkt auch im Bereich der Personalkosten. Jedoch verbleiben die Kosten für Fahrzeug- und Infrastrukturabschreibungen ebenso wie die mit der Fortführung des Betriebs dem Grunde nach verbundenen Kosten. Mithin reduzieren sich die Kosten nicht proportional zur Reduzierung der Fahrleistungen.

Durch Einführung von Kurzarbeit im Verwaltungsbereich (Reduzierung der Arbeitszeit auf 60%) wurde kostentechnisch gegengesteuert. Im Fahrleistungsbereich stellte sich die Situation zum Berichtszeitpunkt so dar, dass nahezu regulärer Verkehr durchgeführt wurde und mithin hier Kurzarbeit nicht angezeigt war.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Für das Jahr 2020 wird lt. beschlossenem Wirtschaftsplan der RVK ein positives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 85 T€ erwartet. Der Planwert für die Linienverkehre gem. § 42 PBefG beträgt 24.920 T€, bei den Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen beträgt die Prognose 17.000 T€.

In der Planung ist die voraussichtliche Restrukturierungsentwicklung in Folge der Beendigung des Fahrleistungsauftrags für die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH zum 31. Dezember 2018 berücksichtigt. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Jahres 2020 kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für das Jahr 2020 liegen in einer Größenordnung von rd. 20,8 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung betrifft die Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit 16,2 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit jeweils 4,5 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK-Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.

6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern. Dazu werden u.a. Projekte wie die Weiterentwicklung des Tarif- und Vertriebssystems, Digitalisierung (Smarte Mobilität), „MoSiM“ und „RegioM“ sowie „Null Emission“, als wesentliche Aspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns verfolgt und aktualisiert.
8. Die Darstellung des Personennahverkehrs mit möglichst umwelt- und klimafreundlicher Technologie. Hierzu zählt insbesondere auch die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie zu einem bedeutenden Instrument der klimaschonenden Mobilität und der Luftreinhaltung. Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher das Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete permanent fortschreiben und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Eigentümern abstimmen. Dies gilt ebenso für den Einsatz von Bio-Erdgas- oder Batterie-Bussen in ihrer Rolle als möglicher Bestandteil der Brückentechnologie im Nutzfahrzeugbereich, hin zur Erreichung des Ober-Ziels „Null Emission“.
9. Das Bedienungsgebiet der RVK „im Schatten des Doms“ bietet enorme Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Verkehrs zur Nutzung im Freizeit – und Naherholungsbereich. Die von der RVK initiierten und bereits im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Kreis Euskirchen umgesetzten Projekte des WanderBusses und des FahrradBusses sind Erfolgsgeschichten und Beleg für diese Entwicklungschancen, ebenso, wie das E-Bike-Verleihsystem linksrheinisch. Die Weiterentwicklung (z. B. durch Aufbau und Betrieb von Mobilstationen bei gleichzeitiger Integration von Pedelec-Verleihsystemen) ist ein erklärtes Ziel zur Standortstärkung in den Kommunen unserer Gesellschafter.
10. Die Heranführung und weitere Qualifizierung von motivierten und leistungsbereiten Menschen in das Unternehmen und die Fortbildung der bereits hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist eine der weiteren zentralen Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns. Ebenfalls ist ein zentrales Ziel, die erforderliche Ausbildungs-Infrastruktur auf- und auszubauen und Kapazität und Qualität für eine umfassende Ausbildung von geeignetem Fachpersonal, insbesondere im Bereich des Fahrbetriebs, zu optimieren.

Köln, 27. Mai 2020

Regionalverkehr Köln GmbH

Eugen Puderbach, Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
RVK GmbH	383	368	392	-
RVK Konzern	798	834	824	-

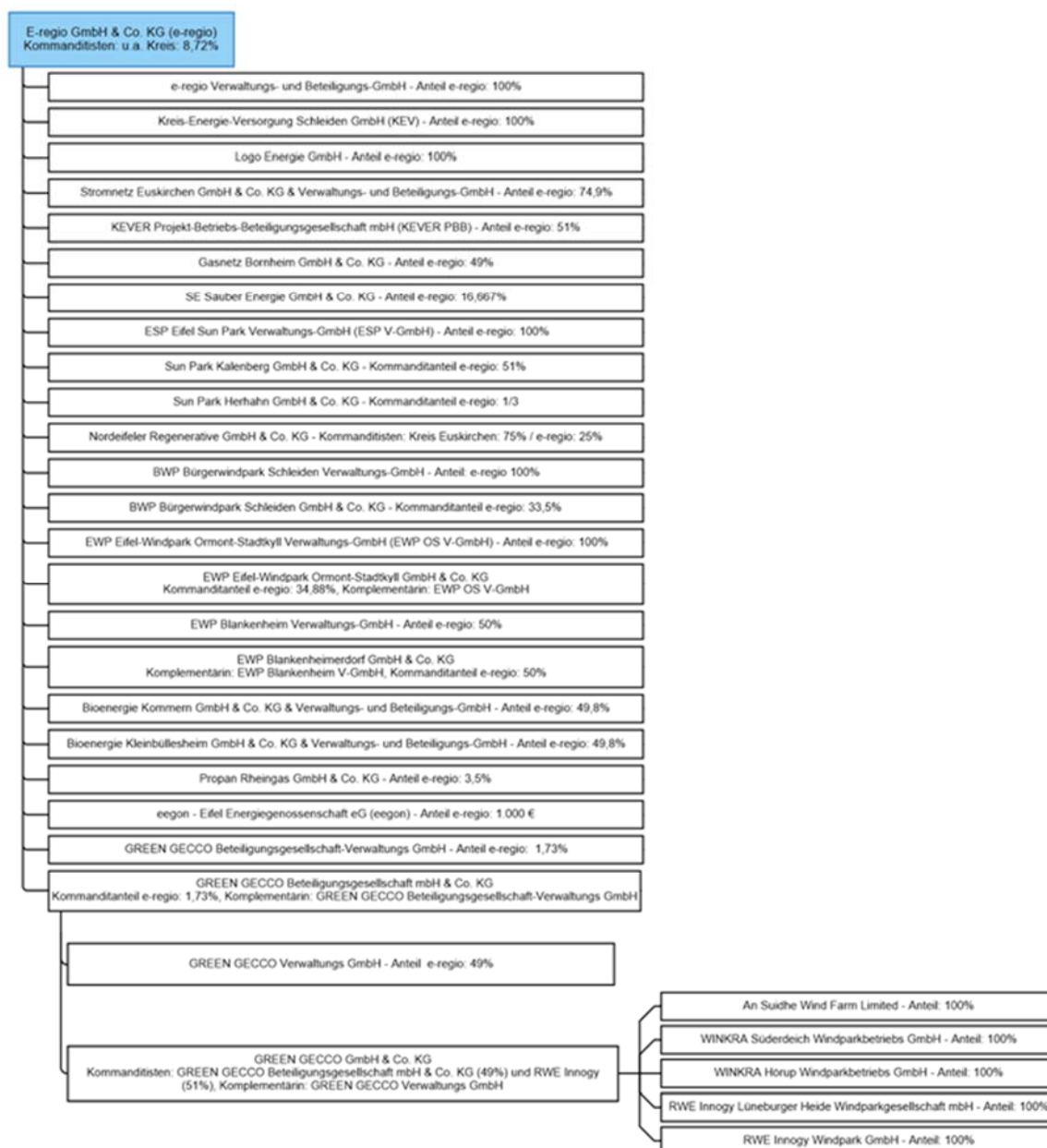
H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Fahrleistungen:	19,87	27,55	27,04	Mio. km

8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) / e-regio GmbH & Co. KG

Hindenburgstraße 13, 53925 Kall bis 30.09.2019
Rheinbacher Weg 10, 53881 Euskirchen ab 01.10.2019

Internet: <http://www.e-regio.de/>



8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH / e-regio GmbH & Co. KG, Konzern und e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 die Fusion der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** (ene) und der e-regio GmbH & Co. KG (e-regio) grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der Vertraulichkeit der Vertragswerke erfolgte die Zustimmung zu den Verträgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (V 500/2018). Der Kreistag hat in nichtöffentlicher Sitzung der Umsetzung des Vorhabens zur Realisierung der Fusion nach Maßgabe der entsprechenden Entwürfe zugestimmt (V 501/2018).

Die Umsetzung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Einlage der Minderheitsanteile an der KEV Schleiden GmbH und der KEV Energie GmbH in die ene,
2. Verschmelzung der KEV Energie GmbH auf die ene,
3. Verschmelzung der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH auf die e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH,
4. Verschmelzung der ene auf die e-regio und
5. Übertragung der neuen Geschäftsanteile der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH auf die e-regio GmbH & Co. KG

Bei der e-regio GmbH & Co. KG handelt es sich in der Zielstruktur um eine sog. Einheits-GmbH & Co. KG.

Die Umsetzung des gesamten Fusionsvorhabens erfolgte abschließend im September 2019 durch Eintragung im Handelsregister mit Rückwirkung zum 01.01.2019.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich anschließend wie folgt dar:

e-regio GmbH & Co. KG

Komplementärin: e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	981.000 €	8,72 %
Innogy SE	981.000 €	8,72 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	975.375 €	8,67 %
Stadtverkehr Euskirchen GmbH	4.156.875 €	36,95 %
Rhenag Rheinische Energie AG	3.570.750 €	31,74 %
Stadt Rheinbach	351.000 €	3,12 %
Stadt Bornheim	234.000 €	2,08 %
Summe	11.250.000 €	100,00 %

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	50.000 €	100,00 %
Summe	50.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (bis 31.12.2018): Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (bis 31.12.2018): Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG.

e-regio GmbH & Co. KG (ab 01.01.2019): Erbringen von Leistungen im Rahmen der Energie- und nicht regulierter Netzdienstleistungen, der Energieerzeugung und der Energieversorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme), die Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Energieerzeugungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung vorgenannter Anlagen, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von regulierten Energieverteilungsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung dieser Energieverteilungsanlagen in den Sparten Strom und Gas, das Engagement in neue Technologien, die Elektromobilität, das Energiecontracting sowie Dienstleistungen der Telekommunikation (insbesondere Bau, Betrieb und Verpachtung von Breitbandnetzen sowie Bereitstellung von Diensten), die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen sowie die regionale Wasserversorgung und Entwässerung selbst, einschließlich des Erbringens von Dienstleistungen im Rahmen der Ver- und Entsorgung und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der e-regio GmbH & Co. KG.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperreten Betrag. Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst. Hiernach ist die ene bei der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH grundsätzlich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen.

Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene.

Nach Fusion der beiden Unternehmen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Mit der LOGOEnergie GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Der Vertrag datiert vom 13.09.2010 mit Änderungsvertrag vom 20.03.2019. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 19.10.2010. Mit dem Vertrag verpflichtet sich die LOGOEnergie GmbH zur Abführung des Jahresergebnisses an die e-regio. Die e-regio verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines während der Vertragslaufzeit entstehenden Jahresfehlbetrages.

Die e-regio tritt nach Fusion in den oben beschriebenen Gewinnabführungsvertrag zwischen der ene und der KEV Schleiden GmbH ein. Dieser gilt unverändert fort.

Durch die im Zuge der Fusion erfolgten Verschmelzung der KEV Energie GmbH auf die ene wurde der bestehende Gewinnabführungsvertrag gegenstandslos.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel / e-regio eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Produkt/ Finanzbeziehung zu	Kostenträger	2019	2018	2017	
<u>Kreis Euskirchen</u>					
<u>Erträge</u>					
Gewinnausschüttung	120 54702	1.732.259 €	1.195.253 €	1.148.960 €	vor Steuern nach Steuern*
Gewinnausschüttung	120 54702	688.429 €	1.262.490 €	910.026 €	
Stromverkauf	110 53704	113.692 €	142.740 €	201.540 €	
Sonstiges	vd.	2.882 €	7.675 €	5.566 €	
<u>Aufwendungen</u>					
Strom-/Gasbezug	vd.	547.541 €	413.746 €	583.040 €	
Instandhaltungs-/Baumaßnahmen	vd.	261.674 €	56.053 €	113.826 €	
<u>Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG</u>					
Gewinnausschüttung		1.560.600 €	1.887.886 €	1.520.095 €	
Umsatzerlöse		16.073 €	16.073 €	16.073 €	
<u>Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH</u>					
Umsatzerlöse		1.148 €	1.148 €	1.148 €	
<u>Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG</u>					
Gewinnausschüttung		7.614 €	8.861 €	7.917 €	
Umsatzerlöse		6.194 €	5.653 €	1.518 €	
<u>EUGEBAU mbH</u>					
Umsatzerlöse		527.422 €	0 €	0 €	
<u>Zweckverband BZE</u>					
Umsatzerlöse		30.129 €	0 €	0 €	
<u>Regionalverkehr Köln GmbH</u>					
Umsatzerlöse		6.929 €	0€	0€	
<u>Kreiskrankenhaus Mechernich</u>					
Umsatzerlöse		1.305.146 €	748.295 €	736.784 €	
<u>Nordeifel Tourismus GmbH</u>					
Umsatzerlöse		4.002 €	4.590 €	4.267 €	
<u>ZV Kronenburger See</u>					
Umsatzerlöse		4.266 €	4.319 €	4.607 €	

* Hier ist die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ (inkl. Anteile aus Gewinnausschüttungen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG) berücksichtigt.

E) Zusammensetzung der Organe

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (bis 30.09.2019)

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (9 Mitglieder, davon 3 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

e-regio GmbH & Co. KG (ab 01.10.2019)

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (11 Mitglieder, davon 1 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 22 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (bis 30.09.2019)

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Josef Reidt (Stimmführer)	CDU	Ute Stolz	CDU
3. Frank Weimbs	CDU	Johannes Mertens	CDU
4. Hans-Peter Wasems	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
5. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
6. Angela Kalnins	B 90/Grüne	Jörg Grutke	B 90/Grüne
7. Hans Reiff	FDP	Christian Grau	FDP

e-regio GmbH & Co. KG (ab 01.10.2019)Ordentliche Mitglieder

- | | |
|--------------------------------------|---------|
| 1. Günter Rosenke (stv. Stimmführer) | Landrat |
| 2. Thilo Waasem (Stimmführer) | SPD |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|------------------|-------|
| Ingo Hessenius | GBL I |
| Dr. Manfred Milz | FDP |

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat**Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (bis 30.09.2019)**Ordentliche Mitglieder

- | | |
|-------------------|---------|
| 1. Günter Rosenke | Landrat |
| 2. Johannes Esser | CDU |
| 3. Thilo Waasem | SPD |

e-regio GmbH & Co. KG ab 01.10.2019Ordentliches Mitglied

- | | |
|----------------|-----|
| Johannes Esser | CDU |
|----------------|-----|

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Aufsichtsrat zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 27,3 %.

c) Geschäftsführung**Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (bis 30.09.2019)**

Lt. Gesellschaftsvertrag der ene KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

e-regio GmbH & Co. KG

Lt. Gesellschaftsvertrag der e-regio GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (bis 30.09.2019)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der GesellschafterversammlungOrdentliches Mitglied

- | | |
|------------------|-----|
| Johannes Mertens | CDU |
|------------------|-----|

Stellvertretendes Mitglied

- | | |
|--------------|-----|
| Thilo Waasem | SPD |
|--------------|-----|

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ab 01.10.2019)

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch e-regio GmbH & Co. KG besetzt)
- b) Geschäftsführung

b) Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Christian Metze
 Dipl.-Kfm. Stefan Dott (ab 01.07.2019)
 Dipl.-Ing. Markus Böhm (ab 04.11.2019)

Bezüglich der Angaben der Geschäftsführungsvergütung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

nachrichtlich:

Mit Ausgliederungsvertrag vom 17.07.2020 und Wirkung zum 03.08.2020 wurden sämtliche Vermögensgegenstände der Innogy SE auf die Westenergie GmbH ausgegliedert.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers (stv. Stimmführer) Landrat
2. Dominik Schmitz (Stimmführer) CDU

Stellvertretende Mitglieder

- Ingo Hessenius GBL I
Leo Wolter CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Ordentliches Mitglied

Johannes Esser CDU

Mit Wirkung zum 30.06.2020 wurde Herr Christian Metze als Geschäftsführer abberufen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Die Ergebnisse der Jahre 2018 und 2017 resultieren aus der Addition der Ergebnisse der ene und der e-regio zum jeweiligen Bilanzstichtag. Eine Vergleichbarkeit mit 2019 ist daher nur eingeschränkt möglich.

e-regio GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.009.086	834.303	873.883	174.783
Sachanlagen	81.779.761	78.478.632	76.878.634	3.301.129
Finanzanlagen	43.095.777	40.380.037	39.434.472	2.715.739
	125.884.624	119.692.972	117.186.989	6.191.651
B Umlaufvermögen				
Vorräte	1.728.008	1.634.773	1.522.741	93.235
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65.575.726	50.242.302	45.191.384	15.333.424
Liquide Mittel	6.389.578	14.887.131	16.485.486	-8.497.553
	73.693.312	66.764.206	63.199.612	6.929.106
C Rechnungsabgrenzungsposten	426.888	442.774	453.468	-15.886
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	1.557	1.824	300	-267
Summe Aktiva	200.006.380	186.901.776	180.840.370	13.104.605
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	35.112.111	34.112.111	-23.862.111
Kapitalrücklagen	75.170.615	0		
Gewinnrücklagen	0	50.000.000	50.000.000	
Gewinnvortrag	0	2.841.930	11.623.963	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	19.438.797	19.409.686	7.296.568	29.111
	105.859.412	107.363.728	103.032.642	-1.504.315
B Sonderposten	10.020.243	10.252.814	10.644.943	-232.571
C Rückstellungen	34.570.300	26.683.869	26.328.301	7.886.431
D Verbindlichkeiten	49.163.913	42.236.387	40.530.525	6.927.526
E Rechnungsabgrenzungsposten	392.512	364.978	303.958	27.534
Summe Passiva	200.006.380	186.901.776	180.840.370	13.104.605

Konzern e-regio - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.008.430	5.663.185	6.737.487	-654.755
Sachanlagen	135.469.203	117.616.276	115.829.799	17.852.927
Finanzanlagen	17.551.539	18.183.730	18.016.132	-632.191
	158.029.173	141.463.191	140.583.419	16.565.982
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.137.525	1.886.945	1.522.741	250.580
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	71.525.449	59.645.407	45.119.849	11.880.042
Liquide Mittel	17.974.008	31.835.995	34.313.135	-13.861.987
	91.636.981	93.368.347	80.955.725	-1.731.365
C Rechnungsabgrenzungsposten	504.628	521.237	566.617	-16.609
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	1.557	4.916	2.604	-3.359
Summe Aktiva	250.172.339	235.357.691	222.108.364	14.814.649
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	41.848.595	40.225.037	-30.598.595
Kapitalrücklagen	72.957.738	0		
Gewinnrücklagen	417.426	48.235.177	48.504.051	
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	2.218.351	2.140.936	1.828.392	
Bilanzgewinn	18.050.023	19.559.036	17.553.750	-1.509.014
	104.893.537	111.783.743	108.111.230	-6.890.206
B Passiver Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	12.688.711	0	0	
C Sonderposten	10.280.551	10.736.195	11.395.305	-455.644
D Rückstellungen	46.189.608	40.475.891	40.278.598	5.713.717
E Verbindlichkeiten	66.572.083	68.088.167	58.017.832	-1.516.084
F Rechnungsabgrenzungsposten	4.413.909	4.273.695	4.305.399	140.214
G Passive latente Steuern	5.133.941	0	0	5.133.941
Summe Passiva	250.172.339	235.357.691	222.108.364	14.814.649

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.991	25	2	1.966
Liquide Mittel	54.033	66.461	63.515	-12.428
	56.024	66.486	63.516	-10.463
Summe Aktiva	56.024	66.486	63.516	-10.463
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.068	8.826	6.504	-7.758
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.105	2.954	2.323	-849
	53.172	61.780	58.826	-8.608
B Rückstellungen	2.851	4.451	4.481	-1.600
C Verbindlichkeiten	0	255	209	-255
Summe Passiva	56.024	66.486	63.516	-10.463

e-regio GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	247.246.954	183.711.150	170.871.516	63.535.804
2	Bestandsveränderungen	43.200	-1.400	5.600	44.600
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	871.464	447.167	544.264	424.298
4	Sonstige betriebliche Erträge	2.563.084	1.784.537	3.863.291	778.547
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	188.897.727	134.050.576	120.191.417	54.847.152
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	148.349.651	116.235.134	104.979.177	32.114.517
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	40.548.076	17.815.442	15.212.240	22.732.635
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	24.074.737	17.037.632	17.705.007	7.037.105
a)	Löhne und Gehälter	18.895.742	13.313.182	13.488.068	5.582.560
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.178.996	3.724.450	4.216.939	1.454.545
7	Abschreibungen	6.308.311	5.968.829	5.985.165	339.482
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.669.465	13.732.619	14.043.225	1.936.845
9	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	7.512.608	8.474.172	6.642.516	-961.564
	davon aus verbundenen Unternehmen	7.512.608	8.474.172	6.642.516	-961.564
10	Erträge aus Beteiligungen	1.622.949	981.640	1.114.491	641.309
11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	125.059	79.655	104.919	45.404
	davon aus verbundenen Unternehmen	75.879	67.439	0	8.441
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	583.424	734.505	664.395	-151.081
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.274.856	4.495.593	4.303.193	-220.737
14	Ergebnis nach Steuern	20.176.798	19.457.166	20.254.194	719.631
15	Sonstige Steuern	738.001	47.480	51.631	690.521
16	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	19.438.797	19.409.686	20.202.563	29.111

Konzern e-regio - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	322.122.963	302.778.315	282.537.652	19.344.648
2	Bestandsveränderungen	200.545	250.772	5.600	-50.227
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	871.464	585.483	701.766	285.982
4	Sonstige betriebliche Erträge	3.921.825	3.727.126	4.602.825	194.698
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	243.991.101	229.892.497	208.891.874	14.098.604
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	158.772.504	151.972.433	140.193.106	6.800.071
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	85.218.597	77.920.064	68.698.768	7.298.533
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	28.794.586	25.428.932	25.256.844	3.365.653
a)	Löhne und Gehälter	23.615.590	19.772.124	19.555.193	3.843.465
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.178.996	5.656.808	5.701.652	-477.812
7	Abschreibungen	10.899.491	10.552.063	10.368.087	347.427
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.805.830	18.002.252	17.728.393	803.578
9	Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.493.491	1.179.263	1.405.964	314.228
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	191.310	30.876	54.917	160.435
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0		
11	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.001	0		3.001
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.053.262	1.191.167	1.150.885	-137.905
	davon an verbundene Unternehmen	0	0		
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.562.329	4.526.911	4.679.427	35.418
14	Ergebnis nach Steuern	20.691.999	18.958.012	21.233.215	1.733.987
15	Sonstige Steuern	125.093	79.208	284.682	45.885
16	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	20.566.906	18.878.804	20.948.533	1.688.102
17	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-193.266	-54.391	-368.174	-138.876
18	Konzernverlustvortrag/Konzerngewinnvortrag	-1.906.192	1.239.592	1.813.098	-3.145.783
19	Einstellung in Konzerngewinnrücklagen	-417.426	-504.969	-4.839.707	87.543
20	Konzerngewinn	18.050.023	19.559.036	17.553.750	-1.509.014

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.879	4.500	4.500	379
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.870	4.241	3.558	-370
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159	41	150	118
4	Ergebnis nach Steuern	850	218	792	
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	850	218	792	631

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„A Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Verhältnisse

Die e-regio GmbH & Co. KG mit Sitz in Euskirchen (e-regio) ist das Mutterunternehmen des e-regio Konzerns. Die e-regio wurde am 7. Juni 1949 mit Sitz in Euskirchen gegründet. Gesellschafter der e-regio waren bis zum 31. Dezember 2018 die SVE Stadtverkehr Euskirchen GmbH, Euskirchen, mit 50,0003 %, die rhenag Rheinische Energie AG, Köln, mit 42,9557 %, die Stadt Rheinbach mit 4,2287 % und die Stadt Bornheim mit 2,8143 %.

Im Berichtsjahr haben die Gesellschafter der ene-Gruppe mit Sitz in Kall sowie die Gesellschafter der e-regio (alt) zwei Verschmelzungen beschlossen. Diese wurden am 9. Juli 2019 durch notarielle Beurkundung der einzelnen Rechtvorgänge umgesetzt. Zunächst hat die KEV Energie GmbH mit Sitz in Kall (KEV Energie) mit Urkunde-Nr. 970/2019 F des Notars Dr. Jens Fleischhauer, Köln, ihr Vermögen mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung und ohne Abwicklung nach § 2 Nr. 1 UmwG, auf die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall, rückwirkend zum 1. Januar 2019 übertragen.

Ebenfalls am 9. Juli 2019 hat die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall (Energie Nordeifel) mit Urkunde-Nr. 980/2019 F des Notars Dr. Jens Fleischhauer, Köln, ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung und ohne Abwicklung nach § 2 Nr. 1 UmwG, auf die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen, gegen Gewährung von Geschäftsanteilen dieser Gesellschaft (Verschmelzung durch Aufnahme), rückwirkend zum 1. Januar 2019 übertragen.

Die Gesellschafterstruktur sieht nach den Verschmelzungsvorgängen wie folgt aus:

- SVE Stadtverkehr Euskirchen GmbH 36,95 %
- rhenag Rheinische Energie AG, Köln 31,74 %
- Kreis Euskirchen 8,72 %
- innogy SE, Essen 8,72 %
- Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG, Kall 8,67 %
- Stadt Rheinbach 3,12 %
- Stadt Bornheim 2,08 %

Zusätzlich haben die unmittelbar und mittelbar beteiligten Gesellschafter am 30. September 2019 einen Konsortialvertrag abgeschlossen. Wesentliche Punkte des Konsortialvertrages sind die Formulierung der Ziele des Zusammenschlusses, die Festlegung des Unternehmensgegenstandes, Regelungen zur Ergebnisverteilung und -verwendung, die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages, die Bestätigung des Transaktionspfades sowie Vereinbarungen zum Mitarbeiterübergang und zu den Standorten.

In diesem Zusammenhang wurden mit Personalübertragungsvertrag vom 30. September 2019 sämtliche aktiven Mitarbeiter - mit Ausnahme der Geschäftsführung - der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV Schleiden) auf die e-regio GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 1. Oktober 2019 überführt.

2. Geschäftsumfang des Unternehmens

Zum e-regio Konzern gehören die LOGOEnergie GmbH, Euskirchen (LOGOEnergie), die Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV Schleiden), die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall (KEVER), die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG (SPK), Mechernich, die Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG, Euskirchen (SNE), die e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen (e-regio Verwaltung), die ESP Eifel-Sun-Park Verwaltungs-GmbH, Kall (ESP Verwaltung), die BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden (BWP Verwaltung), sowie die EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall (EWP Verwaltung).

Der e-regio Konzern ist als Dienstleistungsunternehmen in allen Kommunen des Kreises Euskirchen, des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises in der Gemeinde Vettweiß und in der Stadt Heimbach im Kreis Düren auf dem Gebiet der Energieversorgung tätig. In den Städten und Gemeinden des Kreises Euskirchen, des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises, und in Vettweiß betreibt e-regio die örtlichen Gasver-

sorgungsnetze. Die zum Eigentum der Tochtergesellschaften KEV Schleiden und Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG gehörenden Stromnetze im Versorgungsgebiet sind an den Verteilnetzbetreiber Westnetz GmbH verpachtet. Die technischen und kaufmännischen Betriebsführungsleistungen für das Stromnetz der KEV Schleiden werden durch e-regio erbracht.

Zum 1. Oktober 2019 wurde der Pachtvertrag mit der Westnetz GmbH aufgrund einer Umstrukturierung im innogy Konzern mit allen Rechten und Pflichten mit der Zustimmung der KEV Schleiden auf die innogy Westenergie GmbH übertragen.

Darüber hinaus werden in der Region Erdgas, Strom, Biomethan sowie Wärmedienstleistungen an Haushalte, Gewerbebetriebe, öffentliche Einrichtungen sowie Industrieunternehmen vertrieben. Über die Tochtergesellschaft LogoEnergie GmbH bietet e-regio Strom und Gas auch bundesweit an.

Ein weiterer Schwerpunkt der Unternehmenstätigkeit liegt im Bereich der erneuerbaren Energien. Über die Tochtergesellschaft KEVER projektiert und betreibt e-regio eigene Wind- und Solarenergieanlagen in der Region und strebt einen weiteren konsequenten Ausbau der dezentralen Energieerzeugung an. Ziel ist dabei, die Energiewende aktiv mit den Kommunen und den Bürgern in der Region zu gestalten. Auf dem Gebiet der Wasserver- und Abwasserentsorgung ist e-regio als Betriebsführerin für den Wasserversorgungsverband Euskirchen-Swisttal und für das Wasserwerk und Abwasserwerk der Gemeinde Alfter tätig.

Zudem ist e-regio an weiteren Unternehmen wesentlich beteiligt:

- Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG (49 %), Bornheim, Gas-Netzgesellschaft in der Stadt Bornheim
- BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden (33,5 %), Windpark
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadt Kyll GmbH & Co. KG, Ormont (34,884 %), Windpark
- EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG, Kall (50 %), Windpark
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich (51 %), Solarpark
- Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden (33,33 %), Solarpark
- Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall (25 %), Solarpark
- Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG, Euskirchen (49,8 %), Biogaserzeugung
- Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG, Mechernich (49,8 %), Biogaserzeugung

Das Angebotsspektrum von e-regio umfasst darüber hinaus Energiedienstleistungen, Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, Planungsleistungen im Bereich der technischen Gebäudeausstattung, Planung und Bau von Straßenbeleuchtungsanlagen, Planung und Bau von Mittel- und Niederspannungsanlagen, Mobilitätsdienstleistungen, Windenergieservice sowie die kaufmännische und technische Betriebsführung der regenerativen Projektgesellschaften.

e-regio verfolgt eine nachhaltige und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Gesellschaft hat nach vollzogenem Zusammenschluss in 2019 einen Strategieprozess umgesetzt, um Wachstumspotentiale im Kerngeschäft sowie in neuen Geschäftsfeldern zu erschließen und die fusionsbedingten Synergieeffekte systematisch zu realisieren. Die Strategie berücksichtigt dabei die Interessen der Kunden, der Bürger und Kommunen in der Region sowie der Gesellschafter und Mitarbeiter.

B Wirtschaftsbericht ^{1 2 3}

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2019 gekennzeichnet durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das zehnte Jahr in Folge gewachsen. Jedoch ist das Wachstum, im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren, abgeschwächt, das deutsche Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2019 unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 %.

2. Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ging im Jahr 2019 verglichen mit dem Vorjahr um 2,1% auf 12.832 Petajoule (PJ) zurück. Damit sank der Primärenergieverbrauch auf das Verbrauchsniveau Anfang der 1970er Jahre.

Wichtigster Energieträger blieb in Deutschland auch 2019 das Mineralöl mit einem Anteil von 35 %, bedingt durch den Kraftstoffmarkt. Es folgte Erdgas mit einem auf 24,9 % leicht gestiegenen Anteil (2018: 23,6 %). Ihre Position an dritter Stelle konnten die erneuerbaren Energien auf 14,8 % ausweiten. Der Primärenergieverbrauch an Stein- und Braunkohle ist 2019 um jeweils mehr als 20 % spürbar gesunken, so dass Braunkohle 2019 noch etwa 9,1% und Steinkohle noch 8,8 % des Primärenergieverbrauchs deckten. Der Beitrag der Kernenergie zum Primärenergieverbrauch betrug in 2019 6,4 %.

¹ Statistisches Bundesamt Pressemitteilung Nr. 018 vom 15.01.2020

² BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2019

³ AGEF Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2019

3. Witterungsverlauf

Das Jahr 2019 ist laut Deutschem Wetterdienst (DWD) mit einem Jahresmittel von 10,2°C das bisher drittwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Bis auf den Mai waren alle Monate teils deutlich zu warm. Die Hitzewelle im Juli brachte Messwerte von örtlich über 40°C. Die insgesamt zu geringen Niederschläge waren regional sehr ungleich verteilt. Die Zahl der Sonnenstunden lag laut DWD 18 % über ihrem Soll. Insgesamt zeigte sich die Witterung 2019 zu warm, regional aber stark differenziert.

Im Jahr 2019 errechnet sich damit die Zahl der Gradtage deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Die geringere Zahl von Tagen mit einer Heizgrenztemperatur von unter 15°C verweist auf ein höheres durchschnittliches Temperaturniveau (+9,7 %) und ein Absinken des Energiebedarfs für Heizzwecke hin. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Gradtage 2019 dagegen geringfügig erhöht, weil es 2019 etwas kühler als 2018 war. Insofern dürfte sich der Energieeinsatz für Wärmezwecke 2019 gegenüber dem Vorjahr insgesamt etwas erhöht haben.

4. Erdgaswirtschaft

Der Erdgasverbrauch in Deutschland stieg 2019 um 3,3 % auf 982,1Mrd. kWh an. Der Anteil des in Deutschland geförderten Erdgases ging, bezogen auf den Verbrauch im Inland, um 0,5 %-Punkte auf 6,0 % zurück. 94,0 % des Inlandbedarfs wurden durch Importe gedeckt.

Der Erdgasabsatz an die einzelnen Kundengruppen entwickelte sich uneinheitlich. Die Nachfrage der Industrie nach Erdgas zeigte sich aufgrund der eingetrübten Konjunktur bereits seit dem 3. Quartal 2018 rückläufig.

Der Absatz an private Haushalte und Wohnungsgesellschaften nahm hingegen zu. Einerseits sorgte die Witterung im ersten Halbjahr 2019, die insbesondere im Mai kühler als im Vorjahr war, für einen Verbrauchszuwachs von 0,7 %. Der weiterhin konstante Zubau an direkt oder indirekt mit Erdgas beheizten Wohnungen verstärkte andererseits das Absatzplus im Raumwärmemarkt. Im Jahr 2019 wurden nach vorläufigen Zahlen Baugenehmigungen für ca. 295.000 neue Wohnungen erteilt. In 37,0 % davon wird eine gasbetriebene Heizung für Wärme sorgen. Hinzu kommen neue Wohnungen in bestehenden Gebäuden sowie Bestandswohnungen, die von anderen Heizsystemen auf eine Erdgas- oder Fernwärmeheizung umgerüstet werden. Insgesamt waren zum Jahresende 2019 gut 20,9 Mio. Wohnungen oder 49,5 % des Wohnungsbestands mit einer Gasheizung ausgestattet.

Ersten Zahlen zufolge wurden im Berichtsjahr 9,5 Mrd. kWh (2018: 10,4 Mrd. kWh) auf Erdgasqualität aufbereitetes Biogas in das deutsche Erdgasnetz eingespeist. Knapp 8 Mrd. kWh davon gingen in die gekoppelte Stromerzeugung, rund 0,5 Mrd. kWh wurden als Kraftstoff eingesetzt und rund 0,5 Mrd. kWh fanden im Wärmemarkt (Raumwärme, Warmwasser) Absatz. Die restlichen Mengen wurden z. B. stofflich genutzt, exportiert oder fanden sonstigen Einsatz. Entsprechend dem Bilanzierungsschema der AG Energiebilanzen werden diese Mengen sowohl auf der Aufkommens- als auch auf der Verbrauchsseite unter erneuerbaren Energien und nicht unter Erdgas erfasst.

Die Anzahl der Unternehmen, die in der Gaswirtschaft aktiv sind, stieg weiter. Ende 2018 gab es 1.262 Unternehmen, per Ende 2019 waren es 1.320, davon sind 1.074 als Vertriebsgesellschaften im Endkundengeschäft tätig. Die Zahl der in der Gaswirtschaft Beschäftigten nahm leicht um 0,4 % auf 39.180 per Ende 2019 zu.

5. Stromwirtschaft

Im Jahr 2019 wurden in Deutschland brutto 604,1Mrd. kWh Strom erzeugt. Damit ging die Stromerzeugung gegenüber ihrem Vorjahreswert um 5,0 % zurück. Die Stromerzeugung aus den einzelnen Energieträgern entwickelte sich jedoch uneinheitlich. Aus erneuerbaren Energien insgesamt sowie aus Erdgas wurde 2019 deutlich mehr Strom gewonnen als im Vorjahr. Die Stromerzeugung der Kohlekraftwerke hingegen war stark rückläufig. Der Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland ging leicht zurück. Der Bruttostromverbrauch nahm nach bisherigen Zahlen um 2,6 % auf 569,2 Mrd. kWh ab (2018: 584,4 Mrd. kWh).

Der Stromverbrauch der Industrie betrug im Berichtsjahr nach ersten Zahlen insgesamt 234,0 Mrd. kWh und lag mit einem Minus von 4,1% signifikant unter dem Vorjahresniveau. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die konjunkturelle Eintrübung seit etwa dem 3. Quartal 2018 vor allem in den energieintensiven Industriezweigen. Die privaten Haushalte nutzten 2019 mit 126,6 Mrd. kWh ebenfalls weniger Strom. Der Verbrauch in diesem Sektor ging aber entsprechend ersten Abschätzungen mit einem Minus von 0,7 % weniger kräftig zurück als im Industriesektor. Der Stromverbrauch des Sektors Gewerbe, Handel, Dienstleistungen blieb hingegen mit 87,4 Mrd. kWh (+0,1%) in etwa stabil. Der Stromverbrauch der öffentlichen Einrichtungen nahm nach ersten Zahlen ebenfalls mit +0,2 % auch nur leicht auf 52,6 Mrd. kWh zu.

Die Anzahl der Unternehmen, die in der Elektrizitätswirtschaft tätig sind, steigt seit Beginn der Liberalisierung 1998 kontinuierlich. Ende 2018 gab es 1.899 Unternehmen, per Ende 2019 waren es 1.952, auch hier sind mit rd. 1.350 die meisten Unternehmen als Vertriebsgesellschaften im Letztverbraucher-geschäft tätig. Die Zahl der in der Elektrizitätswirtschaft Beschäftigten blieb 2019 im Vergleich zum Vorjahr mit 138.000 in etwa stabil.

6. Entwicklung der Energiepreise

Der ansteigende Trend der Grenzübergangspreise für Erdgas im Jahr 2018 hat sich 2019 nicht weiter fortgesetzt. Über den Jahresverlauf erfolgte bis August ein deutlicher Rückgang, ab September konnte dann wieder ein leichter Preisanstieg beobachtet werden, der im Dezember jedoch stagnierte.

Die Entwicklung der Importpreise wirkt sich unterschiedlich auf die inländischen Abgabepreise aus. Infolge unterschiedlicher Beschaffungszeiträume für verschiedene Kundengruppen kommt es zu differenzierten Preisentwicklungen.

Am Strom-Terminmarkt waren die Preise im Jahresverlauf rückläufig, lagen im Jahresmittel aber dennoch deutlich über dem Preisniveau 2018. Der durchschnittliche Preis 2019 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 47,82 Euro/MWh gegenüber 43,84 Euro/MWh im Vorjahr und war damit um durchschnittlich 9 % höher.

7. Wettbewerbsentwicklung

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt zeigte sich weiterhin dynamisch. Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Oktober 2019 im Stromsektor 46 % und lag damit um mehr als zwei Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt ist weiterhin ein leichter Anstieg der Kundenwechsel zu verzeichnen. Hier haben bis Ende 2019 rd. 37 % der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis mindestens einmal den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch rd. 35 %.

8. Eco-Mobilität

Bis zum Jahr 2030 sollen die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor laut Klimaschutzplan der Bundesregierung um 40 % bis 42 % gegenüber 1990 reduziert werden. Ein wesentlicher Ansatz zur Erreichung dieses Ziels sind die CO₂-Flottengrenzwerte der Europäischen Union für Fahrzeug-Neuzulassungen. Für PKW und leichte Nutzfahrzeuge gilt für Neuzulassungen ab 2021 als Durchschnitt ein Grenzwert von 95 g CO₂/km. Bis 2030 soll der CO₂ Ausstoß für PKW nochmal um 37,5 % gegenüber 2021 sinken. Für LKW und Busse soll die CO₂ Reduktion bis 2030 bei 30 % liegen.

Vor diesem Hintergrund richtet sich der Fokus der meisten Automobilhersteller aktuell auf die Elektromobilität und die Hybridisierung der Fahrzeuge. Absatzfördernde Instrumente in Deutschland sind derzeit Kaufprämien (Umweltbonus), die inzwischen bis Ende 2025 verlängert und erhöht wurden. Weiterhin sind reine Elektrofahrzeuge für zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Bei der Dienstwagenbesteuerung besteht eine Begünstigung reiner batterieelektrischer und Hybrid-Pkw mit einem deutlich verringerten Steuersatz.

Ende 2019 waren rund 230.700 Elektrofahrzeuge (batterieelektrische Fahrzeuge und Plug-In-Hybride) zugelassen. Zum gleichen Zeitpunkt betrug der Bestand an Erdgasfahrzeugen in Deutschland rund 99.700. Während der Hochlauf der Elektromobilität in den vergangenen Jahren deutlich an Dynamik gewann, entwickelte sich der Fahrzeugbestand an Erdgasfahrzeugen langsamer.

C Geschäftsverlauf 2019

1. Gasvertrieb

Der Erdgasabsatz lag im Geschäftsjahr 2019 bei 4.940 Mio. kWh. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der Absatz leicht um 19,25 Mio. kWh bzw. 0,4 %. Der leichte Absatzrückgang resultiert aus gegenläufigen Effekten. Während im Haushaltsbereich und öffentlichen Einrichtungen ein Mengenrückgang zu verzeichnen war, entwickelten sich die anderen Kundengruppen positiv. Die Kundenanzahl erhöhte sich um rd. 3.650 Kunden auf rd. 76.500 Kunden.

Gasverkauf nach Kundengruppen

	2019 MWh	2018 MWh	Veränderung MWh	%
Haushalt	1.164.849	1.185.927	-21.078	- 1,8
Mehrfamilienhäuser	249.204	258.984	-9.780	- 3,8
Handel und Gewerbe	384.264	374.208	10.056	+ 2,7
öffentliche Einrichtungen	1.472.356	1.503.617	-31.261	- 2,1
Industrie	1.661.612	1.630.530	31.082	+ 1,9
Tankstellen	7.378	6.366	1.012	+ 15,9
Energiedienstleister	724	0	724	+ 0,0
Erdgasverkauf insgesamt	4.940.387	4.959.632	-19.245	- 0,4

2. Stromvertrieb

Durch die Verschmelzung erhöhte sich der Stromverkauf im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Zum Jahresende werden rd. 84.900 Kunden beliefert, das sind rd. 40.300 Kunden mehr als zu Jahresbeginn. Entsprechend erhöhte sich der Stromabsatz von 376 Mio. kWh im Vorjahr auf 546 Mio. kWh im Berichtsjahr.

Stromverkauf nach Kundengruppen

	2019 MWh	2018 MWh	Veränderung MWh	%
Haushalte und Gewerbe	209.697	99.224	110.473	+ 111,3
Wärmekunden	40.207	17.865	22.342	+ 125,1
Groß- und Individualkunden	295.986	52.847	243.139	+ 460,1
Stromverkauf insgesamt	545.890	169.936	375.954	+ 221,2

3. Gasnetzbetrieb

Ende des Jahres 2018 hat der Rat der Gemeinde Kall entschieden, die Konzession über das Erdgasnetz erneut an e-regio zu vergeben. Der Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren wurde im Mai 2019 unterzeichnet.

Die Stadt Schleiden hat die Konzession für die Erdgasnetze nach einem Ausschreibungsverfahren ebenfalls erneut an e-regio vergeben. Die Verlängerung um 20 Jahre wurde im Juni 2020 unterzeichnet.

Die Gemeinde Weilerswist hat im Berichtsjahr ein Vergabeverfahren zur Neuvergabe der Gaskonzession in die Wege geleitet. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens wird der Rat der Gemeinde im Juni 2020 über das Angebot der e-regio beschließen. Der Konzessionsvertrag ist am 31.12.2014 ausgelaufen, e-regio ist einziger Anbieter.

Die Stadt Mechernich hat ebenfalls die Vergabe des Konzessionsvertrages Gas angekündigt. Die Interessensbekundung seitens e-regio wurde eingereicht. Der derzeitige Konzessionsvertrag mit e-regio läuft zum 31.12.2020 aus.

Die weiterhin erfreuliche Nachfrage nach dem Energieträger Erdgas führte zu weiteren Netzausbauten sowie Investitionen in die Netzverdichtung. In 2019 konnten 1.317 (i. Vj. 1.069) neue Hausanschlüsse an das Versorgungsnetz angeschlossen werden. Weiterhin wurden in 2019 insgesamt 34,7 km (i. Vj. 31,9 km) neue Gasleitungen verlegt. Damit betreibt e-regio zum Jahresende 2019 ein Leitungsnetz einschließlich der Hausanschlussleitungen mit einer Gesamtlänge von 2.561 km. Die Anschlussdichte liegt jetzt bei 26,5 Hausanschlüssen je km Rohrnetz und konnte damit gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert werden. Dieses Leitungsnetz wird über 19 Übernahmestationen gespeist, die im Verbund mit 73 Ortsregelanlagen stehen.

4. Stromnetzbetrieb

Das Netzaufkommen im Verteilnetz ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 498 GWh (i. Vj. 478 GWh). Davon wurden 360 GWh (i. Vj. 325 GWh) aus erneuerbaren Energien in dieses Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 72 % an der Gesamteinspeisung. Insgesamt lag die Netznutzung bei 311 GWh (i. Vj. 320 GWh). Hinzu kamen 171 GWh (i. Vj. 141 GWh) Rückeinspeisung an die vorgelagerte Netzebene.

Das Netz der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG besteht aus Mittel- und Niederspannungsnetzen. Über drei Umspannwerke im Raum Euskirchen wird das Mittelspannungsnetz vom vorgelagerten Netzbetreiber versorgt. Die Leitungslängen in der Mittelspannung betragen zum 31.12.2019 insgesamt 248,4 km und im Niederspannungsnetz 689,4 km. Insgesamt sind im Netz 1.139 Niederspannungs-Freileitungs-Versorgungsanschlüsse, 15.638 Niederspannungs-Kabel-Versorgungsanschlüsse und 33.764 Stromzähler installiert.

5. Ertragslage

Verschmelzungsbedingt und aufgrund der Personalübertragung sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

a) Umsatzerlöse

Die Verkaufserlöse beim Erdgas erhöhten sich trotz der leicht gesunkenen Absatzmenge um 3,5 Mio. Euro auf 191,9 Mio. Euro. Im Segment Stromversorgung konnten die Erlöse aufgrund der Kundenzuwächse und vor allem aufgrund der Verschmelzung um 70,2 Mio. Euro auf 106,5 Mio. Euro gesteigert werden.

Durch den verstärkten Wettbewerb stiegen die vereinnahmten Netznutzungsentgelte, die e-regio von den fremden Vertrieben für die Durchleitung des Erdgases erhält. Im Berichtsjahr erhöhten sich die Einnahmen um 0,3 Mio. Euro auf 11,1 Mio. Euro. Die Erlöse im Bereich Betriebsführungen lagen mit 10,9 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro über dem Vorjahr. Aufgrund der Verschmelzung neu in den Konsolidierungskreis

hinzugekommen sind die Erlöse aus Netzverpachtung der KEV Schleiden in Höhe von 18,8 Mio. Euro, so dass sich die Pächterlöhre insgesamt auf 20,1 Mio. Euro verbesserten.

Die übrigen Umsatzerlöse setzen sich im Wesentlichen aus Biogasverkaufserlösen, den Wärmeverkaufserlösen, aufgelösten Zuschüssen, den Stromeinspeiserlösen und Erlösen aus sonstigen Geschäftsfeldern zusammen. Diese erhöhten sich insgesamt um 7,8 Mio. Euro auf 18,7 Mio. Euro. In Summe liegen die Umsatzerlöse bei 359,2 Mio. Euro, das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 102,0 Mio. Euro.

b) Energie- und Stromsteuer

Entsprechend der leicht geringeren Absatzmenge beim Erdgas reduzierte sich die Erdgassteuer um 0,1 Mio. Euro auf 27,3 Mio. Euro. Die Stromsteuer hingegen erhöhte sich aufgrund der Verschmelzung und der dadurch gestiegenen Absatzmenge um 6,4 Mio. Euro auf 9,7 Mio. Euro.

c) Sonstige betriebliche Erträge

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Anstieg um 1,3 Mio. Euro auf 3,9 Mio. Euro in 2019 zu verzeichnen. Wesentliche Gründe sind höhere Auflösungen von Rückstellungen (400 T€) sowie die Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags aus der Neubewertung des Anlagevermögens der KEV-Schleiden in Höhe von 856 T€.

d) Materialaufwand

Die Erdgas-, Biogas- und Wärmebezugskosten reduzierten sich leicht um 0,5 Mio. Euro aufgrund der niedrigeren Menge. Die beschafften Erdgasmengen wurden von 13 Lieferanten bezogen. Im Segment der Stromversorgung erhöhten sich die Strombezugskosten um 34,2 Mio. Euro mengen bzw. verschmelzungsbedingt.

Die Netzkosten erhöhten sich trotz geringerer Absatzmenge im Gassegment um 0,2 Mio. Euro auf 29,1 Mio. Euro und im Stromsegment um 23,8 Mio. Euro auf 38,2 Mio. Euro durch die höhere Menge aufgrund der Verschmelzung.

Der Aufwand für die betriebsgeführten Unternehmen belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 8,1 Mio. Euro. Der Anstieg zum Vorjahr in Höhe von 3,4 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Aufwendungen, die e-regio für die zu einer reinen Netzgesellschaft reorganisierten KEV Schleiden dienstleistend erbringt. Desweiteren lagen die Aufwendungen für Baumaßnahmen, die im Rahmen der Betriebsführung für die Wasser- und Abwasserwerke durchgeführt wurden, mit 4,9 Mio. Euro leicht über dem Vorjahresniveau.

Die vorgelagerten Netzkosten Gas betrugen im Geschäftsjahr 5,6 Mio. Euro (2018: 5,0 Mio. Euro). Der übrige Materialaufwand, der sich im Wesentlichen aus der Unterhaltung der Gas- und Stromanlagen, Unterhaltung der Leitungsnetze, den Aufwendungen für die übrigen Geschäftsfelder sowie Entwicklungskosten für regenerative Projekte zusammensetzt, erhöhte sich um 3,1 Mio. Euro auf 7,4 Mio. Euro. Insgesamt erhöhte sich der Materialaufwand um 64,5 Mio. Euro auf 244,0 Mio. Euro.

e) Personalaufwand

Durch die Änderung des Konsolidierungskreises sowie der Verschmelzung und der damit verbundenen Übertragung der Arbeitsverhältnisse auf die e-regio zum 1. Oktober 2019 ist der durchschnittliche Personalbestand im Berichtsjahr von 227,5 Mitarbeitern um 164,75 auf 392,25 Mitarbeiter gestiegen. Entsprechend hat sich der Personalaufwand um 13,1 Mio. Euro auf 28,8 Mio. Euro erhöht.

f) Abschreibungen

Die Abschreibungen stiegen von 7,3 Mio. Euro im Vorjahr auf 10,9 Mio. Euro im Berichtsjahr an. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen durch den Zugang der KEV Schleiden in den Konsolidierungskreis sowie der durchgeführten Investitionen in 2019.

g) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 7,6 Mio. Euro auf 18,8 Mio. Euro resultiert insbesondere durch die Änderung des Konsolidierungskreises. Wesentliche Posten waren IT-Kosten, Beratungskosten, Provisionszahlungen an Internetportale und Vermittler sowie Konzessionsabgaben.

h) Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungserträge verbesserten sich um 0,9 Mio. Euro auf 1,5 Mio. Euro aufgrund der Gewinnausschüttungen der Beteiligungen der ehemaligen KEV Energie und der Energie Nordeifel.

i) Jahresüberschuss

Nach Abzug der Ertragsteuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 20,7 Mio. Euro (i. Vj. 13,1 Mio. Euro). Gemessen an der Betriebsleistung sind dies 6,4 % (i. Vj. 5,8 %).

6. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen ist zum 31.12.2019 gegenüber dem Vorjahr um 76,6 Mio. Euro auf 250,2 Mio. Euro gestiegen. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 54,0 Mio. Euro auf 158,0 Mio. Euro. Relativ gesehen ist der Anteil des Anlagevermögens von 59,9 % auf 63,2 % gestiegen. Das kurzfristige Vermögen hat sich um 22,6 Mio. Euro auf 92,1 Mio. Euro erhöht.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahr um 16,9 Mio. Euro auf 104,9 Mio. Euro. Auch dies ist im Wesentlichen eine Folge des geänderten Konsolidierungskreises im Berichtsjahr. Die Eigenkapitalquote beträgt 41,9 % und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (50,7 %). Neu hinzugekommen ist der passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 12,7 Mio. Euro (Anteil 5,1 % an der Bilanzsumme). Die erhaltenen Zuschüsse, die unter dem Sonderposten ausgewiesen sind, blieben mit 10,3 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Der Anteil der mittel- und langfristigen

Fremdmittel erhöhte sich von 18,8 Mio. Euro auf 35,2 Mio. Euro, prozentual ist der Anteil von 10,8 % auf 14,1 % gestiegen. Die kurzfristigen Fremdmittel erhöhten sich um 25,4 Mio. Euro auf 87,1 Mio. Euro. Der prozentuale Anteil liegt hier bei 34,8 % (i. Vj. 32,6 %).

7. Finanzlage

Die Investitionen in das Anlagevermögen des Geschäftsjahres 2019 in Höhe von 15,1 Mio. Euro wurden zu 72,4 % über Abschreibungen finanziert.

Position	2019 T€	2018 T€	Veränderung T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	24.428	22.717	1.711
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-13.668	-9.039	-4.629
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-24.647	-12.428	-12.219
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-13.887	1.250	-15.137
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	24.567	23.317	1.250
konsolidierungsbedingte Änderung des Finanzmittelfonds	7.294	0	7.294
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	17.974	24.567	-6.593

Die Gesellschaft ist jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

8. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 betrugen die Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen insgesamt 14,0 Mio. Euro. Von diesen Investitionen flossen schwerpunktmäßig 10,9 Mio. Euro ins Gas- und Stromnetz einschließlich der dazugehörigen Anlagen sowie 1,8 Mio. Euro in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Diese Investitionen tragen dazu bei, die Energie Strom und Erdgas einschließlich der Produkte aus den regenerativen Quellen einem ständig größeren Kundenkreis anbieten zu können. In die Finanzanlagen wurden 1,1 Mio. Euro investiert.

9. Konzernergebnis

Das Geschäftsjahr 2019 hatte insgesamt einen positiven Verlauf. Das Ergebnis vor Steuern lag bei 25,3 Mio. Euro (i. Vj. 16,0 Mio. Euro). Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der sonstigen Steuern in Höhe von zusammen 4,7 Mio. Euro (i. Vj. 2,9 Mio. Euro) verbleibt ein Konzern-Jahresüberschuss von 20,6 Mio. Euro (i. Vj. 13,1 Mio. Euro).

D. Berichterstattung gern. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Der e-regio Konzern erfüllt im Kreis Euskirchen, im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis sowie in der Gemeinde Vettweiß sowie in der Stadt Heimbach im Kreis Euskirchen einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Gas- und Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

E. Leistungsindikatoren

1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des e-regio Konzerns erfolgt über die zahlreichen finanziellen Leistungsindikatoren. Dazu gehören die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Konzernüberschuss und Cashflow. Der Cashflow ist in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt. Im Konzern lag die Umsatzrentabilität bei 7,3 (i. Vj. 6,4 %).

Das Controlling der e-regio stellt der Geschäftsführung in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

2. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruierten wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden. Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2019 Personalentwicklungsmaßnahmen und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen weiter fortgeführt.

F. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagement

Das Risikomanagement des e-regio Konzerns ist in die unternehmerischen Entscheidungen und Geschäftsprozesse integriert. Es ist darauf ausgerichtet, Risiken möglichst früh zu erkennen bzw. zu vermeiden. Im Juli des Jahres 2020 wurde eine Neubewertung der Risiken in Form einer systematischen Risikoinventur bei den Unternehmen e-regio, LOGO Energie, KEV Schleiden und KEVER vorgenommen. Hierbei wurden die Risiken identifiziert, bewertet und dokumentiert sowie geeignete Maßnahmen zur Vor-sorge getroffen.

Bereits in den Vorjahren wurde als Ergebnis der Prüfung nach § 53 HGrG festgestellt, dass diese Unternehmen in geeigneter Weise entsprechende Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungssystems getroffen hat. Das Überwachungssystem ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu bewerten.

In Verbindung mit der Verschmelzung kann naturgemäß eine Vielzahl von steuerlichen Fragen aufgeworfen werden. Die Gesellschaft ist bestrebt, diese zeitnah einer Betriebsprüfung zuzuführen.

Nach Überprüfung der gegenwärtigen Risikosituation ist festzuhalten, dass im Berichtszeitraum aktuell keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken zu verzeichnen sind. Darüber hinaus liegen aus heutiger Sicht auch für die nahe Zukunft keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken, für deren Deckung keine ausreichende Vorsorge getroffen wurde, vor.

2. Ertragsorientierte Risiken

a) e-regio

Wesentliche ertragsorientierte Risiken resultieren aus Sicht der Geschäftsführung aus einer weiteren Intensivierung des Wettbewerbs am Energiemarkt. Es zeigt sich, dass stetig Wettbewerber, insbesondere auch aus anderen Branchen, mit neuen Angeboten und Dienstleistungen in den Markt eintreten und die Konkurrenzsituation verschärfen. Hieraus können weiter steigende Kundenwechselraten resultieren sowie ein Rückgang der Ergebnismargen. Durch konsequenten Ausbau von Marke und Image in der Region, Optimierung der Prozesse sowie mit neuen Produkten und Dienstleistungen wird e-regio dem Risiko entgegenwirken.

Des Weiteren ergeben sich ertragsorientierte Risiken für e-regio insbesondere aus dem Energiehandelsgeschäft. Die Chancen und Risiken aus den volatilen Beschaffungsmärkten für Gas und Strom werden durch entsprechende Risikomanagement- und Controllingprozesse gesteuert. Grundlage hierfür ist das vom Aufsichtsrat der e-regio genehmigte Risikohandbuch für den Energiehandel. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres wurde das Risikohandbuch vollständig überarbeitet, um den fusionsbedingten Veränderungen im Unternehmen Rechnung zu tragen und die Risikostrategie sowie die Prozesse weiter zu verbessern.

Die Entwicklung der Corona-Pandemie und die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Folgen sind heute nicht absehbar. Die Geschäftsführung der e-regio hat daher folgende Maßnahmen ergriffen, um einerseits mögliche Absatzzrückgänge und Forderungsausfälle frühzeitig zu erkennen und andererseits den operativen Betrieb im Falle der Erkrankung von Mitarbeitern an Corona aufrecht zu erhalten:

- Einberufung eines regelmäßig tagenden Krisenstabs
- Reduzieren der Mitarbeiterkontakte durch Einführung von mobilem Arbeiten, Begrenzung der Mitarbeiter pro Büro sowie der Einführung von Abstands- und Hygieneregeln
- Regelmäßiger Austausch mit Großkunden hinsichtlich der Absatzentwicklung
- Engmaschige Auswertung des Zahlverhaltens von Kunden
- Enge Abstimmung von Absatz- und Beschaffungsplanung zur Vermeidung von Überdeckungen

b) LOGOEnergie

Neben dem Risikomanagement-System besteht bei der e-regio GmbH & Co. KG, die dienstleistend für LOGOEnergie die Energie beschafft, ein umfassendes Risikohandbuch, in dem die Einkaufsstrategie und die operative Abwicklung detailliert festgelegt und geregelt ist.

Die Entwicklung der Corona-Pandemie und die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen kurz- und langfristigen Folgen sind heute nicht absehbar und bergen daher auch für die LOGOEnergie Risiken hinsichtlich Absatz, Liquidität und Ergebnis. Folgende Maßnahmen wurden deshalb getroffen:

- Engmaschige Auswertung des Zahlverhaltens von Kunden Regelmäßige Liquiditätsplanung
- Regelmäßige Kontaktaufnahme zu Key Accounts hinsichtlich Absatzentwicklung
- Enge Abstimmung von Absatz- und Beschaffungsplanung zur Vermeidung von Überdeckungen Organisatorische Vorschriften, um sicherzustellen, dass der operative Betrieb für den Fall einer Corona-Erkrankung sichergestellt werden kann

c) KEV Schleiden

Neben branchenspezifischen Risiken bestehen Risiken (mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit) wie z. B. Vandalismus, technische Defekte, Schäden durch Umwelteinflüsse und dadurch bedingte Ertragsausfälle sind durch entsprechende Versicherungen abgesichert. Zudem bestehen Kredit- und Forderungsausfallrisiken, die sich mit den Geschäftsbeziehungen zu Kunden und Lieferanten ergeben sowie Insolvenzrisiken von Geschäftskunden und dadurch mögliche Rückforderungsansprüche durch den Insolvenzverwalter. Die Geschäftsführung sieht unter Berücksichtigung ihres Geschäftsfeldes aufgrund der Corona-Pandemie keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

d) Stromnetz Euskirchen

Betriebsrisiken bestehen im Wesentlichen im Dienstleistungsbereich durch Fehlbedienungen im Netz, durch Planungsfehler sowie mögliche Systemausfälle. Diese Risiken sind durch Verträge mit dem Pächter innogy Westenergie GmbH und dem Betreiber Westnetz abgesichert. Die Qualität der Netze sowie die für die Kunden notwendige Versorgungssicherheit wird durch kontinuierliche Verbesserung der Anlagen, Prozesse und permanente Qualitätssicherung gewährleistet. Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

e) KEVER

Die von der KEVER geplanten Projekte sind mit relativ niedrigen Risiken behaftet. Es ist beabsichtigt, die Haftung in Generalübernehmerverträgen und die Risiken nicht termingerechter Fertigstellung in industriüblicher Höhe zu beschränken. Gleichwohl können sich in Zukunft politische und regulatorische Ein-

griffe, der zunehmende Wettbewerb auf dem Projektmarkt für regenerative Energien und die damit einhergehende Entwicklung von Preisen sowie eventuelle Verzögerungen bei Neubauvorhaben im Bereich der Projekte ergeben, die sich nachteilig auf die Ertragslage auswirken können. Die Geschäftsführung sieht aufgrund der Corona-Pandemie keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

f) Sun Park Kalenberg

Neben branchenspezifischen Risiken bestehen weitere Risiken (mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit), wie z. B. Vandalismus, technische Defekte. Schäden durch Umwelteinflüsse und dadurch bedingte Ertragsausfälle sind durch entsprechende Versicherungen incl. Zahlung von Ausfallentgelten bis zu einem halben Jahr abgesichert. Die Geschäftsführung sieht aufgrund der Corona-Pandemie keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

3. Chancenbericht

a) e-regio

Die Veränderungen am Energiemarkt sowie in den angrenzenden Bereichen bieten zukünftig weiterhin gute Chancen für etablierte Energieversorger wie e-regio, die über eine hohe regionale Bekanntheit und einen guten Kundenzugang verfügen. e-regio wird diese Stellung konsequent ausbauen und ihr Image als kompetenter Partner in der Region sowie als innovativer Lösungsanbieter für Kunden weiter ausprägen.

Dabei gilt es, die Chancen der Digitalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung zielgerichtet zu nutzen und das Leistungsportfolio kundenorientiert weiter zu entwickeln. e-regio hat hierzu im Zuge der Verschmelzung die Weichen für die nächsten Jahre gestellt und sich strategische Ziele gesetzt. Zum einen werden wir die digitalen Kundenkanäle weiter ausbauen und zum anderen den Fokus auf die Fortentwicklung unserer Produkte sowie Dienstleistungen für Privat- und Gewerbekunden legen. Neben dem Kerngeschäft der Strom- und Erdgasversorgung, treten dabei zukünftig insbesondere die neuen Themenfelder Eigenerzeugung und Mobilität.

Auch im Bereich der Individualkunden aus Industrie und Gewerbe sehen wir ein großes Marktpotential. Die Bedürfnisse der Kunden gehen heute bereits weit über die reine Energielieferung hinaus und führen zu komplexen Anforderungen, insbesondere in den Bereichen Wärme, Infrastruktur, Mobilität und Energieeffizienz. Daher haben wir im 1. Quartal 2020 ein Projekt zur Weiterentwicklung des Individualkundenvertriebs gestartet. Zum einen werden wir das Kerngeschäft der Energiebelieferung mit Strom, Erdgas und Biogas weiter stärken und zum anderen das sogenannte Non-Commodity Geschäft sowie die Energiedienstleistungen ausbauen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die Optimierung der kundenorientierten Vertriebs- und Abwicklungsprozesse.

Weiteres Wachstumspotential sehen wir darüber hinaus insbesondere im Bereich der Stromversorgung von Privat- und Gewerbekunden. Nachdem wir in der Vergangenheit einen stetigen Kundenzuwachs in diesem Segment erzielen konnten, wollen wir den Wachstumspfad auch in den nächsten Jahren mit attraktiven Produkten und geeigneten Vertriebsmaßnahmen weiter fortsetzen. Insbesondere mit unserem Regionalstromprodukt schaffen wir aktuell sehr gut die Verbindung zwischen nachhaltiger, eigener Erzeugung in Wind- und Solarenergieanlagen und direkter Lieferung an den Kunden.

Im Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region sehen wir als e-regio in den nächsten Jahren weiterhin gute Chancen für das Unternehmen. Nachdem die öffentlichen Diskussionen insbesondere zur Akzeptanz von Windenergie und zu notwendigen Abstandsregelungen die Projektumsetzung erschwert haben, setzt sich mittlerweile wieder die Erkenntnis durch, dass ein weiterer Ausbau von erneuerbaren Erzeugungsanlagen unabdingbar ist. Vor diesem Hintergrund streben wir an, die Energiewende in der Region weiterhin aktiv mitzugestalten und entsprechende Wertschöpfung für das Unternehmen, die Gesellschafter und die Bürger in der Region zu realisieren. Das Leistungsspektrum der e-regio reicht dabei vom Bau und Betrieb sowie der Wartung von Anlagen bis hin zur Direktvermarktung der erzeugten Energiemengen.

Darüber hinaus bietet uns die Verschmelzung eine Vielzahl von Ansatzpunkten, um unsere Prozesse sowie unsere Systeme zu optimieren und in der Folge effizienter zu werden. Dazu hat e-regio im Rahmen des Strategieprozesses ein umfangreiches Projektportfolio aufgestellt. Wesentliche Themen, wie die Optimierung des Individualkundenvertriebs, des Kundenservices sowie der Netzprozesse in Verbindung mit den entsprechenden IT-Systemen wurden bereits gestartet.

b) LOGOEnergie

Der aggressive Preiswettbewerb bundesweiter Gas- und Stromanbieter hält weiter an. Eine Konsolidierung ist nur zu erwarten, wenn sich die Beschaffungspreise erhöhen und dadurch Akteure, die eine aggressive, kurzfristig ausgerichtete Beschaffungsstrategie verfolgen, das niedrige Preisniveau nicht mehr halten können.

Im Energiegeschäft verändern immer mehr Anbieter ihre Preise in immer kürzeren Abständen. Um mit der eigenen Preisgestaltung im Rahmen der Neukundenakquise schneller auf veränderte Wettbewerbssituationen reagieren zu können, wurde eine neue Pricing-Software eingeführt. Diese erlaubt zudem eine bessere regionale Aussteuerung der Preise in den unterschiedlichen Netzgebieten. Im kommenden Geschäftsjahr soll die Pricing-Strategie noch weiter optimiert werden.

LOGOEnergie befindet sich trotz des Preisdrucks weiter auf Wachstumskurs und kann aufgrund der langfristigen Beschaffungsstrategie wettbewerbsfähige Produkte anbieten. Viele Kunden schätzen darüber

hinaus die einfache Angebotsstruktur und den persönlichen Service. Damit schafft LOGOEnergie einen Mehrwert gegenüber anderen Anbietern sowohl im Massen- als auch im Geschäftskundensegment.

c) KEV Schleiden

Die KEV Schleiden hat ihr Stromverteilnetz an die innogy Westenergie GmbH verpachtet. Wegen einer Unterverpachtung des Stromverteilnetzes von der innogy Westenergie GmbH an die Westnetz GmbH ist die Westnetz GmbH der zuständige Netzbetreiber für das Stromverteilnetz der KEV Schleiden. Im Auftrag des Netzbetreibers betreibt, plant und baut die KEV Schleiden GmbH das Stromverteilnetz. Chancen ergeben sich für die KEV Schleiden insbesondere durch laufende Projekte, mit denen Potentiale zur Prozessverbesserung sowie zur Effizienzsteigerung umgesetzt werden.

d) Stromnetz Euskirchen

Gegenstand der Stromnetz Euskirchen ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Strom-Verteilnetzes in der Stadt Euskirchen. Nach den ersten erfolgreichen Geschäftsjahren nach der Gründung der Netzgesellschaft, in dem die Unternehmungen vor allem auf den physikalischen Netzbetrieb fokussiert waren, wird die Geschäftsführung zukünftig die Prozesse als Netzeigentümer weiter optimieren. Im Rahmen der laufenden Regulierungsperiode (Strom bis 31.12.2023) ist von stabilen Pachterlösen auszugehen.

e) KEVER

Die Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien umfassen die gesamte Wertschöpfungskette von der Projektplanung über die Umsetzung bis zum Betriebsmanagement, sowohl für die Anlagen aus selbst erstellten Projekten wie auch als Dienstleistung für Dritte. Neben dem Neubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen stellt die Modernisierung bestehender Anlagen in Deutschland und insbesondere in der lokalen Umgebung ein potenzielles Wachstumsfeld dar.

Als Chance sieht die KEVER in den nächsten Jahren die zukünftigen Entwicklungen des regenerativen Strommarktes, die der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den mit den von der Gesellschaft entwickelten Projekten erzeugten Strom auch außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können. In mehreren Kommunen der Region und darüber hinaus wurden Interessensbekundungen zur Entwicklung, Planung, Bau und Betrieb von Windenergieanlagen abgegeben.

f) Sun Park Kalenberg

Als Chance sieht die Gesellschaft die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den erzeugten Strom außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können.

4. Gesamtaussage

Der e-regio Konzern stellt sich kontinuierlich den Herausforderungen des Marktes und den Chancen der Digitalisierung sowie der Energiewende. Trotz des intensiven Wettbewerbsumfeldes hält e-regio an der Wachstumsstrategie fest und geht auch zukünftig weiterhin von einer positiven Mengen- und Ergebnisentwicklung aus. Darüber hinaus sollen die Effizienzpotentiale aus der Fusion konsequent realisiert werden.

G. Prognosebericht

1. Ausblick

Die Temperaturen bis Mai 2020 lagen mit Ausnahme des Monats März alle über dem Vorjahr. Vor allem der Januar war mit 5,3 °C (2019: 2,4 °C) deutlich wärmer als der Vorjahresmonat. Diese Witterung in Verbindung mit der Kundenentwicklung führte zu einem Gasabsatz in den ersten fünf Monaten von 1.014 Mio. kWh. Das sind 76 Mio. kWh oder 7,0 % weniger als im Vorjahreszeitraum.

Bis zum April 2020 konnten insgesamt rd. 2.800 neue Stromkunden und rd. 1.100 Gaskunden gewonnen werden. Für das Geschäftsjahr 2020 werden auf Basis der aktuellen Kundenentwicklung und einem normalen Temperaturverlauf im Gasbereich eine Absatzmenge von rd. 5.110 Mio. kWh und Umsatzerlöse von rd. 194,2 Mio. € erwartet. In der Sparte Strom wird eine Verkaufsmenge von rd. 572 Mio. kWh erwartet, die zu Umsatzerlösen von rd. 118,1 Mio. € führt.

Die Gasbezugskosten wurden entsprechend dem Bezugsportfolio kalkuliert. Die spezifischen Gasbezugskosten werden voraussichtlich leicht unter den Preisen von 2019 liegen. Dagegen rechnet man bei den Netznutzungskosten mit einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.

Die Strombezugskosten einschl. EEG-Umlage sind ebenfalls anhand des Bezugsportfolios kalkuliert worden. Die EEG-Umlage erhöhte sich zum 1. Januar 2020 von 6,405 Cent/kWh auf 6,756 Cent/kWh. Bei den Netznutzungskosten ist ebenfalls von einem leichten Anstieg auszugehen.

Die Entwicklung der Gas-Hausanschluss-Zugänge verläuft im Vergleich zum Vorjahr weiter sehr positiv. Bis Ende April 2020 wurden bislang 628 Hausanschlussverträge neu abgeschlossen, das ist ein Anstieg von 99 Verträgen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Für das gesamte Jahr 2020 wird mit einem Zugang von 1.500 Hausanschlüssen gerechnet. Der Preis für die Herstellung eines Standard-Hausanschlusses am Gasnetz beträgt für unsere Kunden weiterhin nur 399 Euro und stellt damit nach wie vor ein sehr attraktives Angebot dar. Auch bei den Strom-Hausanschlüssen ist mit einer erfreulichen Entwicklung zu rechnen.

Für das Jahr 2020 ist ein Investitionsvolumen von insgesamt 15,7 Mio. Euro geplant. Im Bereich der Netzinvestitionen sind, neben den neuen Hausanschlüssen weitere Netzerweiterungen und Netzerneue-

rungen geplant. Die Netzerneuerungen gewährleisten eine anhaltend hohe Qualität und Betriebssicherheit der bestehenden Strom und Erdgasbezugs- und Versorgungsanlagen. Das Investitionsvolumen für das Jahr 2021 ist mit 12,3 Mio. Euro angesetzt.

2. Wettbewerb und zukünftige Marktentwicklung

Der Wettbewerb am Energiemarkt ist nach wie vor von einer hohen Intensität geprägt und wird sich unserer Einschätzung nach auch zukünftig dynamisch entwickeln. Dabei wird der Commodity-Markt weiterhin stark von den Internetanbietern und Preisvergleichsportalen geprägt, so dass der Preiswettbewerb sich unvermindert fortsetzt. Zusätzlich beschleunigt sich aktuell die Digitalisierung und sorgt u. a. dafür, dass die Markteintrittsbarrieren weiter sinken und neue Anbieter mit innovativen Produkten und Lösungen in den Markt eintreten.

Die zunehmende Sektorkopplung führt des Weiteren dazu, dass vermehrt auch etablierte Unternehmen aus anderen Branchen, wie z. B. der Automobilindustrie, in der Energiebranche aktiv werden. Wir gehen davon aus, dass neben der Energiewende auch die Mobilitätswende für neue Angebote und Dienstleistungen und zu mehr Wettbewerb führen wird. Die Marktentwicklung zeigt, dass eine Vielzahl von Anbietern, von Konzernen bis hin zu Start-ups, aktuell das Ziel verfolgt, bestehende sowie neue Produkte und Dienstleistungen zu innovativen Kundenlösungen zu verbinden.

Der e-regio Konzern strebt zukünftig in diesem Umfeld eine noch stärkere Differenzierung vom Wettbewerb an und hat im Rahmen der Verschmelzung die eigene Positionierung hierzu weiter ausgearbeitet. Mit starkem regionalem Bezug werden wir unseren Kunden zukünftig innovative Lösungen für die Energiewelt von morgen anbieten und zukunftsfähige Technologien zur Erzeugung, Speicherung und Steuerung von Energie für den Nutzer einfach zugänglich machen. Dabei orientieren wir uns konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit und setzen uns für die Energiewende, auch bei unseren Kunden, ein.

Trotz des unvermindert zunehmenden Wettbewerbs streben wir weiterhin ein Wachstum im Kerngeschäft mit Strom und Gas sowie die Erschließung von neuen Geschäftsfeldern an. Die Entwicklung des Energiemarktes und das Zusammenwachsen der Märkte bis hin zur Mobilität sehen wir positiv für unsere zukünftige Geschäftsentwicklung. Unsere Strategie sieht daher auch ein Wachstum in den Non-Commodity-Geschäftsfeldern und bei Energiedienstleistungen für alle Kundengruppen vor.

Dabei wollen wir uns durch überdurchschnittliche Servicequalität und die besondere Nähe zu unseren Kunden in der Region deutlich vom Wettbewerb absetzen. Die Verbindung von Nachhaltigkeit, Technologie und Regionalität solle für den Kunden einzigartig sein.

3. Ergebnisprognose

Der e-regio Konzern erwartet für die Jahre 2020 und 2021 einen Jahresüberschuss zwischen 21 und 22 Mio. Euro. Welchen Einfluss die Corona-Pandemie nachhaltig auf die weitere Wirtschaftsentwicklung und die Energieversorgung haben wird, kann derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden. Aktuell gehen wir davon aus, dass wir unsere Ergebnisprognosen aufrecht halten können. Weitere Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Euskirchen, den 24. Juli 2020

	e-regio GmbH & Co. KG		
	vertreten durch e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH		
gez. Markus Böhm	gez. Stefan Dott	gez. Christian Metze	
- Geschäftsführer -	- Geschäftsführer -	- Geschäftsführer - „	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
ene / e-regio	307,25	18	18	
davon:	26,25	3	3	Auszubildende
ene Konzern/				
e-regio Konzern	392,25	146	148	Beschäftigte zum 31.12.
davon:	36,25	16	16	Auszubildende
enb/e-regio VB-GmbH	0	0	0	kein eigenes Personal

H) Kennzahlen

./.

8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) / e-regio GmbH & Co. KG (e-regio)

Die ene bzw. die e-regio und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene bzw. die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene bzw. der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Die KEV Energie GmbH wurde bis zur Verschmelzung auf die ene in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der ene bzw. der e-regio wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - o Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - o Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
 - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG
- Propan Rheingas GmbH & Co. KG
- Sauber Energie GmbH & Co. KG

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge ist die KEV Energie GmbH rückwirkend zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550 €	2,50 %
Innogy SE	77.550 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	2.944.900 €	95,00 %
Summe	3.100.000 €	100,00 %

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte durch den Kreis Euskirchen und die innogy SE im ersten Schritt die Einlage der Minderheitsanteile an der Gesellschaft in die ene. Die Umsetzung erfolgte im September 2019 durch Eintragung ins Handelsregister mit Rückwirkung zum 01.01.2019.

Nach Verschmelzung der ene auf die e-regio stellen sich die Beteiligungsverhältnisse wie folgt dar:

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	3.100.000 €	100,00 %
Summe	3.100.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene bzw. die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene bzw. der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung (bis 30.09.2019)

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Franz-Josef Nießen	CDU	Franz Cremer	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Helmut Kläßen (bis 31.12.2019)

Bezüge 2019

162,7 T€

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 01.01.2020 wurden Herr Alessandro Lanfranconi und Herr Markus Mertgens zu Geschäftsführern bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Helmut Kläßen als Geschäftsführer abberufen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	222.275	262.463	518.545	-40.188
Sachanlagen	26.807.465	25.787.142	25.795.235	1.020.323
Finanzanlagen	0	27.343	25.589	-27.343
	27.029.740	26.076.948	26.339.369	952.792
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.426.619	5.523.507	1.428.465	1.903.113
Liquide Mittel	2.050.045	220.414	2.378.062	1.829.631
	9.476.664	5.743.920	3.806.527	3.732.744
C Rechnungsabgrenzungsposten	77.740	77.042	113.148	698
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	0	744	0
Summe Aktiva	36.584.145	31.897.911	30.259.788	4.686.234
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	8.397.955	8.397.955	8.397.955	0
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	4.599.791	0
	16.097.746	16.097.746	16.097.746	0
B Sonderposten	260.308	483.381	750.362	-223.073
C Rückstellungen	7.222.615	9.536.444	8.778.972	-2.313.829
D Verbindlichkeiten	11.102.439	3.894.166	2.752.880	7.208.272
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.901.038	1.886.173	1.879.828	14.865
Summe Passiva	36.584.145	31.897.911	30.259.788	4.686.234

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	21.818.070	20.469.597	19.607.010	1.348.472
2	Sonstige betriebliche Erträge	342.371	568.560	151.971	-226.190
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	4.519.602	3.989.116	3.304.018	530.486
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	55.808	23.654	9.357	32.154
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.463.794	3.965.462	3.294.662	498.332
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.719.848	6.902.863	6.438.022	-2.183.015
a)	Löhne und Gehälter	3.819.261	5.472.835	5.175.104	-1.653.573
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	900.587	1.430.029	1.262.918	-529.442
5	Abschreibungen	2.202.127	2.735.758	2.579.364	-533.631
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.042.299	6.069.842	4.767.384	972.457
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	133.966	18	9	133.949
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.001			3.001
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	244.058	209.207	227.025	34.851
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
11	Ergebnis nach Steuern	3.563.470	1.131.389	2.443.176	2.432.081
12	Sonstige Steuern	122.098	22.092	222.035	100.006
13	Gewinnabführung	3.441.372	1.109.296	2.221.141	+ 2.332.075
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	0	108	110	ohne Geschäftsführer – Personalübergang zum 01.10.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG

H) Kennzahlen**Geschäftsjahr**

Eingespeiste Strommenge

2019**2018****2017****Erläuterung**GWh - bezogen auf das Netz-
Bilanzierungsgebiet der KEV

ÜNB

138

153

164

GWh - Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB)

Lieferung ÜNB in %

27,8

32,0

33,4

davon:

dezentrale Einspeisung

359

326

327

GWh - gem. EEG und KWKG

dezentrale Einspeisung in %

72,2

68,0

66,6

Netznutzung

311

320

324

Abweichung zu eingespeister Menge resul-
tiert aus Verlustenergie, Mehr- und Minder-
mengen und Rückspeisung an ÜNB

davon Endkundenbelieferung

Händler KEV Energie

195

198

244

GWh - im Netz-Bilanzierungsgebiet der
KEV

übrige Händler

116

122

80

GWh

8.2.2 KEV Energie GmbH (bis 30.09.2019)

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500 €	2,50 %
Innogy SE	7.500 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	285.000 €	95,00 %
Summe	300.000 €	100,00 %

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte durch den Kreis Euskirchen und die innogy SE im ersten Schritt die Einlage der Minderheitsanteile an der Gesellschaft in die ene. Schritt 2 der Umsetzung führte zur Verschmelzung der KEV Energie GmbH mit allen Rechten und Pflichten auf die ene. Die KEV Energie geht mit Eintragung ins Handelsregister rückwirkend zum 01.01.2019 als selbständiger Rechtsträger unter.

B) Ziele der Beteiligung

Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertrat die ene in der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wurde in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung (bis 30.09.2019)

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Thilo Waasem	CDU	Dominik Schmitz	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEV Energie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände		6.947	25.675	-6.947
Sachanlagen		418.610	435.284	-418.610
Finanzanlagen		2.956.341	2.957.185	-2.956.341
		3.381.898	3.418.143	-3.381.898
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		7.864.863	3.955.622	-7.864.863
Liquide Mittel		1.677.272	1.480.999	-1.677.272
		9.542.135	5.436.621	-9.542.135
C Rechnungsabgrenzungsposten		1.421		-1.421
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		3.092	1.560	-3.092
Summe Aktiva		12.928.546	8.856.325	-12.928.546
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital		300.000	300.000	-300.000
Kapitalrücklage		157.115	157.115	-157.115
		457.115	457.115	-457.115
B Rückstellungen		1.055.526	719.807	-1.055.526
C Verbindlichkeiten		11.415.905	7.679.403	-11.415.905
Summe Passiva		12.928.546	8.856.325	-12.928.546

KEV Energie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse		54.055.318	55.077.486	-54.055.318
2	Sonstige betriebliche Erträge		348.347	176.137	-348.347
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>		46.221.303	49.460.521	-46.221.303
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		27.235.751	31.182.829	-27.235.751
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen		18.985.552	18.277.692	-18.985.552
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>		1.488.437	1.113.815	-1.488.437
a)	Löhne und Gehälter		986.108	892.020	-986.108
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		502.329	221.795	-502.329
5	Abschreibungen		44.942	65.951	-44.942
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.744.292	2.631.379	-2.744.292
7	Erträge aus Beteiligungen		480.662	347.729	-480.662
	davon aus verbundenen Unternehmen		15.169	4.979	-15.169
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		12.597	7.250	-12.597
	davon aus verbundenen Unternehmen		0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		6.909	5.507	-6.909
	davon an verbundene Unternehmen		2.317	1.695	-2.317
10	Ergebnis nach Steuern		4.391.042	2.331.429	-4.391.042
11	Sonstige Steuern		9.486	11.005	-9.486
12	Gewinnabführung		4.381.556	2.320.423	-4.381.556
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
		17	17	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Stromverkauf		310,8	311,1	GWh
Gasverkauf		17,9	10,8	GWh

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte im September 2019 nach Verschmelzung der KEV Energie GmbH auf die ene die Verschmelzung der ene auf

die e-regio mit Rückwirkung zum 01.01.2019. In den ehemaligen Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH ist die e-regio mit Rückwirkung zum 01.01.2019 in den Gesellschafterstatus der KEV Energie GmbH eingetreten.

8.2.3 LOGOEnergie GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Beschaffung und Verkauf von Energie für Endverbraucher, insbesondere Erdgas, Flüssiggas, Strom und erneuerbare Energien sowie Lieferung von Wärme an Endkunden.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der LOGOEnergie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

Alessandro Lanfranconi
Ludger Ridder

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

LOGOEnergie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte				0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.279.468	20.769.415	16.408.756	4.510.053
Liquide Mittel	7.275.665	12.213.704	10.727.402	-4.938.039
	32.555.133	32.983.119	27.136.158	-427.986
Summe Aktiva	32.555.133	32.983.119	27.136.158	-427.986
Passiva	€	€		€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000		0
	25.000	25.000	25.000	0
B Rückstellungen	3.997.700	3.223.700	4.322.800	774.000
C Verbindlichkeiten	28.532.433	29.734.419	22.788.358	-1.201.986
Summe Passiva	32.555.133	32.983.119	27.136.158	-427.986

LOGOEnergie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	118.915.923	108.418.491	88.331.413	10.497.432
2	Sonstige betriebliche Erträge	55.447	1.010.209	144.470	-954.761
3	Materialaufwand, davon:	111.493.078	103.506.148	82.915.774	7.986.931
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	70.052.844	64.711.285	50.908.584	5.341.559
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	41.440.234	38.794.863	32.007.190	2.645.371
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.415.332	3.045.526	3.495.372	369.806
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.165	1.573	1.637	6.592
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	13	
7	Ergebnis nach Steuern	4.071.124	2.878.598	2.066.361	1.192.526
8	Sonstige Steuern	-112	150	11	-262
9	Gewinnabführung	4.071.236	2.878.449	2.066.350	+ 1.192.788
10	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	0	0		

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Gasabsatz	2.717	2.755	2.340	Mio. kWh
Stromabsatz	153	114	61	Mio. kWh

8.2.4 Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG

Komplementärin: Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	2.839.626,57 €	74,90 %
innogy Westenergie GmbH	951.597,16 €	25,10 %
Summe	3.791.223,73 €	100,00 %

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG: Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Euskirchen.

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG

a) Gesellschafterversammlung

b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

Lt. Gesellschaftsvertrag der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH

Geschäftsführung

Dr. Stefan Sauerland

Egon Pützer

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Geschäftsführerbezüge zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				0
Sachanlagen	8.397.147	7.850.757	7.235.753	546.390
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	8.422.147	7.875.757	7.260.753	546.390
B Umlaufvermögen				
Vorräte				0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	545.530	613.362	44.357	-67.832
Liquide Mittel	32.919	48.721	57.174	-15.802
	578.449	662.083	101.531	-83.634
Summe Aktiva	9.000.597	8.537.841	7.362.284	462.756
Passiva	€	€		€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	3.791.224	3.791.224	3.518.497	0
Gewinnrücklage	417.426	504.969	839.707	-87.543
	4.208.650	4.296.193	4.358.204	-87.543
B Rückstellungen	247.901	11.150	10.500	236.751
C Verbindlichkeiten	2.423.687	2.207.954	871.967	215.732
D Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	2.120.359	2.022.544	2.121.613	97.816
Summe Passiva	9.000.597	8.537.841	7.362.284	462.756

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte				0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.687	1.759	1.954	1.928
Liquide Mittel	34.060	31.831	29.461	2.230
	37.747	33.589	31.416	4.158
Summe Aktiva	37.747	33.589	31.416	4.158
Passiva	€	€		€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7.247	5.143	3.039	2.104
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	0
	34.352	32.247	30.143	2.104
B Rückstellungen	2.541	791	791	1.750
C Verbindlichkeiten	854	551	481	303
Summe Passiva	37.747	33.589	31.416	4.158

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.265.872	3.059.984	3.124.846	205.888
2	Sonstige betriebliche Erträge	383	500	270.435	-117
3	Materialaufwand, davon:	1.775.757	1.796.550	1.827.400	-20.793
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	1.827.400	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.775.757	1.796.550	0	-20.793
4	Abschreibungen	708.426	638.864	573.937	69.562
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	52.440	52.824	88.852	-384
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	162	0	-162
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	75.955	67.439	60.514	8.517
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	236.251	0	4.871	236.251
9	Ergebnis nach Steuern	417.426	504.969	839.707	-87.543
10	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	417.426	504.969	839.707	-87.543

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	5.598	3.978	4.142	1.620
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.098	1.478	1.642	1.620
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	396	396	396	
4	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr 2019 2018 2017 Erläuterung

./.

8.2.5 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250 €	49,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	12.750 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250 €	49,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wurde in der Gesellschafterversammlung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene. Gleiches galt für die mittelbaren Beteiligungen der KEV Energie GmbH.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	591	1.241	1.466	-650
Finanzanlagen	0	25.000	25.000	-25.000
	591	26.241	26.466	-25.650
B Umlaufvermögen				
Vorräte	409.517	252.172	0	157.345
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.716.665	356.970	461.234	1.359.695
Liquide Mittel	1.025.848	1.703.537	2.485.730	-677.689
	3.152.030	2.312.679	2.946.964	839.352
Summe Aktiva	3.152.621	2.338.920	2.973.430	813.702
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Kapitalrücklage	400.000	400.000	400.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.241.966	1.218.045	496.412	23.921
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	281.156	23.921	721.633	257.235
	1.948.122	1.666.966	1.643.045	281.156
B Rückstellungen	11.818	154.601	372.754	-142.783
C Verbindlichkeiten	1.192.681	517.353	957.631	675.328
Summe Passiva	3.152.621	2.338.920	2.973.430	813.702

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.499.674	488.315	2.521.331	1.011.358
2	Bestandsveränderungen	157.345	252.172	0	-94.827
3	Sonstige betriebliche Erträge	30.953	41.305	41.693	-10.352
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	919.980	406.606	1.138.606	513.374
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	64	578	504	-514
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	919.916	406.028	1.138.102	513.888
5	Abschreibungen	650	225	225	425
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	394.530	394.664	362.492	-134
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4.257	0	-4.257
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	513	0	-513
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	91.656	-39.879	340.068	131.535
10	Ergebnis nach Steuern	281.156	23.921	721.633	257.235
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	281.156	23.921	721.633	257.235

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr 2019 2018 2017 Erläuterung

./.

8.2.6 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand: 18.06.2019	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung nach Maßgabe des Entwurfs des Gesellschaftsvertrags der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH zugestimmt.

Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH an der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 25.000 € (100 %), dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG sowie dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus den v. g. Gesellschaften zugestimmt (V 476/2018). Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18.06.2019.

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter Stand: 01.10.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an im Bereich erneuerbare Energien tätigen Projektgesellschaften, zunächst an der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der ESP Sun Park Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.759			3.759
Liquide Mittel	30.555			30.555
	34.315			34.315
Summe Aktiva	34.315			34.315
Passiva	€			€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000			25.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.851			3.851
	28.851			28.851
B Rückstellungen	2.724			2.724
C Verbindlichkeiten	2.740			2.740
Summe Passiva	34.315			34.315

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	14.420			14.420
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.845			9.845
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	724			724
4	Ergebnis nach Steuern	3.851			3.851
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.851			3.851

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	./.	./.	./.	

8.2.7 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

A) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin:

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

bis 17.06.2019

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

ab 18.06.2019

Gesellschafter Stand 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900 €	49,00 %
Summe	310.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung mit der ene zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	158.100 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900 €	49,00 %
Summe	310.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wurde in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

bis 17.06.2019

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

ab 18.06.2019

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.676.360	5.079.894	5.483.428	-403.534
	4.676.360	5.079.894	5.483.428	-403.534
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.311	19.711	236.327	-1.400
Liquide Mittel	1.043.059	979.604	599.915	63.455
	1.061.370	999.315	836.242	62.055
Summe Aktiva	5.737.730	6.079.209	6.319.670	-341.479
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	310.000	310.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	113.265	87.081	29.742	26.184
	423.265	397.081	339.742	26.184
B Rückstellungen	128.330	125.853	64.500	2.477
C Verbindlichkeiten	5.186.134	5.556.275	5.915.428	-370.141
Summe Passiva	5.737.730	6.079.209	6.319.670	-341.479

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	905.956	919.449	836.559	-13.493
2	Sonstige betriebliche Erträge	266	20.473	4.310	-20.208
3	Materialaufwand, davon:	26.429	37.717	25.664	-11.288
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.384	4.556	4.847	828
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.046	33.162	20.817	-12.116
4	Abschreibungen	403.534	403.534	403.534	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	96.954	98.174	94.583	-1.220
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2.370	3.312	-2.370
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	2.317	1.695	-2.317
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	225.704	245.650	260.421	-19.946
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40.336	70.137	30.236	-29.801
9	Ergebnis nach Steuern	113.265	87.081	29.742	26.184
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	113.265	87.081	29.742	26.184

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Erzeugte Energie	4.211,8	4.274,5	3.930,0	MWh

8.2.8 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

A) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin:

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

bis 17.06.2019

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

ab 18.06.2019

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000 €	33,33 %
eegon - Eifel-Energiegenossenschaft eG	120.000 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000 €	33,33 %
Summe	360.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	120.000 €	33,33 %
eegon - Eifel-Energiegenossenschaft eG	120.000 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000 €	33,33 %
Summe	360.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wurde in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

bis 17.06.2019

ab 18.06.2019

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.485.105	2.666.942	2.848.779	-181.837
	2.485.105	2.666.942	2.848.779	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.403	14.280	10.031	124
Liquide Mittel	574.596	540.700	473.692	33.896
	589.000	554.980	483.723	34.020
Summe Aktiva	3.074.105	3.221.922	3.332.502	-147.817
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	360.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	112.063	92.131	84.305	19.932
	472.063	452.131	444.305	19.932
B Rückstellungen	46.182	61.284	40.040	-15.102
C Verbindlichkeiten	2.555.860	2.708.507	2.848.157	-152.647
Summe Passiva	3.074.105	3.221.922	3.332.502	-147.817

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	484.563	490.105	459.236	-5.542
2	Sonstige betriebliche Erträge	155	162	576	-7
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	17.588	17.387	15.554	202
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.344	4.349	2.090	1.995
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.245	13.038	13.464	-1.793
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	70.421	71.738	69.635	-1.317
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77.446	84.331	86.185	-6.885
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.364	42.844	22.295	-17.480
8	Ergebnis nach Steuern	112.063	92.131	84.305	19.932
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	112.063	92.131	84.305	19.932

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Erzeugte Energie	1.992,0	2.011,9	1.905,9	MWh

8.2.9 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

A) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin:

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

bis 17.06.2019

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

ab 18.06.2019

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000 €	25,00 %
Summe	200.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000 €	75,00 %
e-regio GmbH & Co. KG	50.000 €	25,00 %
Summe	200.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	2019	2018	2017	
<u>Kreis</u>					
Gewinnausschüttung	120 54702	22.841 € €	26.583 €	23.751 €	vor Steuern
Gewinnausschüttung	120 54702	- 4.139 €	26.583 €	14.305 €	nach Steuern
Pachteinnahmen	110 53704	9.625 €	9.277 €	9.230 €	
Zinsen/Aval f. Darlehen	160 61201	30.462 €	32.507 €	34.503 €	
Darlehenstilgung	160 61202	76.060 €	74.231 €	72.462 €	

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung

b) Geschäftsführung

Die KEV Energie GmbH wurde in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied

Franz Cremer

SPD

Stellvertretendes Mitglied

Hans-Peter Wasems

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

bis 17.06.2019

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

ab 18.06.2019

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Ordentliches Mitglied

Manfred Steffen

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Rudi Mießeler

CDU

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.261.431	1.275.341	1.271.421	-13.910
	1.261.431	1.275.341	1.271.421	-13.910
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.781	26.269	7.403	-2.489
Liquide Mittel	88.050	141.841	217.144	-53.791
	111.831	168.111	224.547	-56.280
Summe Aktiva	1.373.262	1.443.452	1.495.968	-70.190
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	47.515	30.455	35.444	17.060
	247.515	230.455	235.444	17.060
B Rückstellungen	47.200	61.700	38.300	-14.500
C Verbindlichkeiten	1.078.547	1.151.297	1.222.224	-72.750
Summe Passiva	1.373.262	1.443.452	1.495.968	-70.190

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	248.337	246.029	225.587	2.308
2	Sonstige betriebliche Erträge	191	367	0	-176
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	13.647	9.715	7.724	3.931
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.082	2.846	616	-1.764
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.565	6.870	7.109	5.695
4	Abschreibungen	95.533	90.934	89.748	4.599
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	49.180	49.204	47.297	-23
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	73	0	0	73
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31.662	36.604	36.280	-4.942
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.066	29.485	9.095	-18.419
9	Ergebnis nach Steuern	47.515	30.455	35.444	17.060
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	47.515	30.455	35.444	17.060

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Erzeugte Energie	1.158,0	1.099,4	1.014,0	MWh

8.2.10 Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG:

Komplementärin: Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	149.400 €	49,8 %
1 privater Kommanditist	150.600 €	50,2 %
Summe	300.000 €	100,0 %

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	12.450 €	49,8 %
1 privater Gesellschafter	12.550 €	50,2 %
Summe	25.000 €	100,0 %

B) Ziele der Beteiligung

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG: Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage sowie der Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie in Mechernich-Kommern. Weiterhin betreibt das Unternehmen ein Nahwärmenetz zur Versorgung von Endverbrauchern mit Wärme.

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH: Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kommern GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG:

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH:

Dr. Heinrich Beyenburg-Weidenfeld
Horst Schell

Der Geschäftsführer hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 28.10.2020 wurde Herr Horst Schell als Geschäftsführer abberufen und Herr Markus Böhm zum Geschäftsführer bestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	368	405	438	-37
Sachanlagen	911.416	1.005.445	1.057.996	-94.029
	911.784	1.005.850	1.058.434	-94.066
B Umlaufvermögen				
Vorräte	138.484	127.471	179.988	11.013
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	175.742	61.592	59.467	114.149
Liquide Mittel	0	46.526	48.802	-46.526
	314.225	235.589	288.257	78.636
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Aktiva	1.226.009	1.241.439	1.346.691	-15.430
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	300.000	300.000	300.000	0
Rücklagen	14.523	23.882	20.057	-9.359
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-66.150	-9.359	7.651	-56.791
	248.373	314.523	327.707	-66.150
B Sonderposten	0	6.305	6.790	-6.305
C Rückstellungen	9.400	4.700	9.700	4.700
D Verbindlichkeiten	962.416	915.911	1.002.494	46.505
E Rechnungsabgrenzungsposten	5.820	0	0	5.820
Summe Passiva	1.226.009	1.241.439	1.346.691	-15.430

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	442.208	485.389	497.253	-43.181
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.338	2.043	2.068	295
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	282.429	320.515	311.643	-38.086
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	136.838	184.650	186.601	-47.811
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	145.591	135.866	125.042	9.725
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	110	0	0	110
a)	Löhne und Gehälter	0	0	0	
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	110	0	0	110
5	Abschreibungen	111.371	109.828	120.971	1.543
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	86.283	31.746	23.625	54.537
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	351	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.502	34.350	38.278	-3.848
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-2.849	
10	Ergebnis nach Steuern	-66.150	-9.007	8.004	-57.143
11	Sonstige Steuern	0	352	354	-352
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-66.150	-9.359	7.651	-56.791

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Stromeinspeisung	1.888	2.106	2.156	MWh
Wärmeverkauf	389	523	579	MWh

8.2.11 Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG:

Komplementärin: Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	261.948 €	49,8 %
2 private Kommanditisten	264.052 €	50,2 %
Summe	526.000 €	100,0 %

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	12.450 €	49,8 %
2 private Gesellschafter	12.550 €	50,2 %
Summe	25.000 €	100,0 %

B) Ziele der Beteiligung

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG: Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage in Kleinbüllesheim sowie der Betrieb von Blockheizkraftwerken (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie.

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH: Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG:

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH:

Peter Breuer bis 30.06.2019

Christian Servatius ab 01.07.2019

Horst Schell

Der Geschäftsführer hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 28.10.2020 wurde Herr Horst Schell als Geschäftsführer abbestellt und Herr Markus Böhm zum Geschäftsführer bestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.968	3.207	3.446	-239
Sachanlagen	1.266.924	1.445.124	1.587.161	-178.200
	1.269.892	1.448.331	1.590.607	-178.439
B Umlaufvermögen				
Vorräte	174.924	182.249	152.961	-7.325
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	124.277	124.710	116.209	-433
Liquide Mittel	327.432	355.963	381.189	-28.531
	626.633	662.922	650.359	-36.290
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Aktiva	1.896.525	2.111.253	2.240.966	-214.729
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	526.000	526.000	526.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	105.748	96.641	0	9.107
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	108.754	109.107	166.641	-353
	740.502	731.748	692.641	8.754
B Sonderposten	3.000	3.250	3.500	-250
C Rückstellungen	5.100	5.100	34.200	0
D Verbindlichkeiten	1.147.923	1.371.156	1.510.626	-223.233
Summe Passiva	1.896.525	2.111.253	2.240.966	-214.729

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	935.942	915.857	915.384	20.085
2	Sonstige betriebliche Erträge	9.916	2.771	60.302	7.145
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	511.670	465.496	458.114	46.174
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	304.342	247.907	291.635	56.435
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	207.328	217.589	166.479	-10.261
4	Abschreibungen	187.958	182.838	191.118	5.120
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	86.266	92.921	75.944	-6.655
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1.162	2.129	-1.162
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.912	48.259	54.602	-15.347
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.666	20.535	30.763	-2.870
9	Ergebnis nach Steuern	109.387	109.742	167.274	-355
10	Sonstige Steuern	633	635	634	-2
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	108.754	109.107	166.641	-353

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Stromeinspeisung	3.172	3.239	3.377	MWh
Wärmeverkauf	3.296	2.961	2.201	MWh

8.2.12 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG:

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter Stand: 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.406.200 €	42,81 %
PE Becker GmbH	2.293.800 €	40,81 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	520.000 €	9,26 %
Stadt Schleiden	400.000 €	7,12 %
Summe	5.620.000 €	100,00 %

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Mit Beschluss des Kreistages vom 04.12.2013 (D 12/2013) wurde bereits die Ermächtigung zur sukzessiven Veräußerung der Kommanditanteile der KEV Energie GmbH an der "Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG" an neu hinzukommende Kommanditisten mit Ausnahme eines bei der KEV Energie GmbH verbleibenden Sockelbetrages von 500 T€ erteilt.

Mit Wirkung zum 01.01.2019 erfolgte die Veräußerung weiterer Anteile durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Schleiden und die eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG.

Die Beteiligungsverhältnisse stellten sich anschließend wie folgt dar:

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	1.882.700 €	33,5 %
PE Becker GmbH	1.770.300 €	31,5 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	1.405.000 €	25,0 %
Stadt Schleiden	562.000 €	10,0 %
Summe	5.620.000 €	100,0 %

BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH:

Gesellschafter Stand 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Gem. Kauf- und Abtretungsvertrag vom 11.06.2019 ist der 100 %ige Geschäftsanteil der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH rückwirkend mit Wirkung zum 01.01.2019 auf die KEV Energie GmbH übergegangen. Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt. Der Kreistag hat der Veräußerung der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an die KEV Energie GmbH sowie dem Erwerb der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEV Energie GmbH von der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH jeweils zum Nennwert von 25.000 € zugestimmt (V 476/2018). Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18.06.2019.

Gesellschafter Stand: 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der

von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wurde in der Gesellschafterversammlung der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hatte die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedurften der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und der BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG:

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH:

Markus Mertgens

Der Geschäftsführer hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	21.537.735	23.580.426	25.601.653	-2.042.691
	21.537.735	23.580.426	25.601.653	-2.042.691
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	989.718	746.834	814.146	242.884
Liquide Mittel	4.653.474	3.887.309	4.511.223	766.165
	5.643.192	4.634.143	5.325.369	1.009.049
Summe Aktiva	27.180.927	28.214.569	30.927.022	-1.033.642
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.620.000	0
Rücklagen	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	921.565	410.721	1.000.891	510.844
	6.541.565	6.030.721	6.620.891	510.844
B Rückstellungen	210.010	189.485	241.116	20.525
C Verbindlichkeiten	20.429.353	21.992.984	24.059.250	-1.563.632
D Passive Latente Steuern	0	1.379	5.764	-1.379
Summe Passiva	27.180.927	28.214.569	30.927.022	-1.033.642

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	5.329.385	4.583.673	4.647.619	745.713
2	Sonstige betriebliche Erträge	10.126	14.452	376.473	-4.326
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	701.589	661.419	282.690	40.170
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.074	9.839	6.249	1.236
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	690.514	651.580	276.441	38.934
4	Abschreibungen	2.042.691	1.981.227	1.982.554	61.464
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	769.322	695.399	711.632	73.923
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147	0	28	147
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	676.421	728.644	783.746	-52.222
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	228.071	120.715	262.606	107.356
9	Ergebnis nach Steuern	921.565	410.721	1.000.891	510.844
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	921.565	410.721	1.000.891	510.844

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Erzeugte Energie	53.167,9	45.871,2	50.009,3	MWh

8.2.13 EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand:	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	12.500 €	50,0 %
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	12.500 €	50,0 %
Summe	25.000 €	100,0 %

Der Kreistag hat am 10.07.2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der persönlich haftenden Gesellschafterin der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG und der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG, der „EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH“, mit einem Stammkapital von bis zu 12.500 €, was einer prozentualen Beteiligung von 50% entspricht, zugestimmt (V 548/2019).

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die ene rückwirkend zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Die Beteiligung an der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister zum 27.11.2019.

B) Ziele der Beteiligung

Übernahme der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG und der EWP Rohr/Reetz GmbH & Co. KG und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

Ralf Theis
Markus Mertgens

Der Geschäftsführer hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2019 keine Vergütung erhalten.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.029			7.029
Liquide Mittel	22.868			22.868
	29.897			29.897
Summe Aktiva	29.897			29.897
Passiva	€			€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000			25.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.754			1.754
	26.754			26.754
B Rückstellungen	2.329			2.329
C Verbindlichkeiten	814			814
Summe Passiva	29.897			29.897

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.799			4.799
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.716			2.716
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	329			329
4	Ergebnis nach Steuern	1.754			1.754
5	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	1.754			1.754

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

8.2.14 EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG

A) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	157.500 €	50,0 %
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	157.500 €	50,0 %
Summe	315.000 €	100,0 %

Der Kreistag hat am 10.07.2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 400.000 € (bis zu 50%) zugestimmt (V 548/2019).

Aufgrund der am 09.07.2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die ene rückwirkend zum 01.01.2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Die Beteiligung an der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister zum 04.12.2019.

B) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung am Standort Blankenheimerdorf (Gemeinde Blankenheim, Kreis Euskirchen) einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG / e-regio GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH

Die Komplementärin erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 €, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Die Vergütung wird mit 1,5 % ab dem 2. vollen Geschäftsjahr jährlich indexiert.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.000.000			1.000.000
	1.000.000			1.000.000
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	190.583			190.583
Liquide Mittel	314.921			314.921
	505.504			505.504
Summe Aktiva	1.505.504			1.505.504
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	315.000			315.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.757			-4.757
	310.243			310.243
B Rückstellungen	1.500			1.500
C Verbindlichkeiten	1.193.761			1.193.761
Summe Passiva	1.505.504			1.505.504

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.757			4.757
2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.757			-4.757

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr 2019 2018 2017 Erläuterung

./.

8.2.15 EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG

Der Kreistag hat am 10.07.2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € (bis zu 50%) zugestimmt. Die prozentuale Beteiligung kann sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt von weiteren Kommanditisten zur „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenfalls von der Zustimmung erfasst ist eine etwaige spätere Veräußerung von Kommanditanteilen der ene an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten bis auf eine bei der ene verbleibende Sockelkommanditeinlage in Höhe von 360 T€ (V 548/2019). Die Umsetzung dieses Beschlusses ist bis zum 30.11.2020 noch nicht erfolgt.

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Beteiligungsverhältnisse

9.1 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

9.2 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 10.10.2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 zu ergänzen. Die nach dem 30.06.2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten und -gesellschafter an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Kommandit- und Geschäftsanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist bis zum 30.11.2019 noch nicht erfolgt.

B) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb). Nach Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio GmbH und Co. KG rückwirkend zum 01.01.2019 stellt sich der Gesellschaftszweck der ere KG im Halten einer Beteiligung an der e-regio GmbH & Co. KG dar.

ere V-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017	
<u>Kreis</u>					
Gewinnausschüttung	120 54702	1.638 €	50.050 €	272.133 €	vor Steuern*

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der ene / e-regio GmbH & Co. KG (Gliederungsnummer 8.1) nachgewiesen.

E) Zusammensetzung der Organe

1. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 18 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Ingo Hessenius

GBL I

Stellvertretendes Mitglied:

Dagmar Geschwind

AbtL 20

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH ^{1*}

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

2. Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 14 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Ingo Hessenius

GBL I

Stellvertretendes Mitglied:

Dagmar Geschwind

AbtL 20

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Hermann-Josef Esser, Bürgermeister Gemeinde Kall
Marcel Wolter, Erster Beigeordneter Stadt Schleiden

Die Geschäftsführung hat für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung erhalten.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode erneut Ingo Hessenius (GBL I) und Dagmar Geschwind (AbtL 20) in die Gesellschafterversammlungen der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH entsandt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	16.600	16.600	16.600	0
	16.600	16.600	16.600	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.561.396	1.936.741	1.506.004	-375.345
Liquide Mittel	570.516	474.647	285.815	95.870
	2.131.912	2.411.388	1.791.819	-279.476
Summe Aktiva	2.148.512	2.427.988	1.808.419	-279.476
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Rücklagen	120.500	101.857	54.768	18.644
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.463.721	1.656.644	1.147.088	-192.923
	1.609.221	1.783.500	1.226.857	-174.279
B Rückstellungen	456.332	637.704	575.819	-181.373
C Verbindlichkeiten	82.960	6.783	5.743	76.177
Summe Passiva	2.148.512	2.427.988	1.808.419	-279.476

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.126	6.671	1.543	-4.545
Liquide Mittel	32.494	29.783	31.654	2.711
	34.620	36.454	33.197	-1.834
B Rechnungsabgrenzungsposten	375			375
Summe Aktiva	34.995	36.454	33.197	-1.459
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	6.508	5.245	3.982	1.263
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	963	1.263	1.263	-300
	32.471	31.508	30.245	963
B Rückstellungen	2.287	4.637	2.880	-2.350
C Verbindlichkeiten	237	309	71	-71
Summe Passiva	34.995	36.454	33.197	-1.459

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	18.412	0	314.952	18.412
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	118.976	65.242	131.201	53.734
3	Erträge aus Beteiligungen	1.560.600	1.721.886	1.188.289	-161.286
4	davon aus verbundenen Unternehmen				
4	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.786	0	0	5.786
5	davon aus verbundenen Unternehmen				
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.102	0	0	2.102
6	davon an verbundene Unternehmen				
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	224.952	
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.463.721	1.656.644	1.147.088	-192.923

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	7.020	6.671	6.043	349
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.520	5.171	4.543	349
3	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50	0	0	50
	davon an verbundene Unternehmen				
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	487	237	237	250
5	Ergebnis nach Steuern	963	1.263	1.263	-300
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	963	1.263	1.263	-300

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„A. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere) wurde am 2. Januar 2015 mit Sitz in Kall gegründet. Gesellschafter der ere sind:

	€	%
Komplementär		
Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH	0,00	0,00
Kommanditisten		
Kreis Euskirchen	25,00	0,10
Innogy SE, Essen	25,00	0,10
Gemeinde Blankenheim	4.250,00	17,00
Gemeinde Hellenthal	4.250,00	17,00
Gemeinde Kall	4.250,00	17,00
Stadt Mechernich	250,00	1,00
Stadt Schleiden	4.950,00	19,80
Stadt Heimbach	1.500,00	6,00
Stadt Bad Münstereifel	5.500,00	22,00
	25.000,00	100,00

2. Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist das Halten der Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall und der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH ebenfalls mit Sitz in Kall. Mit notariellem Vertrag vom 9. Juli 2019 (Urkunde 980/2019 F des Notars Dr. Jens Fleischhauer, Köln) wurde die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall (ene) durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung und ohne Abwicklung nach § 2 Nr. 1 UmwG auf die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen, gegen Gewährung von Geschäftsanteilen dieser Gesellschaft (Verschmelzung durch Aufnahme), rückwirkend zum 1. Januar 2019 verschmolzen.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 9. Juli 2019 (UR-Nr. 975/2019 F des Notars Dr. Jens Fleischhauer, Köln) ist die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall, rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen, verschmolzen. Zur Durchführung der Verschmelzung hat die e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH ihr Stammkapital von nominal 25.000,00 € auf 50.000,00 € erhöht. Die neuen Geschäftsanteile wurden dem Kreis Euskirchen in Höhe von 8.350,00 €, der innogy SE, Essen, in Höhe von 8.350,00 € und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG, Kall, in Höhe von 8.300,00 € als Gesellschafter der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH als Gegenleistung für die Vermögensübertragung im Rahmen der Verschmelzung gewährt. Mit Übertragungs- und Abtretungsvertrag vom 31. Oktober 2019 (UR-Nr. 1624/2019 F des Notars Dr. Jens Fleischhauer, Köln) wurden die vorgenannten Geschäftsanteile zur Fortführung der Einheitsgesellschaft an die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen (e-regio), übertragen.

Die ere hat keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2019 gekennzeichnet durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis¹) im Jahr 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das zehnte Jahr in Folge gewachsen. Jedoch ist das Wachstum, im Vergleich zu den

¹ Statistisches Bundesamt Pressemitteilung Nr. 018 vom 15.01.2020

beiden vorangegangenen Jahren, abgeschwächt. In 2017 ist das BIP um 2,5 % und in 2018 um 1,5 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 % lag.

2. Geschäftsverlauf 2019

Das Geschäft der ere besteht ausschließlich in dem Halten von Beteiligungen an der e-regio (vormals ene). Damit steht die Geschäftsentwicklung im direkten Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung dieser Gesellschaft.

Wichtigste Ertragssäulen der e-regio sind der Strom- und Gasverkauf, die Netzentgelte Gas sowie die Gewinnabführung der Gesellschaften LOGOnergie GmbH, Euskirchen, sowie der KEV Schleiden GmbH, Kall. Die e-regio erzielte im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 19,4 Mio. € und liegt damit leicht über der Planung (19,3 Mio. €).

2.1. Ertragslage

Die Beteiligungserträge lagen mit 1.560,6 T€ um 161,3 T€ unter dem Vorjahr. Der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert aus Auflösungsbeträgen von Rückstellungen in Höhe von 10,9 T€ sowie Erstattungen von IHK-Beiträgen durch die Gesellschafter in Höhe von 7,5 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 53,7 T€ auf 119,0 T€ im Wesentlichen aufgrund von Rechts- und Beratungskosten. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 3,7 T€.

2.2. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen zum 31. Dezember 2019 liegt bei 2.148,5 T€ (i. V. 2.428,0 T€). Davon entfallen 16,6 T€ oder 0,8 % (i. V. 0,7 %) auf das Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen hat einen Anteil von 2.131,9 T€ oder 99,2 % (i. V. 99,3 %).

Auf der Passivseite beträgt das Eigenkapital 1.609,2 T€. Damit hat das Eigenkapital einen Anteil von 74,9 % (i. V. 73,4 %) an der Bilanzsumme. Auf die kurzfristigen Fremdmittel entfallen 539,3 T€ oder 25,1 % (i. V. 26,6 %). Lang- und Mittelfristige Fremdmittel bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

2.3. Finanzlage

Positionen	2019 T€	2018 T€	Veränderung T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.733	1.289	444
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.638	-1.100	-538
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	95	189	-94
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	475	286	189
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	570	475	95

Die Gesellschaft ist jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

2.4. Unternehmensergebnis

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2019 liegt bei 1.463,7 T€ und damit um 192,9 T€ unter dem Vorjahr. Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 1.300.000,00 € an die Gesellschafter im Verhältnis der Kommanditanteile auszuschütten und 163.720,53 € in die Rücklagen einzustellen.

Die Gesellschaft hatte für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis von 1.238,0 T€ geplant. Das tatsächliche Ergebnis liegt mit 1.463,7 T€ oberhalb der Planung.

C. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Die Gesellschaft, deren Gesellschaftszweck auf das Halten von Beteiligungen im Energieversorgungssektor gerichtet ist, trägt hierbei indirekt einen Beitrag zur Strom- und Gasversorgung in der Nordeifel bei.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Branchenspezifische Risiken

Die Gesellschaft erzielt als Gesellschafterin der e-regio (vormals ene) Beteiligungserträge. Die e-regio wiederum hat mit den Tochtergesellschaften LOGOnergie GmbH, Euskirchen, und KEV Schleiden GmbH, Kall, Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen. Die für die e-regio und ihre Tochtergesellschaften bestehenden Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die ere. Mögliche Risikopotentiale liegen insbesondere im regulatorischen Umfeld sowie in den liberalisierten Energiemärkten. Bei Letzteren ergeben sich neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern.

2. Ertragsorientierte Risiken

Veränderungen der bestehenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen können Investitionen und Ertragslage der Gesellschaft signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des e-regio Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt. Risiken bestehen aus einer weiteren Intensivierung des Wettbewerbs am Energiemarkt. Es zeigt sich, dass stetig Wettbewerber, insbesondere auch aus anderen Branchen, mit neuen Angeboten und Dienstleistungen in den Markt eintreten und die Konkurrenzsituation verschärfen. Hieraus können weiter steigende Kundenwechselraten resultieren sowie ein Rückgang der Ergebnismargen. Weitere Risiken bestehen darin, dass Beteiligungserträge sich reduzieren sowie einem Rückgang der Netzerlöse.

3. Chancenbericht

Die ere als Gesellschafter übt über den Aufsichtsrat der e-regio (vormals ene-Aufsichtsrat) eine Steuerungsfunktion des e-regio Konzerns aus. Mit der Verfolgung der für den e-regio Konzern relevanten strategischen Ziele eröffnen sich gute Chancen, bestehende Geschäftsaktivitäten weiterzuentwickeln und eine Verbesserung der Ertragslage nachhaltig zu realisieren. Mit der Verschmelzung der KEVEnergie GmbH, Kall, und der ene mit der e-regio wurde ein Ziel im Geschäftsjahr 2019 umgesetzt. Die ere würde dann von höheren Beteiligungserträgen profitieren.

E. Prognosebericht

1. Ausblick

Für die Ergebnisentwicklung ist das Beteiligungsergebnis der e-regio maßgeblich.

2. Ergebnisprognose

Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2020 Beteiligungserträge von 1.490 T€ und für das Jahr 2021 von 1.508 T€. Welchen Einfluss die Corona-Pandemie nachhaltig auf die weitere Wirtschaftsentwicklung und die Energieversorgung haben wird, kann derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden. Aktuell gehen wir davon aus, dass wir unsere Ergebnisprognosen aufrecht halten können. Weitere Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar. Die Gesellschaft erwartet für die Jahre 2020 und 2021 einen Jahresüberschuss von 1.443 T€ bzw. 1.461 T€. Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Kall, den 14. September 2020

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG
vertreten durch Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH
gez. Hermann-Josef Esser gez. Marcel Wolter
- Geschäftsführer - - Geschäftsführer -„

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Pauwelsstraße 17
52074 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen (WfG)	52.000 €	1,60%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Kreis Heinsberg *	138.934 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg *	39.075 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Summe	3.253.000 €	100,00%

* Der Kreis Heinsberg und die Kreissparkasse Heinsberg kündigten die Gesellschaft bereits zum 31. Dezember 2017 gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages. Infolgedessen schieden beide Gesellschafter mit Wirkung zum 1. Januar 2018 aus der Gesellschaft aus. Im Geschäftsjahr 2019 wurde weder über eine Einziehung der Geschäftsanteile noch eine Abtretung gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, auch eine Abfindung der ehemaligen Gesellschafter erfolgte nicht.

Die WfG StädteRegion Aachen mbH hat ihre Gesellschafterstellung zum 31. Dezember 2018 gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages gekündigt. Infolgedessen schied die WfG Städte Region Aachen mit Wirkung zum 1. Januar 2019 aus der Gesellschaft aus. Mit Geschäftsanteilsübertragungsvertrag vom 29. Januar 2019 erwarb die StädteRegion Aachen diese Geschäftsanteile.

Gesellschafter 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	552.378 €	16,98%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Kreis Heinsberg *	138.934 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg *	39.075 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Summe	3.253.000 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft wurde in 2013 die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrenmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrenmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschusschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat im Herbst/Winter 2016 eine teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichende Finanzierungsart im Rahmen der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2017 beschlossen. Der Kreistag hat am 14.12.2016 diesem Vorgehen zugestimmt (V 273/2016).

Anpassungen bzw. Änderungen hinsichtlich der zunächst bis zum 30.06.2019 geltenden Gesellschaftervereinbarung sowie zum Gesellschaftsvertrag sind bis zum 31.12.2019 nicht erfolgt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Gesellschafterzuschuss	150 57104 08	44.598 €	61.695 €	61.695 €
Sonstiges		10.000 €	5.000 €	5.910 €
<u>Zweckverband Region Aachen</u>				
Gistra		0 €	34.840 €	36.000 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
c) Geschäftsführung

Es handelt sich bei der AGIT um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die vollständige Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist. Die Berücksichtigung der Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes werden gem. § 21 Gesellschaftsvertrag nur für die Bereiche der Personalentwicklung und -förderung vorgesehen. Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches Mitglied:</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied:</u>	
Franz Cremer	SPD	Hans Peter Wasems	CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Ordentliches Mitglied:</u>	<u>Stellvertretendes Mitglied:</u>	
Landrat Günter Rosenke	Franz Cremer	SPD
(stv. Aufsichtsratsvorsitzender)		

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 11,8 %.

c) Geschäftsführung

Dr. Lothar Mahnke	<u>Bezüge 2019</u>
	153 T€

nachrichtlich:

Die Gesellschaftsanteile des Kreises Heinsberg und der Kreissparkasse Heinsberg sollten nach der Veräußerung des TZA im Jahre 2019 von der AGIT eingezogen und die ehemaligen Gesellschafter abgefunden werden. Die Abwicklung erfolgte jedoch erst durch notarielle Beurkundung am 07.10.2020.

Gesellschafter zum 07.10.2020	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	552.378 €	16,98%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Eigene Anteile	178.009 €	5,47 %
Summe	3.253.000 €	100,00%

Nach Veräußerung der Gesamtimmobilie des Technologiezentrums wurde durch Änderung des Gesellschaftsvertrages im Oktober 2020 die Finanzierung der Gesellschaftsvertrag geändert.

Soweit die budgetierten Aufwendungen nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt werden können, stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern und Hochschulen der AGIT auf der Grundlage des Wirtschaftsplans und nach Maßgabe jährlich zu fassen der Beschlüsse finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen zur Verfügung. Die am Stammkapital der Gesellschaft beteiligten Gebietskörperschaften erbringen die Zuschüsse im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander, höchstens bis zur Höhe der jeweiligen Stammkapitaleinlage. Eine hiervon abweichende Aufbringung ist entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages in 2020 ergibt sich die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes in § 21. Dies führt dazu, dass bei wesentlichen Gremien die Besetzung mit einem Mindestfrauenanteil von 40 % zu erfolgen hat.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

George Tulbure

CDU

Stellvertretendes Mitglied:

Günter Weber

CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Ordentliches Mitglied:

George Tulbure

CDU

Stellvertretendes Mitglied:

Günter Weber

CDU

Mit Wirkung zum 01.08.2020 wurde Herr Sven Pennings zum weiteren Geschäftsführer der AGIT bestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	353	1.015	-339
Sachanlagen	107.570	3.161.520	3.652.651	-3.053.950
Finanzanlagen	34.079	34.077	42.605	2
	141.663	3.195.949	3.696.271	-3.054.287
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	503.034	586.539	478.022	-83.504
Liquide Mittel	29.352.455	480.693	277.298	28.871.761
	29.855.489	1.067.232	755.320	28.788.257
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.070	940	-1.070
Summe Aktiva	29.997.152	4.264.252	4.452.530	25.732.900
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	-2.003.995	-2.150.119	2.003.995
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	658.545		-658.545
Bilanzgewinn	21.697.444	0	0	21.697.444
	24.950.444	1.907.550	1.102.881	23.042.894
B Sonderposten	22	301	321.794	-279
C Rückstellungen	407.954	76.050	205.500	331.904
D Verbindlichkeiten	2.472.994	2.211.598	2.661.232	261.395
E Rechnungsabgrenzungsposten	30.821	68.752	15.000	-37.931
F Passive latente Steuern	2.134.917	0	0	2.134.917
Summe Passiva	29.997.152	4.264.252	4.306.407	25.732.900

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	13.620.672	4.054.652	3.661.618	9.566.020
2	Sonstige betriebliche Erträge	21.550.516	1.670.999	1.826.754	19.879.517
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	6.922.528	2.551.205	2.406.905	4.371.323
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.172.047	0	0	4.172.047
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.750.481	2.551.205	2.406.905	199.276
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.645.130	1.496.357	1.497.097	148.773
a)	Löhne und Gehälter	1.310.096	1.187.077	1.196.448	123.019
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	335.035	309.280	300.648	25.754
5	Abschreibungen	35.611	502.606	905.077	-466.995
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	680.065	353.687	330.276	326.378
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	2	-2
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	97.664	46.080	85.626	51.584
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.458.121	0	0	2.458.121
10	Ergebnis nach Steuern	23.332.069	775.719	263.393	22.556.350
11	Sonstige Steuern	111.166	117.174	117.270	-6.007
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	23.220.903	658.545	146.123	22.562.357

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„Vorbemerkungen zum Jahr 2019“

Die AGIT konnte die organisatorisch-personelle als auch finanzielle Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre auch im Jahr 2019 fortführen und sich auch bei den Gesellschaftern positiv positionieren und neue Aufgabenbereiche übernehmen.

Prägend für das Jahr 2019 war der Verkaufsprozess des „Technologiezentrums am Europaplatz“, der in einem bundesweiten Bieterverfahren zu einem außergewöhnlich hohen Verkaufserlös in Höhe von 33,7 Mio € geführt hat. Damit konnten alle Altschulden der Gesellschaft abgelöst und das erheblich geschrumpfte Gesellschaftskapital wieder voll ständig aufgefüllt werden. Nach Ablösung der Altschulden und nach Steuern verblieben aus dem Verkaufserlös liquide Mittel in Höhe von 29 Mio €.

Bereits im April 2019 hat die AGIT mit wesentlichen Teilen der Mitarbeiter neue Geschäftsräume im ZBMT auf dem RWTH-Campus Melaten zunächst zur Miete bezogen. Damit rückte die Gesellschaft auch räumlich in das Zentrum des technologie-orientierten Gründungsgeschehens und des Technologietransfers. Anfang 2020 erwarb die AGIT dieses Gebäude, das um einen Neubau erweitert das neue Technologiezentrum der Gesellschaft bilden wird.

Mitte 2019 verlagerte die nordrhein-westfälische Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung in Köln wesentliche Teile in ihre neue Aachen-Niederlassung in das TZA am Europaplatz. Auf insgesamt rund 3.000 qm werden dort bis zu 700 Studenten der FHöV ausgebildet werden. Für diese Verlagerung waren erhebliche Umbauarbeiten im TZA erforderlich, deren Kosten auf die langfristig vertraglich gesicherten Mieten umgeschlagen werden konnten. Dadurch wurde die Attraktivität des TZA für den Verkauf nochmals erheblich gesteigert.

Die AGIT dezentralisierte in 2019 mit Außenstellen in Euskirchen und Jülich ihre Aktivitäten, um das Beratungsangebot in den beiden Kreisen Düren und Euskirchen zu intensivieren.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert:

- im Bereich „Technologiezentrumsmanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch in 2019 hat das gute konjunkturelle Umfeld die Vermietung von Flächen in den beiden Technologiezentren begünstigt. Die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren war auch auf einem gleichbleibend hohen Niveau.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2019 über 20 Mitarbeiter sowie drei Studenten im dualen Fachhochschulausbildungsgang. Die AGIT hat keine befristet Angestellten.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrummanagement

Die 70 Unternehmen im TZA verfügen über ca. 850 Arbeitsplätze. Während das ZBMT über das ganze Jahr hinweg praktisch voll ausgelastet war, mussten für den notwendigen Umbau für die FHöV Mietflächen freigezogen werden, was zu Mietausfällen für etwa ein Viertel der Fläche des TZA über einen Zeitraum von rund 5 Monaten geführt hat. Obwohl im direkten Umfeld des TZA erneut weitere Vermietungsangebote an den Markt gingen (Kadans, Jülicher Straße), schlug sich dies nicht auf die Nachfrage nach Flächen in den AGIT-Gebäuden nieder.

Auch die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch.

Im **ZBMT** zogen im Berichtszeitraum 2 Unternehmen aus. Des weiteren vergrößerten 2 Unternehmen ihren Flächenbedarf. Damit konnte auch für das ZBMT in 2019 eine Vollausslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt.

Der Konferenzbereich blieb in 2019 auf dem Vorjahresniveau, insgesamt war die Auslastung weiterhin gut. Über 42.000 Teilnehmer nahmen an mehr als 1.000 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 180 Beratungsfällen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Zusätzlich wurden 28 Patentberatungen durchgeführt. Bei den 50 AGIT-Veranstaltungen zum Thema Innovation konnten insgesamt rund 2.300 Unternehmensvertreter begrüßt werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

In der Ansiedlungs- und Standortwerbung konnte die AGIT in 2019 insgesamt 91 Ansiedlungsanfragen bearbeiten, wobei jede achte Anfrage zu einer Investition in der Region Aachen führte. Erheblich zugenommen haben weiterhin Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst.

Die Ansiedlungsaktivitäten im Ausland konzentrierten sich auf China (gemeinsam mit der Stadt Aachen) und Südkorea (gemeinsam mit der StädteRegion Aachen). Diese Aktivitäten wurden gemeinsam mit verschiedenen Instituten der RWTH durchgeführt werden.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Die beiden Interreg-Projekte „Early Tec“ und „I2M“ konnten in 2019 voll umgesetzt werden. Daneben wurde auch das EFRE-geförderte Projekt „Science Link“ in der Region Aachen realisiert. Aus beiden Projekten konnte sich die AGIT personell in erheblichem Umfang refinanzieren.

Das seit über zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring wurden auch in 2019 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

2. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden in 2019 hauptsächlich durch den Verkaufserlös für das TZA bestimmt, deshalb kann der Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll gezogen werden. Die Erlöse aus den Technologiezentren lagen durch den umbaubedingten Leerstand und die erhöhten Aufwendungen für den Umbau etwas unter dem Vorjahresergebnis.

Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ konnten aufgrund der sehr guten Ertragslage der Gesellschaft in 2019 für alle Gesellschafter auf insgesamt 542 TEUR halbiert werden.

Insgesamt konnte die Gesellschaft in 2019 mit einem Gesamtergebnis von 25.700 TEUR das beste Gesamtergebnis in der AGIT-Geschichte erwirtschaften.

b) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch den Verkaufserlös des TZA und damit durch eine sehr hohe Liquidität gekennzeichnet.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Technologiezentren bewegte sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau.

Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befand sich in 2019 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau.

III. Prognosebericht

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben beschlossen, in 2020 das ZBMT auf dem RWTH-Campus Melaten zu kaufen und dort einen Anbau neu zu errichten. Mit der Campus GmbH und der Innovation GmbH der RWTH sollen Verträge abgeschlossen werden, um das Aufgabenspektrum der AGIT auf dem RWTH-Campus zu verbreitern.

Zum 30.6.19 lief die Finanzvereinbarung zwischen den Gesellschaftern, die eine Spartenerlösermittlung für das Technologiezentrummanagement und den Bereich Wirtschaftsförderung erfordert, aus. Für das Jahr 2019 wurde damit letztmalig eine Sparten Gewinnermittlung durchgeführt.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die im Frühjahr 2020 herrschende Covid-19-Pandemie stellt einen Vorgang von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres dar, dessen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zur Zeit nicht abzuschätzen sind.

2. Chancenbericht

Insbesondere mit der neuen Rolle der AGIT auf dem RWTH-Campus und den Außenstellen in Euskirchen und Jülich ergeben sich für die Gesellschaft neue Aufgabenstellungen, die mittelfristig zu einer Verbreiterung des Aufgabenspektrums führen können.

3. Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage mit erheblichen neuen Entwicklungschancen in 2020. Aachen, im Mai 2020

Dr. Lothar Mahnke, Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	20	21	18	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

H) Kennzahlen

./.

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen dem Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE), der Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen sollte. Im Verlauf des 2. Halbjahres 2016 stellte sich diese Möglichkeit als umsetzbar dar. Entsprechende Beschlussfassungen erfolgten in der Gesellschafterversammlung am 29.11.2016. Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2016 aufgelöst und befindet sich nunmehr in der Liquidation. Der Geschäftsführer wurde abberufen und zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 03.01.2017.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt. Die Bekanntmachung der Auflösung wurde am 27.01.2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis		0 €	0 €	0 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:

- | | |
|--|-----|
| 1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer) | CDU |
| 2. Karsten Stickeler | CDU |
| 3. Heinrich Hettmer (stv. Stimmführer) | SPD |
| 4. Dirk van Meenen | FDP |

Stellvertretende Mitglieder:

- | | |
|--------------------|-----|
| Clas Kohlheyer | CDU |
| Franz-Josef Nießen | CDU |
| Stefanie Seidler | SPD |
| Hans Reiff | FDP |

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.11.2016 wurde Herr Jochen Kupp zum 31.12.2016 als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zum Liquidator bestellt.

Für die Tätigkeit als Liquidator erhielt Herr Kupp in 2019 keine Vergütung

nachrichtlich:

Mit Eintragung vom 29.07.2020 im Handelsregister wurde die Liquidation beendet und die Gesellschaft gelöscht (Info 8/2020). Die Gesellschaft schloss gem. Liquidationsschlussrechnung mit einem Endvermögen von 20,02 €, welches wegen Geringfügigkeit nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet, sondern an den Förderverein des Berufsbildungszentrums Euskirchen gespendet wurde.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Die Liquidationsschlussbilanz wurde zum 18.12.2018 erstellt.

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i.L. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1	0
Sachanlagen	0	0	7	0
	0	0	8	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	944	21.306	-944
Liquide Mittel	5.272	20.925	23.445	-15.652
	5.272	21.868	44.750	-16.596
Summe Aktiva	5.272	21.868	44.758	-16.596
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565	0
Kapitalrücklage	0	7.145	88.744	-7.145
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-25.292	-20.600	-81.599	-4.692
	272	12.110	32.710	-11.838
B Rückstellungen	0	9.150	4.500	-9.150
C Verbindlichkeiten	5.000	608	7.549	4.392
Summe Passiva	5.272	21.868	44.758	-16.596

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i. L. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	0	0	61.373	
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	0	3.250	
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	0	0	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	0	156	74.221	-156
a)	Löhne und Gehälter	0	10	60.958	-10
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	146	13.264	-146
5	Abschreibungen	0	0	82	
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	20.443	72.800	-20.443
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	0	0	1.190	
8	Ergebnis nach Steuern	0	-20.600	-83.671	
9	Sonstige Steuern	0	0	-2.071	
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	-20.600	-81.599	20.600

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	0	0	0	Stand 31.12. ohne Geschäftsführer und Aushilfen

H) Kennzahlen

./.

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.

Vogelsang 70
53937 Schleiden

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild Vogelsang IP zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages am

06.12.2016 endet die Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2018. Der Austritt eines Gesellschafters wird bis zum Ablauf des 31.12.2018 ausgeschlossen, es sei denn aus wichtigem Grund.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014.

In einem am 30.09./12.10./14.10.2016 unterzeichneten Letter of Intent (LOI) zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Land Nordrhein-Westfalen (NRW) und der Region haben sich die Partner über die Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018 verständigt. Die Laufzeit der zu diesem Zweck gegründeten Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde durch Gesellschafterbeschluss bereits mehrfach verlängert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Gesellschaft soll nun für zwei weitere Jahre (2017-2018) fortgesetzt werden. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert.

Zielsetzung des gemeinsamen Engagements in einer strukturell und personell unveränderten Standortentwicklungsgesellschaft ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim inklusive der Umweltbildungsflächen.

Die Vermarktung der Gebäude bzw. Grundstücke soll wie bisher durch die SEV in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf der Grundlage eines Verwertungsplans erfolgen. Der Verwertungsplan ist wesentlicher Bestandteil des o. g. Letter of Intent. Das im Konsens der Partner beschlossene Leitbild „Vogelsang IP Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“ ist nach wie vor die maßgebliche Richtschnur der weiteren Verwertung.

Der Kreistag hat der planmäßigen Liquidation der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH (SEV GmbH) sowie der Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von jeweils bis zu 75.000 € für die Jahre 2019 und 2020 außerhalb der Gesellschafterstruktur der aufzulösenden SEV GmbH zur Verfügung zu stellen zugestimmt (V 473/2018). Die Eintragung der Auflösung erfolgte im Handelsregister am 29.01.2019

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor.

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“ in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2019	2018	2017
<u>Kreis</u> Gesellschafterzuschuss	150 57104 07	0 €	81.000 €	81.000 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

Trotz Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 18 des Gesellschaftsvertrages müssen bei der Besetzung von wesentlichen Gremien Frauen nicht mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein, da das Gesetz nach § 2 Abs. 2 Satz 3 LGG nicht für Unternehmen gilt, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliche Mitglieder:</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder:</u>	
1. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs (Stimmführer)	CDU	Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
3. Franz Cremer	SPD	Markus Ramers	SPD

Die Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr 2019 keinen Aufsichtsrat mehr. Der Aufsichtsrat hat seine Arbeit mit der letzten Sitzung am 05.12.2018 beendet.

c) Geschäftsführung

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.10.2018 wurde Herr Thomas Fischer-Reinbach zum 31.12.2018 als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zum Liquidator bestellt.

Liquidator: Thomas Fischer-Reinbach

Der Liquidator erhält keine direkte Vergütung von der Gesellschaft. Die Gestellung des Liquidators erfolgt über einen Dienstleistungsvertrag mit der NRW.Urban GmbH & Co. KG. Die Vergütung für den Liquidator beträgt 52.958,26 €.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches Mitglied:</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied:</u>	
1. Manfred Poth	AV	Ingo Hessenius	GBL I

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Ordentliche Mitglieder:</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder:</u>	
1. Markus Ramers	Landrat	Birgit Wonneberger-Wrede	GBL IV
2. Manfred Poth	AV	Heinz Rosell	GBL II
3. Ingo Hessenius	GBL I	Achim Blindert	GBL V

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1	0
Sachanlagen	0	0	31.007	0
	0	0	31.008	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.014	49.076	20.576	-44.062
Liquide Mittel	89.379	224.420	206.893	-135.042
	94.393	273.497	227.469	-179.104
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	479	1.471	-479
Summe Aktiva	94.393	273.976	259.948	-179.583
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	124.432	168.374	197.230	-43.942
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-103.905	-43.942	-28.856	-59.963
	56.528	160.432	204.374	-103.905
B Rückstellungen	37.163	27.424	18.724	9.739
C Verbindlichkeiten	702	86.119	36.850	-85.417
Summe Passiva	94.393	273.976	259.948	-179.583

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	-19.159	157.489	172.934	-176.649
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.000	462.309	455.764	-460.309
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	0	125.082	124.080	-125.082
a)	Löhne und Gehälter	0	100.866	100.055	-100.866
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	24.216	24.025	-24.216
	Abschreibungen	0	4.154	5.904	-4.154
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	86.856	534.201	527.296	-447.345
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen				
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-2	
8	Ergebnis nach Steuern	-104.016	-43.639	-28.581	-60.377
9	Sonstige Steuern	-111	303	275	-414
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-103.905	-43.942	-28.856	-59.963

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert, mehrfach fortgeführt und Ende des Jahres 2016 letztmalig um zwei Jahre bis zum 31.12.2018 verlängert. Die Liquidation ist planmäßig ab dem 01.01.2019 erfolgt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.10.2018 wurde Herr Fischer-Reinbach zum Liquidator bestellt. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH i. L. hat über einen Geschäftsbesorgungsvertrag die der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Liquidation betraut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2019

Grundlage der Abwicklung der Liquidation ist der „Vertrag über die Dienstleistungen zur Liquidation der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“, welcher nach Beschluss des Aufsichtsrates am 19.11.2018 zwischen der Gesellschaft und der NRW.URBAN GmbH & Co. KG geschlossen wurde.

Auf Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 06.10.2018, die Liquidation der Gesellschaft ab dem 01.01.2019 durchzuführen, wurde die Registeranmeldung beim Amtsgericht Düren durch das Notariat Thubauville am 02.01.2019 beantragt. Die Eintragung der Liquidation beim Amtsgericht erfolgte am 29.01.2019. Der Gläubigeraufruf im Rahmen des Liquidationsverfahrens wurde am 25.01.2019 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Damit endete das gesetzlich vorgeschriebene Sperrjahr am 25.01.2020. Noch fällige, nicht bekannte Forderungen von Kreditoren sind im Sperrjahr nicht gestellt worden.

Nachdem die operative Tätigkeit für den Geschäftsbereich Geländemanagement zum 01.01.2019 an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen wurde, erfolgte mit Datum 29.04.2019 die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern. Für das Geschäftsjahr 2018 wurde neben der Abrechnung der Beiträge der Erlös aus dem Verkauf des Anlagevermögens umgelegt.

Gemäß GmbHG sind die Bücher der Gesellschaft nach Beendigung der Liquidation für die Dauer von zehn Jahren in Verwahrung zu geben. Mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen, nach der sich diese verpflichtet, dieser Aufbewahrungspflicht bis voraussichtlich zum Jahr 2030 nachzukommen. Die BIImA hat hierfür ein einmaliges Entgelt in Höhe von 10.000 € erhalten.

Planmäßig wurde durch den Liquidator der Jahresabschluss 2018 aufgestellt und durch die Gesellschafterversammlung am 27.05.2019 festgestellt.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Da die Gesellschaft im Jahr 2019 operativ nicht mehr tätig war, entfällt dieser Berichtsteil.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurden von den Gesellschaftern im Jahr 2019 keine Beiträge mehr gezahlt. Sämtliche Ausgaben wurden aus dem Restvermögen gedeckt. Mit Ausnahme von zwei Rechnungen, die eine für ein Gutachten zum Rückbau der Gebäude an der Redoute, die andere für Ingenieurleistungen für die Wasserversorgungsleitung, entstand finanzieller Aufwand nur für die Abwicklung der Liquidation.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erfolgte, wie oben dargestellt, die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 103.904,57 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 43.941,59 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Aufgrund der Liquidation hat sich die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unserer Verbindlichkeiten geändert. Bei einer Bilanzsumme von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,49 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 37.864,78 € (Vorjahr: 113.543,08 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 89.378,81 € (Vorjahr: 224.420,43 €) geprägt, die insbesondere aus dem Guthaben bei Kreditinstituten besteht. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,49 €) den wesentlichsten Posten.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2019 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 103.904,57 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € im Jahr 2018. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von minus 17.159,20 € Abrechnung zum Geländemanagement, sonstige Erträge), stehen Aufwendungen in Höhe von 86.745,37 € gegenüber.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Die größten Aufwandsposten betreffen mit 52.958,26 € (Vorjahr: 292.729,71 €) die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG, die Fremdleistungen in Höhe von 14.281,50 € und mit 13.035,11 € Aufwendungen für die kaufmännische Geschäftsbesorgung und die Prüfung des Jahresabschlusses.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit minus 19.777,17 € für die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern, der als negative Position in die oben genannten Erträge einging.

2.3. Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) beträgt das Eigenkapital 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,49 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 60 % (Vorjahr: 59 %). Weiterhin

bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 89.378,81 € (Vorjahr: 224.420,43 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH i. L. geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH i. L. im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich vollständig um kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten: die Quote beträgt 40 % (Vorjahr: 41 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Chancen und Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik. Die für die Liquidationsphase benötigten Mittel wurden durch die Geschäftsführung im Jahr 2018 im Rahmen der Finanzplanung prognostiziert. Die für das Jahr 2019 angesetzten Plankosten wurden im Geschäftsjahr deutlich unterschritten.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurde im Jahr 2019 ein Projektcontrolling geführt und die Finanzplanung monatlich aktualisiert.

Ausfallrisiken Im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestanden aufgrund des ausreichend vorhandenen Restvermögens der Gesellschaft nicht. Auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurden keine Ausfallrisiken gesehen.

4. Prognose

Im Jahr 2019 sind keine Ereignisse eingetreten, die die Abwicklung der Liquidation behindern oder zu einer Verlängerung des Liquidationszeitraums führen werden. Ziel ist es daher nach wie vor, die SEV GmbH nach Ablauf des Sperrjahres im Frühsommer 2020 zu löschen.

Der Liquidator geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass das Ende 2019 noch vorhandene Vermögen der Gesellschaft ausreichen wird, um die Liquidation planmäßig abzuschließen und ein Restvermögen an die Gesellschafter auszukehren.

Schleiden, den 22. April 2020

Thomas Fischer-Reinbach, Liquidator“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	0	7	6	-

H) Kennzahlen

./.

13. Vogelsang IP gGmbH

Vogelsang 70
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	70.000 €	70,000 %
Kreis Euskirchen	17.142 €	17,142 %
StädteRegion Aachen	4.286 €	4,286 %
Kreis Düren	2.857 €	2,857 %
Kreis Heinsberg	1.429 €	1,429 %
Stadt Schleiden	2.857 €	2,857 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429 €	1,429 %
Gesamtsumme	100.000 €	100,000 %

B) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.07.2016 haben die Gesellschafter ihren politischen Gremien zur Sicherstellung der Finanzierung der GmbH ab 2017 eine zunächst bis Ende 2019 befristete Anhebung des jährlichen maximalen Zuschussbetrags der Gesellschafter auf 850 TEUR vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde in 2016 durch die politischen Gremien aller Gesellschafter angenommen. Der Kreistag fasste hierzu am 05.10.2016 (V 235/2016) einen entsprechenden Beschluss. In der Sitzung am 18.10.2017 hat der Kreistag der Anhebung des maximalen Betriebskostenzuschusses an die Vogelsang IP gGmbH von maximal 850.000 € jährlich auf maximal 1.400.000 € jährlich zugestimmt. Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt (V 358/2017).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Gesellschafterzuschuss	150 57104 07	190.833 €	176.494 €	238.033 €
Fördermittel / Projekte	vd.	148.735 €	149.622 €	137.309 €
<u>Nordeifel Tourismus GmbH</u>				
Dienstleistungen		2.202 €	1.101 €	961 €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Strom- und Gasbezug		2.428 €	4.717 €	36.096 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- c) Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 20 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Manfred Poth (Stimmführer)
- 2. Josef Reidt (stv. Stimmführer)
- 3. Markus Ramers

AV
CDU
SPD

Stellvertretende Mitglieder:

- Günter Rosenke
- Johannes Mertens
- Wolfgang Heller

Landrat
CDU
SPD

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Kreises Euskirchen.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 135 T€.

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 07.04.2020 wurde Herr Albert Moritz als Geschäftsführer abbestellt und Herr Thomas Kreyes zum 06.04.2020 zum neuen Geschäftsführer bestellt.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Manfred Poth
- 2. Ute Stolz (Stimmführerin)
- 3. Wolfgang Heller (stv. Stimmführer)

AV
CDU
SPD

Stellvertretende Mitglieder:

- Markus Ramers
- Manfred Steffen
- Kamila Gänslar-Thomas

Landrat
CDU
SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Vogelsang ip gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.217	11.318	14.299	-3.101
Sachanlagen	43.268.217	44.630.633	45.763.632	-1.362.416
	43.276.434	44.641.951	45.777.931	-1.365.517
B Umlaufvermögen				
Vorräte	151.886	159.655	238.465	-7.768
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	307.825	979.646	916.902	-671.822
Liquide Mittel	1.483.006	1.268.584	693.648	214.422
	1.942.717	2.407.885	1.849.015	-465.168
C Rechnungsabgrenzungsposten	58.527	57.191	56.848	1.336
Summe Aktiva	45.277.678	47.107.027	47.683.794	-1.829.349
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	27.300	0
Kapitalrücklage	0	313.381	0	-313.381
Bilanzverlust	-86.579	-16.198	0	-70.381
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	-16.198	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	13.421	397.183	11.103	-383.762
B Sonderposten	30.347.554	31.807.365	33.289.229	-1.459.811
C Rückstellungen	129.872	351.276	235.878	-221.404
D Verbindlichkeiten	14.721.731	14.551.203	14.147.585	170.528
E Rechnungsabgrenzungsposten	65.100	0	0	65.100
Summe Passiva	45.277.678	47.107.027	47.683.794	-1.829.349

Vogelsang ip gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.107.796	2.154.068	2.161.985	-46.272
2	Bestandsveränderungen	-12.295	-66.310	-50.586	54.016
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	209.776	244.501	461.795	-34.725
4	Sonstige betriebliche Erträge	2.932.787	2.956.623	2.670.579	-23.836
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	342.020	343.972	307.632	-1.952
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	188.527	180.640	149.607	7.887
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	153.493	163.332	158.026	-9.839
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.875.173	1.650.830	1.525.834	224.344
a)	Löhne und Gehälter	1.556.009	1.363.291	1.263.894	192.718
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	319.164	287.539	261.941	31.626
7	Abschreibungen	2.025.654	2.025.255	1.995.094	399
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.118.825	1.147.551	1.201.538	-28.725
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.946	61.419	753	-56.473
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266.122	251.526	200.970	14.596
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.571	6.239	13.457	-18.809
12	Sonstige Steuern	11.548	11.548	0	0
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-383.762	-86.619	0	-297.142
14	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	16.197	16.198	0	-0
15	Entnahme aus der Kapitalrücklage	313.381	86.619	0	226.761
16	Bilanzverlust	86.579	16.197	0	-70.381

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2019 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2019 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte satzungsgemäß ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führte satzungsgemäß ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000 € auf, die von den Gesellschaftern quotall eingebracht sind. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht eine Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist satzungsgemäß auf maximal 1,4 Mio. € p.a. beschränkt. Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 in den Jahren 2020 ff. einen wirtschaftlichen Optimierungskurs mit dem Ziel, das mittelfristige Ziel eines Gesellschafterverlustausgleichs von jährlich maximal 1,2 Mio. € zu erreichen; dies soll insbesondere durch eine systematische Markterschließung bzw. -durchdringung erreicht werden. Wie die obigen Zahlen zeigen, hat sich im Jahr eine gegenteilige Entwicklung ergeben, die aber in Teilen auf Sondereffekten, z.B. bei der NPZ-Abrechnung basiert. Für das Jahr 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie nach dem derzeitigen Stand mit einem Ergebnis in einer ähnlichen Dimension, d.h. Überschreitung der derzeitigen satzungsgemäßen Grenzen von 1,4 Mio. € zu rechnen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Der bisherige Geschäftsführer der GmbH, Albert Moritz, hat seinen Arbeitsvertrag bei der GmbH mit Ablauf des 06.04.2020 gekündigt. Als Nachfolger wurde bei der Gesellschafterversammlung am 25.11.2019 Thomas Kreyes bestellt, der die Gesellschaft seit dem 01.03.2020 zunächst gemeinsam mit Albert Moritz führt, ab dem 07.04.2020 dann alleiniger Vertreter ist.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation)
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- die Durchführung der Wechselausstellung „Weimar im Westen“,
- den Betrieb des zentralen Besucherparkplatzes und
- den Betrieb des Geländemanagements (zeitlich befristet bis Ende 2020).

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die GmbH

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel und der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Gastronomie an die Kaspar Gastronomie

Mit Wald und Holz NRW besteht weiterhin ein Geschäftsbesorgungsvertrag.

Im Ergebnis waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

			Veränderung	
	2019	2018	Anzahl	in %
1. Besucher Gelände ca.	281.500	270.500	+ 11.000	+ 4%
2. Besucher NS-Dokumentation	38.873	34.493	+ 4.380	+ 13%
3. Anzahl Bildungsformate gesamt	2.041	2.040	+ 1	+ %
Teilnehmende gesamt	35.470	35.651	-181	-1%
Anzahl offene Führungen	664	660	+ 4	+ 1%
Teilnehmende offene Führungen	10.148	10.059	+ 89	+ 1%
Anzahl gebuchte Führungen	920	986	-66	-7%
Teilnehmende gebuchte Führungen	15.538	17.250	-1.712	-10%
Anzahl Jugendbildungsformate	445	370	+ 75	+ 20%
Teilnehmende Jugendbildung	9.559	7.771	+ 1.788	+ 23%
Anzahl sonstige vertiefende Angebote (z.B. Workshops)	12	24	-12	-50%
Teilnehmende sonstige vertiefende Angebote	225	571	-346	-61%
4. Anzahl offene Turmaufstiege	394	402	-8	-2%
Teilnehmer Turmaufstiege	2.432	2.567	-135	-5%

Die in der konsolidierten Wirtschaftsplanung 03/2019 angestrebte deutliche Steigerung der Nachfrage gegenüber dem Vorjahr - durch werbliche Aktivitäten sowie neue Formate - konnte nicht in dem avisierten Umfang erreicht werden.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2019 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortgeführt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte - u.a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB).

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter geförderten investiven Maßnahmen zum Forum Vogelsang IP standen im Jahr 2019 unverändert eine Vielzahl kleinteiliger Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen an.

Zur Finanzierung der über die Förderung hinaus gehenden Mehrkosten dienen zwei bankenfinanzierte, langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € sowie ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des LVR.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Geschäftsergebnis 2019 liegt - vor Gesellschafterverlustausgleich - bei einem Minus in Höhe von 1.492.161,74 € und damit um 383.761,75 € über dem Planwert bzw. den eingezahlten Gesellschafterbeiträgen von 1.108.399,99 €; das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus folgenden Aspekten:

- geringere als geplante Umsatzerlöse,
- Mindererlöse im Bereich der Drittmittelprojekte,
- außerordentliche Aufwendungen aus geänderten Abrechnungen für Vorjahre mit Wald und Holz NRW
- Senkung des Pachtzinses der Gastronomie

- unerwartete Anstiege bei den Energie- und Versicherungskosten.

Die Differenz zum Planwert soll lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 durch die Inanspruchnahme der Kapitalrücklage aufgefangen werden. Deren Bestand zum 31.12.2018 von 313.380,53 € ist mit dem aktuellen Jahresfehlbetrag aufgebraucht. Weiterhin besteht noch ein Verlustvortrag aus Vorjahren von 16.197,50 €. In Summe ergibt sich ein restliches Stammkapital von 13.421,28 €.

2.1.4 ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2019, wie in den Vorjahren, vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht.

Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort und die Wirkung als kultur-, bildungs- und touristische Destination im Nationalpark Eifel sind hierbei zu nennen.

In 2019 wurde die Anerkennung des Bildungswerks der GmbH nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW beantragt; das Anerkennungsverfahren ist zum Zeitpunkt dieses Lageberichts noch nicht abgeschlossen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist im Wesentlichen durch die folgenden Positionen geprägt:

		2019	2018	Veränderung	
		T€	T€	T€	in %
	AKTIVA				
1.	Sachanlagen	43.276	44.642	-1.366	-3%
2.	Umlaufvermögen	1.943	2.742	-799	-29%
	Vorräte	152	160	-8	-5%
	Sonstige Vermögensgegenstände	308	1.177	-869	-74%
	Liquide Mittel	1.483	1.269	+ 214	+ 17%
3.	Rechnungsabgrenzungsposten	59	57	+ 2	+ 4%
	PASSIVA				
1.	Eigenkapital	13	397	-384	-97%
2.	Sonderposten für Zuschüsse	30.348	31.807	-1.459	-5%
3.	Rückstellungen	130	351	-221	-63%
4.	Verbindlichkeiten aus Krediten ggü. Kreditinstituten	8.992	13.061	-4.069	-31%
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	5.730	5.124	+ 606	+ 12%
	davon u.a.				
	LVR-Darlehen	4.105	3.733	+ 372	+ 10%
	aus Vorleistung von Gesellschafterzuschüssen	881	823	+ 58	+ 7%
	aus Lieferungen und Leistungen	408	435	-27	-6%
	aus Umsatzsteuer	354	390	-36	-9%
6.	Rechnungsabgrenzungsposten	65	0	+ 65	

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 100.000 € ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsbezogenen, kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens für ein Gesellschafterdarlehen des Landschaftsverbands Rheinland LVR von bis zu 4,5 Mio. € (davon Ende 2019 in Anspruch genommen: 4 Mio. €), sowie
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet. Der zusätzliche Kontokorrentrahmen des LVR in Höhe von maximal 1,0 Mio. € im Rahmen des Cash-Poolings wurde Ende 2019 kurzzeitig in Anspruch genommen und zwischenzeitlich wieder zurückgezahlt.

Zum Ende des Jahres 2019 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 43 T€ (Vorjahr: 406 T€), im Wesentlichen zum Stichtag vergebene Aufträge für Umbauarbeiten.

Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.483 T€ (Vorjahr: 1.269 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb verlief im Jahr 2019 im Ergebnis schlechter als in 04/2019 durch die konsolidierte Wirtschaftsplanung definiert - die Hintergründe wurden weiter oben beschrieben.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2019 einen Verlust vor Gesellschafterverlustausgleich in Höhe von 1.492.161,74 € (Vorjahr -1.091.470,47 € aus. Dieser Verlust liegt damit um 383.761,75€ über dem Planwert bzw. den eingezahlten Gesellschafterbeiträgen von 1.108.399,99 € und

um 92.161,74 € über dem satzungsgemäßen Wert von 1,4 Mio. € als maximale Einzahlungsverpflichtung der Gesellschafter (vgl. § 16 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages).

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2019 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen:

		2019	2018	Veränderung	
		T€	T€	T€	in %
1.	Umsatzerlöse	2.108	2.154	-46	-2%
	davon u.a.				
	Bildungsprogramme Akademie	234	233	+ 1	+ %
	Ausstellungseintritte NS-Dokumentation	234	205	+ 28	+ 14%
	Shop	137	137	+ 0	+ %
	Parkplatz	182	161	+ 21	+ 13%
	Miete NPZ	851	855	-4	-%
	NPZ-Geschäftsbesorgung	164	160	+ 4	+ 3%
	NPZ / Korrekturen aus Vorjahren	161	-	-161	
	Vermietung Tagungsräume / Veranstaltungen	82	87	-5	-6%
	Serviceleistungen	34	24	+ 10	+ 41%
	Pacht Gastronomie	57	77	-20	-26%
	Nebenkosten Gastronomie	64	63	+ 1	+ 2%
2.	Bestandsveränderungen	- 12	- 44	+ 32	-72%
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	210	222	-12	-6%
4.	Erlöse aus Auflösung SoPo	1.460	1.482	-22	-1%
5.	Sonstige betriebliche Erträge (ohne Gesellschafterzuschuss)	365	470	-105	-22%
	davon u.a.				
	Drittmittelprojekte	295	363	-68	-19%
	Periodenfremde Erträge / Sondereffekte	103	96	+ 7	+ 8%
6.	Materialaufwand	336	344	-8	-2%
	davon u.a.				
	Wareneinkauf +/- Bestandsveränderung	75	75	-0	-%
	ReferentInnenkosten	154	164	-10	-6%
	bezog. Leistungen NPZ (s.o. Progr. + Eintritte)	113	105	+ 8	+ 8%
7.	Personalaufwand	1.875	1.651	+ 224	+ 14%
8.	Abschreibungen	2.026	2.025	+ 0	+ %
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.119	1.148	-29	-2%
	davon u.a.				
	Betriebskosten Gebäude	668	601	+ 68	+ 11%
	Mieten/Raumkosten	41	34	+ 7	+ 20%
	periodenfremde Aufwendungen	8	18	-10	
	sonstige Aufwendungen	402	353	+ 48	+ 14%
	Sonstige Zinsen und ähnliche				
10.	Erträge	5	61	-56	-92%
	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266	252	+ 14	+ 6%
11.	Steuern	1	- 18	+ 19	-106%
	Ergebnis vor Gesellschafterverlustrausgleich	1.492	- 1.091	-401	+ 37%
	Verlustrausgleich (lt. Beschluss/Einzahlung)	1.108	1.005	+ 104	+ 10%
	übersteigender Verlust	- 384	87	-470	-543%

3. PROGNOSEBERICHT

Durch die „Corona-Krise“ ist der weitere Verlauf des Jahres 2020 für die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht noch unwägbar. Nachdem sich bereits Ende Februar / Anfang März in Form von Umsatzrückgängen und Stornierungen (in allen Segmenten) Vorboten der Krise zeigten, wurde der Betrieb des Besucherzentrums sowie der Ausstellungen im Forum Vogelsang IP am 16.03.2020 zunächst bis auf Weiteres eingestellt - analog der Schließung aller Landes- und LVR-Einrichtungen. In den Monaten März und April wurde Kurzarbeit geleistet. Ab dem 04.05.2020 erfolgte die Wiedereröffnung des Besucherzentrums und der Ausstellung zur NS-Dokumentation Vogelsang, ab dem 13.05. der verpachteten Gastronomie. Trotz aller

möglichen Minimierungsaktivitäten der GmbH ist in 2020 mit einem Verlust über dem satzungsgemäßen Rahmen von 1,4 Mio. € zu rechnen. Die Gesellschaft erarbeitet eine Fortschreibung der Wirtschaftsplanung und wird diese den Gremien zur Beschlussfassung vorlegen.

Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2020 ist nach jetziger Sicht

- die Prüfung und ggf. geänderte strategische Ausrichtung der GmbH,
- die Sicherung, im Idealfall Steigerung der Wahrnehmung als Bildungs- und Ausflugsdestination,
- die Wiedergewinnung, im Idealfall Steigerung der vormaligen Nachfrage und damit die Sicherung der Umsatzerlöse

Ein entsprechender Strategieprozess unter Einbindung der Gesellschafter, der Standortpartner und der Mitarbeiter der GmbH wurde vom neuen Geschäftsführer Thomas Kreyes im April 2020 gestartet und soll im Sommer 2020 abgeschlossen werden.

Bei den geförderten Investitionsprojekten ist bis zum Ende der Zweckbindungsdauer grundsätzlich das Risiko von Rückforderungen von Zuwendungsgebern als Ergebnis von Prüfungen gegeben - auch wenn die bisherigen Prüfungen zu keinen Rückforderungen geführt haben. Unverändert sind einzelne Baugewerke noch nicht abgeschlossen bzw. es laufen noch einzelne Auseinandersetzungen mit Firmen und Insolvenzverwaltern.

4. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 in den Jahren 2020 ff. einen wirtschaftlichen Optimierungskurs mit dem Ziel, das mittelfristige Ziel eines Gesellschafterverlustausgleichs von jährlich maximal 1,2 Mio. € zu erreichen; dies soll insbesondere durch eine systematische Markterschließung bzw. -durchdringung erreicht werden. Wie die obigen Zahlen zeigen, hat sich im Jahr eine gegenteilige Entwicklung ergeben, die aber in Teilen auf Sondereffekten, z.B. bei der NPZ-Abrechnung basiert. Für das Jahr 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie nach dem derzeitigen Stand mit einem Ergebnis in einer ähnlichen Dimension, d.h. Überschreitung der derzeitigen satzungsgemäßen Grenzen von 1,4 Mio. € zu rechnen.

Der bisherige Geschäftsführer der GmbH, Albert Moritz, hat seinen Arbeitsvertrag bei der GmbH mit Ablauf des 06.04.2020 gekündigt. Als Nachfolger wurde bei der Gesellschafterversammlung am 25.11.2019 Thomas Kreyes bestellt, der die Gesellschaft seit dem 01.03.2020 zunächst gemeinsam mit Albert Moritz führt, ab dem 07.04.2020 dann alleiniger Vertreter ist.

Die Wirtschaftsplanung 2020 ist vor dem Hintergrund der unter 4. beschriebenen Randbedingungen zwar vom Ergebnis her völlig ungewiss, jedoch liegt eine gesicherte wirtschaftliche Situation vor.

In gleicher Sitzung wurde der eingeschlagene Konsolidierungsprozess auch für 2020 ff. als Ziel bestätigt, insbesondere:

- Steigerung der Umsatzerlöse durch Vertriebs- bzw. Kommunikationsoffensiven, Produkt- bzw. Angebotsentwicklungen, einzelne Preiserhöhungen sowie eine Erhöhung der Besuchs- bzw. Kaufanreize auf dem Gelände,
- Einwerbung von Spendengeldern / Sponsoring sowie
- eine Reihe von kleinteiligen Maßnahmen.

Für 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie mit einer weiteren Verschlechterung der Situation zu rechnen.

5. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 15.05.2020

Thomas Kreyes | Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	48	42	38	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Besucherzahlen	281.500	270.500	270.000	
Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“	38.873	34.493	35.534	
„Wildnis(t)räume“	ca. 16.000	21.611	18.266	

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.200 €	50,00 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Dahlem	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400,00 €	100,00 %

Der Rat der Gemeinde Weilerswist hat in seiner Sitzung am 19.12.2019 den Austritt aus der Nordeifel Tourismus GmbH zum 31.12.2020 beschlossen. Gem. den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages übernimmt der Kreis Euskirchen den Stammkapitalanteil in Höhe von 1.200 €.

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 310.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 25.000 € begrenzt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Gesellschafterzuschuss	150 57104 01	299.972 €	310.000 €	250.659 €
Projektbüro Wanderwelt	150 57104 16	5.555 €	5.555 €	5.555 €
Zusch. Tourismuswerkstatt	150 57104 00	2.802 €	2.361 €	0 €
<u>Regionalverkehr Köln GmbH</u>				
Miete Geschäftsstelle		28.133 €	28.133 €	26.349 €
Betreuung IT		971 €	6.178 €	971 €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Strom- und Gasbezug		4.002 €	4.590 €	4.267 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 17 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Ingo Hessenius	GBL I
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

Bezüge 2019
7.902,90 €

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 01.04.2020 den Beschluss gefasst, die Geschäftsanteile der Gemeinde Weilerswist, infolge deren Austrittsbeschluss, zum 01.01.2021 zu übernehmen (V 648/2020).

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Markus Ramers	Landrat	Ingo Hessenius	GBL I
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Bernd Müller	CDU
3. Wolfgang Heller (stv. Stimmführer)	SPD	Michael Höllmann	SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Nordeifel Tourismus GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.548	15.956	25.598	-2.408
Sachanlagen	9.643	14.165	18.166	-4.522
	23.191	30.121	43.764	-6.930
B Umlaufvermögen				
Vorräte	11.542	9.695	6.711	1.847
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.354	13.939	8.016	13.416
Liquide Mittel	142.224	49.205	67.052	93.020
	181.121	72.838	81.779	108.282
C Rechnungsabgrenzungsposten	4.349	1.233	4.129	3.116
D Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	60.197	61.687	-60.197
Summe Aktiva	208.661	164.389	191.359	44.272
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	4.246.650	3.647.810	3.104.479	598.840
Bilanzverlust	-4.210.950	-3.734.407	-3.192.566	-476.542
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	60.197	61.687	-60.197
	62.101	0	-0	62.101
B Rückstellungen	84.535	105.152	109.420	-20.617
C Verbindlichkeiten	58.561	56.387	79.439	2.174
D Rechnungsabgrenzungsposten	3.464	2.850	2.500	614
Summe Passiva	208.661	164.389	191.359	44.272

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	327.386	324.383	304.973	3.003
2	Sonstige betriebliche Erträge	44.704	64.504	27.089	-19.800
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	113.178	100.868	101.324	12.310
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	113.178	100.868	101.324	12.310
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	424.205	452.311	408.993	-28.105
a)	Löhne und Gehälter	345.355	370.872	335.999	-25.517
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	78.851	81.439	72.994	-2.588
5	Abschreibungen	16.662	17.054	15.857	-392
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	284.236	344.177	369.793	-59.941
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13	2.500	3.000	-2.487
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.245	11.099	3.400	-854
9	Ergebnis nach Steuern	-476.448	-539.123	-570.305	62.674
10	Sonstige Steuern	94	2.719	58.872	-2.625
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-476.542	-541.842	-629.177	65.299

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagementorganisation (DMO) tätig und fungiert im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv. Künftig wird sie auch in das Innovationsnetzwerk Tourismus im Rheinischen Revier einbezogen sein.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftsvertrag verankerten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer (Teil)-Region federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern¹, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Betrieb der Tourismuswerkstatt Eifel, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd.

3. Forschung und Entwicklung

Ein vom Kreis Euskirchen in Auftrag gegebenes Gutachten an das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF), das den Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Nordeifel beleuchtet und sich auf Zahlen aus dem Jahr 2017 bezieht, wurde im Frühjahr 2018 fertiggestellt und über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht. Gleiche Gutachten wurden bereits in den Jahren 2012 und 2015 erstellt. Insgesamt lässt sich ableiten, dass die touristische Entwicklung in der Region zu deutlich steigenden Effekten bei der Wertschöpfung geführt hat. Somit hat sich der Stellenwert der Tourismusbranche als Wirtschaftszweig für den Kreis Euskirchen weiter erhöht. Ein erneutes Gutachten mit Bezug auf das Jahr 2019 ist in Auftrag gegeben worden.

Zur dauerhaften Marktforschung wurden die Gästebefragungen in den Tourist-Informationen und bei Buchungen von Mehrtagesarrangements fortgesetzt.

Wie in den Vorjahren wurden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch Partner wie NRW Tourismus e.V., Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Eifel Tourismus GmbH und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst, welche der Nordeifel Tourismus GmbH vorliegen und für die tägliche Arbeit genutzt werden.

¹ Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (Struktur- und Wirtschaftsförderung, Pressestelle, ÖPNV, Katasteramt und Fahrradbeauftragter des Kreises) und die Kommunen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2019 vorgelegt hat. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich zum Jahr 2018 sowohl Zuwächse bei den Gästeankünften als auch bei den Übernachtungen (jeweils + 2,6 %) in Betrieben mit mehr als 10 Betten.

Im Kreis Euskirchen ist es im Jahresverlauf 2019 sowohl zu einem Anstieg bei den Gästeankünften (+ 6,8 %) als auch bei den Übernachtungen (+5,8 %) gekommen und liegt damit über dem Landesdurchschnitt. Nahezu alle Kommunen – die Daten von Weilerswist und Mechernich sind aus Datenschutzgründen nicht bekannt – können Gewinne verzeichnen. Rückgänge in Nettersheim sind mit der Schließung der Eifelhöhenklinik im November und Dezember 2019 zu erklären. Für das Jahr 2020 wird sich die inzwischen dauerhaft vollzogene Schließung spürbar auf die Gesamtjahresstatistik auswirken.

Die positiven Zahlen untermauern die Position der Nordeifel als Kurzurlaubsziel für die Bevölkerung in den Ballungsgebieten im näheren Umfeld sowie in Belgien und den Niederlanden. Der gesellschaftliche Trend, im Alltag nachhaltiger zu agieren, und dazu zählt auch das Reiseverhalten, hat sicherlich einen gewissen Einfluss.

Ein besserer Blick auf die gesamttouristische Situation und damit eine gute Einordnung der Lage wird deutlich bei Betrachtung der touristischen Entwicklung in den letzten elf Jahren. Seit dem Jahr 2009 bis zum Jahr 2019 sind die Zahl der Gästeankünfte (+ 24,91 %) und Übernachtungen (+ 15,55 %) deutlich gestiegen. Die Anzahl der Betriebe hat sich in diesem Zeitraum von 139 leicht auf 145 erhöht, die Anzahl der Betten hat hingegen einen Rückgang von 6.773 auf 6.173 erfahren.

Insgesamt fällt der Trend auf, dass sich die Aufenthaltsdauer tendenziell weiter verkürzt hat. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt aktuell 2,8 Tage und ist ein weiterer Beleg, dass die Nordeifel ein klassisches Kurzurlaubsziel ist.

Neben begünstigenden Faktoren steht die Region jedoch auch vor Herausforderungen, wie den in vollem Gange befindlichen Strukturwandel, insbesondere bei inhabergeführten Hotels und Gastronomiebetriebe. Hier gilt es die Betriebe mit intelligenten und zukunftsweisenden Unterstützungsangeboten zu begleiten sowie eigene, mitunter kreative Lösungen zu entwickeln.

Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus, auch mit Berücksichtigung des Übernachtungstourismus in Betrieben unter 10 Betten sowie des Tagestourismus wird im bereits erwähnten DWIF-Gutachten dargestellt.

Angesichts der bestehenden Angebotsstruktur kann festgestellt werden, dass bei Übernachtungen in Betrieben mit mehr als 10 Betten, die in der offiziellen Statistik des Landes NRW ausgewiesen werden, ein konstant hohes Niveau gehalten werden konnte. Angesichts des Trends, den Urlaub im eigenen Land zu verbringen, ist davon auszugehen, dass bei einem qualitativ hochwertigeren und einem noch mehr auf die Zielgruppen zugeschnittenen Angebot weitere Zuwächse in der Nordeifel möglich wären.

Durch Betriebsübernahmen und neue Übernachtungsangebote in Vogelsang, Kronenburg und in Gemünd sind trotz der Schließung der Eifelhöhenklinik in den nächsten Jahren auch positive Impulse zu erwarten. Mit Blick auf die amtliche Übernachtungsstatistik sei darauf hingewiesen, dass diese die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden.

Entwicklung der Übernachtungszahlen für das Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 in NRW und im Kreis Euskirchen:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	24.309.650	+2,6	53.259.784	+2,6	2,2
Kreis Euskirchen	313.606	+ 6,8	892.784	+5,8	2,8

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2020

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2019:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der Ankünfte zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchsch. Aufenthaltsdauer in Tagen	Mittlere Auslastung der angebotenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	6,5	749.179	1,6	3,0	31,9
2012	263.173	4,8	804.307	7,5	3,1	33,9
2013	276.835	5,2	841.199	4,6	3,0	35,3
2014	291.604	5,3	888.285	5,6	3,0	33,4
2015	293.627	0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2
2017	304.454	7,3	864.474	3	2,8	36,9
2018	293.531	-3,6	844.175	-2,3	2,9	36,1
2019	313.606	+6,8	892.784	+5,8	2,8	35,5

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2020

2. Geschäftsverlauf 2019

Die Erreichung der Unternehmensziele und die Umsetzung der Strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verfolgt:

- Auf Basis konkreter Handlungsempfehlungen wurde das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 weiter umgesetzt. Zur Umsetzung beigetragen haben
 - der Relaunch von Printprodukten
 - die Verbreitung des Leitbildes
 - die Mitarbeit im Projekt „Wanderwelt der Zukunft“
 - die Mitarbeit im Projekt „Unternehmensnachfolge im Gastgewerbe“
 - die Umsetzung des Projektes „Tourismuswerkstatt Eifel“
 - die Fortführung des Eifelsteig-Wanderbusses als Regelangebot und die Einführung des Eifel-Fahrradbusses in Zusammenarbeit mit dem Kreis Euskirchen sowie dessen Fortführung als Eifel-Wander & Radbus in der Saison 2020
 - die Erarbeitung von Optimierungsvorschlägen für verbundübergreifende Buslinien innerhalb der Nationalpark-Region
 - die Fortführung der GästeCard
 - die Mitarbeit am Radkonzept Eifel
 - die Durchführung des fünften touristischen Netzwerk-Treffens „NeTWorking Nordeifel“ in der Nordeifel mit gleichzeitiger Feier „10 Jahre NeT“
 - die Mitarbeit an der Tourismusstrategie Eifel der Eifel Tourismus GmbH
 - die Federführung bei der Vorbereitung der Krimitage „Nordeifel Mordeifel 2020“ sowie der Archäologietour Nordeifel 2019 & 2020 (Coronabedingt teilweise Absagen bzw. eingeschränkte Umsetzung)
 - die Durchführung einer google-adwords-Kampagne zur unterstützenden Vermarktung der Mehrtagesarrangements
 - die Nutzung von instagram als weiteres soziales Netzwerk
 - die Erarbeitung und Umsetzung des Nachfolgekonzeptes „Nachtlichter Nordeifel“ als Ersatz für „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ ab Herbst 2019
 - die Veröffentlichung von zwei Videos zum Thema Radfahren und Familienurlaub
 - die Produktion von verschiedenen Kurzvideos (10-15 Sekunden) für die Homepage und social media-Kanäle
 - die Vorbereitungen für den Relaunch von www.nordeifel-tourismus.de
 - mehrere Abstimmungsgespräche mit der Eifel Tourismus GmbH zur Verbesserung der Zusammenarbeit
- Um die Nordeifel Tourismus GmbH als Organisation, aber auch die Region Nordeifel strategisch für die Zukunft aufzustellen, wurde nach Auftragsvergabe an die begleitende Agentur BTE aus Berlin ab Sommer 2019 mit den Arbeiten zur Fortschreibung des Tourismus- und Marketingkonzeptes für den Zeitraum 2020-2025 begonnen.
- Ebenso wurden Vorbereitungen getroffen und ein positives Votum im LAG-Koordinierungskreis der LEADER-Region Eifel über die Verlängerung der Tourismuswerkstatt Eifel bis Mitte 2023 erzielt. Die folgenden, aufgeführten Maßnahmen ergänzen die Aktivitäten der Geschäftsstelle im operativen Geschäft

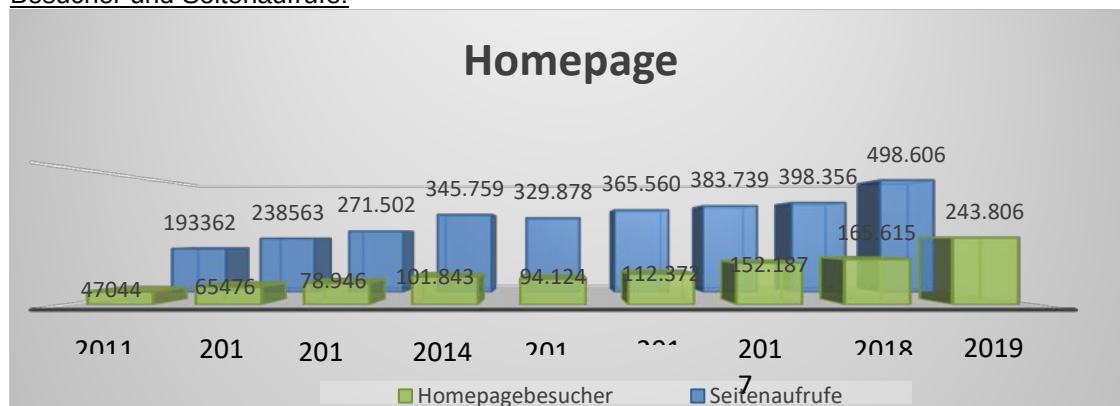
- Rezertifizierung der Geschäftsstelle als Qualitätsbetrieb „Servicequalität Deutschland“ für den Zeitraum 2019-2022
- Rezertifizierung des Nationalpark-Tors Gemünd mit der i-Marke des Deutschen Tourismusverbandes
- Gewinn des Innovationswettbewerbs von Tourismus.NRW mit Arrangements zum natürlichen Nachterlebnis
- Jahresgespräche mit folgenden Gesellschaftern: Stadt Bad Münstereifel, Gemeinde Weilerswist und Stadt Schleiden
- Präsentation der Tätigkeit der NeT GmbH im Fachausschuss der Stadt Bad Münstereifel, der Stadt Mechernich, der Gemeinde Hellenthal und der Gemeinde Dahlem
- Präsentation der Aufgaben und Leistungen der Nordeifel Tourismus GmbH bei einer Informationsveranstaltung der Gemeinde Weilerswist vor dem Hintergrund des anstehenden Austritts, der trotz aller Bemühungen politisch Mitte Dezember 2019 beschlossen worden ist.
- Präsentation der Aufgaben und Ziele der Nordeifel Tourismus GmbH vor dem Hintergrund der zukünftigen Finanzierung im Vorstand der CDU-Kreistagsfraktion Euskirchen
- Hospitationen von Herrn Hand (Gemeinde Weilerswist) und Frau Schößler (Gemeinde Hellenthal) in der Geschäftsstelle in Kall
- Antrittsbesuch von Herrn Piecha als neuen Ansprechpartner der IHK Aachen für Tourismus
- Antrittsbesuch von Frau Schneider als neuer touristischen Ansprechpartnerin der Stadt Zulpich
- Mitwirkung beim touristischen Netzwerktreffen der Gemeinde Dahlem im April 2019
- Präsentation des Sachstandes der „Wanderwelt der Zukunft“ in der Bezirksgruppe Euskirchen des Eifelvereins im November 2019
- Regelmäßige Quartals-Treffen mit den touristischen Arbeitsgemeinschaften Rureifel und Monschauer Land
- Eröffnung weiterer Trekkingplätze und die Fortführung der Rolle als Buchungsstelle für das Angebot Trekking Eifel
- Beginn der Zusammenarbeit mit der Firma Buchmann als Anbieter von Pedelegs- und Trekkingrädern im Nationalpark-Tor Gemünd ab April 2019
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (2 x im Jahr 2019), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen / Gremien: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Vorstand Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Wasserburgen-Route, AG Nationalpark-Tore, AG Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln, LAG-Koordinierungskreise LEADER Eifel und Zülpicher Börde, Innovationsregion Rheinisches Revier, Global Nachhaltige Kommune GNK, Klimafolgenanpassungskonzept Kreis EU
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl, Suchmaschinenoptimierung und Google-Adwords-Kampagnen.
- Mitarbeit an der Erstellung der Homepages www.eifelschleifen.de und www.eifelspuren.de
- Federführung beim Relaunch von www.roemerkanal-wanderweg.de und www.die-wasserburgen-route.de
- Betrieb und laufende Optimierung von den Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwunderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de, www.nordeifel-mordeifel.de, www.eifelsteig-wanderbus.de und www.eifel-fahrradbus.de.
- Zusammenarbeit mit 160 Gastgebern in Deskline 3.0 sowie deren Betreuung
- Eingabe von sämtlichen Veranstaltungen im Gesellschafterraum in Deskline 3.0
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästemagazin Nordeifel 2020“, Pocketguide „Radfahren in der Nordeifel“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2020, Flyerkarte „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2020, Flyer touristische Mobilitätslinien, Flyer GästeCard, Flyer touristische Buslinien und 12 monatlicher Veranstaltungskalender
- Bündelung und Vermarktung eines Programms mit vier geführten Erlebniswanderungen anlässlich von 10 Jahren Eifelsteig und Vorbereitung des Jahreswanderprogramms auf den EifelSpuren in 2020
- Nachdruck diverser thematischer Broschüren
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: Innenstadteinsätze Köln, Essen, und Bonn, Radaktiv Düsseldorf, Deutscher Wandertag Schmallerberg / Winterberg, Aktionstag Eifeler Sonntagsausflug, Radaktionstag „Grenzenlos Kyll-Radweg, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Bad Münstereifel, Country Homes in Mechernich, Gewerbeschau in Kall, Narzissenfest in Hellenthal, Eifel vital-Tag in Nettersheim, Ginsterblütenfest in Schleiden, Triathlon am Freilinger See, Flugplatzwiesenfest in Weilerswist, Herbst- und Streetfood-Markt, Eröffnung Römerkanal-Infozentrum in Rheinbach
- Teilnahme an der Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB) und am Tourismustag NRW
- Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen, 40 Erstberatungsfälle mit entsprechenden Folgeberatungen

- 86 Klassifizierungen nach den Kriterien des Deutschen Tourismusverbandes e.V. (DTV) in Ferienwohnungen und Ferienzimmern
- 2 Schulungstermine für die Counterkräfte aller Tourist-Informationen: Produktschulung in Gemünd und Touristiker-Tag in Mechernich
- Koordination und Durchführung des Aktionstages „Zu Gast in der eigenen Heimat“ mit 32 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe für 2020
- Organisation und Durchführung des Aktionstages „Eifeler Sonntagsausflug“ und Vorbereitung des Eifeler Sonntagsausflugs im 2020
- Fünf Pressekonferenzen: „Zeitreise“, „touristische Linien 2019“, „Zu Gast in der eigenen Heimat 2019“, „Tourismuswerkstatt Eifel“ und „Archäologietour Nordeifel“
- Teilnahme an der PK „10 Jahre Eifelsteig“ und „Eröffnung neuer Trekking-Plätze“,
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: „Familienfreundliche Gastgeber“, Produkt „Zeitreise“, Beratungstage 2020, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Aktionstag „Eifeler Sonntagsausflug“, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „touristische ÖPNV-Linien“, NeTWorking Nordeifel und 10 Jahre NeT, „Nachhaltigkeit“, Zusammenarbeit mit Hotel zum Schwan, Nachtlicher Nordeifel, Erlebniswanderungen 10 Jahre Eifelsteig, Ausbildung Guides über die Tourismuswerkstatt Eifel, Sieger Innovationswettbewerb Tourismus NRW
- Interviews, u.a. WDR, DPA, Kölner Zeitungsgruppe und Radio Euskirchen
- Projektauftritt „Unterm Sternenzelt – Eifel bei Nacht“ und Beteiligung als Projektpartner
- Infoveranstaltung für familienfreundliche Betriebe im Januar 2019 als Baustein der Tourismuswerkstatt Eifel
- Mitarbeit und Fertigstellung des Konzeptes „barrierefreie Eifel“
- Vertragsabschluss mit der Fa. Caterpillar als Reiseziel bis 2024 für die Mitglieder des angeschlossenen Erholungswerks
- Teilnahme von Frau Welter, Frau Habrich und Herrn Schmitter an den Expertenschulungen für DTV-Prüfer
- Exkursion mit Studierenden der IUBH Düsseldorf im Nationalpark Eifel
- Vorstellung der Aufgaben und Ziele der Nordeifel Tourismus GmbH bei einer Präsentation vor Studierenden der IUBH Düsseldorf
- Vorstellung der Aufgaben und Ziele der Nordeifel Tourismus GmbH in der Wirtschaftsfachschule für Tourismus am Berufskolleg Eifel in Kall
- Produktentwicklung im Rahmen des Projektes „Sehnsuchtsziel Natur“
- Produktentwicklung für die EifelSpuren
- Mitarbeit bei der Umsetzung des Projektes „Römerinfozentrum Rheinbach und tour. Inwertsetzung des Römerkanal-Wanderwegs“
- Eröffnung der neuen Tourist-Information für die Stadt Mechernich im Krewelshof Eifel
- Vorbereitung der google-adwords-Kampagne im Jahr 2020 für die Themen Radfahren und Wandern

Statistische Erhebungen

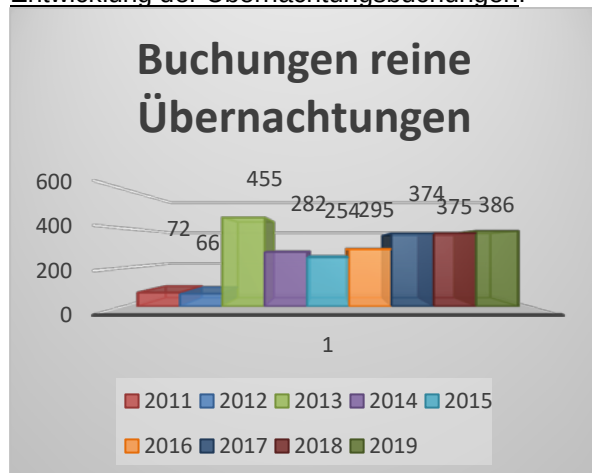
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2019 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besucher und Seitenaufrufe:



Eigene Erhebungen, Januar 2020

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



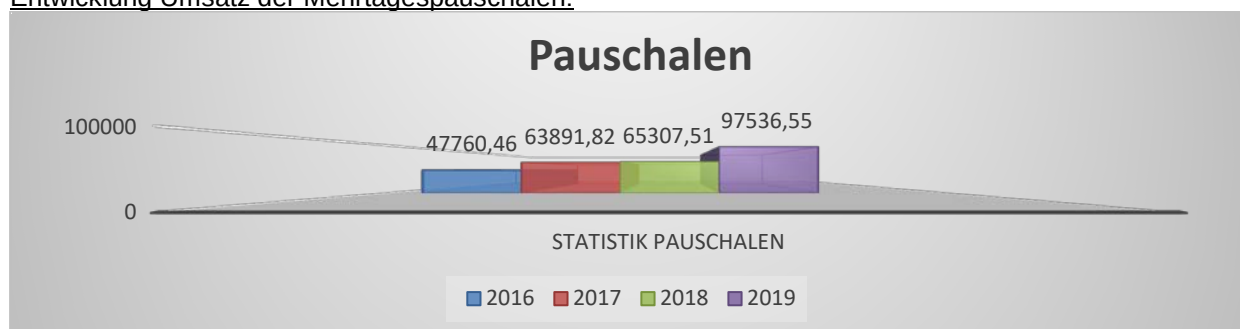
Eigene Erhebungen, Januar 2020

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2020

Entwicklung Umsatz der Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2020

Die Nordeifel Tourismus GmbH im Vergleich zu den Umsatzstärksten Stützpunkten der Eifel in 2019:



Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Januar 2020

Vergleich Buchungen im Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019 (nach Erfassungsdatum) gegen den Zeitraum aus dem Vorjahr

01.01.2019 - 31.12.2019

ExpertClient

Buchungen

119

Umsatz

27.610,67 €

Internet

Buchungen

133

Umsatz

21.855,70 €

Gesamt

Buchungen

252

Umsatz

49.466,37 €

Zusätzlich Organisationspauschalen

NeT

2019

Anzahl

140

Umsatz

97.536,55 €

01.01.2018 - 31.12.2018

ExpertClient

Buchungen

236

Umsatz

35.154,69 €

Internet

Buchungen

139

Umsatz

21.882,70 €

Gesamt

Buchungen

375

Umsatz

57.037,39 €

Unterschied Vorjahr (in %)

-49,58%

-21,46%

-4,32%

-0,12%

-32,80%

-13,27%

</

Eigene Erhebungen, Januar 2020

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2016- 2019

Monat	2016	2017	2018	2019
Januar	1.261	1.125	1.409	1.238
Februar	1.340	1.361	1.407	1.854
März	2.443	2.177	1.946	1.999
April	2.473	4.105	4.203	3.851
Mai	4.168	4.076	5.882	3.824
Juni	2.707	4.508	4.158	4.942
Juli	4.875	5.871	5.404	4.976
August	5.292	5.747	5.369	5.425
September	4.453	4.196	4.807	4.051
Oktober	4.190	4.384	4.492	4.401
November	1.465	1.510	1.915	1.686
Dezember	1.593	1.296	1.589	1.636
Gesamt	36.260	40.356	42.581	39.883

Quelle: Nationalparkforstamt, Januar 2020

Erläuterungen zu den Statistiken:

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass großes Interesse von Gästen besteht, sich mittels Homepage und Broschüren sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich sowohl die Besucher- als auch die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de weiter erhöht. Durch eine laufende Suchmaschinenoptimierung, permanente Aktualisierung und Google-Adwords-Kampagnen wird die Homepage www.nordeifel-tourismus.de attraktiv gehalten. Mit dem GO-Live des Relaunchs im Sommer 2020 verfügt die Nordeifel Tourismus GmbH für die Folgejahre über eine zukunftsfähige Online-Präsenz.

Weitere Entwicklungen:

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen touristischen Betrieben die Beratungstage an. Ein Anlass für dieses Angebot sind Beobachtungen und Entwicklungen, dass zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer überlegen, ihre bislang privat genutzten Immobilien zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen dieser Planung ergeben sich verschiedenste Fragestellungen und ein großer Beratungsbedarf. Als zusätzliche Handreichung wird seit Ende 2017 ein Leitfaden mit praktischen Tipps und Hinweisen zur Verfügung gestellt.

Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger und deren Betriebe, die sich im Bereich der Vermarktung, aber auch der Qualität beraten lassen können. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen im Wirtschaftsjahr 2019 weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungsfälle	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
2017	38	15
2018	42	18
2019	40	22
Gesamt	271	126

Eigene Erhebungen, Januar 2020

Vertrieb:

Die Anzahl der **Vertriebsstellen** wird sukzessive erweitert. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, größeren Übernachtungsbetrieben, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen (Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG), Dürener Kreisbahn (DKB) und Regionalverkehr Köln (RVK), der Sängershof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn.

Im Bereich der Kundenbindung ist die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** auf über **3.900** im Dezember 2019 erwähnenswert. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über 4.300 an.

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation (DMO), so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2019 **61,68 %** (Vorjahr 58,28 %).

Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 598.840 € ein (Vorjahr 543.331 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

	2018	Wirtschaftsplan 2019	2019
Umsatzerlöse	324.382,80 €	326.450,00 €	327.386,17 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	64.503,77 €	64.863,00 €	44.704,04 €
Betriebsleistung	388.886,57 €	391.313,00 €	372.090,21 €

Im elften Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu 2018 um 16.796,36 € gesunken.

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen in 2019 **372.090,21 €** (Vorjahr 388.886,57 €). Der Rückgang der Umsatzerlöse im Vergleich zum Wirtschaftsplan ist unter anderem auf die in 2019 fehlenden Erträge für das Projekt Nordeifel-Mordeifel in Höhe von 15 TEUR (findet nur alle zwei Jahre statt) zurückzuführen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist bei den Abrufen zur Projektförderung für die Tourismuswerkstatt Eifel für die Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen 14.461 € weniger abgerufen worden als im Ansatz des Wirtschaftsplans ausgewiesen. Dies ist auf die Akquise von zum Teil kostenlosen oder kostengünstigen Seminarleitern und geringen Kosten im Rahmen der Tourismuswerkstatt Nordeifel zurückzuführen.

Im Projekt Tourismuswerkstatt Eifel konnte im Vergleich zum Jahr 2018 ein deutlicher Zuwachs im Bereich der Seminarerlöse (ca. 8 TEUR) erzielt werden.

In den sonstigen Erträgen wurden im Jahr 2018 u.a. eine Korrektur von Gästecard-Zahlungen (4,5 TEUR), Kostenerstattungen für Nordeifel Mordeifel (10 TEUR) sowie Erstattungen nach dem Aufwendungsabgleich-Gesetz (ca. 7,7 TEUR) verbucht.

Wesentliche Erlöse stammen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop, dem Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden sowie dem Projektbüro „Wanderwelt der Zukunft“. Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2018	Wirtschaftsplan 2019	2019
Materialaufwand	100.868,41 €	100.000,00 €	113.178,43 €
Personalaufwand	452.310,88 €	441.600,00 €	424.205,43 €
Abschreibungen	17.054,25 €	15.000,00 €	16.661,93 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Zinsen	346.676,58 €	358.700,00 €	284.248,10 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.098,98 €	15.000,00 €	10.244,55 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	928.009,10 €	930.300,00 €	848.538,44 €
Ergebnis nach Steuern	-539.122,53 €	-538.987,00 €	-476.448,23 €
sonstige Steuern	2.719,05 €	150,00 €	94,00 €

Jahresfehlbetrag	-541.841,58 €	-539.137,00 €	-476.542,23 €
-------------------------	----------------------	----------------------	----------------------

Der Materialaufwand beträgt in 2019 113.178,43 € (Vorjahr 100.868,41 €). Der Anstieg des Materialaufwands im Vergleich zum Wirtschaftsplan ist im Wesentlichen auf die gestiegene Nutzung der GästeCards sowie einen höheren Einkauf von Waren für den Verkauf im NLP-Tor zurückzuführen, der im Jahr 2019 sehr erfolgreich war.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Jahr 2019 drastische Einsparungen im Bereich Marketing vorgenommen. Im Wirtschaftsplan wurde ein Ansatz von 115 TEUR ein geplant, tatsächlich ausgegeben wurden ca. 77 TEUR.

Wurde für die Fortbildung aufgrund Tourismuswerkstatt, DTV-Nachklassifizierungen und Deskline-Schulungen für neue Minijobs im Plan 2 TEUR angesetzt, konnten den Mitarbeitern Schulungen in Höhe von 2,8 TEUR geboten werden.

Im Bereich Referenten der Tourismuswerkstatt Eifel liegen die Kosten mit 4,6 TEUR 15,4 TEUR unter der angesetzten Planung.

Für die Externe Buchhaltung sowie Steuerberatungskosten wurde im Wirtschaftsplan mit 30 TEUR ein hoher Ansatz aufgrund des schwebendem Steuerverfahrens gewählt. Da es im Jahr 2019 keine Fortschritte im Verfahren gegeben hat, liegen die Ausgaben in diesem Bereich ca. 12 TEUR unter dem Ansatz in den Planungen.

Die Personalaufwendungen sind um 17.394,57 € niedriger als im Wirtschaftsplan, resultierend unter anderem aus einer einmonatigen Elternzeit, sowie der teilweisen personellen Unterbesetzung des NLP-Tors begründet aus der Fluktuation im Bereich der Minijobs. Die Abschreibungen liegen um 1.661,93 € höher als im Planbereich, resultierend aus der Neuanschaffung von neuer EDV und neuen Produktlizenzen.

Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -476.542,23 € (Wirtschaftsplan -539.137,00 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs von 49.204,54 € auf 142.224,21 € erhöht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2019 14.041,98 € (Vorjahr 4.075,26 €).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 142.224,21 € rund 68 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 9.731,93 € laufende Abschreibungen in Höhe von 16.661,93 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag 23.191,00 € beträgt.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2019 -484 T€ (Vorjahr -570 T€).

Die Umsatzrendite (Anteils des Jahresfehlbetrags am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2019 -145,6 % (Vorjahr -167,0 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

Aus nicht finanzieller Sicht weisen langjährige Beschäftigungsverhältnisse auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation der Beschäftigten hin. Mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie, rückwirkend zum 01. Januar 2017, wird die Betriebszugehörigkeit entsprechend monetär belohnt. Die Anzahl und Qualität der eingegangenen Bewerbungen zur Besetzung vakanter Stellen ist ein Indiz für die Beliebtheit und Attraktivität der Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber. Spätestens mit der notwendigen Fortschreibung der Arbeitgeberrichtlinie spätestens zum 01.01.2022 müssen jedoch Anpassungen erfolgen, um die Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber auch zukünftig attraktiv zu halten.

Daneben lassen das von den touristischen Partnern entgegengebrachte Vertrauen, die Wertschätzung und die in Anspruch genommene Fachkompetenz auf eine hohe Reputation schließen.

Aus Gastsicht sind die steigende Nachfrage auf www.nordeifel-tourismus.de, die wachsende Anzahl an Facebook-Fans sowie Newsletterabonnenten eindeutige Indikatoren für eine erfolgreiche Marktdurchdringung.

Das Attribut Nachhaltigkeit, mit dem sich die Nordeifel durch die erfolgreiche Prämierung im Bundeswettbewerb einen Namen gemacht hat, wird nicht nur nach außen hin wirksam umgesetzt, sondern durch innerbetriebliche Maßnahmen von den Beschäftigten auch gelebt.

e) Gesamtaussage

Der Nordeifel Tourismus GmbH ist es nach 11 Jahren ihrer Existenz gelungen, sich weiterhin gut aufzustellen, weiter zu entwickeln und damit nach innen und außen zu positionieren sowie den Bekanntheitsgrad der Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktiv, Familienspaß und Kulturelle Höhepunkte. Zudem ist sie als wichtiger Partner aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung entscheidender Strukturförderprojekte eingebunden. Hier erfolgt eine intensive und gute Zusammenarbeit mit den wichtigen Funktionalpartnern in der Region.

Das Geschäftsjahr 2019 wurde geprägt durch verschiedenste Umsetzungsmaßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020 und einer intensiven Projektmitarbeit bei der „Tourismuswerkstatt Eifel“ und der „Wanderwelt der Zukunft“.

Ferner sind weiterhin Auswirkungen nach der Auszeichnung als nachhaltige Tourismusdestination spürbar. In diesem Zusammenhang wird die Nordeifel vielfach als best practice-Beispiel zitiert, die Verantwortlichen als Referenten für Veranstaltungen verpflichtet und die Geschäftsstelle als Praktikumsplatz für studienbegleitende, mehrmonatige (Pflicht)-Praktika oder als Partnerbetrieb für Abschlussarbeiten (Bachelor und Master) angefragt. Darüber steht fest, die Nordeifel als Mitglied in einer AG nachhaltiger deutsche Reiseziele als Gründungsmitglied aufzunehmen.

Strategisch setzt die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fort, neben dem operativen Geschäft auch weiterhin „hinter den Kulissen“ intensive touristische Strukturförderung zu betreiben, um die Region und ihre Akteure touristisch zukunftsfit zu halten bzw. zu machen. Diese Aufgaben werden in Zukunft immer wichtiger. Die in Folge des Bundeswettbewerbs 2016/2017 „Nachhaltige Tourismusdestinationen“ erlangte Reputation soll überdies weiterhin genutzt werden und dem Thema Nachhaltigkeit eine wegweisende Bedeutung im Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 eingeräumt werden.

III. Prognosebericht

Als unvorhergesehenes Ereignis hat die Corona-Krise den gesamten Tourismus in Deutschland und damit auch die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismusorganisation massiv getroffen. Sofort wurden zum Schutz der Belegschaft verschiedenste Maßnahmen wie die Teilung des Teams zur Kontaktreduzierung, der damit verbundenen Gewährung von Home-Office, die Befolgung zusätzlicher Hygienestandards mit sämtlichen erforderlichen Anschaffungen wie Spuckschutz, Desinfektionsmittel etc. ergriffen. Für sechs Mitarbeiterinnen wurde in den Monaten April und Mai Kurzarbeit in Anspruch genommen. Ebenso wurde gemäß Verordnung des Landes NRW das Nationalpark-Tor in Gemünd am 21. März 2020 geschlossen.

Ein nahezu zwei Monate lang anhaltender touristischer Stillstand hat zu Umsatzverlusten in Höhe von geschätzten 25 % in der gesamten Region geführt. Inwieweit die Nordeifel Tourismus GmbH in finanzielle Mitleidenschaft gezogen worden ist, lässt sich mit ersten Erkenntnissen im Jahresverlauf 2020 ermitteln. Durch verschiedene Maßnahmen (siehe Risikobericht) wurde versucht, den Umsatzausfällen in Folge fehlender Buchungen, entgangener Shopverkäufe im Nationalpark-Tor sowie Stornierungen entgegenzuwirken. Nach dem im Mai 2020 verspätet angelaufenen Saisonstart kann in der Geschäftsstelle eine immense Nachfrage festgestellt werden. Das gilt für Buchungen, aber auch Prospektmaterial. Auch die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de liegen weit über dem normalen jährlichen Durchschnitt zu dieser Jahreszeit. Daher ist zu erwarten, dass die Nordeifel im Verlauf der Saison vom Trend des Urlaubs in der Heimat bzw. in der Nähe profitieren kann. Dies gilt sowohl für den Sommerurlaub als auch die Herbstferien. Im Bereich des Tages- und Kurzurlaubstourismus sind ebenfalls Steigerungen zu erwarten. Bezüglich der mittelfristigen Planung hat die Geschäftsführung ausgehend von dem **Beschluss Nr. 155/2018** zur zukünftigen Wirtschafts- und Finanzplanung der Nordeifel Tourismus GmbH im Jahr 2019 intensiv daran gearbeitet, wie die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH mittelfristig gesichert werden kann, ohne die Gesellschafter über die im Gesellschaftervertrag hinaus verankerte finanzielle Deckung zu belasten. Der Beschluss eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes ist für die Gesellschafterversammlung im Herbst 2020 vorgesehen.

Die aktuelle Finanzlage basiert auf den Auswirkungen des seit 2017 anhängigen Steuerprüfverfahrens bzw. ist dadurch ausgelöst worden.

Erschwerend für die Gesamtstrategische Planung, weil nicht vollumfänglich kalkulierbar, sind die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbaren Konsequenzen des laufenden Steuerverfahrens. Das Steuerverfahren verursachte mit seinen Kosten für Beratung und anwaltliche Begleitung das nahezu vollständige Aufbrauchen der Rücklagen der Nordeifel Tourismus GmbH, so dass ein Kontokorrentkredit für drei Monate in Anspruch genommen werden musste mit einer Summe von ca. 12 TEUR über den Jahreswechsel 2018/2019. Durch einen erfolgreichen Sparkurs konnten zum Jahresende 2019 wieder Rücklagen aufgebaut werden.

Um den Entwicklungsprozess der Nordeifel Tourismus GmbH anschaulich nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die Meilensteine seit Gründung 2009 hilfreich. Dabei ist das erweiterte Aufgabenspektrum gut erkennbar. Neben einer Kompetenzerweiterung wurde der zu bearbeitende Gesellschafterraum komplettiert und damit vergrößert. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Submarke der Eifel im eifelweiten Vergleich die größte Teilregion der Eifel, die deshalb im Gegensatz zu anderen Teilregionen eine andere Rolle - mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen - wahrnimmt, aber auch zusätzliche Verpflichtungen hat. Überdies hat sich die Nordeifel Tourismus GmbH im Laufe der vergangenen Jahre bei ihren Partnern einen guten Ruf erarbeitet. Nicht selten werden Maßnahmen und Projekte als Best-practice-Beispiele zitiert und teilweise auch übernommen sowie die Federführung bei regionalen Projekten bewusst bei der Nordeifel Tourismus GmbH angesiedelt. Dies zeichnet die Nordeifel Tourismus GmbH aus.

Vor der Gesellschaft liegen neue Herausforderungen, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region, auch vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Trends, wie einem deutlich ausgeprägten, nachhaltigen Lebensstil.

Weitere wichtige Betätigungen liegen in der Mitverantwortung im Projektmanagement des Projektes "Wanderwelt der Zukunft- Eifelschleifen & Eifelspuren", bei der Umsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel, der Mitarbeit beim Radkonzept Eifel, touristischen Projektumsetzungen in den beiden LEADER-Regionen Eifel und Zülpicher Börde, der Stabilisierung der guten Übernachtungs- und Gästezahlen bei gleichzeitigem intensiven Strukturwandel innerhalb der Betriebswelt und nicht zuletzt die strategischen Überlegungen im Hinblick auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025. Auch durch die Beteiligung in der entstehenden Zukunftsregion Rheinisches Revier kann die Nordeifel Tourismus GmbH und die Region sich durch ein Engagement einen Profit erhoffen.

Bezüglich dem Fundament des touristischen Angebotes, den Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung stehen und / oder sich aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe ergibt. Ebenso problematisch sind die mitunter enormen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, aber auch die Probleme bei der Gewinnung und dauerhaften Beschäftigung von Fachkräften. Weitere Aspekte sind aufkommende Versorgungslücken an beliebten Rad- und Wanderwegen sowie der Mangel an Betrieben, die Gruppen ab 50 Personen aufnehmen können.

Diese Umstände treffen die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung in der Tourismusbranche bei. Daher ist es unerlässlich, die Qualitätsoffensive zur Stärkung der Betriebe, zu deren Erhalt und zur Unterstützung bei der Übergabe weiter fortzuführen und auch dem Fachkräftemangel mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Mit konkreten Maßnahmen über die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ und die Beratungstage bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und ihre Partner Unterstützung an.

Bedauerlicherweise wird in Nordrhein-Westfalen kleinen und mittelständischen Unternehmen auf absehbare Zeit keine einzelbetriebliche Förderung gewährt. Aufgrund eines solchen Angebotes in anderen Bundesländern aber auch in direkter Nachbarschaft durch die GRW-Förderkulisse in der Städteregion Aachen und neuer Förderprogramme in Rheinland-Pfalz gerät die Nordeifel in eine deutliche Schieflage. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Corona-Krise und die noch nicht absehbaren Auswirkungen und Überlebenschancen der Betriebe.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 62 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen finanziell eingeschränkt sind.

Als unvorhergesehenes Ereignis hat die Pandemie mit Covid-19 (bekannt als sog. Corona-Virus) ab Mitte März 2020 die Tourismusbranche in der Eifel und damit auch die Nordeifel Tourismus GmbH in erheblichem Ausmaß getroffen. Zur Verlangsamung der Ausbreitung wurden seitens des Landes Nordrhein-Westfalen jeglicher Betrieb eines touristischen Angebotes untersagt sowie ein Kontaktverbot für Gruppen mit mehr als zwei Personen in der Öffentlichkeit verhängt. Für einige touristisch stark frequentierte Orte wurden von den Kommunen zudem Aufenthaltsverbote ausgesprochen. Anfang Mai 2020 wurden die Restriktionen schrittweise gelockert, so dass ab der zweiten Maihälfte die Tourismussaison 2020 unter Wahrung der gültigen Verordnung des Landes NRW starten konnte. Ausgenommen davon ist das Veranstaltungsangebot, das aufgrund des Verbotes von Großveranstaltungen bis zum 31. August sowie dem Kontaktbeschränkungsverbot nur in einem deutlich reduzierten Umfang stattfindet.

Bereits jetzt steht fest, dass die Auswirkungen der Corona-Krise zu erheblichen Umsatzeinbrüchen in der gesamten Tourismusbranche führen, die für das Jahr 2020 nicht mehr aufzuholen sind. Auch die Nordeifel Tourismus GmbH in ihrer Rolle als Tourismusorganisation, aber auch mit ihrer Tätigkeit als Reisevermittler und –veranstalter ist spürbar betroffen. Zahlreiche Stornierungen von gebuchten Arrangements und Übernachtungen bedeuten einen Wegfall von Provisionserlösen und damit Umsatzeinnahmen, mit denen im Wirtschaftsplan für das 2020 auf Basis der vorangegangenen Jahre kalkuliert worden ist. Speziell das Frühjahr hat als Reisezeitraum und als Zeitpunkt für Reiseentscheidungen im Jahresverlauf eine besondere Bedeutung für die Eifel. Die amtliche Statistik belegt, dass die Monate März bis Mai zusammenge-rechnet einen Anteil von 25 % in Bezug auf Gästeankünfte und Übernachtungen pro Jahr ausmachen. Um den Verlusten betriebswirtschaftlich entgegenzuwirken, wurden seitens der Geschäftsführung folgende Maßnahmen umgesetzt:

1. Anzeige bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Kurzarbeit von sechs Beschäftigten in den Monaten April- Mai 2020, der seitens der BA stattgegeben worden ist.
2. Beantragung eines Zuschusses in Höhe von 25.000 € beim Land NRW als Soforthilfe, der zeitnah nach Beantragung gewährt worden ist.
3. Reduzierung des Personaleinsatzes im Nationalpark-Tor Gemünd und ausschließliche Besetzung in der Woche von 10-16 Uhr nach Absprache mit der Stadt Schleiden und allen anderen Toren.

Ob diese Maßnahmen die Einnahmenverluste kompensieren, bleibt abzuwarten. Eine Prognose, wie sich das Jahr 2020 letztendlich entwickeln wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Seitens der Geschäftsführung wird versichert, dass mit der nun begonnenen Tourismussaison 2020 alle Anstrengungen unternommen werden, um die Nordeifel als attraktives Ziel für Tagesausflüge und (Kurz-)Urlaube wieder im Markt zu etablieren. Dies geschieht einerseits durch eine eigene Kampagne unter dem Titel „Bist Du #eifelreif?“, intensiver Bewerbung über die sozialen Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Fortsetzung der ohnehin für das Jahr 2020 geplanten Marketingmaßnahmen. Andererseits ist die Teilregion Nordeifel eingebunden in die eifelweite Re-Start Kampagne der Eifel Tourismus GmbH „Wieder auf Tour“.

Ein mittelbares Risiko für die Gesellschaft in Bezug auf einen möglichen Akzeptanzverlust seitens der Gesellschafter stellt die durch die am 08.09.2015 vom Finanzamt Aachen angeordnete steuerliche Außenprüfung mit dem Prüfungsinhalt der Dauerverlusttätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH und dem Nachforderungsbescheid des Finanzamtes Schleiden vom 5. Januar 2017 mit der Aufforderung zur Zahlung von Kapitalertragssteuer für den Zeitraum 2010 bis 2014 i.H. von 246.105,02 Euro dar. Damit verbunden waren zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Gesellschafter. Zur Finanzierung der Steuerschuld hat die Gesellschafterversammlung eine Vorfinanzierung durch die Gesellschafter beschlossen, zeitgleich wurde ein Einspruchsverfahren eingeleitet sowie Schadensersatzansprüche gegenüber dem seinerzeit beauftragten Steuerbüro gestellt. Da die Einsprüche als unbegründet zurückgewiesen worden sind, wurde im November 2017 Klage beim Finanzgericht eingereicht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine neuen Erkenntnisse in dieser Angelegenheit vor.

Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ist die Nordeifel Tourismus GmbH dauerdefizitär. Verluste wurden stets über Gesellschaftereinlagen aus Mitteln der kommunalen Haushalte ausgeglichen. Im Auftrag des Kreises Euskirchen hat eine Rechtsanwaltskanzlei aus Köln in einem im Jahr 2018 veröffentlichten Gutachten untersucht, inwiefern die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH aus öffentlichen Mitteln unter dem Aspekt des EU-Beihilfenrechts erfolgt.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass, wenn überhaupt, nur in den Jahren 2015 und 2016 in geringem Umfang Beihilfen für wirtschaftliche Betätigungen, nämlich für Reisevermittlungsdienste und das betriebliche Qualitätsmanagement für kleinere und mittlere Unternehmen des Tourismusgewerbes, zugunsten der Nordeifel Tourismus GmbH festzustellen sind.

Alle anderen ausgleichsbedürftigen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind hingegen nach der aktuellen Entscheidungspraxis der EU-Kommission eindeutig nicht beihilfenrechtsrelevant, weil die nicht-einnahmeschaffende Wahrnehmung von Aufgaben einer Destinations-Management-Organisation unabhängig von der zivilrechtlichen Rechtsform der Nordeifel Tourismus GmbH nicht das Tatbestandsmerkmal eines wirtschaftlichen Unternehmens erfüllen. Verbotene Beihilfen können jedoch nur an Unternehmen im beihilfenrechtlichen Sinne gewährt werden.

Daher war und ist ein Ausgleich der mit diesen Betätigungen verbundenen Aufwendungen auch ohne eine Genehmigung der EU-Kommission bzw. ohne Freistellung vom Beihilfenverbot weiterhin zulässig, soweit der Ausgleich gemäß den Ergebnissen der Trennungsrechnung allein den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH zugutekommt, bzw. solange Ausgleichsleistungen gemäß der Trennungsrechnung für die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Nordeifel Tourismus GmbH unterhalb der Bagatellschwelle von 200.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren bleiben.

Da die Freistellung gemäß der De-minimis-VO von der Nordeifel Tourismus GmbH in Anspruch genommen wird, sind sowohl die Nordeifel Tourismus GmbH als auch der Kreis Euskirchen den Transparenz- und Dokumentationspflichten des Art. 6 der De-minimis-Verordnung nachgekommen.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat den Status eines Tourismus-Service-Centers (TSC) und konzentriert sich inhaltlich auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 sowie dessen fortgeschriebene Version für den Zeitraum 2020-2025.

Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann. Die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert reibungslos. Bedauerlicherweise hat der Rat der Gemeinde Weilerswist beschlossen, die Nordeifel Tourismus GmbH zum Ende des Jahres 2020 als Gesellschafter zu verlassen. Die Geschäftsführung wird sich nach den Kommunalwahlen im Herbst 2020 bemühen, die zukünftigen politischen Entscheidungsträger zu einer Rückkehr zu bewegen.

Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren wird es sein, die im Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder „Nachhaltigkeit“ und „Qualifizierung & Beratung“ sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu „bespielen“. Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Immer stärker übernimmt die Nordeifel Tourismus GmbH parallel dazu eine beratende Funktion bei den touristischen Akteuren.

Sie sollte sich ihrer neuen Rolle und den damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen stellen und diese aktiv im Sinne der Netzwerkbildung und gemeinsamen Profilierung und Vermarktung der

Nordeifel nutzen. Der nach innen gerichtete Leitbildprozess muss auf diesem Weg weiter fortgesetzt werden.

Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird die Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH sein. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sowie weitere touristische Partner sich qualitativ weiterentwickeln, und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewinnen lassen. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss.

Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren.

Das Thema Nachhaltigkeit sollte den Kern der zukünftigen Ausrichtung bilden. Dabei sind Ansätze wie die GästeCard, die Sternenregion Eifel, die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt Wanderwelt der Zukunft und das touristische Mobilitätskonzept weiterzuverfolgen. Ebenso sollen auch die Themen Barrierefreiheit und Trekking intensiv weiterbearbeitet werden.

Die etablierten Veranstaltungskonzepte „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel Mordeifel“ und Archäologietour Nordeifel sollen das kulturelle Angebot bereichern. Der Aktionstag „Zu Gast in der eigenen Heimat“ hat aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattgefunden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht gesichert, ob die beiden anderen Formate stattfinden können. Zur Intensivierung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger untereinander findet jährlich „NeTWorking Nordeifel“, ein regionales Netzwerk-Treffen, statt. Aufgrund der Corona-Pandemie findet auch diese Veranstaltung im Jahr 2020 nicht statt.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VI. Bericht über die Zweigniederlassungen

Seit dem 01.01.2013 betreibt die Nordeifel Tourismus GmbH das Nationalpark-Tor in Gemünd. Die Betriebsführung erfolgt per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden. Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich.

Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Februar 2020 erneut die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismusverband (DTV) nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist erneut das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Trotz leicht rückläufiger Besucherzahlen im Jahr 2019 sind die Umsatzerlöse in diesem Jahr weiter gestiegen. Für das 1. Halbjahr 2020 ist die Neueröffnung der Jugendherberge Gemünd / Vogelsang in Gemünd geplant, die positive Impulse sowohl in Bezug auf die Besucher- als auch auf die Umsatzzahlen im Nationalpark-Tor erwarten lässt.

Aufgrund der guten Zusammenarbeit wurde der Dienstleistungsvertrag zum Betrieb des Nationalpark-Tors mit der Stadt Schleiden bis zum 31.12.2022 verlängert.

Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden im Wirtschaftsplan auf 167.650 € prognostiziert, im Ergebnis wurden **180.779 €** erreicht.

Kall, den 08.06.2020

Iris Poth, Geschäftsführerin“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	12	13	11	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
Gästeankünfte	313.606	293.531	304.454	-
Übernachtungen	892.784	844.175	864.747	-
Ø Aufenthaltsdauer	2,8	2,9	2,8	Tage
Prospektanfragen	3.321	3.893	3.791	-
Buchungsgeschäft	386	375	374	-
Homepagebesuche	243.806	165.615	152.187	-
Seitenaufrufe	498.606	398.356	383.739	-

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) – künftig: Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>

A) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2019	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Stadt Mönchengladbach	2.500,00 €	10,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	750,00 €	3,00 %
IHK Aachen	1.500,00 €	6,00 %
IHK Köln	1.500,00 €	6,00 %
IHK Mittlerer Niederrhein	1.500,00 €	6,00 %
HWK Aachen	750,00 €	3,00 %
HWK Köln	750,00 €	3,00 %
HWK Düsseldorf	750,00 €	3,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

B) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinisches Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ und „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht. Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestaltung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Der Kreistag hat am 21.10.2015 zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 „Netzwerkaktivitäten/ Betrieb der Geschäftsstelle“) in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

Durch Beschluss des Kreistages vom 10.10.2018 wurde der durch die Gesellschaft vorgeschlagene Änderung des § 20 Gesellschaftsvertrag zugestimmt. Hiernach soll sich die Tätigkeit der Gesellschaft in drei (bisher zwei) Geschäftsbereiche aufteilen. Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 1 soll über den von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplan sichergestellt werden. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Die bisherige Begrenzung der Gesellschafterzuschüsse auf den Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 € soll mit dieser Regelung wegfallen.

Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 2 stellt sich unverändert dar. Die Mittel werden ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Zum Geschäftsbereich 3 soll festgelegt werden, dass soweit diese Aufgabenwahrnehmung nicht durch eine 100% Finanzierung des Bundes abgesichert wird, diese durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan zu beschließen ist. Durch die Anpassung ergibt sich ein höherer Finanzierungsbedarf der Gesellschaft. Aufgrund des vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2019 sollte sich für den Kreis Euskirchen ein Finanzierungsanteil für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von 20.000 € p.a. ergeben (V 475/2018). Aufgrund von gemeindewirtschaftsrechtlichen Bedenken im Rahmen des kommunalen Anzeigeverfahrens waren weitere Anpassungen des Gesellschaftsvertrages erforderlich, welche dazu führten, dass für die Zuschüsse an die künftige ZRR GmbH ab dem Jahr 2020 bis zu 60.000 € in Haushalt des Kreises bereitgestellt werden (V 585/2019). Die Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte nicht mehr im Berichtsjahr.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Gesellschafterzuschuss	150 57104 15	20.000 €	12.986 €	12.986 €
<u>Zweckverband Region Aachen</u>				
Gesellschafterzuschuss		20.000 €	12.986 €	12.986 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (20 Mitglieder, davon 1 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 24 (§ 25 neu) des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 10,53 %.

c) Geschäftsführung

Ralph Sterck

Bezüge 2019

119.445,08 €

nachrichtlich:

Im Mai 2020 wurden vorbehaltlich der erforderlichen Gremienbeschlüsse weitere Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der Gesellschafterversammlung beschlossen. Im Wesentlichen handelte es sich um die Vergrößerung des Aufsichtsrates. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 27 Mitglieder. Der Kreis Euskirchen wird durch eine Person vertreten. Mit Beschluss vom 24.06.2020 hat der Kreistag seine Zustimmung erteilt. (V 678/2020). Die notarielle Beurkundung der Anpassung des Gesellschaftsvertrages erfolgte bis zum 30.11.2020 noch nicht.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung und in den Aufsichtsrat entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers Landrat
2. Bernd Kolvenbach (Stimmführer) CDU
3. Hans-Werner Ignatowitz (stv. Stimmführer) B90/Grüne

Stellvertretende Mitglieder

- Manfred Poth AV
- Jochen Kupp CDU
- Wilfried Gierden B90/Grüne

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Ab Änderung des Gesellschaftsvertrages wird der Kreis Euskirchen im Aufsichtsrat durch Günter Weber (CDU) vertreten.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	10.130	1.486	2.497	8.644
	10.130	1.486	2.497	8.644
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.660.715	435.925	950.111	8.224.791
Liquide Mittel	678.409	164.758	144.181	513.651
	9.339.125	600.682	1.094.292	8.738.442
C Rechnungsabgrenzungsposten	925	570	1.256	355
Summe Aktiva	9.350.180	602.739	1.098.045	8.747.441
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	43.667	39.974	46.757	3.693
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	19.249	3.693	-6.783	15.556
	87.915	68.667	64.974	19.249
B Sonderposten	6.932	0	0	6.932
C Rückstellungen	118.169	27.837	37.429	90.332
D Verbindlichkeiten	9.107.163	506.235	995.642	8.600.928
E Rechnungsabgrenzungsposten	30.000	0	0	30.000
Summe Passiva	9.350.180	602.739	1.098.045	8.747.441

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	90.000	70.000	130.240	20.000
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.178.236	933.908	854.206	244.328
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	156.714	341.842	341.842	-185.127
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	156.714	341.842	341.842	-185.127
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	510.775	479.396	479.769	31.379
a)	Löhne und Gehälter	424.844	334.236	334.691	90.608
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	85.931	145.160	145.078	-59.229
5	Abschreibungen	2.415	1.011	1.011	1.404
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	568.237	176.269	169.017	391.968
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	3	-1
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	127	477	477	-350
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.375	1.224	3.799	9.151
10	Ergebnis nach Steuern	19.595	3.693	-11.465	15.902
11	Sonstige Steuern	346	0	0	346
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	19.249	3.693	-11.465	15.556

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier, die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2019 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Die Zukunftsagentur wird in Anlehnung an den GRW-Koordinierungsrahmen über LHO mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Rheinisches Revier“ gefördert. Mit Beginn der institutionellen Förderung im Jahr 2020 wird das laufende Förderprojekt „Regionalmanagement“ abgelöst. Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur weitere Aufgaben, die durch Zuwendungsverträge mit der Bezirksregierung Köln finanziert werden.

Bereits seit Mitte 2018 besteht ein solcher Vertrag zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“. Ein weiterer Zuwendungsvertrag wurde zur „Erstellung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms und zur Begleitung, Koordination, Abwicklung und Kommunikation der Revierknoten im Rheinischen Revier“ geschlossen.

Der Durchführungszeitraum des Projekts „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion - Kreislaufwirtschaft Bauen“ endete bereits im Januar. In das Jahr 2019 fiel vor allem die Endabrechnung (Verwendungsnachweis). Mit einem Start ab März 2020 konnte die Zukunftsagentur das darauf aufbauende Projekt „ReBau - Regionale Ressourcenwende in der Bauwirtschaft“ akquirieren und beantragen. In beiden Fällen tragen 80 % der Ausgaben das Land NRW sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2019 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 120.000,00 € von der RWE Power AG, von denen 30.000 € abgegrenzt wurden für die Verwendung im Jahr 2020. Die 2019 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 1.159.629,22 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2019 ein Jahresüberschuss in Höhe von 19.248,74 €, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn.

2. Prognosebericht

Mit dem Empfehlungsbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission WSB von Januar 2019 und dem im Jahr 2020 abgeschlossenen Gesetzgebungsprozess zur Absicherung der künftigen Förderkulisse ist für die Gesellschaft eine neue Situation entstanden. Die Gesellschaft wird unter neuer Firmierung (Zukunftsagentur Rheinisches Revier) zur zentralen koordinierenden Instanz und soll als solche, ab 2020 institutionell und auskömmlich durch das Land finanziert werden.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die institutionelle Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Für jedes Jahr ist ein neuer Antrag zu stellen. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Das Risikomanagement zielt auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen ab. Das beinhaltet die Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch förderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert.

Jülich, den 30.11.2020

Ralph Sterck, Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	9	8	8	-

H) Kennzahlen

./.

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts

1. d-NRW AöR

Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Internet: <https://www.d-nrw.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.000,00 €	0,08 %
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000,00 €	80,78 %
237 weitere Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	237.000,00 €	19,14 %
Gesamtsumme	1.238.000,00 €	100,00 %

B) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Sie unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR) vom 25.10.2016.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017	Erläuterung
Kreis					
Stammkapitalanlage	010 11117	0 €	0 €	1.000 €	Der Beitritt erfolgte zum 04.08.2017

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Geschäftsführung

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der d-NRW AöR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 46,1 %.

b) Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Bezüge 2019

139.964 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Bedeutung der Anstalt für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Winterstraße 19
50354 Hürth

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Land NRW	90.000,00 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

B) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern

Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

Finanzbeziehung zu <u>Kreis</u>	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Entgeltanteil	020 12204	359.552 €	359.907 €	354.638 €
Gebühren LM-Untersuchungen		517 €	1.698 €	378 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der CVUA Rheinland AöR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied</u>	
Heinz Rosell	GBL II	Dr. Jochen Weins	AbtL 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 21,4 %.

b) Vorstand

Frau Pauly-Mundegar (Vorstandsvorsitzende)
Herr Lankes

Bezüge 2019

96.514,36 €
79.574,32 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Anstalt

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	62.782	49.692	27.664	13.090
Sachanlagen	19.497.066	20.315.119	21.376.166	-818.053
Finanzanlagen	416.054	416.054	416.054	0
	19.975.902	20.780.865	21.819.883	-804.963
B Umlaufvermögen				
Vorräte	42.876	41.398	45.022	1.478
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.514.921	8.653.966	7.940.113	860.955
Liquide Mittel	2.859.435	2.832.723	2.028.289	26.711
	12.417.232	11.528.088	10.013.423	889.144
C Rechnungsabgrenzungsposten	393.994	84.666	58.229	309.328
Summe Aktiva	32.787.128	32.393.618	31.891.535	393.509
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	4.942.988	4.942.988	4.942.988	0
Ergebnisvortrag	-1.291.609	-631.928	0	-659.681
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-694.201	-659.681	-631.928	-34.520
	3.257.179	3.951.380	4.611.061	-694.201
B Rückstellungen	18.319.054	16.248.462	14.533.561	2.070.592
C Verbindlichkeiten	11.210.895	11.941.764	12.495.534	-730.869
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	252.013	251.380	-252.013
Summe Passiva	32.787.128	32.393.618	31.891.535	393.509

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.647.528	9.534.550	9.417.896	112.978
2	Sonstige betriebliche Erträge	313.625	223.745	191.594	89.880
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.652.515	1.524.227	1.545.300	128.288
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	375.554	324.658	345.365	50.896
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.276.961	1.199.569	1.199.934	77.392
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.692.056	5.772.783	6.256.301	-80.728
a)	Löhne und Gehälter	4.347.217	4.478.004	4.260.961	-130.787
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.344.838	1.294.779	1.995.340	50.059
5	Abschreibungen	1.314.704	1.310.322	1.298.500	4.382
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	974.984	955.473	877.348	19.511
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	416.054	
	davon aus verbundenen Unternehmen				
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	968.675	979.427	550.122	-10.752
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.988.409	1.833.235	1.228.784	155.173
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-692.839	-658.319	-630.566	-34.520
11	Sonstige Steuern	1.362	1.362	1.362	-0
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-694.201	-659.681	-631.928	-34.520

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 16. November 2016 wurde die Schwerpunktbildung mit in Kraft treten zum 1. Januar 2017 umgesetzt. Das CVUA Rheinland ist seitdem Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel,

Gewürze und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester und Mykotoxine.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

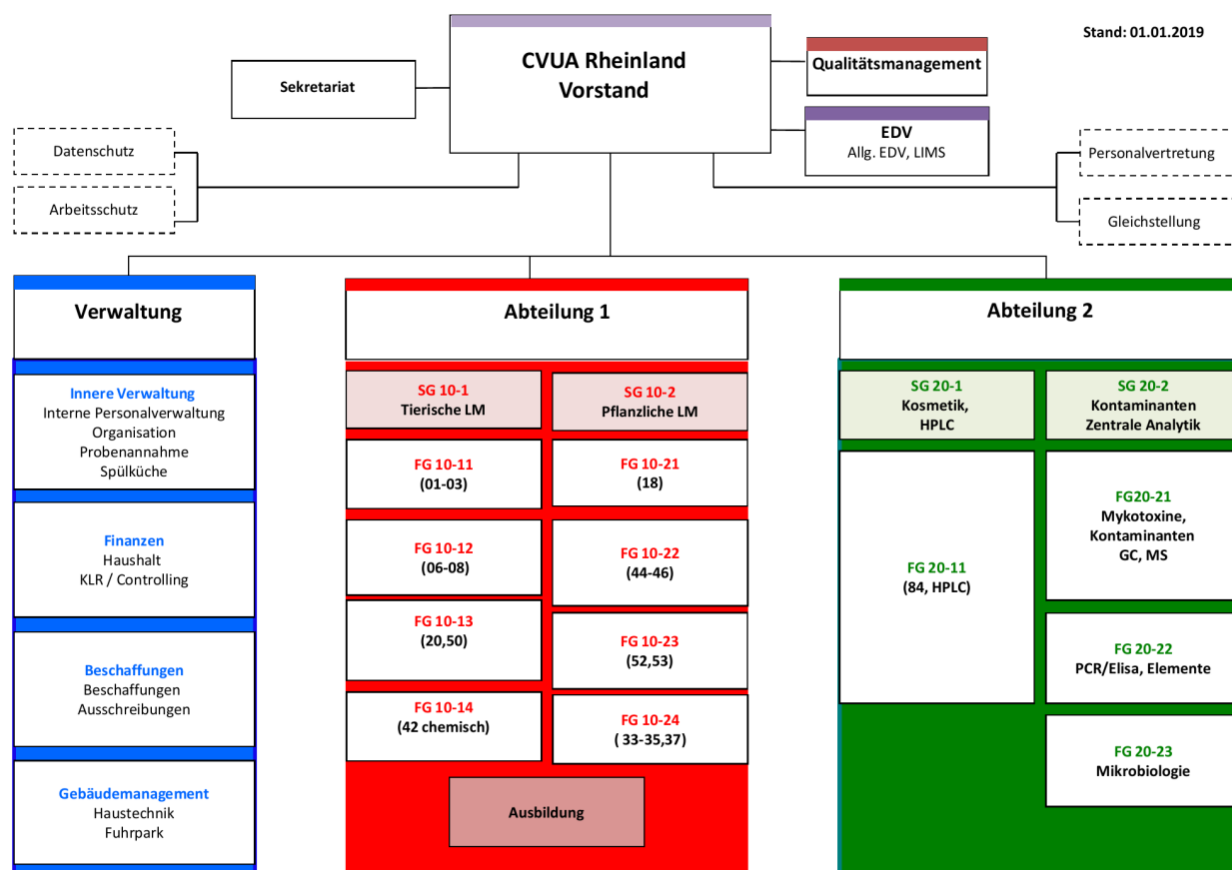
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm (Stand: 01.01.2019) zu entnehmen.



(Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Warenobergruppen)

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 8 Mitarbeitende aus. Im Bereich Verwaltung schied eine Mitarbeiterin durch Eigenkündigung aus, die Stelle wurde nachbesetzt. Ein Mitarbeiter der Verwaltung wurde pensioniert. Diese Stelle wurde nicht nachbesetzt. Im Bereich der technischen Mitarbeiter schieden fünf Mitarbeitende aus; zwei durch Eigenkündigung und drei durch Verrentung. Eine Nachbesetzung erfolgte in drei Fällen. Ein technischer Mitarbeiter verstarb, auch hier erfolgte eine Nachbesetzung.

2.2.2 Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2019 wurden insgesamt 12.735 (Vorjahr: 13.536) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. 1.675 (Vorjahr: 1.578) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2019, der vom Verwaltungsrat am 13. Dezember 2018 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.895 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 353 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 694 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 28. Juni 2018 beschlossenen Entgeltordnung 9.620 T€ (Vj.: 9.516 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 290 T€ (Vj.: 209 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 52 T€ (Vj.: 32 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.692 T€ (Vj.: 5.773 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen betrug ca. 60 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.267 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 81 T€ gesunken. Dies ist auf den Wegfall der Fahrtkostenerstattung ab etwa Mitte 2019 und auf Wegfall der Lohnfortzahlung aufgrund von Langzeiterkrankungen zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben auch unter dem Planansatz für 2019. Die Aufwendungen zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen für die beamteten Beschäftigten und Versorgungsempfänger führen allein zu einer erheblichen Belastung des Ergebnisses. Bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase wird dies auch in den kommenden Jahren zu einer Belastung für den Wirtschaftsplan.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 376 T€ (Vj.: 325 T€) und die Energie und Wasserkosten mit 296 T€ (Vj.: 357 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 129 T€ (Vj.: 129 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 37 T€ (Vj.: 39 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 216 T€ (Vj.: 191 T€), für Versicherungen in Höhe von 27 T€ (Vj.: 26 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 16 T€ (Vj.: 15 T€).

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.315 T€ (Vj.: 1.310 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 fällt der ausgewiesene Verlust um 341 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen hinter dem Wirtschaftsplanansatz zurückbleiben, führen ausschließlich die hohen Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau zur Ausweisung des Jahresfehlbetrages.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2018	31.12.2019
Bilanzsumme	32.393.618,45 €	32.787.127,84 €
Anlagevermögen	20.780.865,05 €	19.975.902,16 €
Vorratsvermögen	41.397,89 €	42.876,31 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	3.951.379,75 €	3.257.176,97 €
Eigenkapitalquote	12,2 %	9,9 %
Rückstellungen	16.248.462,01 €	18.319.054,18 €
Liquide Mittel	2.832.723,45 €	2.859.434,73 €
Verbindlichkeiten	11.941.764,10 €	11.210.894,69 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	11.620.833,26 €	10.937.499,90 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	13,3 %	19,7 %

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 32.394 T€ auf 32.787 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107 b BeamtVG und der Verringerung des Anlagevermögens. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 518 T€ investiert.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 18.319 T€ (Vj.: 16.248 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 17.770 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 9.512 T€ (Vj.: 8.644 T€).

3. Prognosebericht

3.1 Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUA vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden.

Als Kompetenzzentrum für Wein, Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und -ester, Glycidol und -ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern.

Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich.

Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, erfolgte der Beitritt der Kooperation zum 1.1.2020.

Ca. 4.500 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warenobergruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUA NRW erforderlich wird, um mit der neuen Aufgabenverteilung zum 01.01.2022 beginnen zu können.

Das stellt die CVUA vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7.

August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 26.08. - 30.08.2019 und vom 28.10. - 30.10.2019 fand das Überwachungsaudit sowie ein Audit zur Umstellung des bestehenden QM-Systems auf die Anforderungen der aktualisierten Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018 durch die DAkkS statt. Nach fristgerechter Behebung nicht kritischer Abweichungen wird die unbefristete Akkreditierung und Ausstellung der Akkreditierungsurkunde erwartet.

3.1.3 §2b Umsatzsteuergesetz

Voraussichtlich zum 31.12.2022 endet die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F („Optionserklärung“). Es ist dann möglich, dass das CVUA Rheinland Umsatzsteuer für seine Leistungen erheben muss. Das führt zu einer Kostenbelastung.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2020, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 12. Dezember 2019 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 1.162 T€ aus. Es wurden Einnahmen in Höhe von 1.311 T€ und Ausgaben in Höhe von 1.303 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen. In der gleichen Sitzung wurde die stufenweise Erhöhung der Entgelte ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 beschlossen. Diese wurden wie folgt festgesetzt:

2021: 2,06 €/Einwohner

2022: 2,19 €/Einwohner

2023: 2,23 €/Einwohner

Die durch das anhaltend niedrige Zinsniveau sehr hohen Aufwendungen für die Pensions- und Beihilfe-lasten könnten eine vorzeitige weitere Erhöhung der Entgelte erfordern.

Das MULNV beabsichtigt den Zusammenschluss aller fünf CVUA in ein einziges CVUA-NRW als Anstalt öffentlichen Rechts im Rahmen seines Konzepts „Lebensmittelüberwachung 2025“ unter Beibehaltung von 5 Standorten. Ein genauer Zeitplan steht noch nicht fest.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Hürth, den 6. Mai 2020

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

- Der Vorstand -

gez. Dagmar Pauly-Mundegar gez. Rainer Lankes“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	87	90	90	-

H) Kennzahlen

./.

3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

<https://www.nrwinvest.com/de/standort-nrw/freie-gewerbeflaechen/primesite-rhine-region>

A) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000,00 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000,00 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000,00 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000,00 €	100,00 %

B) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

C) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist abgegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30.06.2020) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017	Erläuterung
<u>Kreis</u>					
Verlustausgleich	150 57104 00	87.074 €	53.513 €	68.295 €	Aufwand
		0 €	0 €	0 €	Auszahlung
Verwaltungsgebühren	vd.	0 €	812 €	50 €	
<u>EUGEBAU</u>					
Verwaltungskosten		2.630 €	2.451 €	2.547 €	

Höhe der gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis am 31.12.2019: 615.293,30 €

Die Differenz zwischen dem Gesamtaufwand des Kreises (596.590 €) und der zum 31.12.2019 gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen in der Bilanz der LEP-AöR ergibt sich daraus, dass das tatsächliche Jahresergebnis 2019, welches zu einer Auflösung der Rückstellung für den Verlustausgleich der LEP-AöR führen wird, beim Kreis Euskirchen erst im Haushaltsjahr 2020 Berücksichtigung finden wird.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 22,2 %

b) Vorstand

Martin Reichwaldt
Ingo Hessenius
Oliver Knaup (Vorsitzender)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.04.2019 vor Ablauf der Wahlzeit des amtierenden Verwaltungsrates der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR in 2019 für die verbleibende Wahlperiode als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Günter Weber (CDU) und Michael Höllmann sowie als dessen Stellvertreter Manfred Poth (AV), Karsten Stickeler (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Verwaltungsrat wurde Günter Weber (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt. Gleichzeitig wurde für die verbleibende Wahlperiode in den Projektbeirat der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Karsten Stickeler (CDU) und Michael Höllmann (SPD) sowie als dessen Vertreter Manfred Poth (AV), Günter Weber (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Projektbeirat wurden Karsten Stickeler (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt (V 530/2019).

nachrichtlich:

Mit Datum vom 23./28.09.2020 wurde der bestehende Darlehensvertrag über den 30.06.2020 hinaus bis zum 30.06.2025 verlängert. Gleichzeitig wurde die 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von Flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist unterzeichnet (V 625/2020). Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2026.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in den Verwaltungs- und in den Projektbeirat entsandt:

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers
2. Günter Weber (Stimmführer)
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)

Landrat
CDU
SPD

Stellvertretende Mitglieder

Manfred Poth AV
Erwin Jakobs CDU
Georgios Moudouris SPD

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers
2. Erwin Jakobs (Stimmführer)
3. Florian Köster-Schmücker (stv. Stimmführer)

Landrat
CDU
SPD

Stellvertretende Mitglieder

Manfred Poth AV
Günter Weber CDU
Georgios Moudouris SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Anstalt

LEP-Fläche Euskirchen / Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	541	839	0	-298
	541	839	0	-298
B Umlaufvermögen				
Vorräte	13.914.887	14.185.093	14.317.636	-270.205
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.148.135	4.270.180	3.488.758	877.956
Liquide Mittel	51.442	92.299	94.172	-40.857
	19.114.465	18.547.572	17.900.566	566.893
Summe Aktiva	19.115.006	18.548.411	17.900.566	566.595
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-10.000	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	23.522	24.436	25.646	-915
C Verbindlichkeiten	19.075.968	18.508.458	17.859.404	567.510
D Rechnungsabgrenzungsposten	15.517	15.517	15.517	0
Summe Passiva	19.115.006	18.548.411	17.900.566	566.595

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	306.321	144.348	51.044	161.973
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	863	139	-863
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	580.761	323.942	0	256.819
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	580.761	323.942	0	256.819
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	0	4.349	13.236	-4.349
a)	Löhne und Gehälter	0	3.340	10.750	-3.340
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	1.010	2.486	-1.010
5	Abschreibungen	298	55	0	243
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	63.707	73.780	61.081	-10.074
7	Erträge aus Verlustübernahme	877.929	781.448	532.611	96.481
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	11	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	512.432	497.479	482.434	14.953
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	27.053	27.053	27.053	
11	Sonstige Steuern	27.053	27.053	27.053	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2019 konnte ein Grundstückstausch vertraglich vereinbart werden, der dazu dient, eine zusammenhängende Fläche von 80 ha im Eigentum der öffentlichen Hand zu erhalten.

Weitere Flächen wurden nicht erworben. Zusammen mit den ca. 25 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit ca. 143 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden.

Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel war es, im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Dies Ziel ist mit dem im abgelaufenen Wirtschaftsjahr vereinbarten Tausch erfüllt.

Geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebietes für Eigentümer, die ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Tausch ihrer Grundstücke gegen Ersatzland erklärt haben, konnten auch im Jahre 2019 nicht erworben werden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet, die sich mittlerweile im zweistelligen Bereich pro Quadratmeter befinden. Zur fehlenden Verkaufsbereitschaft bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage tragen offensichtlich die deutlich gesunkenen Renditen für übliche Geldanlagen bei. Vor diesem Hintergrund wurde zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres die Ankaufstrategie dahingehend geändert, dass nun in einem Teilbereich der Fläche keine aktiven Ankaufsbemühungen unternommen und in einem weiteren Teilbereich etwaige Möglichkeiten, Grundstücke zu einem angemessenen Preis zu erwerben, wahrgenommen werden sollen. Weiter sollen Flächen für die Errichtung einer Bahntrasse nordwestlich des LEP-Gebiets angekauft sowie geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebiets für Ausgleichsmaßnahmen des Artenschutzes erworben oder gesichert werden. Zudem sollen bei günstigen Gelegenheiten Flächen außerhalb des LEP-Gebiets erworben werden, die für Tauschgeschäfte verwendet werden können.

Bodenordnung

Die eingeleitete Bodenordnungsmaßnahme (Umlegung) wurde 2019 nicht fortgeführt.

Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von 80 ha gebildet werden kann, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden, bevor die Umlegung weiter verfolgt wird.

Vermarktung, Entwicklung und Ansiedlung

Schwerpunkt der Aktivitäten des Vorstandes im Geschäftsjahr 2019 war die Bereitstellung und Vermarktung einer mindestens 80 ha großen zusammenhängenden Fläche für eine Ansiedlung entsprechend der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes.

Nachdem in 2016 festgestellt wurde, dass die Fläche für Produktionsstätten im Bereich der zukunftssträchtigen Elektromobilität und Batterieproduktion hervorragend geeignet ist, hat NRW.INVEST in 2017 in Abstimmung und unter Mitfinanzierung der LEP-AöR eine Machbarkeitsstudie zur Standortanalyse hinsichtlich einer Batteriezellenproduktion beauftragt. Die Studie liegt mittlerweile vor. Sie bestätigt die Eignung der Fläche für eine Batteriezellenfertigung. Auf Basis dieser Studie versucht NRW.INVEST, die Fläche unter dem Label „Green Battery Park“ zu vermarkten. Das Projekt konnte zudem im offenen Projektspeicher der Strukturentwicklung der Region Aachen platziert werden.

NRW.INVEST ist auch in 2019 mit Investoren aus dem Bereich Batteriezellenproduktion an die LEP-AöR herantreten, die die Fläche in Augenschein genommen haben und mit denen unter Beteiligung der LEP-AöR Gespräche geführt wurden. Die LEP-AöR ermittelt und bereitet jeweils für die Gespräche, die NRW.INVEST führt, die erforderlichen Unterlagen, Daten und sonstigen Angaben auf. Ferner wurden seitens NRW.INVEST die Gespräche mit Investoren aus dem Bereich Elektromobilität fortgeführt, die aber bisher nicht zu einer Ansiedlung geführt haben.

Konkreter Schwerpunkt der Ansiedlungsbemühungen war in der zweiten Jahreshälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres das Ansiedlungsinteresse eines großen Elektroautoherstellers (geäußerte Zielvorstellung: 300 ha). Der Vorstand hat mit sehr hohem Aufwand zusammen mit dem Wirtschaftsministerium, NRW.INVEST, der Bezirksregierung Köln, den örtlichen Versorgern sowie Vertretern von Stadt und Kreis versucht, alle Anforderungen des Herstellers zu erfüllen. Diese Phase war daher wesentlich von Investormenterminen, Telefonkonferenzen, Behördentreffen und umfangreicher Datenlieferung geprägt. Auch wenn eine offizielle Begründung dafür, sich letztlich in Brandenburg anzusiedeln, nicht gegeben wurde, darf vermutet werden, dass die dort vorhandenen Fördermöglichkeiten die entscheidende Rolle gespielt haben.

Die Bemühungen um die o.g. Großansiedlung sind zwar letztlich gescheitert, haben aber dazu geführt, nicht nur einen Diskussionsprozess über die Zukunft der Fläche einzuleiten, sondern auch in Sachen Entwicklung einige Schritte voranzukommen und die Anstrengungen der Partner der LEP-AöR zur Entwicklung der Fläche zu intensivieren. In diesem Zuge und mit Blick auf die erheblichen Artenschutzmaßnahmen wurde seitens der LEP-AöR im Geschäftsjahr ein Förderantrag gestellt, der neben den Ausgleichsmaßnahmen für Artenschutz und Versiegelung auch die Verlegung der bestehenden Trinkwasserleitung und den Neubau einer Industriewasserleitung beinhaltet. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Da der o.g. Ansiedlungsfall einmal mehr gezeigt hat, dass Investoren Wert auf einen Gleisanschluss sowie eine direkte Anbindung an die Landesstraße legen, wurden für die Revierknoten „Infrastruktur und Mobilität“ sowie „Raum“ entsprechende Projektanträge eingereicht. Ende April 2020 wurde eine Projekt-skizze beim Rheinischen Revier zur Teilnahme am Sofortprogramm Plus eingereicht. Diese beinhaltet neben dem Flächenerwerb die verkehrliche Anbindung, die Erweiterung des Standortentwicklungskonzeptes sowie der Versorgungskapazitäten.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Zur Durchführung der archäologischen Untersuchungen auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist haben das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das seinerzeitige Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBSWV NRW), der Landschaftsverband Rheinland – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (LVR-ABR) und die LEP-AöR am 07./08.10.2012 einen Vertrag geschlossen. In Erfüllung dieses Vertrages wurden seit Vertragsschluss archäologische Untersuchungen entsprechend den vertraglichen Regelungen mit Geld-, Personal- und Sachmitteln der Vertragsparteien durchgeführt. Auf Verlangen des LVR-ABR wurde ein Änderungsvertrag beschlossen. In der Vereinbarung ist vorgesehen, dass die letzte verbleibende Fläche innerhalb des 80-ha-Gebietes bodenarchäologisch untersucht wird. Diese wurde im November vorgenommen.

Bauleitplanung

Aufgrund der in 2015 und 2016 geführten Gespräche mit Projektentwicklern zur vermarktbaren Größenordnung wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von 80 ha resultiert aus den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der Fassung 2017. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wieder.

Der in Auftrag gegebene Artenschutzbericht wurde gemeinsam mit dem Gutachter und der Unteren Naturschutzbehörde endabgestimmt. Er ist nun so aufgebaut, dass er sowohl für ein Bebauungsplanverfahren als auch für ein Planfeststellungsverfahren genutzt werden kann. Inhaltlich wurde vereinbart, dass bei Auswahl ausreichend großer Flächen ein Ausgleichsflächenbedarf von 37 ha besteht. Des Weiteren ist zusätzlich ein verbleibendes Defizit von 228.760 Biotopwertpunkten auszugleichen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) hat in 2020 die wesentlichen Inhalte bestätigt.

Mit der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft wurde zunächst ein gemeinsames Gespräch mit der Stadt und dem Gutachter geführt. Danach wurde die gezielte Flächenakquise zum Zwecke der Umsetzung und langfristigen Betreuung von vorgezogenen Ausgleichmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) beauftragt.

Vereinbarung Land / Kommunen / AöR

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 06.12.2019 vorbehaltlich der Zustimmung durch die Träger die 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist beschlossen, die eine Fortsetzung der Vereinbarung für weitere fünf Jahre regelt. Unabhängig davon bzw. ergänzend haben die drei Hauptverwaltungsbeamten am 10.07.2019 den Wirtschaftsminister angeschrieben mit der Bitte, die von ihm am 14.10.2017 angebotene Option einer kommunalen gewerblichen Entwicklung durch Ausweisung von Teilen der LEP-Fläche als Gewerbegebiet aufzugreifen. Angesichts der kurz darauf begonnenen Arbeit an der o.g. Ansiedlung wurde diese Frage zunächst zurückgestellt. Die Angelegenheit wird nun erneut thematisiert. Vorbereitende Gespräche über eine Darlehensprolongation wurden geführt.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 03.05.2019 und am 06.12.2019.

Der Jahresabschluss 2018 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 03.05.2019 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2018 erteilt. Der Jahresabschluss 2018 war ausgeglichen. Der Verwaltungsrat entschied, den verbleibenden Bilanzverlust aus 2018 auf neue Rechnung vorzutragen.

In seiner Sitzung am 06.12.2019 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.

In seiner Sitzung am 03.05.2019 hat der Verwaltungsrat den Vorstand neu bestellt.

Im Jahre 2019 fanden 9 Sitzungen des Vorstandes statt. Darüber hinaus wurde ein Umlaufbeschluss gefasst.

1.4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ablauf des Wirtschaftsjahres

Zur aktuellen Corona-Pandemie werden unter 4. Ausführungen gemacht.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2019 (19.115.006 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (13.914.887 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (3.091.466 €) sowie die Träger der LEP-AöR (2.050.978 €).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 07.12.2018 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2019 ergaben sich folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	Wirtschaftsplan in €	GuV in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	650.000	306.321,11	- 343.678,89
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	600.000	258.455,00	- 341.545,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	50.000	47.866,11	- 2.133,89
2. sonstige betriebliche Erträge	0	0,22	+ 0,22
3. Materialaufwand (für unerschlossene Grundstücke)	-600.000	-580.761,08	+ 19.238,92
4. Personalaufwand	0	0,00	+ 0,00
5. Abschreibungen	0	-298,00	- 298,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-71.000	-63.706,59	+ 7.293,41
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,00	+ 0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-658.000	-512.431,75	+ 145.568,25
a) Kreditzinsen	-580.000	-466.109,21	+ 113.890,79
b) Bürgschaftsentgelte	-78.000	-46.322,54	+ 31.677,46
9. Ergebnis nach Steuern	-679.000	-850.876,09	- 171.876,09
10. sonstige Steuern	-50.000	-27.053,23	+ 22.946,77
11. Erträge aus Verlustübernahme	729.000	877.929,32	+ 148.929,32
12. Jahresüberschuss	0	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000	-10.000,00	+ 0,00

Im Vermögensplan sind folgende wesentliche Abweichungen zu verzeichnen:

Vermögensplan	Wirtschaftsplan in €	Abschluss in €	Differenz
1. Einzahlungen aus Krediten (netto)	10.200.000	602.295,89	- 9.597.704,11
2. Grunderwerb einschl. Nebenkosten/Entschäd.	-5.884.000	270.205,45	+ 6.154.205,45
3. Vorbereitende Maßnahmen	-3.589.000	0,00	+ 3.589.000,00
4. Zunahme Forderungen gegen das Land NRW	-437.400	-526.757,59	- 89.357,59
5. Zunahme Forderungen gegen Trägerkommunen	-291.600	-351.171,73	- 59.571,73

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Angesichts des eingeplanten Grunderwerbs, der in 2019 nicht realisiert wurde, bleiben verschiedene Positionen, insb. im Erfolgsplan die Erträge aus unbebauten Grundstücken (Pachten), Zinsen, Bürgschaftsentgelte sowie sonstige betriebliche Aufwendungen und im Vermögensplan die Auszahlungen für den Grunderwerb, vorbereitende Maßnahmen sowie die Krediteinzahlungen, deutlich unterhalb des Planansatzes.

Erträge

Die 2019 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Umsatzerlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke fielen ebenso wie der Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke aufgrund des oben erwähnten Grundstückstauschvertrages an.

Materialaufwand

Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke fiel aufgrund des oben erwähnten Grundstückstauschvertrages an.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt. Der durchschnittliche Jahreszins für die Liquiditätskredite betrug ca. 0,13 % p.a. (zum Vergleich: Zinsen und Bürgschaftsentgelt für den Investitionskredit: ca. 3,35 % p.a.).

Einzahlungen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer kein Grunderwerb möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	GuV 2018 in €	GuV 2019 in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	144.347,86	306.321,11	+ 161.973,25
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	95.246,00	258.455,00	+ 163.209,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	49.101,86	47.866,11	- 1.235,75
2. sonstige betriebliche Erträge	862,92	0,22	- 862,70
3. Materialaufwand	-323.941,80	-580.761,08	- 256.819,28
4. Personalaufwand	-4.349,44	0,00	+ 4.349,44
5. Abschreibungen	-55,42	-298,00	- 242,58
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-73.780,38	-63.706,59	+ 10.073,79
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	+ 0,00

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-497.478,73	-512.431,75	- 14.953,02
a) Kreditzinsen	-452.463,98	-466.109,21	- 13.645,23
b) Bürgschaftsentgelte	-45.014,75	-46.322,54	- 1.307,79
9. Ergebnis nach Steuern	-754.394,99	-850.876,09	- 96.481,10
10. sonstige Steuern	-27.053,23	-27.053,23	+ 0,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	781.448,22	877.929,32	+ 96.481,10
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2019 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 15.418.640 € (Vorjahr: 14.957.201 €).

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der bisher vereinbarten Projektlaufzeit (30.06.2020) nahezu ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2019 mit 3,6 Mio. € in Anspruch genommen (Vorjahr: 3,5 Mio. €).

Den Verbindlichkeiten stehen liquide Mittel in Höhe von 51.442 € (Vorjahr: 92.299 €) gegenüber.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden.

Unter der Voraussetzung, dass die Vereinbarung zwischen Land, AöR und Trägerkommunen verlängert wird, wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanentwurfes Nr. 14 A bis spätestens 2025 angestrebt. Die fortgeschriebene Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 06.12.2019 gebilligt wurde, berücksichtigt bereits die Verlängerung der Vereinbarung.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2020 sowie die fortgeschriebene Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 06.12.2019 gebilligt wurden, stellen erstmals nicht mehr die Projektabwicklung in 2020 dar, sondern berücksichtigen ein Szenario, das die fünfjährige Verlängerung der Projektlaufzeit unter Anpassung der Vereinbarung zwischen Land, Trägerkommunen und LEP-AöR beinhaltet. Diese Anpassung sieht angesichts des bisherigen Grunderwerbs und der Erfahrungen mit den Verkaufsbemühungen die Abkehr vom seinerzeitigen Ziel eines vollständigen Flächenerwerbs vor. Es soll vielmehr vereinbart werden, dass die LEP-Fläche in Segmente mit unterschiedlichen Erwerbszielen aufgeteilt wird. Im Wirtschaftsplan werden auf dieser Basis Annahmen über ein Erwerbs- und Veräußerungsszenario getroffen: moderatem Flächenerwerb steht die Annahme einer Teilveräußerung im Jahre 2021 zum Selbstkostenpreis gegenüber. Beide Grundannahmen wirken sich auf die Darlehenssituation aus. Zudem beinhaltet das Szenario Entwicklungsmaßnahmen einschließlich einer dazu erwarteten Landesförderung. Grundsätzlich besteht das Risiko, dass dieses Szenario nicht eintritt.

Da nach derzeitigem Stand noch nicht sämtliche Träger die Beschlüsse gefasst haben, besteht zudem das Risiko der Nichtverlängerung, die eine schadenmindernde Abwicklung ab dem 01.07.2020 zur Folge hätte.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST in den Jahren 2015/16 bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber als große Hürde angesehen. Ebenso hinderlich ist die Tatsache, dass andere Bundesländer im Falle von Großansiedlungen deutlich bessere Fördermöglichkeiten als Nordrhein-Westfalen vorweisen.

Des Weiteren zeigen die Gespräche mit Investoren, die NRW.INVEST führt, dass ein weiteres Risiko besteht, den erforderlichen Kaufpreis, der sich variantenabhängig zwischen 21 und 25 €/m² bewegt, zu erzielen. Der Vorstand der LEP-AöR ist der Auffassung, dass dieses Risiko alleine vom Land getragen werden muss, da die Belegenheitskommunen weder in der Lage sind noch in der Pflicht stehen, aus Landesinteressen bedingte Verluste zu übernehmen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,

- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw.

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten und die Rückabwicklung.

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW in der bestehenden und in der künftigen verwiesen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2019 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 3.091.466,43 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben.

Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert (Summe bis einschließlich 2019: 2.050.977,63 €), da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AöR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AöR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AöR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AöR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten. Aufgrund der jüngeren bundesweiten Entwicklung mit Einsetzung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“), die Vorschläge und Maßnahmen erarbeiten soll, wie den negativen Auswirkungen des Strukturwandels begegnet werden sollte, ergibt sich neben den Chancen, an etwaigen Programmen partizipieren zu können, auch ein höherer Konkurrenzdruck in der eigenen Region. Das Risiko der Nichtveräußerbarkeit steigt hierdurch.

Die aktuelle Corona-Pandemie wird zu vielfältigen Auswirkungen führen, von denen auch die AöR betroffen sein kann. So ist insbesondere zu befürchten, dass das Investitionsverhalten negativ beeinflusst wird und damit die Aussichten auf eine Ansiedlung eingetrübt werden. Auswirkungen können sich aber auch auf die Grundstückspreise ergeben, wenngleich derzeit nicht greifbar ist, ob weiterer Flächenerwerb erleichtert oder möglicherweise noch weiter erschwert wird.

5. Sonstige Angaben

Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 12 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden.

Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AöR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 30.04.2020

Der Vorstand

Ingo Hessenius
Vorstandsvorsitzender

Martin Reichwaldt
Vorstandsmitglied

Oliver Knaup
Vorstandsmitglied

G) Personalbestand				
Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	1	1	1	-

H) Kennzahlen
./.

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technischer Unterstützung der Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung oder Vermittlung von elektronischen Systemen zur Identifizierung und zum Identitätsnachweis sowie Verfahren zum Identitätsmanagement als verantwortliche Stelle,
5. Unterstützung bei der Problembeseitigung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
6. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
7. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
8. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GKG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GKG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Verbandsumlage	010 11117	717.723 €	672.893 €	583.860 €
Sonstige Rechnungen	vd.	165.595 €	120.971 €	171.410 €
<u>Zweckverband Kronenburger See</u>				
Vd. Dienstleistungen		4.537 €	4.537 €	4.537 €
<u>d-NRW AöR</u>				
Vd. Dienstleistungen		0 €	0 €	1.062 €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Vd. Dienstleistungen		2.349 €	0 €	0 €
<u>Rheinisches Studieninstitut</u>				
Vd. Dienstleistungen		0 €	230 €	4.570 €
<u>Zweckverband Naturpark Rheinland</u>				
Vd. Dienstleistungen		1.481 €	1.560 €	1.378 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)

b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)

c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes KDVZ Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Ordentliches Mitglied

Karsten Stickeler

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Emmanuel Kunz

SPD

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird durch Herrn Ingo Hessenius, Geschäftsbereichsleiter I, als stellvertretender Verbandsvorsteher im Verwaltungsrat vertreten.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verwaltungsrat 11,1 %.

c) Verbandsvorsteher

Dr. Patrick Lehmann (1. Beigeordneter, Stadt Frechen)

Stellvertreter:

Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)

Ingo Hessenius (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Der Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter erhalten jährlich insgesamt eine Aufwandsentschädigung von 2.748 €.

Besoldung 2019

*

Geschäftsführer: Christian Völz

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Ordentliches Mitglied

Karsten Stickeler

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Stefan Guhlke

SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Der Jahresabschluss 2019 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.318.069	1.489.903	1.812.606	-171.834
Sachanlagen	4.540.195	4.225.813	4.232.992	314.382
Finanzanlagen	13.371.766	11.571.766	10.571.766	1.800.000
	19.230.030	17.287.482	16.617.365	1.942.548
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.159.052	1.028.907	3.403.047	130.145
Liquide Mittel	1.266.312	2.975.030	69.339	-1.708.718
	2.425.364	4.003.936	3.472.386	-1.578.572
C Rechnungsabgrenzungsposten	658.207	673.727	618.113	-15.521
Summe Aktiva	22.313.601	21.965.146	20.707.863	348.455
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gewinnrücklagen	1.227.043	1.227.043	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	1.227.043	1.227.043	0	0
B Rückstellungen	17.619.835	17.404.230	16.940.647	215.605
C Verbindlichkeiten	3.466.723	3.333.873	3.767.216	132.850
Summe Passiva	22.313.601	21.965.146	20.707.863	348.455

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	16.185.238	15.530.986	13.593.345	654.251
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.250.373	2.692.511	500.612	-1.442.138
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.010.076	2.307.564	1.363.422	-297.489
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.307.940	1.604.119	704.760	-296.180
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	702.136	703.445	658.662	-1.309
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	9.118.880	8.207.780	6.887.553	911.100
a)	Löhne und Gehälter	5.319.690	5.069.487	4.638.006	250.204
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.799.190	3.138.294	2.249.548	660.896
5	Abschreibungen	1.274.849	1.230.980	1.128.259	43.869
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.988.253	5.203.170	4.676.436	-214.917
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42.406	45.697	37.047	-3.291
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	1.147	1.228.306	1.241	-1.227.159
9	Sonstige Steuern	1.147	1.263	1.241	-116
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	1.227.043	0	-1.227.043
11	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	1.227.043	0	-1.227.043
12	Bilanzgewinn	0	0	0	0

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	*	109	105	-

H) Kennzahlen

./.

* Der Jahresabschluss lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Verbandsumlage	120 54701	15.000 €	15.000 €	15.000 €

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- a) Verbandsversammlung
- b) Vorstandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- a) Verbandsversammlung
- b) Vergabeausschuss
- c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge
- d) Hauptausschuss
- e) Vorstandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes VRS Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>Ordentliche Mitglieder</u>	<u>Bezüge 2019</u>	<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	<u>Bezüge 2019</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach* ¹ (CDU)	5.240,65 €	Hans Schmitz (SPD)	809,60 €

*¹ gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote in der Verbandsversammlung 19,4 %

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
Hans Schmitz	(SPD)	Achim Blindert	(GBL V)
Bernd Kolvenbach	(CDU)	geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 6,6 T€.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat 12,0 %

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL V) vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 7,2 T€.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Beirat 10,0 %.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

	<u>Vergütung 2019</u>
Michael Vogel	191,0 T€
Dr. Norbert Reinkober	162,1 T€

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

<u>Ordentliche Mitglieder</u>	<u>Vergütung / Verdienstausschlag 2019</u>	<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	<u>Vergütung / Verdienstausschlag 2019</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach (CDU)	7.587,93 €	Hans Schmitz (SPD)	910,80 €

3b) Vergabeausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL V)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

ordentliche Mitglieder

1. Achim Blindert (GBL V)
2. Hans Schmitz (SPD)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Bernd Kolvenbach (CDU)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss zu entnehmen.

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

ordentliches Mitglied

Bernd Kolvenbach, Vorsitzender (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Hans Schmitz (SPD)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss des ZV NVR zu entnehmen.

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

ordentliches Mitglied

Der Kreis Euskirchen ist im Aufsichtsrat nicht durch ein ordentliches Mitglied vertreten

Stellvertreter

Achim Blindert (GBL V)
Bernd Kolvenbach (CDU)
Hans Schmitz (SPD)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2019 Vergütungen in Höhe von 5,5 T€.

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Michael Vogel
Heiko Sedlaczek

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer beliefen sich in 2019 auf 98,2 T€.

nachrichtlich:

Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat am 19.06.2020 eine Änderung der Zweckverbandssatzung beschlossen.

Der Zweckverband VRS unterstützt den Zweckverband Nahverkehr Rheinland bei der Umsetzung der Aufgaben nach § 5 Abs. 3 S. 3 und 4 ÖPNVG NRW. Er wirkt auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV, insbesondere auf die Bildung eines einheitlichen Gemeinschaftstarifs, auf die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs, auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und einheitliche Beförderungsbedingungen, Produkt- und Qualitätsstandards, Fahrgastinformations- und Betriebssysteme und ein übergreifendes Marketing hin. Er wirkt darüber hinaus auf eine Ausgestaltung angemessener Kundenrechte durch Aufnahme von entsprechenden Regelungen in die Tarifbestimmungen des Gemeinschaftstarifs hin.

Als zuständige Behörde nach Artikel 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 entscheidet er über die Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen. Eine Pflicht zur Festsetzung von Höchsttarifen besteht nicht.

Mit Unterstützung der Verbandsmitglieder ermittelt er die unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge nach § 16 Abs. 2 Satz 4 der Verbandssatzung und schreibt sie fort.

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung des VRS entsandt:

Ordentliche Mitglieder

1. Achim Blindert
2. Bernd Kolvenbach

GBL V
CDU

Stellvertretende Mitglieder

Guido Schmitz
Hans Schmitz

AbtL 66
SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg					
- Bilanz -					
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	€	€	€	€	
A Anlagevermögen					
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087		0
	516.087	516.087	516.087		0
B Umlaufvermögen					
Liquide Mittel	7.571.691	3.851.374	2.930.426		3.720.316
	7.571.691	3.851.374	2.930.426		3.720.316
Summe Aktiva	8.087.778	4.367.462	3.446.513		3.720.316
Passiva	€	€	€	€	
A Eigenkapital					
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599		
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247		0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0		0
	711.845	711.845	711.845		0
B Rückstellungen	5.000	7.000	7.000		-2.000
C Verbindlichkeiten	7.370.933	3.648.616	2.727.668		3.722.316
Summe Passiva	8.087.778	4.367.462	3.446.513		3.720.316

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allg. Umlagen	7.426.945	7.221.069	7.539.929	205.876
2	Sonstige Transfererträge	300.000	300.000	300.000	
3	Sonstige ordnetliche Erträge	0	0	0	
4	Transferaufwendungen	7.643.976	7.461.561	7.775.472	182.416
5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.491	53.312	57.748	9.179
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.478	6.196	6.709	14.281
7	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	667.563	835.019	1.122.332	-167.456
Sachanlagen	751.633	760.879	760.294	-9.246
Finanzanlagen	1.360.626	4.433.727	4.503.264	-3.073.101
	2.779.822	6.029.625	6.385.890	-3.249.803
B Umlaufvermögen				
Vorräte	6.831	6.328	7.981	503
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.627.710	1.084.379	856.031	1.543.331
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	
Liquide Mittel	43.341.231	39.940.761	28.683.105	3.400.470
	45.975.772	41.031.468	29.547.117	4.944.305
C Rechnungsabgrenzungsposten	259.510	213.163	203.873	46.348
Summe Aktiva	49.015.105	47.274.256	36.136.880	1.740.849
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	568.597	723.164	816.318	-154.568
C Rückstellungen	4.162.053	3.985.192	3.220.351	176.861
D Verbindlichkeiten	44.041.574	42.323.801	31.858.233	1.717.772
E Rechnungsabgrenzungsposten	2.881	2.098	1.977	783
Summe Passiva	49.015.105	47.274.256	36.136.880	1.740.849

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	21.657.336	20.368.601	16.779.339	1.288.735
2	Sonstige betriebliche Erträge	382.110	225.512	283.648	156.599
3	Materialaufwand	11.796.392	11.149.260	8.764.635	647.133
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.837.707	6.290.136	5.529.264	547.570
a)	Löhne und Gehälter	5.407.676	4.717.332	4.387.558	690.344
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.430.030	1.572.804	1.141.706	-142.774
5	Abschreibungen	728.844	793.525	624.457	-64.681
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.208.406	1.822.239	1.839.808	386.167
7	Erträge aus Beteiligungen	0	0	6.549	
8	Erträge aus anderen Wertpapieren davon aus verbundenen Unternehmen	39.668	40.420	45.184	-752
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	2.665	0	0	2.665
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.312	36.159	12.632	-34.847
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	429.913	353.771	260.200	76.141
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79.206	189.441	83.724	-110.235
13	Ergebnis nach Steuern	0	0	0	
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Aufgabe des Zweckverbandes und Geschäftsverlauf

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 1.1.1996.

Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (EU) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS ist neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Vorstandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Im Geschäftsjahr 2019 wurden drei Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Wirtschaftliche Lage

Die Bilanzsumme des ZV VRS beträgt zum Stichtag 31.12.2019 8.087.778,06 €. Gegenüber dem Vorjahr (4.367.461,64 €) ist dies eine Mehrung um 3.720.316,42 €. Die Bilanzverlängerung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass eine verminderte Weiterleitung der Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets, sowie des AzubiTickets an die Verkehrsunternehmen stattfand.

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 7.571.690,84 €.

Davon entfallen 6.938.976,30 € auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets sowie 405.000,00 € für das AzubiTicket NRW.

Die 1. Rate des MobilPass Tickets wurde in den letzten Jahren immer vor Jahresende ausgezahlt. Da dieses in 2019 nicht realisierbar war (Zuwendungsbescheide vom 04.12.2019), erfolgte die Auszahlung der 1. Rate im Januar 2020. Darauf rückführend, weißt der ZV VRS einen so hohen Finanzmittelbestand zum 31.12.2019 aus.

3. Geschäftsverlauf

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen.

Im Haushaltsjahr 2019 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des ZV NVR aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 74.000,00 € zur Deckung seiner Eigenaufwendungen, eine Zuwendung in Höhe von 6.938.976,30 € zur Förderung des MobilPass-Tickets sowie eine Förderung des AzubiTickets NRW über 405.000,00 €. Die Zuwendung zur MobilPassförderung muss bis 30.06.2019 vollständig ausgekehrt werden. Die Zuwendung zur AzubiTicket Förderung wird hingehen erst zum Ende des Jahres 2020 ausgezahlt werden können. Hier liegen die Verkaufszahlen frühestens im Herbst 2020 vor. Als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung wie in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € nach einem in der Verbandssatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 31.03.2019 genehmigt.

4. Prognose

Die Folgen der amtlichen Maßnahmen zur Corona-Krise treffen auch den ÖPNV schwer. Für die Monate März und April 2020 ist die Nachfrage drastisch, vsl. teilweise bis zu 90% zurückgegangen. Erste Marktforschungen zeigen, dass nach Beendigung der amtlichen Maßnahmen die Nachfrage nach ÖPNV-Verkehrsleistungen nachhaltig nicht mehr das Vorjahresniveau erreichen wird. Diese Entwicklung sowie die wirtschaftlichen Gesamtauswirkungen können Auswirkungen auf die Nachfrage nach MobilPassTickets und somit auf den Fördermittelabfluss haben.

Trotz der vorgenannten Entwicklungen bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH voraussichtlich weitgehend unverändert.

Im Jahr 2020 erhält der ZV VRS seitens des Zweckverband Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von 111.000,00 Euro zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen.

Auch für das Wirtschaftsjahr 2020 erhebt der ZV VRS bei seinen Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € zur Finanzierung eines Teils der Aufwendungen der Beteiligungsgesellschaft. Die Förderung des MobilPass-Tickets wird mindestens bis 31.12.2022 fortgesetzt. Im Haushaltsplan für 2020 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.000.000,00 € angesetzt.

Auch die Förderung des AzubiTickets NRW wird im Haushaltsjahr 2020 mit voraussichtlich 1 Mio. € weitergeführt.

Der Vorstandsvorsteher geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen ein ausgeglichenes Ergebnis für 2020 erzielt werden kann.

Bestätigt:

Köln, den 30. April 2020

Schuster

Verbandsvorsteher“

Aufgestellt:

Im Auftrag

Michael Vogel

„Verkehrsverbund Rhein-Sieg Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die

jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NRW).

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2019 eine Bilanzsumme von 49,015 Mio. Euro aus (Vorjahr: 47,274 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung des Umlaufvermögens um 4,945 Mio. Euro, es beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2019 45,976 Mio. Euro (Vorjahr 41,031 Mio. Euro). Ursächlich für das gestiegene Umlaufvermögen ist im Wesentlichen der Anstieg des Guthabens bei den Kreditinstituten/Kassenbestand im Umfang von 3,400 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (39,941 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 43,341 Mio. Euro. Ebenso sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1,507 Mio. Euro auf 1,794 Mio. Euro (Vorjahr: 0,286 Mio. Euro) gestiegen. Dem steht ein Zuwachs der sonstigen Verbindlichkeiten von 1,865 Mio. Euro auf 40,864 Mio. Euro (Vorjahr: 38,999 Mio. Euro) gegenüber.

Das Auslaufen langfristiger Wertpapiere reduzierten die Finanzanlagen auf 1,361 Mio. Euro (Vorjahr 4,434 Mio. Euro). Diese Wertpapiere dienen u. a. der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

2.2 Finanzlage

Der Gesellschaft standen ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um den kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Dies setzt allerdings stets voraus, dass die im Wesentlichen seitens des Landes, des ZV NVR und des ZV VRS zu zahlenden Zuschüsse an die Gesellschaft fristgerecht erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die Gesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2019 ein Gesamtvolumen von 22,039 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (20,594 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 1,445 Mio. Euro bzw. 7,0 %.

Der Sachaufwand lag mit 11,796 Mio. Euro (Vorjahr: 11,149 Mio. Euro) um 0,647 Mio. Euro bzw. 5,8 % über dem Vorjahreswert. Der höhere Sachaufwand leitet sich überwiegend durch Kostensteigerungen bzw. -zunahmen im Bereich der Medienerstellung zur Kundeninformation, dem Mobilmanagement und dem Kompetenzzentrum Marketing.

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 6,290 Mio. Euro um ca. 547.000 Euro bzw. 8,7 % auf 6,837 Mio. Euro erhöht. Ursächlich hierfür sind die Anpassung des TVöD zum 1. Februar 2019 um durchschnittlich 3,09 %, tarifvertraglich vereinbarte Stufensprünge und Höhergruppierungen. Außerdem wurden drei neue Stellen geschaffen, um die anfallenden Mehrarbeiten, insbesondere durch Förderprojekte, bewältigen zu können. Der Personalaufwand bleibt damit aber weiterhin unter dem im Wirtschaftsplan 2019 genehmigten Planansatz von 7,195 Mio. Euro für Personal.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 2,208 Mio. Euro (Vorjahr: 1,822 Mio. Euro). Die Steigerung um ca. 0,386 Mio. Euro resultiert vor allem aus den erhöhten Kosten für die EDV-Wartung und den erhöhten Kosten für die Rechtsberatung.

Die im Geschäftsjahr 2019 nicht verbrauchten Finanzmittel werden im Folgejahre zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

3. Chancen- und Risikobericht

Auf Basis, der in einem Vergleichsvertrag mit diversen Verkehrsunternehmen getroffenen Regelungen, wurde die im Jahr 2018 durchgeführte Verkehrserhebung durch die Firma Ingenieurgruppe IVV Aachen/Berlin in 2019 abgeschlossen. Die in 2020 vorliegenden Ergebnisse bilden die Abrechnungsgrundlage für die Jahre 2018 bis 2021.

Der Rechtsstreit mit einem privaten Verkehrsunternehmen wurde weitergeführt. Am 13. Juni 2018 kam es zum Berufungsverfahren vor dem OLG Düsseldorf. Die Berufung wurde abgelehnt, es wurde keine Revision zugelassen. Die Nichtzulassungsbeschwerde der Klageparteien wurde im Dezember 2019 durch den BGH abgelehnt, damit trat Rechtskraft des OLG-Urteils ein. Auf die derzeit angewandten Abrechnungsmodalitäten in der Einnahmeaufteilung (Vergleichsparteien auf Basis VE 2009, private Busunternehmen auf Basis VE 2004/05) hatten die Prozesse keinen Einfluss.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Gesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

4. Prognosebericht

Die Folgen der amtlichen Maßnahmen zur Corona-Krise treffen auch den ÖPNV schwer. Für die Monate März und April 2020 ist die Nachfrage drastisch, voraussichtlich teilweise bis zu 90 % zurückgegangen.

Erste Marktforschungen zeigen, dass nach Beendigung der amtlichen Maßnahmen die Nachfrage nach ÖPNV-Verkehrsleistungen nachhaltig nicht mehr das Vorjahresniveau erreichen wird. Diese Entwicklungen betreffen vorrangig die am Markt agierenden Verkehrsunternehmen, insbesondere die eigenwirtschaftlichen Verkehre.

Trotz der vorgenannten Entwicklungen bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH voraussichtlich weitgehend unverändert.

Im Jahr 2020 erhält die Gesellschaft seitens des Zweckverband Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von insgesamt 5,564 Mio. Euro. Entsprechende Zuwendungsbescheide liegt seit 21. Januar 2020 vor. Ebenso verhält es sich mit den Zuwendungsbescheiden zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „mobil.nrw“ mit Förderbeträgen in Höhe von 1,864 bzw. 1,864 Mio. Euro. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2020 wurde beantragt und liegt seit 5. Dezember 2019 vor. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltssatzung bereits am 28. November 2019 beschlossen.

In der Gesellschaft wird der Tarifvertrag TVöD angewendet. Der aktuelle Tarifvertrag endet zum 28. Februar 2021; zum 1. März 2019 sah der Vertrag eine durchschnittliche Anpassung von 3,09 % vor. Der aktuelle Tarifabschluss sieht für den TVöD je nach Entgeltgruppe folgende Steigerungen vor: Ab 1. März 2020: durchschnittlich 1,06 %.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen, den Erstattungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen ein ausgeglichenes Jahresergebnis für 2020 erzielt werden kann.

Köln 22.04.2020

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Dr. Norbert Gerhard Reinkober

Michael Vogel“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
VRS GmbH	91	88	83	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

H) Kennzahlen

./.

3. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/KronenburgerSee>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Gerolstein, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Verbandsumlage	130 55201	57.675 €	45.373 €	26.384 €
Verwaltungsgebühren		1.315 €	1.215 €	2.375 €
e-regio GmbH & Co. KG				
Strom- und Gasbezug		6.831 €	6.778 €	6.902 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Gerolstein und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)

b) Verbandsvorsteher

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Kronenburger See Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied</u>	
Stefanie Seidler	SPD	Johannes Mertens	CDU

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote in der Verbandsversammlung 22,2 %.

b) Verbandsvorsteher

Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

<u>Ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertretendes Mitglied</u>	
Bernd Müller	CDU	Rudi Mießeler	CDU

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

4. Zweckverband Naturpark Rheinland

Lindenstraße 20
50354 Hürth

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Verbandsumlage	130 55402	45.486 €	45.244 €	45.437 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (je ein Vertreter/eine Vertreterin pro Verbandsmitglied sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Vorstandsvorsteher

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Naturpark Rheinland Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises in der VerbandsversammlungOrdentliche Mitglieder

- | | |
|---------------------|-------|
| 1. Achim Blindert | GBL V |
| 2. Rita Gerdemann | CDU |
| 3. Michael Höllmann | SPD |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|-------------------|---------|
| Frank Fritze | AbtL 60 |
| Karsten Stickeler | CDU |
| Heinrich Hettmer | SPD |

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote in der Verbandsversammlung 27,8 %.

b) Vertreter des Kreises im VerbandsausschussOrdentliche Mitglieder

- | | |
|--|---------|
| 1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) | Landrat |
| 2. Rita Gerdemann | CDU |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|------------------|-----|
| Michael Höllmann | SPD |
|------------------|-----|

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote im Verbandsausschuss 33,3 %.

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nordordentliche Mitglieder

- | | |
|--|---------|
| 1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) | Landrat |
| 2. Leo Wolter | CDU |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|------------------|-----|
| Heinrich Hettmer | SPD |
|------------------|-----|

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Südordentliche Mitglieder

- | | |
|--|---------|
| 1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) | Landrat |
| 2. Heinrich Hettmer | SPD |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|-------------------|-----|
| Karsten Stickeler | CDU |
|-------------------|-----|

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder der Planungsausschüsse zu entnehmen.

d) Verbandsvorsteher

Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gremien des Zweckverbandes entsandt:

a) Vertreter des Kreises in der VerbandsversammlungOrdentliche Mitglieder

- | | |
|---------------------|-------|
| 1. Achim Blindert | GBL V |
| 2. Erwin Jakobs | CDU |
| 3. Michael Höllmann | SPD |

Stellvertretende Mitglieder

- | | |
|----------------------|---------|
| Frank Fritze | AbtL 60 |
| Hans-Joachim Schäfer | skB/FDP |
| Georgios Moudouris | SPD |

b) Vertreter des Kreises im VerbandsausschussOrdentliches Mitglied

- | | |
|--------------|-----|
| Erwin Jakobs | CDU |
|--------------|-----|

Stellvertretendes Mitglied

- | | |
|----------------------|---------|
| Hans-Joachim Schäfer | skB/FDP |
|----------------------|---------|

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss NordOrdentliches Mitglied

- | | |
|------------|-----|
| Leo Wolter | CDU |
|------------|-----|

Stellvertretendes Mitglied

- | | |
|-------------------|-----|
| Karsten Stickeler | CDU |
|-------------------|-----|

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

Ordentliches Mitglied

Karsten Stickeler

CDU

Stellvertretendes Mitglied

Leo Wolter

CDU

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

B) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16.12.2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbetrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Miete Integration-Point	010 11119 00	45.275 €	42.415 €	38.737 €
Sonstige Aufwendungen	vd.	3.357 €	200 €	14.992 €
Sonstige Erträge (VHS)	040 27102 00	577 €	655 €	- €
<u>e-regio GmbH & Co. KG</u>				
Strom- und Gasbezug		101.436 €	92.668 €	98.413 €
<u>Radio Euskirchen GmbH & Co. KG</u>				
Miete		16.209 €	16.209 €	16.209 €

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes BZE Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Ordentliche Mitglieder

- 1. Manfred Poth (stv. Vorsitzender) AV
- 2. Ute Stolz (Vorsitzende) CDU

Stellvertretende Mitglieder

- Günter Rosenke Landrat
- Dirk Jahr CDU

3. Karsten Stickeler	CDU	Dominik Schmitz	CDU
4. Heinrich Hettmer	SPD	Emmanuel Kunz	SPD

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Heinrich Hettmer	3,60 €
Karsten Stickeler	24,00 €
Ute Stolz	153,00 €

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote in der Verbandsversammlung 16,7 %.

b) Verbandsvorsteher

Jochen Kupp

Für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielt der Verbandsvorsteher eine Gesamt-Brutto-Vergütung in Höhe von 140.898,89 €.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Ordentliche Mitglieder

1. Manfred Poth	AV
2. Karsten Stickeler	CDU
3. Manfred Manheller	CDU
4. Georgios Moudouris	SPD

Stellvertretende Mitglieder

Markus Ramers	Landrat
Dirk van Meenen	FDP
George Tulbure	CDU
Fabian Köster-Schmücker	SPD

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.860	10.070	7.996	10.790
Sachanlagen	2.482.912	2.263.123	2.203.763	219.789
Finanzanlagen	0	0	1.790	0
	2.503.772	2.273.193	2.213.548	230.579
B Umlaufvermögen				
Vorräte	83.627	118.127	122.947	-34.499
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	553.527	431.092	403.722	122.435
Liquide Mittel	400.562	9.078	4.174	391.484
	1.037.716	558.297	530.842	479.420
C Rechnungsabgrenzungsposten	36.264	4.247	2.072	32.017
Summe Aktiva	3.577.752	2.835.736	2.746.462	742.016
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	1.766.784	1.608.842	1.423.391	157.942
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	465.926	157.942	185.451	307.985
	3.057.935	2.592.009	2.434.067	465.926
B Rückstellungen	208.943	135.666	99.958	73.277
C Verbindlichkeiten	308.126	102.102	207.983	206.024
D Rechnungsabgrenzungsposten	2.748	5.958	4.455	-3.211
Summe Passiva	3.577.752	2.835.736	2.746.462	742.016

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2019	2018	2017	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	5.545.749	4.047.289	3.777.888	1.498.460
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	12.548	16.573	11.548	-4.025
3	Sonstige betriebliche Erträge	151.255	118.503	138.551	32.752
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	459.509	339.300	336.389	120.209
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	459.509	339.300	336.389	120.209
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.557.142	2.857.685	2.591.541	699.457
a)	Löhne und Gehälter	2.757.464	2.234.779	2.002.113	522.685
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	799.678	622.906	589.428	176.772
6	Abschreibungen	293.372	242.630	216.351	50.742
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	929.519	580.962	593.754	348.557
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.270	2.819	2.856	-549
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	467.740	158.970	187.097	308.769
10	Sonstige Steuern	1.813	1.029	1.645	785
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	465.926	157.942	185.451	307.985

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

„1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Versammlungsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 14.03.2018) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

Seit dem 1. Juni 2019 verfügt das BZE über 2 Außenstellen in Schleiden (Im Burgarten 3, 53937 Schleiden) und in Euskirchen (Rudolf-Diesel-Str. 1, 53879 Euskirchen). In beiden Außenstellen wird ausschließlich die Aktivierungsmaßnahme MOVE für das Jobcenter Euskirchen durchgeführt.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des § 52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 19% (Vorjahr 16%) der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen bisher noch nicht über entsprechende Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in den o.a. Gewerken recht konstant.

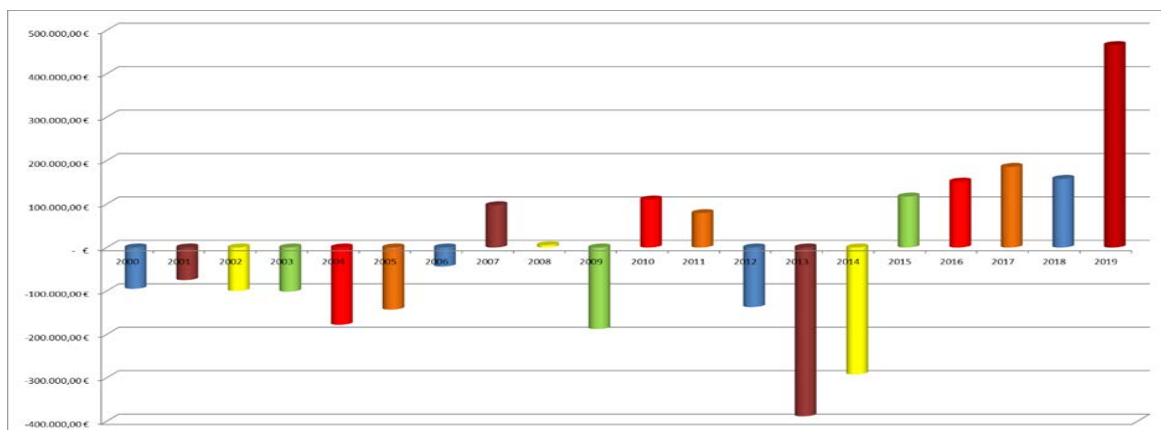
Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken wird. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Wir kompensieren dies durch neu entwickelte Kurse (z.B. Prüfungsvorbereitungen oder Firmenschulungen) und verstärkte Akquise (Schweißen, AU, Umschulung).

b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2019 war das fünfte Jahr in Folge mit einem positiven Geschäftsergebnis. Nachstehend ein Vergleich der letzten Jahre

	2015	2016	2017	2018	2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	+117,1	+151,7	+185,5	+157,9	+465,9

In den vergangenen 5 Jahren wurden Gewinne in Höhe von 1.078,1 T€ erwirtschaftet. Dadurch wurden die verlustreichen Jahre 2012-2014 ausgeglichen. Unser Hauptziel war eine Konsolidierung der Finanzen und die Stabilisierung der Umsätze. Beide Ziele wurden erreicht. Die Liquiditätslage wurde seit 2014 verbessert. Zusätzlich sind Investitionen in Höhe von mehr als 1 Mio € in den letzten 5 Jahren aus Eigenmitteln getätigt worden.



finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapitalrentabilität	+ 5,6 %	+ 6,7 %	+ 7,6 %	+ 6,1 %	+15,2 %

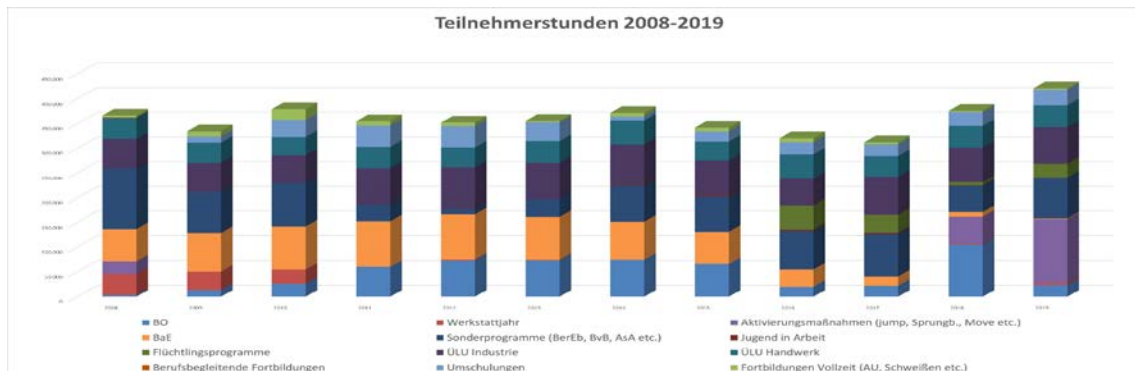
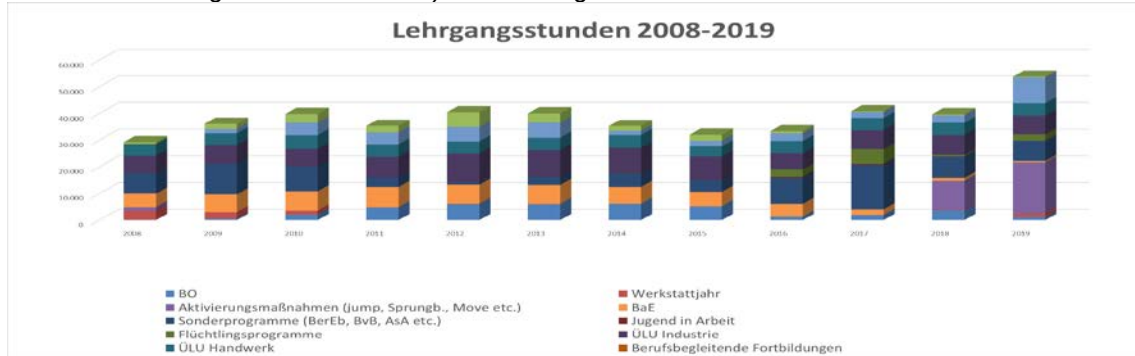
nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet.

Lehrgangsstunden / Teilnehmerstunden

In der Abbildung 1 „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt, die im Berufsbildungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung 2 „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Die Statistik hat aber nur eine geringe Aussagekraft auf

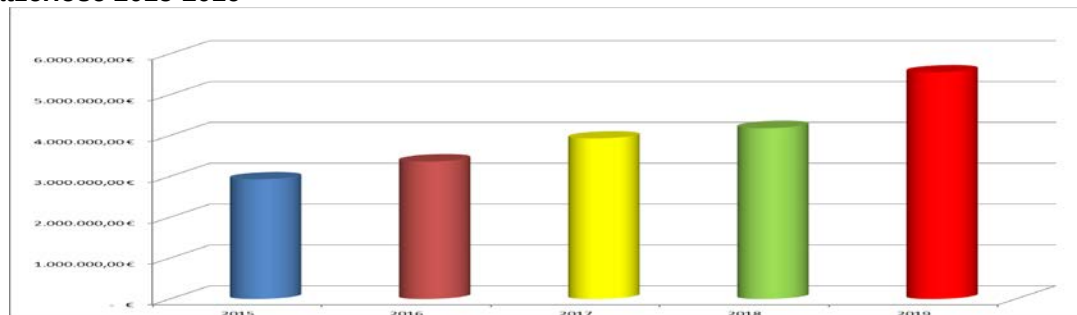
die Ertragslage, da es z. B. sein kann, dass Maßnahmen mit erhöhtem Betreuungsaufwand (und daraus resultierend weniger Stundenanzahl) besser vergütet werden.



c) Ertragslage

In den vergangenen 5 Jahren konnten die Umsatzerlöse fast verdoppelt werden. Wurden 2015 noch Umsätze in Höhe von 2.928,7 T€ erzielt, so erlösten wir im vergangenen Jahr 5.545,7 T€.

Umsatzerlöse 2015-2019



Folgende Faktoren haben die Umsatzerhöhungen positiv beeinflusst:

- Durchführung von neuen umsatzintensiven Maßnahmen (Move EU / Move SLE) – Umsatzsteigerung in diesem Bereich von 722,6 T€
- Deutliche Umsatzsteigerung im Bereich Fortbildungen (+ 141 T€)
- Konstante Umsätze bei den ÜLU-Maßnahmen Industrie und Handwerk
- Eigenbewirtschaftung der Kantine

Umsatzerlöse 2015 – 2019

Bezeichnung	2015	2016	2017	2018	2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	630,8	537,3	300,0	148,2	78,4
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	591,4	580,4	652,0	637,2	737,1
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	332,9	363,0	339,0	311,5	329,4
Fortbildungsmaßnahmen	72,3	82,4	77,7	142,7	312,7
Umschulung	246,8	293,0	306,7	287,0	278,3
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	900,7	1152,2	1880,7	1347,3	1198,6
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	276,9	285,5	267,0	245,7	227,9
aa) BvB Reha			132,4	401,1	371,4
b) Produktionsschule Jobzeit pro	119,1	361,4	302,4	195,5	0,0
c) Jugend in Arbeit	28,9	37,4	37,5	38,2	0,0
d) BO - Berufsorientierung KAoA - BoP / Potentialanalyse	432,6	101,0	166,9	136,0	159,6
e) Vermittlungsprovisionen	32,0	5,5	24,0	26,7	26,8
f) Start klar			0,0	0,0	0,0
g) externe Umschüler		30,5	0,0	0,0	0,0
h) Kurse mit Asylbewerbern	5,2	326,7	396,1	60,0	92,0
f) SBG II	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
g) Werkstattjahr	0,0	0,0	0,0	133,0	88,0
h) BerEb			27,2	111,1	170,0
i) ESB			55,4	0,0	0,0
j) IndAC			86,5	0,0	0,0
k) KompAS			11,6	0,0	0,0
l) Ausbildungsprogramm NRW					62,9
Aktivierungsmaßnahmen				884,3	2064,4
a) Move EU u. SLE				0,0	722,6
n) Sprungbrett				364,6	732,2
o) Förderzentrum Jump!			370,2	519,7	609,6
Sonstige Erlöse Maßnahmen				0,0	261,3
Sonstiges (Ferienfreizeit/Ausbildungsbörse)	6,0	4,2	3,5	10,6	6,0
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	153,8	194,6	181,7	11,7	16,1
Erlöse 19% Ust. (Schweißen / Führungskräfte)			40,1	45,4	44,6
Einnahmen Kantine				80,7	88,9
Mieterträge				140,7	129,9
Umsatzerlöse	2928,7	3202,9	3777,9	4047,3	5545,7
aktivierte Eigenleistungen	27,2	25,3	11,5	16,6	12,5
Sonstige betriebliche Erträge	64,9	135,1	138,5	118,5	151,3
Gesamtumsatz	3020,8	3363,3	3927,9	4182,4	5709,5

Die Umsatzerlöse lagen um insgesamt 1.498,5 T€ (+ 37,02 %) über dem Vorjahresumsatz.

Wir nehmen die Herausforderungen des Marktes an und führen auch Maßnahmen durch, die früher undenkbar gewesen wären. Im vergangenen Jahr waren unsere Hauptumsatzträger die drei großen Aktivierungsmaßnahmen „Sprungbrett“, „Move“ und „Jump“.

Der Gesamtumsatz (inkl. aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) konnte insgesamt um 1.527,2 T€ (+ 36,51 %) gesteigert werden und lag über dem im Wirtschaftsplan prognostizierten Umsatz. In den letzten 5 Jahren stiegen die Erträge insgesamt um 2.688,8 T€ (+ 89,01 %).

Bedingt durch den gestiegenen Umsatz stiegen die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 30,29 % an. Hier sind insbesondere die Personalkosten (+ 699,5 T€), durch Neueinstellungen für die Maßnahmen und Tarifierhöhungen gestiegen. Ferner haben wir auch Mietkosten für die angemieteten Räumlichkeiten in Schleiden und Euskirchen (Maßnahme Move) und einen deutlich höheren Materialverbrauch.

Aufwendungen 2017 – 2019

Bezeichnung	2017	2018	2019	Abweichung 2018-2019	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	336,4	339,3	459,5	120,2	35,43%
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	2002,2	2234,8	2757,4	522,6	23,38%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	589,5	622,9	799,7	176,8	28,38%
Abschreibungen	216,4	242,6	293,4	50,8	20,94%
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten (Energie, Reinigung, Wasser, Inst. Geb.)	165,0	158,8	300,0	141,2	88,92%
b) Grundstücksaufwendungen	22,0	23,7	22,0	-1,7	-7,17%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	41,3	44,0	44,5	0,5	1,14%
d) Reparaturen und Instandhaltungen	28,7	35,2	43,3	8,1	23,01%
e) Fahrzeugkosten	18,5	23,5	45,3	21,8	92,77%
f) Werbe- und Reisekosten	16,1	21,6	72,6	51,0	236,11%
g) fremdes Ausbildungspersonal	50,3	50,3	86,9	36,6	72,76%
h) verschiedene betriebliche Kosten	228,4	224,0	314,9	90,9	40,58%
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	26,0	2,8	2,3	-0,5	-17,86%
Aufwendungen	3740,8	4023,5	5241,8	1501,0	37,31%
sonstige Steuern	1,7	1,0	1,8	0,8	47,06%
Gesamtaufwendungen	3742,5	4024,5	5243,6	1219,1	30,29%

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresgewinn in Höhe von 157,9 T€ wurde der allgemeinen Rücklage hinzugeführt, die zum Stichtag mit 1.766,8 T€ ausgewiesen ist. Der Gewinn wird der allgemeinen Rücklage hinzugeführt.

Unter Berücksichtigung des für 2019 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 3.057,9 T€ (Vorjahr 2.592,0 T€), was einer Eigenkapitalquote von 85,5% (Vorjahr 91,4%) entspricht. Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresgewinn im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 96,5 T€ (Vorjahr 47,0 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten mit 205,3 T€ (Vorjahr 45,4 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen überwiegend eine Rückzahlung von Überzahlungen an einen Maßnahme-träger in Höhe von 147,0 T€ sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Sozialversicherungsträger sowie dem Finanzamt. Insgesamt belaufen sich die Verbindlichkeiten auf 308,1 T€ (Vorjahr 102,1 T€).

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 3.577,8 T€ (Vorjahr 2.835,8 T€) aus.

Investitionen

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 534,7 T€ (Vorjahr 306,6 T€) investiert. Die Investitionen umfassen folgende Bereiche:

EDV Software	16,6 T€
Gebäude	26,9 T€
Geschäfts-, Fabrik- u. andere Bauten im Bau	14,3 T€
Technische Anlagen und Maschinen	61 T€
EDV	78,6 T€
Andere Anlagen	31,4 T€
Werkstatteinrichtung	5 T€
Geschäftsausstattung	29,3 T€
Einrichtung Unterrichtsräume	6,1 T€
Werkzeuge & Geräte	6,3 T€
Ausstattung Verwaltung	7,7 T€
Fuhrpark	99,7 T€
Wirtschaftsgüter (Sammelposten)	<u>89,6 T€</u>
	472,5 T€
Festwerte	<u>62,2 T€</u>
Summe	534,7 T€

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 293,4 T€ (Vorjahr 242,6 T€) gegenüber.

Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 5 Geschäftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2020 integriert.

Liquidität

Die Liquidität des BZE verbessert sich kontinuierlich. Die Kreditlinie des Kontokorrentkredites beträgt 300 T€ und war zum Bilanzstichtag zu 0% ausgereizt.

Der Finanzmittelfond zum Anfang der Perioden betrug -0,7 T€ und zum Ende der Periode 400,6 T€ - dies ist eine Verbesserung in Höhe von 401,3 T€ im Laufe des Wirtschaftsjahres.

Das BZE ist in der Lage alle Zahlungen fristgerecht zu leisten und bezahlt in der Regel skontiert. Die laufenden Investitionen in Höhe von 534,7 T€ haben wir aus den liquiden Mitteln ohne jeglichen Einsatz von Fremdkapital bestritten.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.503,8 T€ (Vorjahr 2.273,2 T€) = 69,98 % der Bilanzsumme (Vorjahr 80,28 %). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.502,1 T€ belaufen sich auf 5.003,2 T€. Im Übrigen sei auf den Anlagespiegel im Anhang verwiesen.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 541,2 T€ (Vorjahr 422,3 T€) zu nennen, z. B. gegenüber dem Jobcenter oder der Agentur für Arbeit für durchgeführte Arbeitsmarktprogramme.

3. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE in den letzten Jahren ist erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in entsprechenden Wirtschaftsplanen. Das Bankkonto befindet sich in der Regel dauerhaft im positiven Bereich.

Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Verbandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes. Seine Stellvertretung obliegt seit dem 1. September 2017 Frau Nadine Esser.

Der Restrukturierungsprozess des Berufsbildungszentrums wurde im Jahr 2015 begonnen und die Personalsituation sowie die Abläufe optimiert. Das BZE stellt sich aktiv dem Bildungsmarkt und reagiert schnell und kompetent auf Marktveränderungen.

Wir rechnen im Jahr 2020 mit keinen großen Auslastungsproblemen. Gemäß unseres Wirtschaftsplanes 2020 planten wir vor der Covid 19-Pandemie Erträge in Höhe von ca. 5,7 Mio Euro. Derzeit gehen wir davon aus, dass unsere Planungen nicht ganz erreicht werden, da einigen Kurse und Schulungen ausfallen mussten bzw. nur die Mindestvergütung von unseren Auftraggebern gezahlt wird. Wir rechnen daher mit einem Umsatzrückgang in Höhe von ca. 8-10% bei auch leicht sinkenden Ausgaben (Kurzarbeit, etc.). Eine entsprechend aktualisierte Wirtschaftsplanung werden wir zur nächsten Verbandsversammlung am 4. Juni 2020 vorlegen.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, der aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE reagiert schnell und kompetent auf die Marktbedingungen, so dass das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potenziellen Kunden notwendig.

Die Abhängigkeit zu den beiden großen Auftraggebern – Jobcenter Eu-Aktiv und Agentur für Arbeit stellt ein recht hohes Risiko dar. Mit diesen beiden Auftraggebern erwirtschaften wir 70% unserer Umsätze. Hierzu muss man allerdings sagen, dass dies im Bildungsbereich normal ist. Dennoch birgt es Risiken für uns. Wir sind davon abhängig, ob Maßnahmen wieder neu ausgeschrieben werden und/oder ob diese mit genügend Teilnehmern bestückt werden. Aus diesem Grund sind die relevanten Mitarbeiter für diese Maßnahmen mit Zeitverträgen (Dauer der Maßnahme) eingestellt worden. Hierdurch können wir das Risiko minimieren.

Werden die Auftraggeber unterfinanziert – ergeben sich automatisch weniger Zuweisungen an uns. Dies ist im Rahmen der Verträge möglich. So wurden wir Ende Februar 2020 darüber informiert, dass das Jobcenter für 2020 nicht über genügend finanzielle Mittel verfügt. Daher wird bis zum Herbst nur die Mindestteilnehmerzahl in Höhe von 70% vergütet. Für uns ist dies schwierig, da die Kosten annähernd gleich bleiben. Wir hoffen, dass hier eine rasche Verbesserung eintritt.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur hat sich aufgrund der letzten guten Geschäftsjahre sehr positiv entwickelt. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 300 T€ der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 0 % ausgelastet war.

Als weiteres Risiko betrachten wir den Investitionsstau in unseren Gebäuden und Maschinenanlagen. In den Jahren 2005 – 2014 wurde so gut wie keine Investition getätigt. Seit Jahren haben wir langsam angefangen, die Gebäude und Maschinen zu modernisieren. Derzeit arbeiten wir an mittelfristigen Investitionskonzepten für die Zukunft. Wir schätzen den Investitionsbedarf in den nächsten 5 Jahren auf ca. 1 – 1,5 Mio €. Hinzu kommt ein Neubau unseres Gebäude A. Dieses Gebäude ist von der Bausubstanz verschlissen. Eine aufwendige Sanierung lohnt sich nicht mehr. Wir planen in den nächsten Jahren einen Neubau. Ein entsprechender Grob-Entwurf wurde bereits gezeichnet und eine Förderskizze erstellt. Unsere Vision ist es, ein neues Handwerkerzentrum im Bereich der Gebäude A/B zu errichten.

Hier soll neuen Berufsfeldern und neu zu verknüpfenden Berufsfeldern Rechnung getragen werden und ein sehr modernes Zentrum für KFZ / Heizung-Sanitär / Elektrik und Metall entstehen.

Wir werden weiter an dem Projekt arbeiten und hoffen im Laufe des Jahres 2020 auf positive Signale von den Trägern, der Politik und möglichen Fördergebern.

Als Bildungsinstitut hat uns die Covid-19-Pandemie voll getroffen. Aufgrund des Landeserlasses mussten wir unser Bildungsinstitut ab dem 16. März 2020 für insgesamt 7 Wochen komplett schließen.

Während der Schließung haben wir alle Maßnahmen – bei denen es möglich war - in alternativer Form (in printform, online, Telefon, usw.) durchgeführt. Dadurch war gewährleistet, dass wir vom Jobcenter und der Agentur für Arbeit weiter finanziert werden. Um den Schaden gering zu halten, wurden im März auch bestehende Überstunden und Resturlaub abgefeiert. Zusätzlich haben wir für ca. 14 Tage Kurzarbeit durchgeführt. Für die angemieteten Räumlichkeiten wurde nicht vom gesetzlich möglichen Leistungsverweigerungsrecht bzw. der Stundungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht.

Insgesamt betragen die Umsatzverluste durch die Pandemie ca. 250 – 300 T€. Derzeit wissen wir noch nicht, ob wir durch das Nachholen der Kurse Verluste wieder kompensieren können.

Ab dem 4. Mai 2020 dürfen wir wieder Präsenzmaßnahmen durchführen. Wir starten mit den nicht finanzierten Maßnahmen und werden langsam wieder alle Maßnahmen unter den neuen Hygienevorschriften beginnen. Wir sind optimistisch, dass wir die Covid-19-Pandemie einigermaßen gut überstehen falls keine zweite Infektionswelle kommt.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Durch ständige Gespräche mit unseren Hauptkunden (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Integration Point) können wir schnell auf Marktveränderungen reagieren.

Die Auftragslage ist konstant gut und wird hoffentlich auf dem Vorjahrsniveau bleiben. Der zentrale Standort des BZE mit der eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit – des Berufsbildungszentrums.

Auch die Covid-19-Pandemie und die damit eintreffende Rezession birgt Chancen für uns. Wir gehen davon aus, dass die Arbeitslosenzahl im Kreis Euskirchen stark ansteigen wird. Wir stehen dann bereit

für Maßnahmen und Umschulungen, um die Arbeitslosen zu qualifizieren und wieder in sozial-versicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen.

Wir wollen unsere Chance auch durch den Neubau des Handwerkerzentrums nutzen. Dies wäre für unsere Arbeit in den nächsten Jahren ein wichtiger Baustein. Durch den Bau würde ein multiflexibles Schulungszentrum mit hochmoderner Technik entstehen, was uns für die Zukunft gut aufstellen würde.

Euskirchen, den 6. Mai 2020

Jochen Kupp, Verbandsvorsteher“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2019	2018	2017	Erläuterung
	66 (19)	55 (15)	51 (13)	Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeiter

H) Kennzahlen

ÜLU Industrie	7.043	7.488	7.075	Lehrgangsstunden
ÜLU Industrie	74.178	69.670	77.095	Teilnehmerstunden
ÜLU Handwerk	4.540	4.524	4.641	Lehrgangsstunden
ÜLU Handwerk	44.374	43.516	41.341	Teilnehmerstunden
Lehrgangsstunden	53.784	39.688	40.487	insgesamt
Teilnehmerstunden	421.708	376.189	312.519	insgesamt

6. Zweckverband Region Aachen

Rotter Bruch 6
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 15 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltsatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des Zweckverbandes Region Aachen in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018). Vereinbarungsgemäß wird der Zweckverband die Mehrbelastung der Gebietskörperschaften über einen Zeitraum von 8 Jahren (beginnend ab dem Haushaltsjahr 2018) durch Einsparungen wieder kompensieren.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
<u>Kreis</u>				
Verbandsumlage	150 57104 10	234.947 €	193.056 €	206.662 €
<u>AGIT mbH</u>				
GISTRA		0 €	41.460 €	36.000 €
<u>IRR GmbH</u>				
Gesellschafterzuschuss		20.000 €	12.986 €	12.986 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Region Aachen Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Urban-Josef Jülich	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Bernd Kolvenbach	CDU	Josef Reidt	CDU
4. Franz-Josef Nießen	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
5. Hans-Erhard Schneider	CDU	Dominik Schmitz	CDU
6. Hans Peter Wasems	CDU	Frank Weimbs	CDU
7. Michael Höllmann (bis 10.04.2019)	SPD	Stefanie Seidler	SPD
Markus Ramers (ab 11.04.2019)			
8. Emmanuel Kunz (bis 10.04.2019)	SPD	Hans Schmitz	SPD
Andreas Schulte (ab 11.04.2019)	SPD		
9. Wolfgang Heller	SPD	Dr. Peter Schweikert-Wehner	SPD
10. Hans Reiff	FDP	Bernd Lübke	AfD
11. Dorothee Kroll	B90/Grüne	Nathalie Konias	B90/Grüne
12. Franz Troschke	UWV	Michael Mondorf (bis 31.07.2019)	BüFo

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Zum 31.12.2019 beträgt die Frauenquote in der Verbandsversammlung 24,6 %.

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke
Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen
Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier, StädteRegion Aachen
Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Verbandsvorsteher zu entnehmen.

Geschäftsführerin: Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers
2. Günter Weber
3. Bernd Kolvenbach
4. Jochen Kupp
5. George Tulbure
6. Daniel Lüdke
7. Fabian Köster-Schmücker
8. Christine Bär
9. Valerie Nitsche
10. Dirk van Meenen
11. Frank Poll
12. Franz Troschke

Landrat

- CDU
CDU
CDU
CDU
SPD
SPD
SPD
B90/Grüne
FDP
AfD
UWV

Stellvertretende Mitglieder

- Manfred Poth
Stefan Guhlke
Manfred Manheller
Birgit Braun-Näger
Bernd Müller
Gerhard Mayer
Georgios Moudouris
Kamila Gänsler-Thomas
Wilfried Gierden
Rudolf Huth
Bernd Lübke
Andy Bühl
- AV
CDU
CDU
CDU
CDU
SPD
SPD
SPD
B90/Grüne
FDP
AfD
UWV

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Der Jahresabschluss 2019 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.833.873	2.834.870	2.542.894	-997
2	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	7.331	0	-7.331
3	Sonstige ordentliche Erträge	304.262	242.679	15.465	61.584
4	Personalaufwand	1.763.041	1.747.248	1.624.051	15.793
5	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.954	18.352	23.350	2.603
6	Abschreibungen	5.042	1.139	1.231	3.903
7	Transferaufwendungen	31.950	159.555	70.433	-127.605
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.332.638	1.140.696	854.604	191.941
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.978	3.530	2.267	-552
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-18.467	14.359	-17.576	-32.827

Zweckverband Region Aachen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	8	187	-6
Sachanlagen	6.457	3.418	2.161	3.039
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	8.459	5.426	4.348	3.033
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	990.395	832.282	501.936	158.112
Liquide Mittel	421.940	79.406	94.382	342.534
	1.412.335	911.688	596.318	500.647
Summe Aktiva	1.420.794	917.115	600.666	503.679
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	63.362	49.003	52.987	14.359
Ausgleichsrücklage	0	0	13.592	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-18.467	14.359	-17.576	-32.827
	44.894	63.362	49.003	-18.467
B Rückstellungen	47.590	36.985	30.500	10.605
C Verbindlichkeiten	1.328.310	816.768	521.164	511.542
Summe Passiva	1.420.794	917.115	600.666	503.679

G) Personalbestand

./.

Den Jahresabschlüssen sind keine entsprechenden Daten zu entnehmen.

H) Kennzahlen

./.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

B) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlambeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Verbandsumlage	130 55201	150.400 €	148.629 €	147.671 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>Ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertretende Mitglieder</u>	
Hans Schmitz	SPD	Urban-Josef Jülich	CDU
		Karsten Stickeler	CDU

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Andreas Schulte (SPD) als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Dr. Bernd Bucher

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

B) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstärkung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Verbandsumlage	130 55201	389.770 €	373.930 €	370.060 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in der Verbandsversammlung nicht vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist im Verbandsrat nicht vertreten.

c) Vorstand

Dipl.-Ing. Joachim Reichert
Ständiger Vertreter des Vorstands: Stefan Ruchay

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreien Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahme-pflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

B) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

C) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglied 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2019	2018	2017
Kreis				
Verbandsumlage	110 53701	11.554 €	11.475 €	11.470 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (bis zu 12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführung

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Dr. Roland Arnz

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2020

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 01.04.2020

- Der Kreistag hat der 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist zwischen dem gemeinsamen **Kommunalunternehmen „LEP-Fläche Euskirchen / Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts“ (LEP AöR)**, der Stadt Euskirchen, der Gemeinde Weilerswist, dem Kreis Euskirchen und dem Land Nordrhein-Westfalen in zugestimmt (V 625/2020).
- Der Kreistag hat die Übernahme des Gesellschaftsanteils der Gemeinde Weilerswist an der **Nordeifel Tourismus GmbH** in Höhe des Stammkapitalanteils von 1.200,- € (4,55 %) mit Wirkung zum 01. Januar 2021 beschlossen (V 648/2020).

1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2020

- Der Kreistag hat in Umsetzung seines Nahverkehrsplans zur Gewährleistung der ausreichenden Verkehrsbedienung die direkte Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) über Busverkehrsdienste im Kreisgebiet an die **Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)** beschlossen. Die RVK wird dadurch mit Wirkung zum 09.12.2020 mit einer festen Laufzeit bis zum Hauptfahrplanwechsel im Dezember 2028 mit den im ÖDA bezeichneten Verkehrsdiensten betraut, die den im ÖDA definierten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unterliegen. Der RVK werden die im ÖDA geregelten Ausgleichsleistungen und Ausschließlichkeitsrechte gewährt (V 664/2020).
- Der Kreistag hat den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (künftig Zukunftsagentur) in der vorgelegten Form zugestimmt (V 678/2020).
- Der Kreistag hat der mit den Städten und Gemeinden des Kreises abgestimmten Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (IRR GmbH), künftig Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH) in der vorgelegten Form inhaltlich sowie der fristgerechten Weiterleitung der Stellungnahme an die Geschäftsführung der IRR GmbH, künftig ZRR GmbH zugestimmt (V 681/2020).

1.3 Beschlüsse des Kreistages vom 04.11.2020

- Wahl der vertretungsberechtigten Personen des Kreises Euskirchen, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglied des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs vom Kreistag zu bestellen oder vorzuschlagen sind
- Der Kreistag hat einen Sonderzuschuss an die **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)** im Rahmen der Weiterentwicklung der Projektskizze Hybrid-Campus Euskirchen, insbesondere hinsichtlich der Machbarkeit und der Visualisierung des Projekts, in Höhe von bis zu 60.000,00 Euro, aufgeteilt auf die Haushaltsjahre 2020 (25.000,00 Euro) und 2021 (35.000,00 Euro) beschlossen (D 89/2020).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen

Stand 30.11.2020

